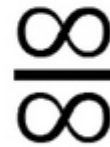


## Äther, Urlicht, Relativität. Weltformel und ‚wahre Erkenntnis‘ um 1900

Alles leuchtet ihr zum Sieg, Alles, Alles! Weil das Leuchten von Allem Jeden überzeugen muss, dass Alles durch den beständigen Wechsel flüchtiger Lichtpunkte bedingt ist. Alles sagt uns damit, dass der kürzeste mathematisch richtige Ausdruck für die unendliche Welt der Bruch  $\infty/\infty$  ist. Und er ist es in jeder Beziehung. Er drückt sowohl das richtige Verhältnis von Sein und Nichtsein oder von Kraft und Raum aus, wie auch das positive Sein im absoluten und relativen Sinne.<sup>1</sup>



Der dies schrieb, war im Besitz der Lösung aller Welträtsel, er war im Besitz der einzig möglichen Welterklärung, und er verfügte über nichts weniger als die *universelle Weltformel*. Seine Aufgabe bestand darin, dieser „absoluten Wahrheit“,<sup>2</sup> seiner „wahren Weisheit“<sup>3</sup> zum Durchbruch zu verhelfen, wofür es allerdings galt, den Widerstand der gesamten etablierten akademischen Wissenschaft zu überwinden. Der heute kaum mehr bekannte ‚Entdecker‘ der Weltformel, deren kürzester Ausdruck *unendlich geteilt durch unendlich* sei – eine offensichtlich weniger mathematische als philosophische Formel – war der Chemiker **Johann Heinrich Ziegler** (1857–1936) aus Winterthur im schweizerischen Kanton Zürich. Seine Vorfahren hatten bereits seit dem 18. Jahrhundert in der Geschichte der chemischen Industrie der Schweiz einen Namen – von einer Verwandtschaft mit dem Philosophen Leopold **Ziegler** ist dagegen nichts bekannt.<sup>4</sup>

**Ziegler** war 1883 in Erlangen promoviert worden mit einer Dissertation *Ueber Derivate des Beta-Naphthylamins*; sein Doktorvater war Emil Fischer (1852–1919), der als einer der Begründer der Organischen Chemie gilt und 1902 den Nobelpreis erhielt.<sup>5</sup> **Johann Heinrich Ziegler** entstammte demnach der Schule eines der bedeutendsten deutschen Naturwissenschaftler des späten 19. Jahrhunderts, und er trat mit einer Arbeit zuerst an die akademische Öffentlichkeit, die in nichts den späteren Weltformel-Propagator erkennen lässt, sondern auf der Basis detailliert

<sup>1</sup> **Johann Heinrich Ziegler**: Die Universelle Weltformel und ihre Bedeutung für die wahre Erkenntnis aller Dinge. Zweiter Vortrag. Zürich 1903, S. 28f.

<sup>2</sup> **Johann Heinrich Ziegler**: Die Universelle Weltformel und ihre Bedeutung für die wahre Erkenntnis aller Dinge. Erster Vortrag. Zürich 1902, S. 7 u.ö.

<sup>3</sup> Ebd., S. 41.

<sup>4</sup> Biographische Angaben zu **Johann Heinrich Ziegler** nach Adolf Saager: Der Winterthurer Naturphilosoph **Johann Heinrich Ziegler**. Zürich 1930.

<sup>5</sup> **Johann Heinrich Ziegler**: Ueber Derivate des Beta-Naphthylamins. Diss. Univ. Erlangen 1883. Zu Emil Fischer vgl. Horst Remane: Emil Fischer. Leipzig 1984 (Biographien hervorragender Naturwissenschaftler, Techniker und Mediziner 74).

und nachvollziehbar beschriebener Laborexperimente die Herstellung neuartiger organischer Stickstoffverbindungen bekanntgibt und damit die von Emil Fischer postulierte Existenz einer bis dahin noch nicht synthetisierten Verbindung namens Hydrazin mit neuen Beweisen unterfüttert.<sup>6</sup> Die Dissertation ist also eine solide, empirisch fundierte Arbeit, die aber weder große Zusammenhänge herstellt noch gar einen umfassenden revolutionären Anspruch erhebt – anders als jene ‚Entdeckung‘, mit der Ziegler rund zwei Jahrzehnte später an die Öffentlichkeit tritt.

## I Weltformel – Wissenschaft, Religion, Weltanschauung

Das Stichwort Weltformel wird gelegentlich polemisch verwendet, etwa um die Erklärungsmacht einer Theorie der Lächerlichkeit preiszugeben oder um die Vergleichen bestimmter Forschungen zu behaupten; insofern ist der Einsatz dieses Begriffes nicht unproblematisch. Nun ist es aber keineswegs so, dass nur Außen-seiter auf der Suche nach einer Weltformel waren oder wären, vielmehr gab und gibt es weithin anerkannte Forscher besonders im Bereich der Theoretischen Physik und der Elementarteilchenphysik, die von der Möglichkeit einer – wenn nicht aus einer einzigen, dann doch aus wenigen mathematischen Formeln bestehenden – vereinheitlichten Theorie, einer *Theory of Everything*, überzeugt waren bzw. sind, etwa Albert Einstein oder Werner Heisenberg.<sup>7</sup> Dementsprechend fließen erhebliche öffentliche Mittel in Experimente, deren Ziel die Formulierung einer solchen Theorie ist – man denke nur an den 2008 in Betrieb genommenen Teilchenbeschleuniger *Large Hadron Collider* am CERN in Genf, der erklärtermaßen das Verständnis der Materie und zugleich des Universums revolutionieren soll.<sup>8</sup> Eine Debatte um die prinzipielle Möglichkeit einer Globaltheorie wird aber durchaus geführt; ein zentraler Vorwurf derjenigen, die sie ablehnen, ist der eines unzulässigen Reduktionismus, während Befürworter eben diesen Reduktionismus gerade als notwendig betrachten und davon ausgehen, die diversen Widersprüche zwischen aktuellen Theorien könnten nur ein Übergangsphänomen sein.<sup>9</sup>

<sup>6</sup> Fischer synthetisierte 1875 Phenylhydrazin und nannte den noch hypothetischen Ausgangsstoff Hydrazin ( $H_2N-NH_2$ ); vgl. Remane: Emil Fischer (wie Anm. 5), S. 16.

<sup>7</sup> Zu diesem Themenkomplex vgl. ausführlich Daniela Wuensch: Dimensionen des Universums. Die Geschichte der höherdimensionalen vereinheitlichten Theorien von der Antike bis zur modernen Physik. Göttingen 2010.

<sup>8</sup> Auf der offiziellen Webseite des CERN heißt es zum Large Hadron Collider (LHC): „It will revolutionise our understanding, from the minuscule world deep within atoms to the vastness of the Universe“ (URL: <http://public.web.cern.ch/public/en/LHC/LHC-en.html> [29.08.2012]).

<sup>9</sup> Vgl. dazu etwa Robert B. Laughlin, David Pines: The Theory of Everything. In: Proceedings of the National Academy of Sciences of the United States of America 97/1 (2000), S. 28–31; Robert B. Laughlin: Abschied von der Weltformel. Die Neuerfindung der Physik. München 2007 (Originalausg. u.d.T. A Different Universe. Reinventing Physics from the Bottom Down. New York 2005); Laughlin lehnt jede vereinheitlichte Theorie und den damit einhergehenden

Nun liegt die Assoziation nahe, die Suche nach einer Weltformel könne möglicherweise religiöse oder zumindest metaphysische Züge tragen, und genau darum soll es im Folgenden gehen: Der Weltformel-„Entdecker“ Johann Heinrich Ziegler verband mit seiner Weltformel eine Erlösungsvorstellung, die nicht anders als mit dem Stichwort religiös charakterisiert werden kann, was Ziegler doch von manch anderen modernen Weltformel-Forschern unterscheidet.

Grundlage für seine Weltformel war Zieglers 1902 erstmals vorgestellte ‚Urlichtlehre‘, die er seitdem in mehreren Publikationen verfeinerte und zu verbreiten suchte.<sup>10</sup> Im Rahmen der Dissertation der Wissenschaftshistorikerin Milena Wazeck über *die öffentliche Kontroverse um die Relativitätstheorie in den 1920er Jahren* ist Zieglers Urlichtlehre erstmals Gegenstand einer wissenschaftlichen Arbeit gewesen, allerdings nicht ihrem Inhalt nach, sondern im Hinblick auf Zieglers Gegnerschaft zu Albert Einstein, auf die im Weiteren kurz eingegangen werden soll. Ziegler selbst ist bei Wazeck der Archetyp des ‚Welträtsellösers‘.<sup>11</sup>

Ziegler trat noch drei Jahrzehnte nach der ersten Veröffentlichung seiner Theorie mit Vorträgen auf, einer der letzten fand am 22. September 1933 im *Nationalen Klub* in Berlin statt, in der Hermann-Göring-Straße 29, vor einem zumindest rechtskonservativen Publikum – der *Nationale Klub* bestand zwar schon seit 1919, war aber 1933 längst eine führertreue Organisation.<sup>12</sup> Ziegler versäumte nicht, darauf hinzuweisen, dass er mit seinem Vortrag eine Tradition fortsetzen durfte, die Adolf Hitler 1922 mit einem Vortrag über seine politischen Ziele am selben Rednerpult begonnen hatte. Wie Hitler wurde Ziegler von Emil Gansser (1874–1941) eingeladen, Chemiker und schon seit den frühen 1920er Jahren Unterstützer der Nationalsozialisten und mit Ziegler wahrscheinlich schon seit langem be-

---

Reduktionismus grundsätzlich ab; stattdessen vertritt er die Vorstellung von ‚Emergenz‘ als Grundprinzip physikalischer Erscheinungen und damit auch als deren Erklärungsgrundlage. Ein Verfechter einer „endgültigen Theorie“ oder eines „Konvergenzpunkt[es], in dem all unsere Erklärungspfeile zusammenlaufen“, ist Steven Weinberg: *Der Traum von der Einheit des Universums*. München 1993, Zitat S. 63 (Originalausg. u.d.T. *Dreams of a Final Theory*. New York 1992); Weinberg räumt allerdings ein, dass diese endgültige Theorie möglicherweise nicht mit dem menschlichen Intellekt aufzufinden sei (ebd., S. 239–249). Laughlin und Weinberg sind beide Nobelpreisträger für Physik, und beide publizierten ihre Grundsatzüberlegungen zur Weltformel-Debatte (auch) in populärwissenschaftlichen Büchern, ein Hinweis auf die gesellschaftliche und forschungspolitische Bedeutung, die dieser Debatte beigemessen wird.

<sup>10</sup> Ziegler, *Universelle Weltformel* (1902, wie Anm. 2); ders., *Universelle Weltformel* (1903, wie Anm. 1).

<sup>11</sup> Milena Wazeck: *Einsteins Gegner. Die öffentliche Kontroverse um die Relativitätstheorie in den 1920er Jahren*. Frankfurt a.M., New York 2009, S. 40–44 u.ö.

<sup>12</sup> Johann Heinrich Ziegler: *Die einfache Grundlage der Urlichtlehre*. Vortrag gehalten am 22. September 1933 im Nationalen Klub zu Berlin (Hermann-Göring-Straße 29). Zürich 1933. Zum Nationalen Klub Gerhard Schulz: *Der „Nationale Klub von 1919“ zu Berlin*. In: Ders.: *Das Zeitalter der Gesellschaft. Aufsätze zur politischen Sozialgeschichte der Neuzeit*. München 1969, S. 299–322.

etablierten Wissenschaft definiert Ziegler dann seine „wahre Wissenschaft“: „Wahre Wissenschaft soll daher der sichere und unerschöpfliche Schatz von wahrem Wissen sein, woraus jeder jederzeit das schöpfen kann, was er bedarf.“<sup>20</sup>

Wie nicht anders zu erwarten, betrachtet Ziegler die zeitgenössische Wissenschaft demgegenüber als defizitär, sie sei nur vorläufig, denn ihr fehle „die Kenntnis von der inneren Einheit der Dinge, d.h. ihrer gemeinsamen Grundlage“.<sup>21</sup> Hier ist man beim Monismus angekommen, der zu Beginn des 20. Jahrhunderts mit dem *Deutschen Monistenbund* des Zoologen Ernst Haeckel (1834–1919) einige Bedeutung erlangt hatte und ebenso zur Weltanschauung erhoben worden war, wie Ziegler dies mit seiner Urlichtlehre tat.<sup>22</sup> Ähnlich den Monisten ist es Ziegler um eine Vereinigung aller Wissenschaften im Sinne holistischen Denkens zu tun, eines Denkens, das ihm die ‚wahre Erkenntnis‘ verspricht, der sich die Wissenschaften unverständlichlicherweise zu verschließen scheinen. Dieser Holismus als Grundlage und zugleich strategisches Ziel der Urlichtlehre zeigt in aller Deutlichkeit den Kontext, in dem Ziegler sich bewegt: Es ist nicht nur die akademische, sondern vor allem die esoterische Szenerie seiner Zeit, deren Motive auch die Urlichtlehre durchziehen.<sup>23</sup> Die Rede von der ‚wahren Wissenschaft‘ und vom ‚wahren Wissen‘ könnte dem einen oder anderen Zuhörer beispielsweise aus den um 1900 – also zur Entstehungszeit der Urlichtlehre – einflussreichen Lehren der *Theosophischen Gesellschaft* Helena Petrovna Blavatskys (1831–1891) vertraut gewesen sein,<sup>24</sup> wengleich sich eine direkte Rezeption dieses Denksystems bei Ziegler nicht nachweisen lässt.

Zieglers Projekt nimmt damit den um 1900 aktuellen esoterisch-religiösen Szientismus auf, betont er doch immer wieder, seine „wahre Wissenschaft“ sei grundverschieden von der „agnostischen Wissenschaft“ seiner akademischen Widersacher – die Einheit von Wissenschaft und Religion spielt bei ihm eine ebenso wichtige Rolle wie die grundlegende Neuausrichtung der wissenschaftlichen Methoden, und er wendet sich dabei zugleich gegen den die Wissenschaft anscheinend dominierenden Materialismus.<sup>25</sup> Tatsächlich publiziert Ziegler bereits kurz nach

<sup>20</sup> Ebd.

<sup>21</sup> Ebd.

<sup>22</sup> Zum Monistenbund: Monismus um 1900. Wissenschaftskultur und Weltanschauung. Hg. v. Paul Ziche. Berlin 2000.

<sup>23</sup> Kocku von Stuckrad zählt „holistische oder monistische Konzepte des Kosmos [...] zu den Voraussetzungen esoterischen Denkens“ (Kocku von Stuckrad: Was ist Esoterik? Kleine Geschichte des geheimen Wissens. München 2004, S. 162). Zum Begriff *Esoterik* vgl. auch den Beitrag von Monika Neugebauer-Wölk im vorliegenden Band.

<sup>24</sup> Für diesen Kontext vgl. Michael Bergunder: Das Streben nach Einheit von Wissenschaft und Religion. Zum Verständnis von Leben in der modernen Esoterik. In: Leben. Verständnis. Wissenschaft. Technik. Hg. v. Eilert Herms. Gütersloh 2005, S. 559–578, hier S. 574.

<sup>25</sup> Ziegler: Urlichtlehre (wie Anm. 12), S. 4f. Zur Vorstellung einer Einheit von Wissenschaft und Religion im vorliegenden Zusammenhang vgl. Bergunder: Streben nach Einheit (wie Anm. 24). Zum esoterischen Szientismus um 1900, auch und besonders in der *Theosophischen Gesell-*

blieben [...] im Symbolischen, d.h. dem Religiösen stecken. Das war auch der Grund, weshalb ihre einfache Grunderkenntnis der Dinge, das Unbedingte, unfruchtbar blieb und später wieder verloren ging, bis es zuletzt sogar für unergründlich galt [...].<sup>33</sup>

Zieglers „neue Urlichtlehre“ hingegen räume mit

diesem Irrtum [...] nun gründlich auf. Sie vernichtet den Agnostizismus, hellt den dunkel gewordenen Sinn der früheren mystischen Lehren wieder auf und gibt dem gesunden Menschenverstand die verlorene Herrschaft über die Wissenschaft zurück. Sie gründet die neue Wissenschaft wieder auf Weisheit, d.i. auf den logischen Zusammenhang aller Grundgesetze, und bedient sich dabei eines Sinnbildes, nämlich der universellen Weltformel.<sup>34</sup>

Der allumfassende Gültigkeitsanspruch führt Ziegler also nicht nur zurück zum Ursprung und zur wahren Wissenschaft, sondern auch zur wahren Erkenntnis, und er gipfelt schließlich in der Weltformel. Wenngleich Ziegler sich nicht immer klar ausdrückt, so ist sein Anspruch auf Erlösung wenn schon nicht der Menschheit, so doch zumindest der Wissenschaft durch seine Urlichtlehre doch unverkennbar.

Die Erkenntnismethode, die nun zur Anwendung kommen soll, beruht wiederum auf „einfachem Menschenverstand“ und soll in Vergleich und Unterscheidung verschiedener Sinneseindrücke und deren Abstraktion zur „vollendeten Aufteilung aller Dinge“ bestehen.<sup>35</sup> Damit erkenne man das „Eine und Unteilbare“ und mithin die „letzten, unbedingt gleichartigen Urteilchen, aus welchen alles besteht: [die, R. G.] Masse.“<sup>36</sup> Durch ein wenig logisches Denken „ohne jegliche Anstrengung“ komme man zu dem

notwendigen Schluß, daß jene allerletzten Teilchen, die Uratome, lauter gleich große Kügelchen von letzter Kleinheit und absoluter Vollheit sind. Sie sind daher notwendig auch ganz inkompressibel, also ganz hart, starr und unteilbar.<sup>37</sup>

Scheinbar klingt hier moderne Teilchenphysik an, die sich ja bekanntlich auch der Suche nach den kleinsten unteilbaren Teilchen widmet, wobei das bei Demokrit noch unteilbare Atom inzwischen in Hunderte kleinere Einheiten zerfällt.<sup>38</sup> In den 1930er Jahren war die Elementarteilchenphysik noch in den Anfängen, aber ihre theoretische Grundlage, die Quantenphysik, war in Gestalt der Lichtquantenhypothese Albert Einsteins bereits mit dem Nobelpreis geadelt. Folgerichtig wird Einstein uns später noch einmal begegnen.

Tatsächlich verwendet Ziegler zwar Vokabeln, die auf die zeitgenössischen physikalischen Debatten zu verweisen scheinen, dahinter steht aber ein gänzlich

<sup>33</sup> Ebd.

<sup>34</sup> Ebd.

<sup>35</sup> Ebd., S. 6.

<sup>36</sup> Ebd.

<sup>37</sup> Ebd.

<sup>38</sup> Dazu der Überblick von Steven Weinberg: *The discovery of subatomic particles*. Überarb. Aufl. Cambridge 2003.

anderer Zusammenhang. So postuliert er etwa, die von ihm als „Uratome“,<sup>39</sup> „Bewegtheiten“ oder „Wirklichkeiten“ bezeichneten kleinsten Einheiten der Materie bewegten sich mit konstanter Lichtgeschwindigkeit und bringt damit die Relativitätstheorie mit der Einsteinschen Formel  $e=m \cdot c^2$  ins Spiel. Allerdings seien diese kleinsten Teilchen jedem Experiment völlig unzugänglich, ja sie seien „übersinnlich“. Die Uratome seien

das ewige Urmotiv der Welt, ihr ewiger Beweggrund oder ewiges Leben und ihre Urkraft oder ‚eigentliche‘ Wirklichkeit. Außer ihr hat nichts mehr ein unabhängiges oder ‚eigentliches‘ Dasein, als ihr unbedingtes Gegenteil, das Ewigleere, ohne welches wir uns auch das absolut Volle nicht denken können. [...] Dieses absolut Volle war für die alten Zoroastrier das Ungeheur [sic] des Abgrundes oder auch der Gott der Finsternis [...].<sup>40</sup>

Kontext für Zieglers Urlichtlehre ist also wiederum keineswegs die aktuelle akademische Physik, sondern eklektizistische Spekulation.

Der Weg von den Zoroastriern zu einem als urgermanisch apostrophierten „Bitheismus“<sup>41</sup> ist nun sehr kurz. Dieser Bitheismus entspreche am besten dem „Urgesetz mit seinem inneren Grundverhältnis, der wahren Weltursache, oder dem Urding“, und demnach erfordere die

rationelle Welterschöpfung [...] notwendig zwei sich gegenseitig fordernde und ergänzende Götter, d.h. ein Götterpaar [...] denn das ewige Weltall mit der Gesamtheit all seiner allgemeinen und besonderen Wirkungen kann nur in einer unlöslichen Götterehe fortwährend neu erzeugt werden.<sup>42</sup>

Ein solches dualistisches Gottesverständnis ist weder originell noch überraschend, stellt man Zieglers bisherige dualistische Ausführungen in Rechnung, also die Rede vom Bedingten und Unbedingten, von Leere und Fülle, Masse und Nichts oder Licht und Finsternis. Dass er sich damit ausdrücklich von denjenigen absetzt, die er am schärfsten attackiert, den etablierten Physikern, ist seinem holistisch angelegten Projekt der Vereinigung von Wissenschaft und Religion geschuldet, und er gießt diese Absetzbewegung in die Formulierung, seine Gedanken führten „ganz von selbst zur Erkenntnis des fundamentalen Unterschiedes zwischen der Wirklichkeit und ihren Wirkungen, einem Geheimnis, welches bis heute den Philosophen und Physikern unerkant blieb“.<sup>43</sup>

Wenn er im Folgenden das sogenannte Leere als eine Göttin bezeichnet und die ‚Wirklichkeiten‘ – damit waren bisher die Uratome gemeint – als Erscheinung oder bloßen Schein der zwei Gottheiten, dann ist Zieglers explizite Abgrenzung von

<sup>39</sup> Ziegler: Urlichtlehre (wie Anm. 12), S. 6. Hier auch die folgenden Zitate.

<sup>40</sup> Ebd., S. 7.

<sup>41</sup> Ebd. Hier auch das folgende Zitat.

<sup>42</sup> Ebd.

<sup>43</sup> Ebd.

jeder religiösen Dimension seiner Urlichtlehre nicht mehr ganz überzeugend.<sup>44</sup> Ähnlich verhält es sich mit der wahren Wissenschaft, die zuerst mit dem gesunden Menschenverstand auskommen sollte und für einfach galt – nun heißt es doch, Wissenschaft sei „die Kenntnis aller besonderen und schwer begreiflichen Dinge“.<sup>45</sup> Diente das Beharren auf der Einfachheit der von Ziegler präsentierten Überlegungen demnach vornehmlich dazu, das Publikum zu gewinnen, so beginnt er nun mit der Erklärung seiner doch wissenschaftlich anspruchsvollen Lehre, die nicht weniger als „eine richtige Kosmogonie“ sei, und zwar im Sinne einer Welterschöpfung, nicht im Sinne einer physikalischen Theorie von der Weltentstehung.<sup>46</sup> Dementsprechend muss Ziegler noch einmal betonen, dass er allein im Besitz der wahren Welterklärung sei, wohingegen selbst der Autor oder die Autoren der Genesis „nur eine oberflächliche Kenntnis von einer geheimen Wissenschaft gehabt hatten“; dies gelte etwa für das erste Buch Mose, das Ziegler für eine schlechte Kopie aus der Feder eines „undisziplinierten Geistes“ erklärt.<sup>47</sup> Dennoch gibt er zu, er selbst sei nicht etwa „ein überragendes Genie, dessen Gedanken für gewöhnliche Sterbliche fast unfaßbar wären“ – ihm sei nur daran gelegen, die Wissenschaft umzugestalten und das große Welträtsel zu lösen.<sup>48</sup>

### III Zieglers Weltformel

Der Schlüssel zur Lösung dieses Rätsels hat sich dem Farbstoffchemiker in seiner alltäglichen Arbeit offenbart, als er sich für den Zusammenhang von „Körperfarbe und Körperbeschaffenheit“ interessierte, also für die physikalisch-chemischen Ursachen der Farbentstehung bei chemischen Substanzen.<sup>49</sup> Dieses Problem sei von dualistischer Art, und seine Lösung beinhalte die Lösung des Welträtsels.<sup>50</sup> Farben seien geistig und daher physikalisch, Körper seien chemisch, und damit eröffnet sich die Frage nach der „Abhängigkeit und Einheitlichkeit zwischen geistigen und körperlichen Dingen“.<sup>51</sup>

Die Lösung des ‚Farbenproblems‘ ist der Königsweg zur wahren Erkenntnis, denn das ‚Farbenproblem‘ ist identisch mit dem ‚Weltproblem‘<sup>52</sup> – natürlich muss Ziegler an dieser Stelle Goethe erwähnen, dessen Farbenlehre ebenso an der etab-

<sup>44</sup> Ebd., S. 8.

<sup>45</sup> Ebd.

<sup>46</sup> Ebd.

<sup>47</sup> Ebd.

<sup>48</sup> Ebd., S. 9.

<sup>49</sup> Dies erklärt Ziegler bereits in seiner ersten Publikation zur Weltformel: Ziegler: Universelle Weltformel (1902; wie Anm. 2), S. 6.

<sup>50</sup> Ziegler: Urlichtlehre (wie Anm. 12), S. 9.

<sup>51</sup> Ebd., S. 10.

<sup>52</sup> Ziegler: Universelle Weltformel (1902; wie Anm. 2), S. 7.

von ‚Ursubstanz‘ bedeute<sup>64</sup> – Licht wird also umstandslos mit Materie in Beziehung gesetzt.

Da eine Weltformel, eine *Theory of Everything*, per definitionem für alle Erkenntnisbereiche gültig sein muss, wendet Ziegler sie nun „auf den Menschenbegriff“ an, wie er es nennt.<sup>65</sup> Dabei kommt ein Analogiedenken zum Tragen, das die ganze weitere Formulierung der Urlichtlehre durchzieht und im Zweifelsfall die einzige Erklärungsbasis darstellt. So analogisiert Ziegler in alchemistischer Tradition kalte Farben mit dem weiblichen Geschlecht und warme Farben mit dem männlichen,<sup>66</sup> die Graustufen gelten ihm als Hermaphroditen, und die Helligkeitsunterschiede der Farben werden verglichen mit der „Charakterverschiedenheit der verschiedenen Altersstufen des weiblichen und männlichen Geschlechts“.<sup>67</sup> Weiß sei die „Kindheit der Farbe“ und Schwarz ihr „Greisentum“, während in der Mitte, beim neutralen Grau, „der Abstand zwischen Weib und Mann so groß [sei, R. G.] wie der zwischen Blau und Orange“. Anhand solcher Analogien gelingt Ziegler ohne Weiteres der ‚Beweis‘ für seine Weltformel:

Diese auffällige Übereinstimmung der gegenseitigen Beziehungen zwischen Gegenständen von so äußerst verschiedener Art, wie der Farbe und dem Menschen, d.i. der einfachsten und zusammengesetztesten Erscheinungsform des Ewigwirklichen beweist schlagend die Richtigkeit ihrer Anordnung und Betrachtung auf der universellen Weltformel und damit auch deren allgemeine Gültigkeit, denn man darf daraus ruhig schließen, daß, wenn sie das Entstehen und Vergehen des ersten und letzten Dings richtig zum Ausdruck bringt, sie auch für alle dazwischenliegenden Dinge passe.<sup>68</sup>

Eine nicht genauer spezifizierte „nähere Untersuchung“ habe tatsächlich bestätigt, dass die Weltformel die „Aggregatzustände des Weltalls“ abbilde – ohne dass näher erläutert würde, was dies bedeute – „und ebenso den Mikrokosmos Mensch als Ebenbild vom Gebilde des Lichtgottes, dem Makrokosmos“.<sup>69</sup> Mit einer derartigen Argumentation, die sich auf Analogiedenken und Postulate beschränkt und wiederholt an die Unvoreingenommenheit – eigentlich die fehlende akademische Bildung – des Publikums appelliert, will sich Ziegler offensichtlich in einer Wissenssphäre oberhalb der experimentellen Physiker positionieren. Zugleich sieht er sich in der imaginären Tradition der „Weisen der Vorzeit“, denen die Weltformel bekannt gewesen sei, ablesbar an den „Symbole[n] der Weisheit der alten Lichtreligionen“.<sup>70</sup> Seine Weltformel sei ein ebensolches Symbol, ja sie sei „das Symbol der verlorengegangenen alten Weisheit [...], d.i. [für, R. G.] den sagenhaften ‚Stein

<sup>64</sup> Ebd.

<sup>65</sup> Ebd., S. 14.

<sup>66</sup> Vgl. dazu etwa *Alchemie. Lexikon einer hermetischen Wissenschaft*. Hg. v. Claus Priesner u. Karin Figala. München 1998, S. 312.

<sup>67</sup> Ziegler: *Urlichtlehre* (wie Anm. 12), S. 14. Hier auch die folgenden Zitate.

<sup>68</sup> Ebd.

<sup>69</sup> Ebd.

<sup>70</sup> Ebd., S. 15. Hier auch die folgenden Zitate.



Abb. 1: Spektrum des sichtbaren Lichts als Farbenring nach Johann Heinrich Ziegler



Abb. 2: Weltformel als Farbkugel nach Johann Heinrich Ziegler. Farbenring und -kugel wurden für den vorliegenden Beitrag nach Zieglers verbalen Beschreibungen rekonstruiert. Für die dreidimensionale grafische Realisation danke ich Thomas Purgand von der Agentur AGKD (Halle) – [www.agkd.de](http://www.agkd.de).

der Weisen“<sup>66</sup>. Wenn Zieglers Weltformel also den Stein der Weisen verkörpert, so fällt in der Urlichtlehre die moderne Physik mit der vormodernen Alchemie zu einer holistischen Universalwissenschaft zusammen.

Nunmehr geht es ihm um die Anwendung der Formel, unter anderem „zur Feststellung der verschiedenen Hauptzustände der Urmasse und der Konstitution der chemischen Elemente, wie auch der Ständeordnung der Gesellschaft“. Ziegler kündigt damit wiederum umfassende Erklärungen an, muss aber doch zuvor den Begriff des Urlichts mit der Weltformel in Zusammenhang bringen, und zwar, indem er die „Aggregatformen des Urlichts“ und die „Gesamttaggregation der Urmasse“ aus der Weltformel ableitet. Nähern wir uns in der ‚Urmasse‘ begrifflich der *Materia prima*, der Ausgangssubstanz für die Synthese des Steins der Weisen im *Opus magnum* der Alchemie, dann bekommt diese Sprache ihre spezifisch Zieglersche Gestalt in den „beiden Urdinge[n] des leeren Raums und des Urlichts“, die „in ihrer einfachsten gedanklichen Vereinigung den Begriff des Urdings, d.i. das Samenkorn aller übrigen Dinge“ bilden – und dies entgegen der früheren Behauptung, Urlicht und leerer Raum könnten sich keinesfalls vereinigen.

Angesichts der im frühen 20. Jahrhundert enormen Aktualität des Themas Strahlung, Röntgenstrahlung und Elektromagnetismus verwundert es nicht, dass Ziegler dort ansetzt, wenn er in der erprobten assoziativen Argumentationsweise mittels „Halbierung der ganzen Masse des Urlichts“<sup>71</sup> ein „Mischmasch der strahlenden Urmasse im Weltraum“ annimmt und dieses ‚Mischmasch‘ als „Doppelstrahlung“ bezeichnet. Diese sei auch als „allgemeiner Elektromagnetismus“ bekannt und gebe eine Vorstellung „von der allgemeinen Weltkonstitution“, denn jeder chemische Vorgang sei ein elektromagnetischer, und demnach müsse auch jeder natürliche Vorgang als ein elektromagnetischer erklärt werden.

Nun ist die hier angesprochene Elektrodynamik zu Beginn des 20. Jahrhunderts nicht mehr ganz neu, und zur Zeit von Zieglers hier diskutiertem Vortrag in den 1930er Jahren ist sie längst allgemein akzeptierte Grundlage auch der Relativitätstheorie, wenngleich sie kaum als ‚Mischmasch‘ verstanden wird.<sup>72</sup> Ziegler scheint sich also im Rahmen etablierter physikalischer Theorien zu bewegen, wobei dies auch für den esoterischen Szientismus etwa der bereits erwähnten *Theosophischen Gesellschaft* galt, gab es doch auch dort ein ausgeprägtes Interesse an Strahlungsphänomenen.<sup>73</sup> Allerdings zieht er nun eigenwillige Schlussfolgerungen, indem er den Elektromagnetismus in drei Aggregatzustände einteilt: einen geistigen, unsichtbaren, bewegten, einen körperlichen, sichtbaren, statischen, und

<sup>71</sup> Ebd., S. 15f. Hier auch die folgenden Zitate.

<sup>72</sup> Zur Entwicklung der Elektrodynamik im 19. Jahrhundert Olivier Darrigol: *Electrodynamics from Ampère to Einstein*. Oxford 2000; im Kontext der vereinheitlichten Theorien auch Wunsch: *Dimensionen* (wie Anm. 7), S. 214–218 u.ö.

<sup>73</sup> Bergunder: *Streben nach Einheit* (wie Anm. 24), S. 577.

schließlich den idealen Lichtstrahl.<sup>74</sup> Auf gedanklich schwer nachvollziehbaren Wegen, die sich entlang der Stichworte ‚Weltbildung‘, ‚Weltauflösung‘, ‚Verdichtung‘ und ‚Stauung‘, ‚Urlichtmasse‘ und ‚Urlichtwirbel‘ entfalten und damit verschiedene alchemistische Topoi – etwa *solutio* und *coagulatio* – aufrufen, gelangt er schließlich auf eine erweiterte Liste von sechs Aggregatzuständen der Materie für seine Urlichtlehre. Ergänzend zu den drei üblichen Aggregatzuständen fest, flüssig und gasförmig gibt es nun auch die drei Zustände Licht oder Farbe, Schall und Luft, womit Ziegler nach der Vereinigung von Alchemie und Physik auch die von Chemie und Physik vollzogen hat. Die Beweisführung ist wieder analogisch, wenn Ziegler als Beleg für seine Sechszahl die Sinne der Wirbeltiere in drei Fernsinne und drei Nahsinne einteilt, wobei der Geruchssinn doppelt zählt, als Fern- und als Nahsinn, sodass die Zahl von sechs Sinnen erreicht wird.<sup>75</sup>

Für die Urlichtlehre ist es folgerichtig der Gesichtssinn, der von der Wissenschaft falsch bewertet werde, obwohl er die Erkenntnis der Farbe von Körpern zum Gegenstand habe. An der Farbe wiederum sei das Wesen der Körper zu erkennen, wenn man das Zieglersche „Gesetz der Körperstrahlung“ befolge, nach dem es ein bestimmtes Verhältnis von männlicher, paramagnetischer Konstitution und weiblicher, diamagnetischer Außenwirkung gebe, ohne dass dies näher erläutert würde.<sup>76</sup> Im Hinblick auf die Vereinigung von Physik und Chemie kommt nun aber nicht etwa der Physik das Primat zu, wie man angesichts des weitgehend physikalischen Gegenstandes der Urlichtlehre erwarten würde, sondern der Chemie, von welcher der Chemiker Ziegler weiß, dass sie sich mit konkreten Substanzen befasse, statt mit abstrakten Zahlen wie die Physik. Aus demselben Grund gelinge dem Chemiker, mithin Ziegler selbst, auch eine – allerdings triviale – Erklärung der Entstehung aller Lebewesen: Sie seien Zusammensetzungen aus Atomen in gemischten Aggregatzuständen.

---

<sup>74</sup> Ziegler: Urlichtlehre (wie Anm. 12), S. 16f. Hier auch die folgenden Zitate.

<sup>75</sup> Ebd., S. 18.

<sup>76</sup> Ebd., S. 18f. Hier auch das Folgende.

## V Eine ausgebliebene Revolution

Allen Konspirationsthesen zum Trotz – oder zu deren Bestätigung – konnte sich die Urlichtlehre gegen Quanten- und Relativitätstheorie nicht durchsetzen: Abgesehen von einem eher kurzlebigen Erfolg im nationalsozialistischen Deutschland bei den ‚Deutschen Physikern‘ und einer gewissen Persistenz in entsprechenden Kreisen bis heute wurde die Urlichtlehre kaum diskutiert. Im akademischen Kontext wurde sie zwar immerhin rezensiert, doch fielen die Besprechungen durchweg negativ aus.<sup>88</sup> Mehrere im Rahmen der Urlichtlehre entstandene Publikationen wurden sowohl in geistes- als auch in naturwissenschaftlichen Zeitschriften besprochen, wobei etwa der Rezensent der *Chemiker-Zeitung*, eines Periodikums mit chemisch-technischer Ausrichtung, zu einem insgesamt abwägend-freundlichen, aber letztlich doch ablehnenden Urteil gelangte:

Denn es besteht kein Zweifel, daß ein gesunder Kern in all dem verborgen ist, der zwar nicht zur bedingungslosen Anerkennung, aber doch durch Widerspruch zum Nachdenken anregt. [...] Alles in allem: Herr Ziegler ist ein schlechter Interpret einer guten Idee.<sup>89</sup>

Zieglers bereits erwähnte Schrift über *Die wahre Einheit von Religion und Wissenschaft* (1904) wurde 1907 im *Jahrbuch für Philosophie und spekulative Theologie* von dem Benediktinerabt Ansgar Vonier (1875–1938) eingehend rezensiert; bei aller Ausführlichkeit der Besprechung bezeichnete der Rezensent die Schrift aber als „monistisches Märchen“ und gab Ziegler in polemischer Manier der Lächerlichkeit preis:

Der Autor spricht mit der Überzeugung eines Glaubensbekenners. Also ist anzunehmen, daß all dieser hochtrabende Unsinn ihm als Wahrheit gilt. Aber einem Blinden nur könnte der Umstand entgehen, daß das ganze Buch der Erguß eines tief beleidigten Gemütes ist. [...] Dr. Zieglers Leistungen werden mit Lächeln und Achselzucken gelesen.<sup>90</sup>

<sup>88</sup> Eine knappe Notiz von deutlich abwertender Art der beiden ersten Publikationen Zieglers – *Die Universelle Weltformel* etc. (wie Anm. 10) – erschien in der *Naturwissenschaftlichen Wochenschrift*, einem populärwissenschaftlichen Journal: *Naturwissenschaftliche Wochenschrift* N.F. 3 (1903/04), S. 94. Die gesamte Theorie Zieglers wurde in einem Rezensionssatz zu aktuellen naturphilosophischen Schriften in der *Zeitschrift für Philosophie und philosophische Kritik* scharf kritisiert, denn Ziegler kenne „weder die heutige wissenschaftliche Physik noch ihre erkenntnistheoretischen Grundlagen hinreichend“: O[tto] Jessel: Bericht über naturphilosophische Schriften des Jahres 1914. In: *Zeitschrift für Philosophie und philosophische Kritik* 157/2 (1915), S. 199–238, Zitat S. 211.

<sup>89</sup> P. Köthner: [Rezension zu] Johann Heinrich Ziegler: *Konstitution und Komplementät der Elemente*. Bern 1908; Johann Heinrich Ziegler: *Die Struktur der Materie und das Welträtsel*. Bern 1908. In: *Chemiker-Zeitung* 33/82 (1909), S. 750.

<sup>90</sup> Ansgar Vonier: [Rezension zu] Dr. J. H. Ziegler: *Die wahre Einheit von Religion und Wissenschaft*. Vier Abhandlungen. Zürich, Orell Füssli 1904. In: *Jahrbuch für Philosophie und spekulative Theologie* 21 (1907), S. 370f., Zitat S. 371.

Unter Verzicht auf eine solche Kategorisierung wird demgegenüber hier vorgeschlagen, Theorien wie die Urlichtlehre, also absolute Welterklärungen mit Selbstbezeichnungen wie „Lösung des Welträtsels“ oder „synthetische Weltanschauung“, nicht an ihrem pseudowissenschaftlichen Potential zu messen, sondern an ihrem Potential als Heilslehre mit Erlösungsanspruch, sie also weniger wissenschaftshistorisch als religionsgeschichtlich einzuordnen. In Zieglers Ausführungen ist augenfällig, wie das selbstgesteckte Ziel der Abstraktion von jeder Form von Religiosität regelmäßig an grundlegenden Prämissen der Theorie selbst scheitert. Die Urlichtlehre wird vorgetragen mit dem Anspruch, nicht nur die Welt zu erklären, sondern insbesondere auch die zeitgenössische Wissenschaft zu revolutionieren. Beides soll dann zu einer Verbesserung, ja einer Perfektion sowohl der Gesellschaft als auch der individuellen Erkenntnismöglichkeiten führen. Dies ist nichts anderes als eine Heilsgeschichte mit dem Ziel wissenschaftlicher und zugleich religiöser Erneuerung. Welchen wissenschaftlichen oder pseudowissenschaftlichen Wert die Urlichtlehre dabei hat, ist so nicht mehr die entscheidende Frage – entscheidend ist vielmehr, dass ihr Propagator **Johann Heinrich Ziegler** sich selbst offensichtlich als Heilsbringer versteht und genau dies erklärt, weshalb er über Jahrzehnte nicht nachlässt in seinen Bemühungen, der Menschheit seine Lehre nahezubringen.

So wird auch verständlich, warum das akademische Publikum die Urlichtlehre kaum wahrnimmt und warum **Ziegler** etwa von Einstein nicht ernst genommen wird: Zwischen den religiös grundierten Einlassungen Zieglers und der zumindest in der Selbstwahrnehmung um 1900 restlos säkularen Naturwissenschaft besteht eine unüberbrückbare Differenz, ein tiefer Graben gegenseitigen Nichtverstehens. Obwohl der Gegenstand von Zieglers Theorie auf den ersten Blick ein zeitgenössisch aktuelles Thema der Physik ist, gehen die Lösungsansätze für Probleme wie das der Lichtleitung doch diametral auseinander, und es gibt keine gemeinsame Diskussionsbasis. Die scheinbare Vergleichbarkeit der Urlichtlehre mit der Relativitätstheorie ist in Wahrheit das Ergebnis der Anwendung vormoderner Denkmuster auf einen aktuellen Debattenzusammenhang.

---

Wissenschaftstheorie. 4 Bde. Hg. v. Jürgen Mittelstraß. Bd. 4 (1996). Stuttgart 1980–1996, S. 719ff., 738–745.

Fallstudie: Johann Heinrich Ziegler. *Der Chemiker und das Urlicht*

Am Silvestertag des Jahres 1900 überreichte Johann Heinrich Ziegler seinem Notar einen versiegelten Umschlag. Im Innern befand sich das Manuskript »Die universelle Weltformel«. Wer war dieser von der Bedeutung

---

30 Zum Mesmerismus vgl. Darnton, Robert, *Mesmerism and the End of the Enlightenment in France*, Cambridge, Mass. [u. a.] 1968; Winter, Alison, *Mesmerized. Powers of Mind in Victorian Britain*, Chicago 1998; sowie die Beiträge in Wolters, Gereon (Hg.), *Franz Anton Mesmer und der Mesmerismus. Wissenschaft, Scharlatanerie, Poesie*, Konstanz 1988. Zur Odlehre liegt derzeit noch keine umfassende Untersuchung vor.

31 Vgl. Hoomann, Anne, *Lichtspiele. Zur Medienreflexion der Avantgarde in der Weimarer Republik*, München 2003, S. 41f. und die dortigen Hinweise. Die hier wiedergegebenen Positionen stammen aus dem von der Begründerin der modernen Theosophie, Helena Blavatsky, verfassten Werk *Isis entsleiert. Ein Meisterschlüssel zu den Geheimnissen alter und neuer Wissenschaft und Theologie*, Übersetzung nach der 6. engl. Auflage, Bd. I: *Wissenschaft*, Den Haag [1877].

seiner Theorie dermaßen überzeugte Welträtsellöser? Und wie sah die universelle Weltformel aus? Die Industriellenfamilie Ziegler war in Winterthur nachweisbar seit 1500, wahrscheinlich sogar bereits seit 1300 ansässig. Als Fabrikbesitzer gehörten die Ziegler zum Wirtschaftsbürgertum der Schweiz, das einen recht überschaubaren Kreis bildete.<sup>32</sup> Johann Heinrich Ziegler begann zunächst eine kaufmännische Ausbildung, brach ein darauffolgendes Studium der Volkswirtschaft ab, war drei Semester am neu gegründeten Technikum Winterthur eingeschrieben, absolvierte dann ohne große Motivation ein einjähriges Volontariat in der Fabrik des Vaters, leistete den Militärdienst ab und schrieb sich zwei Semester in Berlin ein, wo er Chemie studierte, daneben aber vor allem das gesellschaftliche Leben genoss.



*Johann Heinrich Ziegler*

Ziegler bis zu diesem Zeitpunkt recht zielloses Leben änderte sich, als der Vater endlich zum Verkauf des Geschäfts zu bewegen war. Von der Last der maroden Fabrik befreit, nahm Ziegler nun ernsthaft ein Studium der Chemie bei Emil Fischer, Carl Graebe und Adolf von Baeyer in München

---

<sup>32</sup> Vgl. Tanner, Albert, *Arbeitsame Patrioten – wohlstandige Damen. Bürgertum und Bürgerlichkeit in der Schweiz 1830–1914*, Zürich 1995. Tanner gibt die Zahl der zum Wirtschaftsbürgertum in der Schweiz gehörenden Personen mit knapp 30.000 an. Vgl. ebd., S. 47. Die biographischen Angaben zu Ziegler stammen aus verschiedenen autobiographischen Anmerkungen in seinen Werken sowie aus Saager, Adolf, *Der Winterthurer Naturphilosoph Johann Heinrich Ziegler*, Winterthur 1930.

und Erlangen auf, das er 1883 im Alter von 26 Jahren mit der Promotion beendete. Anschließend arbeitete er für einige Jahre in der industriellen Forschung, unter anderem bei den Firmen Geigy in Basel und Poirier in Paris, sowie an den Universitäten von Genf und Zürich.

Seit Mitte des 19. Jahrhunderts herrschte in der organischen Chemie eine wahre Goldgräberstimmung. Durch Synthesen, an deren kommerzieller Verwertung die in der Industrie tätigen Chemiker finanziell beteiligt wurden, ließ sich des Öfteren gar ein Vermögen verdienen: »Ein Chemiker, eine Synthese, eine Villa« – solch eine Karriere war nicht selten.<sup>33</sup> Ziegler allerdings gehörte bereits zu der Folge-Generation, die Claims waren weitgehend abgesteckt. Dennoch gelangte er zu einer gewissen Bekanntheit in der Farbenchemie.<sup>34</sup> In den 1890er Jahren stand Ziegler auf dem Höhepunkt seiner Laufbahn. Eine große deutsche Farbfabrik bot ihm die Leitung ihres wissenschaftlichen Labors an, Ziegler aber ließ den Vertrag platzen, warum, ist unklar. Es mag eine Rolle gespielt haben, dass er bereits in den 1890er Jahren ein starkes Interesse für philosophische Fragen entwickelte und daher die Festlegung, die die Arbeit in einem Industrielabor bedeutet hätte, vermeiden wollte. Um ohne Festanstellung dennoch seinen Lebensunterhalt zu sichern, gründete er eine Antipyrinfabrik, tat sich als Geschäftsmann aber ähnlich schwer wie schon sein Vater: Nach nur drei Jahren, im Herbst 1899, hatte Zieglers Fabrik Pleite gemacht. Die Liquidation der Firma lief noch, während der Pleitier sich im Jahr 1900 nun ganz in theoretische Fragen vertiefte. Innerhalb von drei Monaten schrieb er sein System über die universelle Weltformel in großen Umrissen nieder.

Warum Ziegler sich überhaupt als Theoretiker versuchte, erklärte er rückblickend mit dem direkten Bezug zwischen seiner praktischen und seiner theoretischen Arbeit:

---

<sup>33</sup> Vgl. Simon, Christian, »Chemie in der Schweiz«, in: Buset, Thomas/Rosenbusch, Andrea/Simon, Christian (Hg.), *Chemie in der Schweiz: Geschichte der Forschung und der Industrie*, Basel 1997, S. 25–57, insb. S. 42f; Studer, Tobias, »Wirtschaftliche Rahmenbedingungen als Determinanten des Berufsbildes des Chemikers«, in: ebd., S. 233–252, insb. S. 240.

<sup>34</sup> Insbesondere entdeckte er das Tartrazin, einen künstlichen gelben Azofarbstoff, der heute als E102 bekannt ist und in einigen Ländern noch zur Färbung von Lebensmitteln eingesetzt wird. Fierz-David stellt in seinem Lehrbuch über künstliche organische Farbstoffe die Verdienste Zieglers besonders heraus, was jedoch möglicherweise weniger auf die tatsächliche Bedeutung Zieglers als vielmehr auf die persönliche Bekanntschaft zwischen ihm und Fierz-David zurückzuführen ist. Vgl. Fierz-David, Hans Eduard, *Technologie der Textilfasern*, 3 Bände, Bd. 3: *Künstliche organische Farbstoffe*, Berlin 1926.

»Als Farbenchemiker hatte ich schon vor Jahren in der Technik das lebhafteste Bedürfnis einer richtigeren Erkenntnis jener Beziehungen [von Licht und Materie] empfunden und mich wie viele andere bemüht, Regelmässigkeiten abzuleiten und die Gesetze zu entdecken, welche die Natur der Farbe regieren [...]

Bei dieser Beschäftigung wurde ich je länger je mehr der völligen Unzulänglichkeit der herrschenden Ansichten über die Natur der Materie sowohl wie über diejenige des Lichtes bewusst [...] Ich sagte mir, dass, da die Farbe, diese besondere Art von Licht, als ein Kind der Materie und des Lichtes erscheint und da stets nur seiner Natur nach Gleichartiges in produktive Wechselwirkung treten kann, dass jene scheinbar so verschieden gearteten Eltern von einerlei Natur sein müssten, und dass man, insofern man das Problem der Körperfarbe mit einiger Aussicht auf Erfolg in Angriff nehmen wolle, man vor allen Dingen die wahre Einheit, oder den wahren Charakter des Lichtes und der Materie erkennen müsse.

Das Farbenproblem verwandelte sich damit mit einemmal in das letzte wissenschaftliche oder philosophische Problem, in das Problem des wahren Wesens der Natur. Es war fortan gleichbedeutend mit dem Weltproblem und betraf als solches nichts Geringeres als die Erkenntnis der absoluten Wahrheit.«<sup>35</sup>

In seiner *Universellen Weltformel* entwickelte Ziegler eine Ontologie, die von der Prämisse ausging, zunächst müsse man über das Allereinfachste, das »Urding selbst«<sup>36</sup> Bescheid wissen, und dieses sei das Licht. Dass das Licht diese exponierte Stellung des Urdings einnahm, wurde von Ziegler nicht weiter hinterfragt. Das Licht sei die »offenkundigste« und »einfachste« wahrnehmbare Erscheinung der Natur und damit als »Urding« genügend qualifiziert.<sup>37</sup>

Das Farbproblem spielte in Zieglers Schriften nach den zwei Weltformel-Aufsätzen keine zentrale Rolle mehr, vom weltlichen Licht schloss Ziegler aber auf die Existenz eines Urlichts, das seiner Theorie, der Urlichtlehre, den Namen gab. Das Urlicht kam ins Spiel, weil Ziegler in der Konstruktion seiner Theorie auf die erkenntnistheoretische Prämisse rekurriert, dass der Gegensatz das Strukturprinzip der Welt sei: Da die Dinge in der Welt, wie der Mensch sie kenne und erfahre, wandelbar, wägbare, wahrnehmbar seien – wie das weltliche Licht –, müsse es ein komplementäres Gegenteil des weltlichen Dinges geben, etwas, das ewig, verborgen, übersinnlich, nicht weltlich, letztlich religiös sei – das übersinnliche Urlicht. Vom Urlicht leitet Ziegler alle physikalischen Phänomene ab: Die

<sup>35</sup> Ziegler 1902, S. 6f.

<sup>36</sup> Die Einführung des Präfixes »Ur-« ist typisch für die Versuche der Welträtselöser, Wissenschaft auf eine metaphysisch sichere Basis zu stellen, vgl. auch S. 192f.

<sup>37</sup> Alle Zitate dieses Absatzes stammen aus: Ziegler 1902, S. 8. Ein zweiter Weltformel-Aufsatz erschien 1903, vgl. Ziegler 1903.

reiche weit über therapeutische Ansätze und medizinische Fragen hinausgingen. Gerade der ganzheitliche Ansatz der Naturheilkunde erforderte, sich bei Ansätzen zur Heilung einer Krankheit nicht nur auf den kranken Teil des Körpers, sondern auf den ganzen Menschen und die gesellschaftlichen Verhältnisse zu beziehen, inklusive der Bereiche des Wohnens, der Ernährung, der Kleidung, der »körperlichen Disziplin«, der geistigen Seelsorge und der Spiritualität.<sup>43</sup> Die Bedeutung dieses weltanschaulichen Faktors zeigt sich zum Beispiel darin, dass es in der Naturheilkundebewegung Widerstand gegen die bloße Übernahme der therapeutischen Möglichkeiten der alternativen Medizin durch die Schulmedizin gab, solange der dazugehörige theoretische Rahmen nicht auch geteilt wurde.<sup>44</sup>

Was Welträtsellöser aus dem Kontext der Lebensreform besonders interessant macht, ist der Balanceakt, den ihr Verhältnis zur Wissenschaft darstellte: Sie stand einerseits oft als Synonym für leblosen Materialismus und wurde deshalb abgelehnt. Andererseits sollten wissenschaftliche Belege, an deren Legitimationskraft nicht gezweifelt wurde, zur Aufwertung der lebensreformerischen Ziele dienen. Im Gegensatz zu anderen Theorien aus diesem Kontext, die im biologischen oder medizinischen Bereich blieben, behandelten die Welträtsellöser aus der Lebensreformbewegung, von der Ausbildung her vorwiegend Ärzte oder Biologen, in ihren Theorien ausdrücklich auch die Physik. Dadurch wurde für sie auch eine Reaktion auf die Relativitätstheorie erforderlich, wie am Beispiel des in der folgenden Fallstudie vorgestellten Kneipparztes Franz Xaver Kleinschrod deutlich wird.

43 Vgl. allgemein zur Lebensreform Barlösius, Eva, *Naturngemäße Lebensführung. Zur Geschichte der Lebensreform um die Jahrhundertwende*, Frankfurt (Main)/New York 1997; Bothe 1991; Krabbe, Wolfgang, »Lebensreform/Selbstreform«, in: Kerbs/Reulecke 1998, S. 73–75 und speziell zur Naturheilkunde Brauchle, Alfred, *Die Geschichte der Naturheilkunde in Lebensbildern*, Stuttgart 1951; Krabbe, Wolfgang, »Naturheilbewegung«, in: Kerbs/Reulecke 1998, S. 77–85.

44 »Naturarzt ist nicht, wer einmal gelegentlich das natürliche Heilverfahren anwendet, wenn er mit seinen mechanischen Mitteln zu Ende ist, ebensowenig wie der Naturarzt deshalb Arzt der Schule wird, weil er gelegentlich einmal ein Medikament verwendet, sondern Naturarzt ist, wer die Krankheit physiatisch betrachtet und behandelt, also nicht rein pathologisch-mechanistisch.« Kleinschrod, Franz, *Wissenschaftliche Begründung der Naturheilkunde. Eine prinzipielle Untersuchung*, Wörishofen 1911, S. 163f.

bloßen Verdachte des Antisemitismus gegenüber. »Entweder Einsteinianer oder Antisemit« scheint heute die Parole zu sein.« Damit suggerierte Ruckhaber, die »Einsteinianer« hätten den Antisemitismusvorwurf benutzt, um die Gegner der Relativitätstheorie zu disqualifizieren. Diese Position verallgemeinert die Fälle, in denen tatsächlich ungerechtfertigt antisemitische Beweggründe unterstellt worden waren, ohne den Kontext, der zu solchen Beurteilungen führte, in Betracht zu ziehen. Ruckhaber befand sich in einer ähnlichen Situation wie Gehrcke, der von Einstein 1920 scharf angegriffen worden war und dem zusammen mit Weyland antisemitische Beweggründe für seine Kritik der Relativitätstheorie unterstellt worden waren.<sup>215</sup> Auch Gehrcke und der ebenfalls von Einstein kritisierte Lenard konnten empört darauf hinweisen, keine antisemitisch oder persönlich motivierten Angriffe auf die Relativitätstheorie unternommen zu haben.<sup>216</sup> Mehrfach wurde darauf hingewiesen, dass Einstein in seinem Artikel »Meine Antwort« als Erster den Antisemitismus in Bezug auf die Relativitätstheorie-Kritik öffentlich thematisierte. Doch kann man aus dieser Tatsache Einstein tatsächlich eine »gewisse Mitschuld«<sup>217</sup> an der Politisierung der Debatte um die Relativitätstheorie zuschreiben?

Einstein reagierte mit seiner Stellungnahme auf vorhandene antisemitische Stimmungen und löste nicht den Antisemitismus aus.<sup>218</sup> Antisemitische Denk- und daraus folgende Handlungsweisen (von der von antisemitischen Ressentiments geleiteten Berufungspolitik bis hin zu tätlichen Übergriffen) waren in der Kaiserzeit und der Weimarer Republik weit verbreitet. Einstein war bereits in den frühen 1920er Jahren heftigen anti-

215 Vgl. Einstein, Albert, »Meine Antwort. Ueber die anti-relativistische G.m.b.H.«, in: *Berliner Tageblatt*, 27. August 1920, Morgenausgabe, abgedruckt in: CP Bd. 7, Doc. 45.

216 Vgl. z. B. die Äußerung von Lenard: »Ich selbst bezweifle leider, ob mein Zugegensein bei der Versammlung [der DPG in Bad Nauheim am 21. September 1920] tunlich sein wird. Die Ursache sind die eigentümlichen Angriffe persönlicher Art, welche die Herren Laue und Einstein vor aller Oeffentlichkeit gegen mich gerichtet haben (Tägl. Rundschau vom 11. Aug. Abendausgabe, Berliner Tageblatt vom 27. Aug. Nr. 402), der ich keine andere öffentliche Aeusserung betreffend das von diesen Herren vertretene Relativitätsprinzip getan habe, als die rein sachliche und ausführlich begründete in meiner Druckschrift »Ueber Relativitätsprinzip, Äther, Gravitation.« Lenard an Gehrcke [und elf weitere Physiker], »Einladung [zu einer Beratung über eine angestrebte Erneuerung der DPG]«, 14. September 1920, GN 3-F-1.

217 Vgl. Könneker 2001, S. 138f.: »Einstein kam also eine gewisse Mitschuld daran zu, daß sich die Kontroverse um die Relativitätstheorie im Sommer 1920 über alle sonstigen Positionen hinweg auch unumkehrbar auf den politischen Diskurs ausdehnte.« Ebd., S. 138; ähnlich Hentschel 1990, S. 134f.

218 Ähnlich Rowe 1993, S. 102.

semitischen und nationalistischen Angriffen ausgesetzt. Auch bei den Einsteingegnern waren antisemitische Ressentiments oft anzutreffen, was vor allem in der Korrespondenz deutlich zu Tage tritt, und es ist anzunehmen, dass ihren Zeitgenossen diese persönlichen Einstellungen nicht verborgen geblieben sind. Lenard zog bereits früh Parallelen zwischen »richtiger« Wissenschaft und nationaler Herkunft (so in seinen Polemiken gegen die Engländer) oder Abstammung (»Juda bleibt immer schlau und immer Gift für den deutschen Geist.«<sup>219</sup>) Nach Lektüre von Hermann Weyls Darstellung der Bad Nauheimer Debatte, die für Lenard nicht sehr positiv ausfiel, bemerkte er gegenüber Gehrcke: »Zugegeben wundere ich mich jetzt über Herrn Weyls – wie ich glaubte – so ganz deutsches Aussehen.«<sup>220</sup> Nicht nur in der Korrespondenz mit Gehrcke gehörten Fragen wie im Brief vom 18. November 1920: »Ist übrigens Bohr Jude?«<sup>221</sup> oder Anmerkungen wie im Brief vom 9. September 1921: »Was ist übrigens »Antisemit«? Es ist das jüdische Schimpfwort für einen Deutschen, der wirklich einer ist und der nicht vom Fremdgeistigen beherrscht sein will«<sup>222</sup> zum Standard. Man wusste auch 1920, was Lenard von Juden und Nicht-Deutschen hielt, auch wenn er erst 1922 öffentlich gegen den »Fremdgeist«, den er in der Relativitätstheorie verkörpert sah, polemisierte.<sup>223</sup>

Während Ruckhaber also berechnend unpolitisch gegen Einstein argumentierte, entwickelten **Ziegler** und Mewes früh ausgeklügelte antisemi-

---

219 Lenard an Gehrcke, 8. Januar 1920, GN 83-E-10.

220 Lenard an Gehrcke, 6. November 1920, GN 3-F-3; vgl. Weyl 1920.

221 Lenard an Gehrcke, 18. November 1920, GN 3-F-6.

222 Lenard an Gehrcke, 9. September 1921, GN 3-F-16.

223 Vgl. Lenard 1922a, S. 9. Die öffentliche Vortragsreihe gegen die Relativitätstheorie in der Berliner Philharmonie veranlasste Einstein zu der ernsthaften Überlegung, Deutschland zu verlassen. Dazu Lenard in einem Brief an Gehrcke: »[D]ie Macht dieser Leute [um Einstein] ist offenbar schon so hoch gestiegen, als dass man geradeaus dagegen losgehen könnte. Wie ist es doch auch möglich, dass Jemand in Deutschland mit Erfolg (dem Minister gegenüber sogar!) drohen kann, Deutschland verlassen zu wollen? Warum sagt man ihm nicht: Ei, dann bist Du ja gar kein Deutscher; schere Dich z. Teufel!« Lenard an Gehrcke, 1. Oktober 1920, GN 83-E-17. Lenard hatte dennoch Kontakt zu den jüdischen Einsteingegnern Kraus und Palagyi, Kraus besuchte Lenard sogar (vgl. Lenard an Gehrcke, 1921 [ohne genauere Datumsangabe], GN 83-F-7). Vermutlich wusste Lenard nicht über die jüdische Herkunft von Kraus und Palagyi Bescheid; so forderte er in einem Brief an Gehrcke zunächst »wirklich deutsche Philosophen« zur Auseinandersetzung mit der Relativitätstheorie auf, um sich im nächsten Satz nahtlos für einen von Gehrcke zugesandten »sehr gediegenen« (Lenard) Brief von Palagyi zu bedanken. Lenard an Gehrcke, 30. November 1920, GN 83-E-18; vgl. auch Lenard an Gehrcke, 7. Dezember 1921, GN 83-F-5.

tische Verschwörungstheorien. In den Druckschriften Zieglers sowie in den unter Pseudonym verfassten Zeitungsartikeln waren antisemitische Pauschalvorwürfe gegen Einstein seit Anfang der 1920er Jahre üblich. Seit 1931 verwies Ziegler zudem in seinen Polemiken ausdrücklich auf die »Protokolle der Weisen von Zion« und Henry Fords Pamphlet *Der internationale Jude* hin. Die »Protokolle der Weisen von Zion«, die angeblich eine jüdische Weltverschwörung protokollarisch wiedergeben sollen, sind wahrscheinlich das einflussreichste verschwörungstheoretische Werk überhaupt.<sup>224</sup> Dass sie bereits kurz nach Erscheinen als Fälschung entlarvt wurden, tat ihrer Rezeption keinen Abbruch. Die »Protokolle« passten (und passen noch) viel zu gut zu verbreiteten antisemitischen Denkmustern, die hier nur eine Bestätigung finden wollten. Außerdem ficht es den Anhänger einer Verschwörungstheorie nicht an, wenn seine Verschwörung, in diesem Falle die »Protokolle«, als falsch enttarnt wird: Dies ist im konspirativen Weltbild natürlich nur ein Schachzug der Gegenseite.

Für Ziegler waren die Stellen in den »Protokollen« wichtig, wo »die Juden« (wie Einstein) die Unterdrückung der »Nichtjuden« (wie Ziegler) beschreiben. Ziegler zitiert lange aus den »Protokollen«, wie mittels der Presse die Meinungsherrschaft übernommen werden und dass die Öffentlichkeit durch leere Begriffe und phantastische Theorien (wie die Relativitätstheorie) irregeführt werden solle. Seiner Ansicht nach versuchten »die Juden«, ihm seine Welttheorie »zu entreißen«, was ihnen jedoch nicht gelang, weil die Theorie »uraltes, arisches Erbgut [ist], das der Arier nicht mehr aus der Hand gibt.« Indem Ziegler seine Welttheorie vor dem »Weltherrschaftswahn« der Juden schützte, sollte sie, hier war er wieder ganz Philanthrop, der gesamten Menschheit zugute kommen.<sup>225</sup>

Zieglers einziger Aufsatz, der dem Titel nach ausschließlich der Auseinandersetzung mit der Relativitätstheorie gewidmet ist, war ein mit antisemitischen Stereotypen gespicktes verschwörungstheoretisches Pamphlet. Nicht nur die akademische Physik habe sich gegen ihn verschworen, sondern dahinter stehe das »Weltjudentum«:

»[M]an mußte den Zauber [der Relativitätstheorie] aber auch noch durch irreführende Reden, bezw. mit der gehörigen Reklame unterstützen. Und zwar mußte diese um so stärker sein, je geringer die Aussicht war, daß eine schwer verständliche Lehre vor einer leicht verständlichen ins Publikum dringen und dann ihr

224 Vgl. Sammons, Jeffrey L., *Die Protokolle der Weisen von Zion. Die Grundlage des modernen Antisemitismus – eine Fälschung. Text und Kommentar*, Göttingen 1998.

225 Alle Zitate dieses Absatzes aus: Ziegler 1931, S. 84ff.

gegenüber das Feld behaupten könnte. An einer solchen Reklame sollte es Einstein nicht fehlen, und zwar um so weniger, als das ganze Reklamewesen ja eine Erfindung seines Stammes ist und dieser, im Zusammenhalten stärker als alle übrigen Völkerstämme der Welt, einsichtig genug war, um den großen moralischen Vorteil richtig zu würdigen, den es ihm brächte, wenn er sich einst rühmen dürfte, die wahre Erneuerung der Wissenschaften sei seinem Geist entsprossen.«<sup>226</sup>

Für Ziegler war bewiesen, »daß es sich bei der ganzen Einsteiniade in erster Linie um den jüdischen Ehrgeiz und erst in zweiter um wissenschaftliche Interessen handelt«.<sup>227</sup> Bei dem alldeutschen Kaiseranhänger Mewes, der ebenfalls eine Verschwörungstheorie entwickelte, war diese eingebettet in seiner tief rassistisch geprägten Weltanschauung. Für einen Turbinenbauer recht ungewöhnlich, bestand Mewes' Hauptwerk – geht man vom Umfang und der Tatsache aus, dass er viermal zum Teil stark erweiterte Neuauflagen herausbrachte – in einer geschichtsphilosophischen Abhandlung von zuletzt 672 Seiten. Das Inhaltsverzeichnis umfasste Themen von Dürers Christus über die Sintflut bis hin zur kinetischen Gastheorie. Ausführungen über die zahlentheoretische Begründung vom »Gleichlauf der Lebensbahn Wilhelms II. in der Jugend mit der Sonnenfleckenkurve und dem Lebenslauf des Verfassers« fanden sich darin ebenso wie eine »Beurteilung Wilhelms II. vom Rassenstandpunkt aus«.<sup>228</sup> In der dritten Auflage von 1922 wurde ein Abschnitt mit dem programmatischen Titel: »Kriegs- und Geistesperioden im Völkerleben vom Standpunkt der Rassen- und Weltgangsentwicklung (Relativitätslehre) erläutert am Leben des Kaisers« eingefügt. Die Darlegung der »Naturwissenschaftlichen Grundlage der Darstellung« beginnt mit einem Absatz über das »Unrecht am Kaiser« und gelangt über das »Raumzeitliche Wirken der Rassekräfte« hin zur »Verbindung Einsteins mit der

226 Ziegler 1923, S. 28. Vgl. auch Ziegler an Gehrcke: »In letzter Zeit, seitdem Einstein aus Japan, Palästina & Spanien zurück ist, wird nun von den Zionisten neuerdings eine starke Propaganda für ihn getrieben. Die Absicht ist klar. Das Judentum soll die geistige Hegemonie haben«, 26. April 1923, GN 6-G-4.

227 Ziegler 1923, S. 29.

228 Mewes wollte in seinem Werk *Kriege zwischen den Völkern* als naturwissenschaftliches Ereignis beschreiben. Ähnlich wie Wilhelm Fliess, der eine umfassende Theorie des Menschenlebens anhand der Periodizität der Zahlen 28 und 23 aufstellte, war Mewes Anhänger der Idee einer grundlegenden Periodizität im Weltgeschehen, deutet diese aber nicht wie Fliess als einen der lebendigen Substanz innewohnenden Mechanismus, sondern astronomisch als »in den Wirkungen der periodisch sich ändernden Einflüsse der Gestirne« bestehend. Mewes 1922a, S. 59. Mewes wollte die Welt von seiner Geschichtstheorie überzeugen, um damit dem Kaisertum wieder zu seiner einstigen Stellung zu verhelfen. Vgl. auch die Darstellung auf S. 70 der vorliegenden Arbeit.

Presse seiner Rassegenossen.«<sup>229</sup> Das antisemitische Stereotyp, »der Jude« könne nichts Konkretes, Inhaltliches in der Wissenschaft aufbauen, sondern nur abstrakte, irreale Theorien entwickeln, war für Mewes eine Tatsache:

»Bei Einstein und Minkowski hat man den Eindruck großen hohltonenden Wortgepräges, um nicht zu sagen bloßer Mache oder irreführenden Bluffs an Stelle wesentlichen Fortschritts und gediegener Arbeit. [...] Das Verhältnis von Mewes zu Einstein läßt sich demgemäß kurz mit den Schlagworten kennzeichnen: »Deutscher gegen Jude, Wissensschöpfer gegen Wissenschröpfer, Eigentum gegen Diebstahl, Monarchist gegen Kommunist.«<sup>230</sup>

Mewes griff auch die Argumentationsfigur von der »Judenpresse« auf und erklärte, »dass meine Bemühungen, den Sachverhalt [dass Einstein und Minkowski seine Raumzeitlichkeitslehre plagiiert hätten] in Zeitschriften und in der Tagespresse zu klären, vollständig gescheitert sind. Der Einfluß der jüdischen Macher ist so groß, dass heute ein solches Unternehmen aussichtslos ist.«<sup>231</sup> Allerdings musste Mewes gleichzeitig eingestehen, dass sich auch die »deutsch-völkische Presse«, insbesondere die *Deutsche Zeitung*, in den 1920er Jahren seiner Sache nicht annehmen wollte<sup>232</sup> – dafür hatte er dann keine Erklärung mehr. Dass Weber und er selbst sich mit der elektrodynamischen Deutung der Gravitation nicht hatten durchsetzen können, ging in diesem Deutungsschema nicht auf inhaltliche Gründe, sondern auf den »Widerstand aus Berlin« zurück. Dass bedeutete, die theoretischen Physiker, aber besonders die »Feindschaft der jüdischen Presse« gegen die »echt deutschen Forscher« waren schuld daran.<sup>233</sup> In gleicher Weise deutete aber auch Lenard die Tatsache, dass er in der Fachwelt zunehmend isoliert war.<sup>234</sup> In der Korrespondenz mit Gehrcke und anderen sowie ab 1922 auch öffentlich wurde von Lenard seit den frühen 1920er Jahren immer wieder der »Juden-Geist« in der Physik beschworen und gegen die »Verkommenheit des heutigen Gelehrten-Packs«<sup>235</sup> polemisiert, die an seiner marginalisierten Position schuld seien. So sagte er seine Teilnahme an einer Kuratoriumssitzung der Physikalisch-Technischen-

229 Mewes 1922a, S. 388ff.

230 Mewes 1920a, S. 78.

231 Ebd., S. 70.

232 1919 war dort noch ein Artikel über Mewes erschienen. Vgl. S. 258.

233 Alle Zitate aus Mewes 1920a, S. 93.

234 Vgl. auch Beyerchen 1980, insb. S. 131ff.

235 Lenard an Gehrcke, 16. August 1922, GN 83-F-10.

#### 4.1.3 »Herrn Prof. Einstein, Berlin. Betreff: Weltall«<sup>9</sup> – Persönliche Kontakte zu Einstein

Viele Gegner der Relativitätstheorie hatten zunächst weder etwas gegen Einstein als Person, noch waren sie verbissene Gegner der Relativitätstheorie. Vielmehr hatten sie zuallererst – vor und nach 1919 – Kontakt mit Einstein aufgenommen, um ihn – von Wissenschaftler zu Wissenschaftler – auf Fehler in der Relativitätstheorie aufmerksam zu machen. Die Weltträtsellöser folgten dem Ethos des Wissenschaftlers und ihre Hinweise waren unpolemisch und oft in respektvollem Ton gehalten, denn es war ja durchaus denkbar, dass Kollege Einstein seine Fehler noch gar nicht bemerkt hatte. Vielleicht kannte er die Urlichtlehre oder das universale Kraftgesetz, die die Relativitätstheorie überflüssig machten, einfach noch nicht?

Deutlich wird diese Haltung an dem Versuch Zieglers, mit Einstein in Verbindung zu treten. Die beiden Schweizer bewegten sich in den 1900er und 1910er Jahren teilweise in den gleichen Kreisen der naturforschenden Gesellschaften und naturwissenschaftlichen Vereine: Ziegler war Mitglied der Schweizerischen Naturforschenden Gesellschaft (SNG), später auch der Naturforschenden Gesellschaft Zürich, Einstein war Mitglied der Naturforschenden Gesellschaft Bern. Zwar war Einstein in den Jahren nach der Vollendung der speziellen Relativitätstheorie 1905 noch nicht der Medienstar in der Öffentlichkeit wie nach 1919, unter Wissenschaftlern und Wissenschaftsinteressierten war er jedoch als herausragender Wissenschaftler bekannt.<sup>10</sup> Ziegler, der als Privatier viel Zeit mit Reisen zu wissenschaftlichen Kongressen verbrachte, traf Einstein das erste Mal, als dieser am 21. September 1909 einen Vortrag »Über die Entwicklung unserer Anschauungen über das Wesen der Konstitution der Strahlung« bei der Naturforscherversammlung in Salzburg hielt.<sup>11</sup> Diese Versammlung gilt als das Ereignis, bei dem Einstein erstmals innerhalb eines großen

---

<sup>9</sup> So beginnt ein offener Brief von Robert Büchler an Einstein. Vgl. Büchler, Robert, *Lehrsätze über das Weltall mit Beweis in Form e. offenen Briefes an Prof. Einstein*, Aachen 1921.

<sup>10</sup> Vgl. u. a. Fölsing 1993, S. 225ff.; vgl. auch die Äußerung von Kraus im Jahr 1913 gegenüber Gehrcke: »[...] da in weiten Kreisen ein großes Interesse für die Relativitätstheorie besteht«, 17. Oktober 1913, GN 72-A-4 sowie den auf S. 225 zitierten Brief von Ziegler an Einstein aus dem Jahr 1910.

<sup>11</sup> Einstein, Albert, »Über die Entwicklung unserer Anschauungen über das Wesen der Konstitution der Strahlung«, in: *Physikalische Zeitschrift*, Bd. 10 (1909), S. 817–825, abgedruckt in: CP Bd. 2, Doc. 60.

Forums zu den zeitgenössischen wissenschaftlichen Koryphäen sprach.<sup>12</sup> Unter den etwa 100 Teilnehmern, darunter viele führende Physiker der Zeit wie Planck, Born, Sommerfeld und Stark, befand sich auch der Welträtsellöser Ziegler. Planck brachte in der Diskussion nach Einsteins Vortrag den Einwand vor, ihm führe Einsteins Konsequenz zu weit, auch die Lichtwellen selbst als quantisiert anzusehen.<sup>13</sup> Nach Planck erhielt Ziegler das Wort und hatte sogleich die Lösung parat:

»Wenn man sich die Uratome der Materie als unsichtbare Kügelchen vorstellt, welche unveränderliche Lichtgeschwindigkeit besitzen, so lassen sich alle Wechselwirkungen von körperlichen Zuständen und elektromagnetischen Erscheinungen darstellen und damit wäre auch die von Herrn Planck vermißte Brücke zwischen Materiellem und Nichtmateriellem geschlagen.«<sup>14</sup>

Während die anwesenden Diskutanten Planck, Stark und Rubens nicht auf Zieglers Lösungsvorschlag eingingen, wusste ein Kenner der Urlichtlehre, dass Plancks Unterscheidung von elektromagnetischen und mechanischen Vorgängen nur als eine Unterscheidung zwischen immateriellem, geistigem Urlicht und Materie gemeint sein konnte. Ebenso erfolglos blieb Ziegler ein Jahr später, als er in einem kleineren Rahmen am 22. November 1910 Einsteins Vortrag über das Boltzmann'sche Prinzip in der Physikalischen Gesellschaft Zürich hörte.<sup>15</sup> Zu diesem Anlass führte Ziegler auf Grundlage seiner Weltformel aus, dass das Relative nur die eine Hälfte des Ganzen sei, welches als Komplement das Absolute erfordere. Ziegler schildert Einsteins Reaktion auf diesen Einwand so:

»[I]ch [erlaubte] mir absichtlich, um die innere Haltlosigkeit dieser Relativitätslehre in überzeugender Weise zu beweisen, am Schlusse der Debatte über einen Vortrag von Prof. Einstein über sein schwer verständliches Prinzip, die einfache Frage an ihn zu richten, ob er es mir nicht durch eine kurze Kennzeichnung des Absolutitätsprinzips etwas verständlicher machen könnte.

12 Vgl. Benz, Ulrich/Hermann, Armin, »Quanten- und Relativitätstheorie im Spiegel der Naturforscherversammlungen 1906–1920«, in: Querner, Hans/Schippertes, Heinrich (Hg.), *Wege der Naturforschung 1822–1972 im Spiegel der Versammlungen Deutscher Naturforscher und Ärzte*, Berlin [u. a.] 1972, S. 125–137, insb. S. 130f.

13 »Diskussion«, in: *Physikalische Zeitschrift*, Bd. 10, Nr. 22 (1909), S. 825–826, abgedruckt in: CP Bd. 2, Doc. 61.

14 Ebd., S. 826.

15 Entweder wurde bei dem genannten Einstein-Vortrag auch über das Relativitätsprinzip gesprochen oder Ziegler verwechselt diesen Vortrag mit einem anderen Vortrag Einsteins. Vgl. Einstein, Albert, »Über das Boltzmann'sche Prinzip und einige unmittelbar aus demselben fließende Forderungen«, [Ende 1910], in: Renn 2005c, S. 76–89.

Die scheinbare Naivität meiner Frage und die etwas spöttische Gegenfrage Einsteins, was denn das sei, löste bei der agnostischen Gesellschaft ein unbändiges Gelächter aus, das sich aber alsbald legte, als ich kurzweg nachwies, dass überhaupt kein Gedanke ohne seinen Gegengedanken denkbar sei, und dass somit auch jedes Ding nur durch Vergleich mit seinem »Gegenteil« qualifiziert werden könne.

Damit war das Gegenprinziplose Einsteinsche Relativitätsprinzip im wahrsten Sinne des Wortes als unqualifizierbar und damit auch als gegenstandslos erwiesen.<sup>16</sup>

Ziegler sieht sich hier als Überwinder Einsteins, dabei haben weder Einstein noch die anderen Anwesenden Zieglers Einwand ernst genommen. Warum sollten sie auch – wie in diesem Bericht Zieglers noch einmal deutlich wird, war das Relativitätsprinzip für ihn etwas ganz anderes als das Relativitätsprinzip der modernen Physik. Was es mit dem Einstein'schen Relativitätsprinzip wirklich auf sich hatte, hat Ziegler nie herausgefunden. Das Relativitätsprinzip konnte für ihn nichts anderes sein als (nur) eine Hälfte seines eigenen Grundgegensatzes von »Absolut« und »Relativ«. Man schrieb erst das Jahr 1910 und noch war Ziegler seinem Schweizer Kollegen freundlich gesonnen: Er vermutete, dass Einstein mit seiner »halben Theorie« von der Relativität nahe an seiner »ganzen Theorie« des Urlichts liegen würde und etwas Hilfe gebrauchen könnte und so schrieb er am 12. Dezember 1910 einen Brief an Einstein:

»Sehr geehrter Herr!

ich hatte vor einem Jahr das Vergnügen, Ihren Vortrag in Salzburg zu hören und kürzlich als Gast in der Physik. Gesellschaft in Zürich einen andern Vortrag über Ableitungen aus dem Boltzmannschen Prinzip. Diese mathematischen Ableitungen sind für mich einfachen Chemiker zu hoch und [deshalb] gehe ich nicht darauf ein. Da Sie aber ein sog. Prinzip der Relativität en vogue gebracht haben – Alles spricht und schreibt ja jetzt darüber, Planck in Berlin und Gruner in Bern etc. etc. – und da ich auf etwas sehr Aehnlichem ebenfalls ein universelles System der Physik begründet habe, so will ich mir erlauben, Ihnen eine meiner letzten Schriften über diese meine Ansichten hiermit ergebenst zu übersenden. Vielleicht können Sie sich denselben anschliessen und die mathematischen Zusätze zu meiner Formel übernehmen, wenn Sie nicht an der Ansicht einer einseitigen Entropie festhalten wollen.

Hochachtungsvoll, Dr. H. Ziegler<sup>17</sup>

<sup>16</sup> Ziegler 1914, S. 18f.

<sup>17</sup> Dem Schreiben beigelegt war Zieglers Broschüre *Die Struktur der Materie und das Welträt- sel*, Bern 1908. Eine Kopie des Briefs und der Zustellbeleg mit Einsteins Unterschrift befinden sich im Nachlass Reuterdahls, RP 4-66.

Der Brief ist höflich gehalten und steht somit im Gegensatz zu den späteren Polemiken gegen Einstein, erklärt diese jedoch auch zum Teil: Ziegler war keineswegs von Anfang an ein Gegner der Relativitätstheorie, er sah sie immerhin als der Urlichtlehre »sehr ähnlich« an. Einstein aber antwortete nicht. Für einen wohlmeinenden Kollegen, als den Ziegler sich begriff, eine Brüskierung und eine maßgebliche Legitimationsquelle seiner scharfen Angriffe. Erstaunlich viele Einsteingegner, sowohl akademische wie außerakademische, suchten nicht nur Kontakt zu Einstein, sondern führten mit ihm in den Jahren vor der breiten öffentlichen Rezeption der Relativitätstheorie auch mehr oder weniger ausführliche persönliche Diskussionen – über die genauen Inhalte ist meist nichts bekannt; aus den Berichten der Einsteingegner geht allerdings hervor, dass sie für die Einsteingegner sehr unbefriedigend verlaufen sind.

Oskar Kraus, seit 1911 wirklicher Extraordinarius für Philosophie an der deutschen Universität Prag, war 1911 oder 1912 zum ersten Mal mit der Relativitätstheorie konfrontiert worden, als Einstein ebenfalls in Prag lehrte.<sup>18</sup> Die deutschsprachigen Akademikerkreise in Prag waren überschaubar, vielleicht hatten sie sich in der Universität, vielleicht auch im Salon der Berta Fanta<sup>19</sup> getroffen, in dem beide verkehrten – jedenfalls wollte Kraus unbedingt mehr über die Relativitätstheorie erfahren. Er besuchte Einstein im Physikalischen Institut und bekam dort von diesem die Relativitätstheorie recht ausführlich erklärt. Diese persönliche Erklärung wurde für Kraus später eine wichtige, weil besonders legitimierte Quelle zur Relativitätstheorie, auf die er sich in den *Offenen Briefen an Einstein und Laue* bezieht.<sup>20</sup>

18 Vgl. Kraus an Gehrcke, 19. April 1927, GN 33-J-11.

19 Zu Berta Fanta vgl. Gimpl, Georg, *Weil der Boden selbst hier brennt ... : aus dem Prager Salon der Berta Fanta (1865–1918)*, Furth im Wald [u. a.] 2001.

20 Kraus, Oskar, *Offene Briefe an Albert Einstein und Max von Laue über die gedanklichen Grundlagen der speziellen und allgemeinen Relativitätstheorie*, Wien [u. a.] 1925, S. 39ff. Kraus traf Einstein ein weiteres Mal im Januar 1921, als dieser vom Naturwissenschaftlichen Verein Lotos zu einem Vortrag nach Prag eingeladen wurde. Da die Möglichkeit, als Einsteingegner direkt mit Einstein zu diskutieren, 1921 selten geworden war, machte Kraus gleich ein Angebot an Gehrcke: »Einstein kommt also am 7. Heute wurde ich telefonisch gefragt, ob ich an einer – an besonderem Orte abzuführenden – Debatte teilnehmen würde. Ich bejahte. Daraufhin telegrafierte man ihm vom Vereine Lotos aus. Wenn Sie [Gehrcke] irgend einen Wunsch hinsichtlich an Einstein etwa zu stellender Fragen hätten, so wollen Sie mir das baldigst mitteilen.« Kraus an Gehrcke, 29. Dezember 1920, GN 71-G-8. Kraus sprach dann unpolemisch über die Entwicklung des Relativitätsgedankens in der Philosophie, zu einer Diskussion mit Einstein kam es nicht.

Frickes Kampf um Anerkennung in der akademischen Wissenschaft begann als Kampf gegen die Relativitätstheorie und dauerte Jahrzehnte an. Auch nach dem Zweiten Weltkrieg versuchte er noch Unterstützung zu bekommen, er wandte sich mit der Bitte um Unterstützung an die Friedrich-Schiller-Universität in Jena und die Sächsische Akademie der Wissenschaften, erhielt aber beide Male Absagen. Während die Jenaer Universität die Absage diplomatisch formulierte konstatierte der Sekretar der mathematisch-physikalischen Klasse der Sächsischen Akademie kurz und knapp: »Ihre Bitte um Förderung kann ich der Akademie nicht vorlegen, da ich in Ihrer Schrift keinen wissenschaftlichen Wert erkennen kann.«<sup>51</sup>

Auch Ziegler war zunächst davon überzeugt, mit einer genauen Darstellung der Urlichtlehre würden sich die Koryphäen der Physik schon überzeugen lassen. Darum besuchte er Max Planck, den er für den einflussreichsten theoretischen Physiker hielt, zweimal in Berlin, das erste Mal 1907 nach der Naturforscherversammlung in Dresden, allerdings ohne Erfolg: »Er [Planck] meinte nur, es ließe sich ja nichts einfacheres denken als meine Ansicht von den Uratomen.«<sup>52</sup> Im Gegensatz zu Planck hielt Ziegler diese Einfachheit aber gerade für einen schlagenden Beweis der Wahrheit seiner Anschauungen. Also bat er einige Zeit später Planck um eine weitere Unterredung, die dieser »mit einigem Widerstreben« gewährte. Wieder gelang es Ziegler nicht, den renitenten Planck auf seine Seite zu ziehen: »Sie [die Unterredung] fand statt und erstreckte sich dann auf volle zwei Stunden, doch kam dabei wegen den fortwährenden Einwendungen v Plancks nichts Ersprößliches heraus.«

Tatsächlich waren die wissenschaftlichen Koryphäen eine denkbar schlechte Adresse für die Einsteingegner. Es handelte sich dabei überwiegend um theoretische Physiker, die die moderne Physik mit aufbauten. Ein anderer Zugang zur akademischen Wissenschaft als über die großen Namen und Institutionen bestand darin, an bestehende Netzwerke aus Studienzeit und Ausbildung anzuknüpfen. Teilweise hatte man damit

---

Anziehungsgesetzes für bewegte Massen vgl. Fricke, Hermann, *Über eine neue Form des Wirkungsgesetzes für bewegte Massen*, 1. Mai 1920, [Manuskript], GN 76-A-10.

51 Hund, F. (Sekretar der mathematisch-physikalischen Klasse der Sächsischen Akademie der Wissenschaften) an Fricke, 28. August 1946, [Abschrift], GN 19-G-10. Bei der Schrift handelte es sich um Frickes Urheberschrift Nr. 2, *Die Meerwassertheorie der Sonne*. Bense (Kurator der Friedrich-Schiller-Universität) an Fricke, 1. August 1946, [Abschrift], GN 19-G-10.

52 Alle nachfolgenden Zitate aus: Ziegler, Johann Heinrich, *Das Geheimnis des Selbstverständlichen: der Schlüssel zum Welträtsel*, Zürich 1935, S. 33f.

**[Milena Wazek: Einsteins Gegner. Die öffentliche Kontroverse um die Relativitätstheorie in den 1920er Jahren, Frankfurt/New York 2009]**

Institut für Zeitgeschichte

Morgen-Ausgabe

# Neue Zeitung

Unabhängiges Tagesblatt für nationale Politik.

Schriftleitung und Geschäftsstelle: Berlin SW. 11, Hedemannstr. 12. — Anzeiger für Drahtnachrichten: Bismarckplatz, Berlin. — Briefsendungen ausschließlich an die persönliche Anschrift. — Fernsprecher: Schriftleitung: Amt Amsfürst Nr. 6198 und 6199. Geschäftsstelle: Amt Amsfürst Nr. 6197. Verlag: Amt Amsfürst Nr. 6196. Preis 1,20 Mark ohne Bestellgeld. — Anzeigerpreis: die Kleinzeile 60 Pfennige. Reklamen: die Kleinzeile 1,30 Mark. Nachtrag nach festen Sätzen. — Kontogeschäft, Berlin W., Potsdamerstraße 123/24. — Beilagen: „Deutscher Herald“ jeden Sonnabend, „Kriegsbilder der Deutschen Zeitung“ jeden Sonntag.

Berlin, Mittwoch, 4. Juli 1917

22. Jahrgang

## Aussichten unseres U-Boot-Krieges

### Russische Angriffe bei Brzezany gescheitert

Quelle

ges. achte in itische sekretärz eichs Fort-

bnisse ärtie, daß iteren ng des strengung- kel Herr glichen n unsere n kalten n. Wie m Presse

Verous- weifel

it's in Lage itung der inde den

Juli.

sch w e m kon- und be- agen be- behrliche

Mand.

Stall.

beider sind auch Gemeingut der Völker der Mittelmächte geworden. So sind ihre Gestalten, denen heute das Volk von Wien herzlichsten Gruß entgegenbringt, ein Stück österreichischen Eigentums gleich wie des ungarischen, bulgarischen und türkischen Volkes geworden. Das festliche Ereignis der Anwesenheit beider wird auch beherrscht von der starken und glorreichen Empfindung der Festigkeit und Zielbereitschaft des Bündnisses, das unberührt von der Hitze der uns umbrandenden feindlichen Welt ist.

### Amflicher Abendbericht.

Berlin, 3. Juli, abends. (Amflich.)

Im Westen nichts Besonderes. Im Osten lebhafter Feuerkampf vom Stochob bis zur Karajowla. Neue starke Angriffe der Russen nur bei Brzezany; die scheiterten verlustreich.

Bei der weiteren artilleristischen Bekämpfung der englischen Anlagen in Flandern wurden die Eisenbahnbrücke und Eisenbahnanlagen am Westrande von Ypern beschossen. Schwere Beschädigungen wurden erkannt. Weiter wurden mit Ballon- und Fliegerbeobachtung mit gutem Erfolge Batterieneste, Bahnanlagen und Grabenziele unter Feuer genommen. Die Zahl der am 2. Juli östlich Oesterle von märkischen Stößtrupps eingebrachten Belgier hat sich auf 42 erhöht.

An der Arrasfront wurde der Angriff zweier englischer Kompagnien an der Straße Lens-Lievin am 2. Juli 5 Uhr vormittags abgewiesen. Im übrigen zeichnete sich der Tag durch eine Anzahl schneidiger und glücklich beendeter deutscher Patrouillen-Unternehmungen aus: Bei Fromelle wurden 2 Engländer, westlich Aubert 4 Portugiesen, südlich Neufchâpelle 1 Portugiese, westlich Lens 3 Engländer gefangen.

In dem Vorpostengeficht bei Argicourt nordwestlich von St. Quentin wurden am Vormittage die schwachen deutschen Positionen in der Boulogne-Ferme verdrängt. Bereits am Abend des gleichen Tages wurde durch deutsche Stoßtrupps die Fernbefestigung aufgehoben. Der überlebende Teil der Besatzung wurde gefangen eingebracht.

An der Aisnefront wurde am Nobelle Plateau ein französischer Angriffsversuch auf die verlorenen Stellungen in der Entwicklung niedergehalten. Nach Abweisung von zwei späteren französischen Angriffen folgte am 3. Juli 6 Uhr 15 vormittags starkes französisches Feuer hier wieder ein.

An der Ostfront laa der stärkste russische Druck in der Ge-

### Parlamentarische Regierung.

Von Prinz Karl zu Löwenstein.

Je weniger jemand von einer Sache versteht, um so ängstlicher klammert er sich an ein Schlagwort, das ihn des Nachdenkens und des Nachprüfens überhebt. Fragt man selbst Leute, die es von Beruf wissen müßten, über die parlamentarische Regierungsjorn aus, so bekommt man bestenfalls eine magere Definition über die Wirkung auf die Zusammenfassung der Regierung, über das, was ein Vertrauensvotum ist und dergleichen. Ueber das Nächstliegende, über den unmittelbaren Einfluß auf die Ernennung oder Entfemung von Personen von der Exekutive wird man unterrichtet, über Ministerverantwortlichkeit, über Majoritäten usw. Und dieses allerdings Nächstliegende, in Wirklichkeit aber sehr Nebensächliche, erscheint den meisten Leuten, vor allen den Parlamentariern selber, als das Wichtigste, während allein, und zwar ganz allein, das wichtig ist, wie das Land dabei regiert wird, und ob es dem Lande frommt oder nicht frommt.

Ein Mitglied des Reichstags hält einen Vortrag und belehrt uns, wieviel interessanter die Tätigkeit im Reichstag, wieviel intensiver der Betrieb wäre, wenn das parlamentarische Regime eingeführt würde und knüpft daran eine Masse Gründe, um uns das parlamentarische Regime schmacht zu machen. — Gewiß wird jeder dem Herrn glauben, daß der Betrieb im Reichstag ein viel intensiverer und interessanterer von dem Tage ab sein wird, wo dem Reichstag ein solcher Machtzuwachs, wie ihn das parlamentarische Regime mit sich bringt, werden würde; denn um die Ausflußstellen der Macht drängen sich die Menschen.

Ich frage aber, was kann uns daran liegen, ob die Dreihundertsebenundneunzig im Reichstag ihren Betrieb interessant oder nicht interessant finden? Wir fragen lediglich danach: Wie werden wir regiert? Das „wer regiert“, d. h. welche Personen regieren, ist dem Volke höchst gleichgültig. Während umgekehrt gerade die Personenfragen vielen der Herzen Parlamentarier als das Wichtigste erscheinen. Heute wird kaum einer von den Lesern dieses Blattes imstande sein, die Namen der Staatssekretäre des Reiches und der preussischen Minister hintereinander zu nennen. Man sieht, die Personen-

161.  
 age 5.  
 machte in  
 litische  
 Sekretär  
 Reichs-  
 Fort-  
 ebnisse  
 Märte, dah  
 eiteren  
 na des  
 astrengun-  
 tel Herr  
 gliehen  
 ren unsere  
 en halten  
 en. Alle  
 alen Presse  
 Verant-  
 Zweifel  
 nitz in  
 e Lage  
 eitung der  
 inde den  
 3. Juli.  
 30 sch w  
 essen konn-  
 und he-  
 ungen be-  
 utbehrliche  
 Holland.  
 3. Juli.  
 nachmittag  
 u. a. über  
 in der  
 Ma.  
 3. Juli.  
 in Sofia  
 eine Feier-  
 gsmünsters,  
 und Gene-  
 ralten ihren  
 schreiten und  
 ihre offene  
 jchen Kame-  
 ze können.  
 Wollnäch-  
 legsmünster,  
 des Kriegs-  
 nde, machte  
 ien.  
 m. 2. Juli.  
 id Ludendorff  
 ine Verförpe-  
 ranens in den  
 in den mosu-  
 ser Krieg der  
 bedrohte, zer-  
 itarismus  
 m hat. Der  
 und in ihrer  
 deutschen Be-  
 in Bewußtsein  
 e Bogen des  
 schauungen in  
 den Männern  
 die Leistung

lichten Grenz entgegenbringt, ein Bild, welches gleich wie des ungarischen, bulgarischen und türkischen Volkes geworden. Das festliche Ereignis der Antwesenheit beider wird auch beherrscht von der starken und glorreichen Empfindung der Festigkeit und Zielbereitschaft des Bündnisses, das unberührt von der Hege der uns umbröndenden feindlichen Welt ist.

**Amtlicher Abendbericht.**

Berlin, 3. Juli, abends. (Amtlich.)

Im Westen nichts Besonderes.  
 Im Osten lebhafter Feuerkampf vom Stochod bis zur Karajowka. Neue starke Angriffe der Russen nur bei Brzezany; die schreiersten Verluste.

Bei der weiteren artilleristischen Bekämpfung der englischen Anlagen in Flandern wurden die Eisenbahnbrücke und Eisenbahnanlagen am Westrande von Ypern beschossen. Schwere Beschädigungen wurden erkannt. Weiter wurden mit Ballon- und Fliegerbeobachtung mit gutem Erfolge Batterien, Wagnanlagen und Grabenziele unter Feuer genommen. Die Zahl der am 2. Juli östlich Ostlerke von märkischen Stößtrups eingebrachten Belgier hat sich auf 42 erhöht.

An der Arrasfront wurde der Angriff zweier englischer Kompagnien an der Straße Lens-Lievin am 2. Juli 5 Uhr vormittags abgewiesen. Im übrigen zeichnete sich der Tag durch eine Anzahl schneidiger und glücklich beendeter deutscher Patrouillen-Unternehmungen aus; Bei Fromelle wurden 2 Engländer, westlich Aubert 4 Portugiesen, südlich Reuschapelle 1 Portugiese, westlich Lens 3 Engländer gefangen.

In dem Vorpostengeficht bei Argicourt nordwestlich von St. Quentin wurden am Vormittage die schwachen deutschen Postierungen in der Boulogne-Ferne verdrängt. Bereits am Abend des gleichen Tages wurde durch deutsche Stößtrups die Fernbesatzung aufgehoben. Der überlebende Teil der Besatzung wurde gefangen eingebracht.

An der Aisnefront wurde am Bobelle Plateau ein französischer Angriffsvorstoß auf die verlorenen Stellungen in der Entwicklung niedergeschlagen. Nach Abweisung von zwei späteren französischen Angriffen setzte am 3. Juli 6 Uhr 15 vormittags starkes französisches Feuer hier wieder ein.

An der Oisefront lag der stärkste russische Druck in der Gegend von Zborow. Mächtigstes immer von neuem eingesetzte Massen erzielten hier ein Nachgeben der Linien der Verbündeten. Reserven mit frisch eingeschleppten Truppen gingen jedoch den Stoß in der zweiten Stellung an. Eine ungarische Abteilung, die in der ersten Stellung tapfer auf einer Höhe ausharrte, wurde von beiden Seiten umgangen und gefangen genommen.

Bei Konjuch sind die Russen nicht weiter gekommen. Sämtliche heftigen Angriffe, die die Russen aus den Vorstrümmern heraus vorzutragen versuchten, scheiterten an dem unerschütterlichen Widerstand der ihnen gegenüber eingeschleppten deutschen Truppen.

Von Brzezany bis Dnjepr ist die gesamte borbete Linie bis auf ein kleines Nusseneck wieder in der Hand der deutschen und osmanischen Truppen. Alle Angriffe am Vormittag des 2. Juli südlich von Brzezany blieben im Abwehrfeuer der Verbündeten liegen.

**Der österreichische Heeresbericht.**

Wien, 3. Juli. Amtlich wird verkauft:

**Oestlicher Kriegsschauplatz.**

Am Stochod wurden schwächere Angriffe abgewiesen. Südwestlich von Zborow gelang es dem Feinde, durch den Masseneinsatz weit überlegener Kräfte einen begrenzten Teil unserer Front in eine vorbereitete Rückhaltstellung zurückzudrücken. In schweren, opfervollen Kämpfen haben hier österreich-ungarische Truppen, dem Druck der Uebermacht nur schrittweise weichend, das Eingreifen von Reserven zur Herkstellung der Lage und des Kraftverhältnisses ermöglicht. Weitere Angriffe sind hier nicht erfolgt. Bei Konjuch sind mehrere starke Vorstöße blutig abgewiesen worden. Im Naume bei Brzezany sind die Russen durch die bisherigen Misserfolge und sehr starke Verluste zu einer Kampfpause gezwungen.

**Italienischer Kriegsschauplatz.**

Abteilungen der Honvedregimenter Nr. 20 und 31 haben bei Konstanzebizza eine feindliche Vorstellung genommen und zwei Offiziere, 270 Mann und zwei Maschinengewehre eingebracht.

**Südöstlicher Kriegsschauplatz.**

Keine Ereignisse.

Der Chef des Generalstabes.

VON PRINZ CARL VON BOURBON.

Je weniger jemand von einer Sache versteht, um so ängstlicher klammert er sich an ein Schlagwort, das ihn des Nachdenkens und des Nachprüfens überhebt. Hrazt man selbst Leute, die es von Beruf wissen müßten, über die parlamentarische Regierungsform aus, so bekommt man bestenfalls eine magere Definition über die Wirkung auf die Zusammenfassung der Regierung, über das, was ein Vertrauensvotum ist und dergleichen. Ueber das Nächstliegende, über den unmittelbaren Einfluß auf die Ernennung oder Entfernung von Personen von der Exekutive wird man unterrichtet, über Ministerverantwortlichkeit, über Majoritäten usw. Und dieses allerdings Nächstliegende, in Wirklichkeit aber sehr Nebenwichtige, erscheint den meisten Leuten, vor allen den Parlamentariern selber, als das Wichtigste, während allein, und zwar ganz allein, das wichtig ist, wie das Land dabei regiert wird, und ob es dem Lande frommt oder nicht frommt.

Ein Mitglied des Reichstags hält einen Vortrag und belehrt uns, wieviel interessanter die Tätigkeit im Reichstag, wieviel intensiver der Betrieb wäre, wenn das parlamentarische Regime eingeführt würde und knüpft daran eine Masse Gründe, um uns das parlamentarische Regime schmacht zu machen. — Gewiß wird jeder dem Herrn glauben, daß der Betrieb im Reichstag ein viel intensiverer und interessanterer von dem Tage ab sein wird, wo dem Reichstag ein solcher Machtzuwachs, wie ihn das parlamentarische Regime mit sich bringt, werden würde; denn um die Ausfluchtstellen der Macht drängen sich die Menschen.

Ich frage aber, was kann uns daran liegen, ob die Dreihundertsebenundneunzig im Reichstag ihren Betrieb interessant oder nicht interessant finden? Wir fragen lediglich danach: Wie werden wir regiert? Das „wer regiert“, d. h. welche Personen regieren, ist dem Volke höchst gleichgültig. Während umgekehrt gerade die Personenfragen vielen der Herren Parlamentarier als das Wichtigste erscheinen. Heute wird kaum einer von den Lesern dieses Blattes instande sein, die Namen der Staatssekretäre des Reiches und der preussischen Minister hintereinander zu nennen. Man sieht, die Personenfragen lassen uns ziemlich kühl. Wenn aber einmal die parlamentarische Regierungsform eingeführt würde und der Kampf um die Person, nicht mehr der Kampf um die dem Volke dienliche Sache im Vordergrund steht, dann wird jeder von uns oder doch die meisten die einzelnen Minister am Schürchen heranzählen wissen. Das mag die Eitelkeit dieser Parlamentarier hehlen, die Geschäfte aber verbessert es nicht.

Man kann heute auf eine hinreichend lange Periode parlamentarischer Regierung in verschiedenen Staaten Europas zurückblicken, um sich einigermaßen ein Urteil über die Ergebnisse dieser Regierungsform bilden zu können. Wäre sie wirklich das, was ihre Anhänger vorgeben, so müßte in diesen Staaten ganz Hervorragendes in bezug auf ihre Entwicklung in wirtschaftlicher, kultureller und sozialer Hinsicht in dem vergangenen halben Jahrhundert geleistet worden sein. Jedenfalls ganz erheblich mehr, als in dem nicht-parlamentarisch regierten Deutschland geleistet worden ist.

Wird das jemand auch nur einen Augenblick behaupten dürfen? Wirtschaftlich haben wir uns, dank unserer wirklich liberalen Gesetzgebung, zu einer derartigen Höhe entwickelt, daß England um seine Vormachtstellung zu bangen anfing und uns im blutigsten Kriege auf einen untergeordneten Platz hinabzwingen will. Einseitlich unserer sozialen Einrichtungen stehen wir ganz unerreicht da. Nirgendes ist auch nur etwas Ähnliches geschaffen worden. Einseitlich der Freiheit schreibt Herr Philipp Scheidemann selber nach seinen Begegnungen in Stockholm, daß sie in Deutschland größer sei als in den Ländern der Westmächte, eine Neuigkeit, die jedem Kenner Englands und Frankreichs, allerdings nicht den Beszugnungsreisenden, lange keine Neuigkeit ist und hinsichtlich der kulturellen Fortschritte, wenigstens der in den breiten Massen, brauchen wir vor keinem Volk zurückzutreten. Wo also sind die großen, beneidenswerten Vorteile einer parlamentarischen Regierung?

Abgewiesener hat dieses parlamentarische Regime. Es ist geradezu zu einem Schreckgespenst den gebildeten Franzosen geworden, und ausgerechnet in diese abgewirtschafteten Bahnen möchten heute gewisse Leute in Deutschland einlenken.

Unter den verschiedenen parlamentarisch regierten Staaten gibt es nur einen, nämlich Frankreich, dessen Wahlrecht dem des deutschen Reichstags gleiche, und da wollen wir diese

hochgepreisene parlamentarische Regierung in ihren Wirkungen, die ja allein das Volk interessieren, etwas näher ansehen. Diese Kenntnis erwirbt man nicht aus Zeitungen, auch nicht aus ein paar Reisen von längerer oder kürzerer Dauer, eventuell gar nach Paris oder der Riviera, wo es fast zur Unmöglichkeit wird, in die inneren Verhältnisse einzudringen, sondern nur durch jahrzehntelangen Aufenthalt, und nur wenn man im Lande selber wirtschaftete.

Bis in den Anfang der achtziger Jahre besaß Frankreich an der Spitze seiner Departements noch eine kleine, allerdings mehr und mehr dahinschwundene Zahl der alten Präfekten, der sogenannten préfets de l'empire. Das waren tüchtige, aus der Beamtenlaufbahn hervorgegangene Verwaltungsbeamte, die ihren Dienst kannten. Denn, was man auch gegen das napoleonische Kaiserreich sagen mag, zu verwalten verstand es im Innern sparsam und doch schöpferisch und durchaus nicht rückschüchtern. Wenn man soviel von Korruption gehört hat, so war das eine für den Hof allerdings zutreffende Beschuldigung der republikanischen Partei, die aber selber kaum zur Macht gelangt, erst der Welt erweisen sollte, daß, was am Hofe Napoleons vorgekommen war, harmlos und kleinlich war, verglichen mit dem jetzt einsetzenden Unterschleifen. An die Stelle dieser tüchtigen Präfekten kam nur das, was man am sprachgemähesten mit „Creaturen“ bezeichnen dürfte. Leute, die sich bei den Wahlen verdient gemacht hatten — wie — das mag sich jeder selber ausmalen, und deren politische „Verdienste“ belohnt werden mußten. Es ist ja gerade das Häßliche und Verderbliche der parlamentarischen Regierungsform, daß sie sich, um sich in der Macht halten zu können, gezwungen sieht, eine Masse von unsauberen Individuen anzustellen, um deren Macht- und Geldhunger zu befriedigen. Davon kann sich keine parlamentarische Regierung frei halten, denn durch diese Leute ist sie erst zur regierenden Partei geworden und zur Macht gekommen. Das ist ihr Verhängnis, und die Folge ist eine schlechte Verwaltung. Mag theoretisch die parlamentarische Regierungsform eine ideale sein, praktisch wächst sie sich nach kurzer Zeit zu einer töstigen Stellenjagd aus, zu einer rücksichtslosen Verschwendung von Staatsmitteln, mit denen sich die regierende Partei in der Macht zu erhalten sucht, und zu offener oder verschleierte Korruption des ganzen Beamteniums.

Nicht einmal der Richterstand bleibt unbeeinflusst. Vor Ausbruch des jetzigen Krieges hatte man in Frankreich große Wahrscheinlichkeiten, einen Prozeß zu gewinnen, wenn man einen Abgeordneten oder Senator direkt oder indirekt an dem Prozeß interessieren konnte. Hatte man doch 1831 die Unabsehbarkeit der Richter während sechs Monaten aufgehoben, um alle diejenigen Richter, die nicht zugänglich erschienen, aus dem Amt entfernen zu können, und seitdem mit immer wachsenderer Sorgfalt nur solche Personen zu diesem Amt zugelassen, die, sagen wir, sich „dazu eigneten“.

Ein Minister, der von der Mehrheit einer Kammer Tag für Tag und bei jeder Kleinigkeit abhängig ist, muß, um dieser Mehrheit sicher zu sein, sie zusammenhalten. Durch Zureden und schöne Worte macht man das nicht, sondern nur durch Befriedigung von unzähligen, immer und immer wieder neu auftauchenden Wünschen der Einzelglieder dieser Mehrheit. Brutal gesprochen: man kauft sie. Das geschieht durch Berücksichtigung ihrer Wünsche, die häufig genug direkten Forderungen oder Befehlen ähneln, diesen oder jenen anzustellen, einen Orden zu geben, zu befördern resp. abzuheben oder strafzuversehen, diesem oder jenem Vorteile zu überweisen, z. B. öffentliche Arbeiten, Straßen-, Kanals-, Bahnbauten, Militärbefestigungen, Bergwerk-Konzessionen, Gasfabrikerungen, Maschinenbauten und wie die tausend Dinge heißen. Häufig genug werden auch Erlasse von Strafen, Entlassung aus dem Gefängnis, Niederschlagen von Prozessen usw. verlangt, und in all diesen Dingen hat der Minister geistig zu sein. Mit dünnen Worten ausgesprochen, er hat nicht in erster Linie nach den Interessen des Landes zu fragen, sondern nach den Interessen seiner Partei. Die regiert, und regiert vor allen Dingen in dem Sinne, daß sie jeden anderen als ihren eigenen Einfluß rücksichtslos auszuschalten sucht. Willigkeit, Rücksicht, Freiheit für die Parteien der Minderheit gibt's nicht, zu was wäre man denn in der Macht? Das ist parlamen-

tarische Regierung. Es ist die sanktionierte, aber brutale Unterdrückung der Schwächeren.

Wir sind gewöhnt, im Verkehr mit den Beamten Sachlichkeit voraussetzen zu dürfen. Anders ist's, wo parlamentarisch regiert wird. Da heißt's: welcher Partei gehörst du an? Das, nicht die Sache, und läge sie noch so einfach und klar, gibt den Ausschlag. So kann man Eines mit aller Bestimmtheit voraussagen: Wenn in Deutschland eine parlamentarische Regierung eingeführt werden sollte, wird zwischen ihr und der Beamtenschaft sehr bald ein erbitterter Kampf ausbrechen. Sieger dürfte schließlich die Beamtenschaft bleiben, weil das den Deutschen innewohnende Gefühl von Pflicht und Recht sich allzu schlecht mit einer parlamentarisch geübten Regierungsform abzufinden imstande wäre. Wir sind zu ehrlich und zu idealistisch veranlagt, als daß wir lange eine so verfallene und dabei so rückschrittliche Regierungsform dulden würden. Wir beobachten zu eingehend die Wirkungen und schließen rückwärts auf die Ursachen. Gewohnt an die strenge Beamten-Laufbahn würden wir es nicht verstehen, daß der Dilettant den Fachmann ersetzen soll. Gewiß, es kann auch Dilettanten geben, die die Fachleute weit überlegen, das aber sind Ausnahmen, und Ausnahmen zuliebe ändert man keine Institutionen. Was wir aber nie verstehen würden, ist, daß der Parlamentarier den Fachmann durch seine Kreaturen ersetzt.

Zum Schluß möchte ich an zwei Beispielen die Wirkungen einer parlamentarischen Regierung nachweisen, von denen das eine Beispiel zeigt, wie diese Wirkungen sich bis in die Stadtverwaltungen fühlbar machen. Mit Abtöt sind beide Beispiele, weil sie etwas fernere und nicht so auf der Hand liegend sind, gewählt worden. Gewöhnlichere wären in Massen zur Hand.

Im Juli 1914, kurz vor dem Kriege, reiste ich nach Südpfrankreich und nahm einen Auftrag von Eggellens Verwalter, dem Oberbürgermeister von Berlin, ein neues Verfahren, die Sterilisation des Trinkwassers der Stadt Avignon zu untersuchen, mit. Mein alter Freund Balleher, der Oberbürgermeister von Avignon, zeigte mir unter Führung der Ingenieure und Chemiker der Stadt die Anlage. Abgesehen von dem sehr guten Sterilisierungsverfahren hatte ich an der Anlage selber manches auszufragen, und da schüttete mir Balleher sein Herz aus. Ja, wenn wir wie die deutschen Bürgermeister unserer Stellung auf 12 oder 16 Jahre sicher wären, dann könnten wir etwas leisten, dann hätten wir gerade so schmucke Städte wie Sie in Deutschland, hingen nicht ab vom Wahlzettel, könnten verbende Anlagen machen, bräuchten uns nicht von den Gas- und Tram- und Elektrizitäts-Gesellschaften bevormunden und ausbeuten zu lassen, kurz, wir könnten wirklich die Interessen der Stadt wahrnehmen, anstatt die Interessen bloß unserer Partei. So habe ich, und wenn das Herz mir dabei blüht, zunächst eine ganze Reihe von Subjekten in städtischen Kreisen unterzubringen und ihre Vorgänger herauszufinden. Die Folge ist, daß während der ersten anderthalb Jahre die Verwaltung unter aller Kritik ist, weil niemand seinen Dienst kennt. Dann kommen anderthalb Jahre, da geht es einigermaßen, und dann kommt ein Jahr, wo es heißt, die Neuwahlen vorbereiten. Wie wollen Sie, daß man da die Interessen der Stadt wahrnehme. Und so wiederholt sich das von 4 Jahren zu 4 Jahren; alles bestimmt der Wahlzettel und alles korrumpiert er. Es wird eben bei uns im Stadthaus

### Die Post ist verpflichtet,

fortwährend Bestellungen auf die „Deutsche Zeitung“ entgegenzunehmen. Man bestellt die „Deutsche Zeitung“ bei jeder Postanstalt oder dem Briefträger für M. 4,50 vierteljährlich. Bei freier Zustellung ins Haus kommen noch 72 Pfg. Postbestellgeld hinzu.

Nachlieferung bereits erschienener Nummern gegen Zahlung einer Gebühr von 10 Pfg.

Selbstpostbezieher ist dringend anzuraten, direkt der Geschäftsstelle Mitteilung zu machen; die postamtliche Erledigung einer Selbstpost-Überweisung dauert ungefähr 10 Tage.

auch p. Stadträ. tüchtige eineger. dert, System Frank. daß si haben,

Wirku der D. des La

11. buch. Man. Mone. Leika undvii. jähen dem f. man, die v. tausert nach

und solches sogen. Zuder. ordne. nung. Frage. stande. rüberh. Bewä. die N. ausgab. parla. nicht. Fruch. tung. b. l. e. i. gepla. wäre, jetzt. Minifi. er w. gieren. i. g. r. i. Regi. gend. weitge.

Regie. seine gewiß Wort.

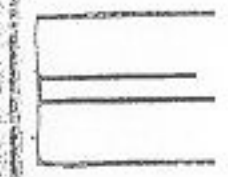
Wie. erste. eigen. in D. des 2. Folge. vorshr. Ausbr. kraitik. tung. Wnen. uns. Deuti. als 2.

4. Juli 1917

Gedanken eines Gebieten sticht Genossenschafts Aus dem Verb schieden, da sie Dem märkische Der Bericht je 1917 ist das Dr. Gra bei den Kaiser er burgischen Land sonders über in der Pra begeben, mit zu kämpfen ha Kaiserfernevere Widdagen-Pa.

Ur

Wie die mitschäftliche Wasserkräfte fü tend, daß sie brauchen. Au wurde seit jeh genaue Beantw weise nicht ge rechnungswege lungen zu ein viel beachteten Magazine vor verfügbaren,



G

Der De und Mitte drastisch genu spruchung der wichtigen Fra deutlichen des Vereins u. a. folgend

Unter de drei Jahren handels mit müssen, nem Aussehbank, Interesse hört fortwäh Zweide neue bestehende nur in Deur zur Unterstüt deren Pläne Es ist bekam National Et die American alles deutet amerikas schaftlich väischen sich nun die sollte, so ist fuhrfirmen um es ihu. botes an de Tratten, be zurückgelom daß es de Schwierigke so bleiben in fuhrfirmen, die frühere Banken und von Buch

larische Regierung. Es ist die sanktionierte, aber brutale Unterdrückung der Schwächeren. Wir sind gewöhnt, im Verkehr mit den Beamten Sachlichkeit voraussetzen zu dürfen. Anders ist, wo parlamentarisch regiert wird. Da heißt: welcher Partei gehörst du an? Das, nicht die Sache, und läge sie noch so einfach und klar, gibt den Ausschlag. So kann man Eines mit aller Bestimmtheit voraussetzen: Wenn in Deutschland eine parlamentarische Regierung eingeführt werden sollte, wird zwischen ihr und der Beamtenschaft sehr bald ein erbitterter Kampf ausbrechen. Sieger dürfte schließlich die Beamtenchaft bleiben, weil das den Deutschen innewohnende Gefühl von Pflicht und Recht sich allzu schlecht mit einer parlamentarisch geübten Regierungsform abzufinden imstande wäre. Wir sind zu ehrlich und zu idealistisch veranlagt, als daß wir lange eine so verkommenen und dabei so rückwärtliche Regierungsform dulden würden. Wir beobachten zu eingehend die Wirkungen und schließen rückwärts auf die Ursachen. Gewohnt an die strenge Beamten-Laufbahn würden wir es nicht verstehen, daß der Dilettant den Fachmann ersetzen soll. Gewiß, es kann auch Dilettanten geben, die die Fachleute weit übertragen, das aber sind Ausnahmen, und Ausnahmen zuliebe ändert man keine Institutionen. Was wir aber nie verstehen würden, ist, daß der Parlamentarier den Fachmann durch seine Kreaturen ersetze.

Zum Schluß möchte ich an zwei Beispielen die Wirkungen einer parlamentarischen Regierung nachweisen, von denen das eine Beispiel zeigt, wie diese Wirkungen sich bis in die Stadtverwaltungen fühlbar machen. Mit Absicht sind beide Beispiele, weil sie etwas ferner und nicht so auf der Hand liegend sind, gewählt worden. Gewöhnlicher wären in Massen zur Hand.

Im Juli 1914, kurz vor dem Kriege, reiste ich nach Südfrankreich und nahm einen Auftrag von Excellenz Bernuth, dem Oberbürgermeister von Berlin, ein neues Verfahren, die Sterilisierung des Trinkwassers der Stadt Wignou zu untersuchen, mit. Mein alter Freund Valleyer, der Oberbürgermeister von Wignou, zeigte mir unter Führung der Ingenieure und Chemiker der Stadt die Anlage. Abgesehen von dem sehr guten Sterilisierungsverfahren hatte ich an der Anlage selber manches anzusetzen, und da schüttelte mir Valleyer sein Herz aus. Ja, wenn wir wie die deutschen Bürgermeister unserer Stellung auf 12 oder 16 Jahre sicher wären, dann könnten wir etwas leisten, dann hätten wir gerade so schmutze Städte wie Sie in Deutschland, hingen nicht ab vom Wahlzettel, könnten werbende Anlagen machen, bräuchten uns nicht von den Gas- und Tram- und Elektrizitäts-Gesellschaften bevormunden und ausbeuten zu lassen, kurz, wir könnten wirklich die Interessen der Stadt wahrnehmen, anstatt die Interessen bloß unserer Partei. So habe ich, und wenn das Herz mir dabei blüht, zunächst eine ganze Reihe von Subjekten in städtischen Ämtern unterzubringen und ihre Vorgänger herauszusehen. Die Folge ist, daß während der ersten anderthalb Jahre die Verwaltung unter aller Kritik ist, weil niemand seinen Dienst kennt. Dann kommen anderthalb Jahre, da geht es einigermaßen, und dann kommt ein Jahr, wo es heißt, die Neuwahlen vorbereiten. Wie wollen Sie, daß man da die Interessen der Stadt wahrnehme. Und so wiederholt sich das von 4 Jahren zu 4 Jahren; alles bestimmt der Wahlzettel und alles korrumpiert er. Es wird eben bei uns im Stadthaus

auch parlamentarisch regiert. Mich erwählt die Majorität der Stadträte und setzt mich ins Amt, und ich bin ihr unterwürfiger Knecht. Mit Mühe und Not hält man den Betrieb einigermaßen aufrecht, von Fortschritt, wie ihn die Zeit fordert, kann keine Rede sein. Den können Sie bei Ihrem System durchführen, nicht wir. — Und in der Tat, wer Frankreich seit langem kennt, dem fällt es immer wieder auf, daß sich die Städtebilder in 40 Jahren fast nicht geändert haben, während bei uns sich alles gewandelt hat.

Das andere Beispiel bezieht sich auf die behindernden Wirkungen einer parlamentarisch ausgeübten Regierung bei der Durchführung von Meliorationen trotz größter Interessen des Landes.

1888 schreibt Theodor von Bernhards in seinem Tagebuch auf der Reise durch Südfrankreich nach Madrid von dem Plan der Napoleonischen Regierung, mit dem so fruchtbaren Rhone-Wasser den Midi Frankreichs zu bewässern. Kleine Teilstände wurden damals ausgeführt, mit denen heute sechs- undvierzigtausend Hektar bewässert werden. In 12 Aufsätzen verbreitete sich die Kölnische Zeitung einige Jahre vor dem Kriege über die Erfolge dieser Bewässerung in dem, was man heute den „jardin d'Europe“ nennt. Der große Plan, die vorgezeichnete Bewässerung von einer Million Sechshunderttausend Hektar aber, den Napoleon ausgeführt hätte, blieb nach dem Kriege von 1870 liegen, weil unter der Republik und einer parlamentarischen Regierung kein Minister ein solches Projekt dem Parlament vorzulegen gewagt hätte. Die sogenannten „départements sucriers“, d. h. die, in denen der Zuckerrübenbau betrieben wird, wählen von den 500 Abgeordneten 94. Dieses Fünftel der Kammer ist unter Zurechnung von politischen Freunden mächtig genug, um in solcher Frage ein Ministerium zu stürzen. Und in dieser Frage verstanden die 94 keinen Spatz, weil sie fürchteten, der Zuckerrübenbau könne nach dem Süden abwandern, wenn dessen Bewässerung durchgeführt sei. Ja, sie verboten es direkt, daß die Regierung privatem Kapital gestatte, diese Kanalisation auszubauen, wozu mehrmals die Bereitwilligkeit vorlag. Das parlamentarische Bewilligungsrecht von Geldern kam dabei nicht einmal in Frage. So mußte dank dem Parlament die Fruchtbarmachung und Möglichkeit intensiver Bewirtschaftung eines ungeheuren Gebietes Frankreichs unterbleiben. Heute kann man richtig sagen, daß, wenn jene geplante Bewässerung Südfrankreichs durchgeführt worden wäre, von einer Knappheit der Lebensmittel in Frankreich jetzt während der Kriege wohl kaum die Rede wäre. Kein Minister konnte aber so weitschauende Pläne durchbringen, er wäre einfach darüber gestürzt. Eine parlamentarische Regierung ist eben kein Fortschritt, sondern direkt ein Rückschritt trotz aller beliebigen Phrasen und Schlagworte. Dies Regime weiß sehr gut negativ zu arbeiten, aber nie und nirgends positiv, und weiterhin ist es die unsehbarste Ursache weitgehendster Korruption.

Der Reichstag hat vollständig die Möglichkeit, sich die Regierung ihm verantwortlich zu erhalten; wird sie aber in seine direkte Abhängigkeit herabgedrückt, so ergeben sich ganz gewiß für die Mitglieder des Reichstags große persönliche Vorteile, für's Volk aber die schwersten Nachteile.

### Die Geister, die ich rief . . .

M. Köln, 3. Juli.

Die „Kölnische Stg.“ erklärt an leitender Stelle zur Frage: Wie sollen wir dem Verständigungsfrieden näherkommen? Der erste Schritt dazu müßte sein, daß die Völker sich mehr mit ihren eigenen, als den Angelegenheiten der anderen besaßten. Bei uns in Deutschland herrscht bei Krone und Regierung und Mehrzahl des Volkes der feste Wille, für unsere innere Neugestaltung die Folgerung zu ziehen, die das große Erlebnis dieses Krieges uns vorschreibt. An dieser Stelle ist schon öfter der Ueberzeugung Ausdruck gegeben worden, daß einige kräftige Tropfen demokratischen Oels dieser Neugestaltung unserer politischen Einrichtung wie unserer Regierungsverwaltung nur förderlich sein können. Wie aber diese Reformen durchzuführen sind, und welche uns nützen, das zu entscheiden überlasse man uns selbst. Wir Deutsche aller Parteien haben darüber ein zuständigeres Urteil als Russen, Franzosen, Engländer und Amerikaner. Wenn es

### Die Post ist verpflichtet.

fortwährend Bestellungen auf die „Deutsche Zeitung“ entgegenzunehmen. Man bestellt die „Deutsche Zeitung“ bei jeder Postanstalt oder dem Briefträger für Mk. 4,80 vierteljährlich. Bei freier Zustellung ins Haus kommen noch 72 Pfg. Postbestellgeld hinzu. Nachlieferung bereits erschienener Nummern gegen Zahlung einer Gebühr von 10 Pfg. Feldpostbezieher ist dringend anzuraten, direkt der Geschäftsstelle Mitteilung zu machen; die postamtliche Erledigung einer Feldpost-Ueberweisung dauert ungefähr 10 Tage.

angen, sehen, nicht Damer, ist zur angen, wenn reich edings Men, stige, ungs- gegen ver- durch- on ge- ffende selber daß, und nter- nur zeich- macht und Es ist ischen halten Indu- u ger Re- st zur Das atung. eine einer Ver- regie- ffener Vor große man dem Unab- um dem ichsen- lassen, i. Tag um Durch n nur wie- dieser schieht direkt- n an- usgehen über- Bahn- aser- Dinge Ent- zessen r ge- hat des i n- el vor ihren geit, nicht, amen-

legt es nahe, zu untersuchen, wie denn damals, als in Brauen in Deutschland die meisten Kreise nach unten

Land, Herder, Christian Körner, der Vater Theo-

## Der Weg der Drahtzieherei zur modernen Industrie: Technik und ...



<https://books.google.de/books?id=AnsgAQAAMAAJ>

Rainer Stahlschmidt - 1975 - Snippet-Ansicht

Lohmann gründete mit dem Kaufmann **John Heckmann** aus Charlottenburg die Lohmann & Heckmann Metallfabrikations GmbH in **Berlin-Neukölln**, später Lohmann Metall GmbH und ab 1926 Hartmetall GmbH, die weiterhin unter dem Namen Volomit produzierte und in bemerkenswertem Umfang Werbung für ihre Ziehsteine betrieb\*1\*. Zwar scheint die Geschäftslage zunächst gut gewesen zu sein, denn bereits 1915 führte man einen Patentverletzungsprozeß gegen eine Firma, die ...

## Der Weg der Drahtzieherei zur modernen Industrie: Technik und ...



<https://books.google.de/books?id=9oYTAQAAMAAJ>

Dieter Stievermann, Rainer Stahlschmidt - 1975 - Snippet-Ansicht

Lohmann gründete mit dem Kaufmann **John Heckmann** aus Charlottenburg die Lohmann & Heckmann Metallfabrikations GmbH in **Berlin-Neukölln**, später Lohmann Metall GmbH und ab 1926 Hartmetall GmbH, die weiterhin unter dem Namen Volomit produzierte und in bemerkenswertem Umfang Werbung für ihre Ziehsteine betrieb\*1\*. Zwar scheint die Geschäftslage zunächst gut gewesen zu sein, denn bereits 1915 führte man einen Patentverletzungsprozeß gegen eine Firma, die ...

## Beihefte zum Gesundheits-Ingenieur - Seite 452



<https://books.google.de/books?id=GtZNAQAAMAAJ>

1921 - Snippet-Ansicht - Mehr Ausgaben

Ing. F. Riechers, Pat.Anw., Dortmund. – S. 51 047. – 19. Sept. 1919. Großbritannien 5. Dez. 1917. – Kl. 26 d, Gr. 1. Heizofen mit Wärmeleitkörpern, die auf die Außenseite des metallischen Ofenmantels aufgesetzt sind. **John Heckmann**, Berlin. Augsburger-Str. 9. – Sch. 56 615. – 28. Okt. 1919. – Kl. 36 b, Gr. 1. Verfahren zum Betrieb der Abhitzeverwertungsanlagen von Wärmekraftmaschinen. Dipl.-Ing. Hans Holzwarth, Mülheim, Ruhr. Engelbertsstr. 110. – H. 78 377. – 18. Sept. 1919.

## Chemisches Zentralblatt: vollständiges Repertorium für alle Zweige ...



<https://books.google.de/books?id=mMQ9AQAAMAAJ>

1919 - Snippet-Ansicht - Mehr Ausgaben

**Lohmann** d: **Heckmann Metallfabrikations-Ges. m. b. H.**, **Neukölln**, Verfahren zur Herstellung von chemisch reinem Wolframmetall, für Leuchtkörper in elektrischen Glühlampen und für andere Zwecke unter Verwendung von Wolfram carbid, das aus amorphem Wolframmetall, Anhydrid oder Oxydrid hergestellt ist, dadurch gekennzeichnet, daß dies Wolframcarbide feinst gepulvert, in einer Form aus Kohlenstoff unter Beihilfe von Zentrifugalkraft bei höchst gesteigerter Ofenwärme zu ...

## Stahl und Eisen - Band 96, Teil 5 - Seite 1132



<https://books.google.de/books?id=4u3coQyAqzIC>

1976 - Snippet-Ansicht - Mehr Ausgaben

Sieben Jahre später erhielten die Deutschen H. Voigtländer und H. **Lohmann** die ersten Patente auf ein Verfahren zur Herstellung gegossener **Hartmetall**-Formstücke aus reinem Wolfram- und Molybdäncarbid. Außerdem wurden damals derartige ... Krupp AG übernahm im Jahre 1925 die industrielle Entwicklung und brachte im Herbst **1926** erstmals ein **Hartmetall**, das fast „wie Diamant“ schnitt – wovon sich die Wortschöpfung „Widia“ ableitet – auf den Markt. Noch heute wird dieses ...

# Die maritime Geheimrüstung unter Kapitän z.S. Lohmann

## I. Einführung

Kapitän z.S. Walter Lohmann ist eine der schillerndsten Figuren innerhalb der Geschichte der Reichswehr. Als angeblich geschworener Gegner der Rüstungsbeschränkungen, die der Versailler Vertrag Deutschland auferlegte, arbeitete er von 1920 bis 1927 als Leiter der Seetransportabteilung daran, "mit allen ihm zu Gebote stehenden Mitteln und Fähigkeiten die Entente-Bedingungen zu bekämpfen und zu mildern"<sup>1</sup>. Die Ergebnisse seiner Bemühungen haben die unterschiedlichsten Bewertungen gefunden: vom "Rattenkönig von Betrieben und Geschäften, deren eines fragwürdiger war als das andere"<sup>2</sup> bis zum konsequenten Versuch, die maritime Geheimrüstung durch den Aufbau eines 'Reichsverteidigungskonzerns' zu privatisieren<sup>3</sup>.

Ziel der folgenden Ausführungen ist die möglichst umfangreiche Darstellung der von Lohmann betriebenen inoffiziellen Unternehmungen. Denn erst das Gesamtbild dieser Unternehmungen erlaubt eine ausgewogene Beurteilung Lohmanns. Die Möglichkeit zu einer umfassenderen und detaillierteren Darstellung von Lohmanns Aktivitäten ist mittlerweile durch aus der Sowjetunion zurückgekehrtes Quellenmaterial gegeben. Es handelt sich hierbei um 40 Foliobände der Privatdienstbriefe Lohmanns<sup>4</sup>. Der etwas widersprüchliche Begriff "Privatdienstbriefe" bedeutet, daß es sich dabei um Korrespondenzen dreht, die Lohmann zwar als dienstlich betrachtete, aber aus Geschwindigkeits- und Geheimhaltungsgründen nicht durch die allgemeine Postregistratur der Marineleitung gehen lassen wollte und deshalb über seine Privatadresse abwickelte.

Auch wenn diese Sammlung der Privatdienstbriefe Lohmanns nicht vollständig ist<sup>5</sup>, so erlaubt sie dennoch einen Blick darauf, wie aus speziellen militär- und rüstungspolitischen Vorstellungen einerseits und Sachzwängen andererseits eine rüstungswirtschaftliche Struktur entstand. Der Kern dieser Struktur überlebte Lohmann, bzw. wurde durch die Umstände seines Abgangs herausgeschält. Zu dieser Struktur gehört dabei auch die Mitarbeit oder zumindest Billigung der illegalen, gegen den Versailler Vertrag gerichteten Rüstungsanstrengung durch die Berliner Ministerialbürokratie; ohne diesen konsensuellen Hintergrund wäre Lohmanns Tatendrang wohl einfach verpufft, und auch die Abwicklung der Lohmann-Affäre wäre ganz anders verlaufen.

Im folgenden soll zuerst ausgeführt werden, welche Umstände und Zufälle es Lohmann erlaubten, während der zwanziger Jahre innerhalb der Marineleitung eine Position zu

---

<sup>1</sup>Zum angeblichen Schwur Lohmanns, vgl. Albert Schüssler, Der Kampf der Marine gegen Versailles 1919-1935, in: Internationaler Militärgerichtshof Bd. XXXIV, S. 553.

<sup>2</sup>Otto Geßler, Reichswehrpolitik in der Weimarer Zeit, Stuttgart, 1958, S. 450.

<sup>3</sup>Michael Geyer, Aufrüstung oder Sicherheit. Die Reichswehr in der Krise der Machtpolitik 1924-1936, Wiesbaden 1980, S. 108.

<sup>4</sup>BA/MA RM 21/162-201.

<sup>5</sup>Es gibt große Lücken innerhalb der fortlaufend nummerierten Briefmappen; die fehlenden Korrespondenzen sind wahrscheinlich zum Teil bei Lohmanns geheimen Kommandosachen abgelegt worden, oder in nicht erhaltenen unternehmensbezogenen Bänden; so gibt es beispielsweise keinen Sonderband für die Phoebe. Außerdem fehlen die normalen Briefmappen für die äußerst interessante Zeit um den März 1926.

erlangen, die das Öffentlichwerden eines kleineren, eher harmlosen Teils seiner Geschäfte zum Anlaß bzw. zur Ursache des Rücktritts des Reichswehrministers Geßler und des Chefs der Marineleitung Zenker werden ließ. Nach dem Aufstieg Lohmanns wird sein Fall thematisiert werden; die Abwicklung oder vielleicht besser Vertuschung der Lohmann-Affäre offenbart hierbei eine breite Rückendeckung für Zuwiderhandlungen gegen die Rüstungsbeschränkungen des Versailler Vertrages. Die Abwicklung ist auch deshalb von Bedeutung, weil es sich hierbei um den Entstehungszusammenhang einer Reihe von Quellen handelt.

Im Anschluß daran soll einerseits Lohmanns Rüstungskonzeption inhaltlich dargestellt werden, d.h. vornehmlich, welche Schiffstypen er durch geheime Rüstungsanstrengungen für die Reichsmarine erwerben wollte; und andererseits soll dargestellt werden, wie Lohmann sich die Finanzierung dieses Rüstungsprogramms vorstellte.

Den Hauptteil der folgenden Ausführungen bildet dann, die mehr an Vollständigkeit als an stringenter Gliederung orientierte Auflistung der Lohmannschen Unternehmungen. Die Gliederung lehnt sich grob an die Unterteilung von materialen, personellen und organisatorischen Rüstungsmaßnahmen an, insofern der Unterpunkt 'organisatorische Maßnahmen' jede mehr oder weniger noch als Rüstungsmaßnahme zu rechtfertigende Unternehmung umfassen wird. Hierbei wird es zum einen Felder geben, die wie z.B. das U-Boot-Wesen von besonderer Bedeutung sind und daher einen größeren Raum einnehmen werden, und zum anderen wird es Felder wie die gesamte personelle Rüstung geben, über die es im Zusammenhang mit Lohmann weniger zu berichten gibt. Eine klare eindeutige Gliederung ist auch dadurch nicht möglich, daß es zu Lohmanns Eigenheiten gehörte, seine verschiedenen Projekte untereinander zu vernetzen, wodurch verschiedene Firmen, Geschäftspartner oder 'Agenten' Lohmanns in verschiedenen Bereichen auftauchen werden.

Im abschließenden Kapitel soll durch einen Blick auf das Verhältnis von inhaltlicher Rüstungskonzeption und der Finanzierung von geheimen Rüstungsprojekten innerhalb der Reichswehr und speziell der Marineleitung nach Lohmanns Ausscheiden eine Einordnung seiner Aktivitäten in einen größeren rüstungspolitischen Rahmen geleistet werden. Denn die zentrale Bedeutung der Finanzierung geheimer Rüstungsmaßnahmen ergibt sich daraus, daß diese für ein demokratisches System mit parlamentarischer Kontrolle und verantwortlicher Rechnungsprüfung gerade wegen der Geheimhaltung haushaltsrechtliche und legitimatorische Probleme aufwirft. Die weiterreichende Bedeutung der Lohmann-Affäre lag denn auch insbesondere darin, daß sie die Implementierung einer entsprechenden Problemlösung erheblich beschleunigte.<sup>6</sup> Diese bestand letztlich darin, daß man einseits zwar der haushaltsrechtlichen Problematik durch eine ebenfalls geheime Rechnungsprüfung begegnete, andererseits aber sich vor dem gegen Versailles gerichteten Hintergrundkonsens eine Legitimationsproblem überhaupt nicht ergab; dies machte wiederum eine parlamentarische Kontrolle entbehrlich.

---

<sup>6</sup>Vgl. z.B. Keith W. Bird, Weimar, the German naval officer corps and the rise of national socialism, Amsterdam 1977, S. 248.

## II. Aufstieg und Fall

Aus dem was von den sieben Immediatstellen der kaiserlichen Marine noch übrig war, wurde in der Weimarer Republik eine einheitliche Behörde, die am 19. September 1920 auf Marineleitung getauft wurde. Diese gliederte sich in drei Departments: erstens das für militärische Belange zuständige Kommandoamt (A), dominiert von der den verbotenen Admiralsstab ersetzenden Flottenabteilung; zweitens das vornehmlich für technische und organisatorische Fragen verantwortliche Allgemeine Marineamt (B); sowie drittens das Verwaltungsamt (C), das nicht wie A und B von einem Seeoffizier, sondern von einem Ministerialbeamten geleitet wurde<sup>7</sup>.

Insbesondere das Allgemeine Marineamt bot den Abteilungschefs auf Grund seiner weitgestreuten Aufgaben, wie z.B. Entwicklung von Waffen, Schiffbauplanung oder nautischen Angelegenheiten, in der Zeit seines Aufbaus die Möglichkeit, Kompetenzen und Aufgaben an sich zu ziehen und damit den Einfluß einer einzelnen Abteilung weit auszudehnen. Einer, der hierfür ein besonderes Talent gehabt zu haben scheint, war Walter Lohmann, der am 28. Oktober 1920 - zu diesem Zeitpunkt noch Fregattenkapitän - Leiter der Seetransportabteilung (BS) wurde<sup>8</sup>. Hauptaufgabe der Seetransportabteilung war eigentlich die Bereederung reichseigener Frachtschiffe. Unter den spezifischen Bedingungen der ersten Nachkriegsjahre fielen mit dem dem Prisen- und Embargoschiffwesen und mit den Rücktransporten von Kriegsgefangenen (Krifra) weitere Aufgaben mit Auslandskontakt in den Betätigungsbereich der Seetransportabteilung.

Lohmann, der die Revolution in Berlin miterlebt hatte, wurde im Dezember 1918 als Vertreter der Seetransportabteilung, die während des Krieges auch die feindlichen Prisen- und Embargoschiffe verwaltet hatte, zu den diesbezüglichen Waffenstillstandsverhandlungen gesandt. Die hierbei geknüpften Kontakte erlaubten ihm 1921 einen großen Erfolg zu verbuchen, der ihm zu einen besonderen Ruf bei den deutschen Reedern verhalf<sup>9</sup>. Im Mai war es ihm gelungen, von Großbritannien aufgebrauchte deutsche Handelsschiffe, die dann nach Kriegsende für Kriegsgefangentransporte benutzt wurden, für die ehemaligen Eigentümer zurückzukaufen und damit einen Präzedenzfall für weitere Rückkäufe zu schaffen, so daß den deutschen Reedern wieder verstärkt Betätigungsmöglichkeiten offenstanden<sup>10</sup>.

---

Rolf Güth, Die Organisation der deutschen Marine in Krieg und Frieden 1913-1933, in: Handbuch zur deutschen Militärgeschichte 1648-1933, Abschnitt VIII, München 1979, S. 314f.

<sup>8</sup>Walter Lohmann wurde 1878 in Bremen geboren; wie seine Frau stammte er aus angesehenen Bremer Wirtschaftskreisen; sein Vater Johann-Georg war Direktor beim Norddeutschen Lloyd, sein Bruder Alfred war während des Ersten Weltkrieges Handelskammerpräsident in Bremen. Der Diensteintritt Walter Lohmanns bei der Kaiserlichen Marine datiert vom 7. April 1897; sein Dienst führte ihn unter anderem nach Kiautschou; während des Ersten Weltkriegs diente er bis zum März 1918 als Artillerieoffizier auf einem Großkampfschiff; von da an blieb er durchgängig bis zu seiner Verabschiedung im März 1928 - nach Berlin zum Reichsmarineamt und zu dessen Nachfolgebehörde, der Marineleitung, kommandiert. Lohmann starb am 30. April 1930 in Rom, ohne daß es ihm bis dahin gelungen wäre, dort - wie von ihm erhofft - eine neue Existenz aufzubauen.

<sup>9</sup>Vgl. Schüssler, Marine gegen Versailles (wie Anm. 1), S. 552ff.

Auch der neue Chef der Marineleitung Behncke förderte Lohmanns Einfluß in der Handelsschifffahrt. Er forderte am 21.12.1920 vom Ministerium für Wiederaufbau Lohmann an allen diese betreffende Sitzungen zu beteiligen, denn "die Kriegsmarine hat erhebliches Interesse an dem Wiederaufbau der Handelsmarine und der Art, in der der Aufbau vorgenommen werden soll." BS 14608a, BA/MA RM 21/162 Bl. 29.

<sup>10</sup>"Ich lege gar keinen Wert darauf, daß mir persönlich irgendwie dieser Erfolg zuguteschrieben wird; andererseits aber lege ich grössten Wert darauf, daß dieser Erfolg auf dem Konto 'Zusammenarbeit zwischen

Die Krifa-Angelegenheiten erlaubten es Lohmann als einem der ersten Seeoffiziere wieder geregelte Auslandskontakte durch BS zugeordnete Dienststellen in Riga und Petersburg sowie Vertretungen in London und Wladiwostok zu unterhalten, sowie über die Fahrtberichte der Krifa-Dampfer Informationen betreffend den Zustand von Seewegen, Hafenanlagen, Flotten etc. zu gewinnen.

Er konnte sich auch dahingehend durchsetzen, daß der Leiter der Seetransportabteilung direkter Vorgesetzter der Leiter der kleineren Marinendienstellen in Königsberg, Lübeck, Stettin, Hamburg und Bremen wurde. Diese Dienststellen dienten neben der Handhabung der durch die Seetransportabteilung verreederten Frachter vor Ort auch als Nachrichtenbörsen<sup>11</sup>.

Lohmanns Einfluß auf persönlicher Ebene innerhalb der Marineleitung wurde sicherlich auch dadurch gewährleistet, daß die Seetransportabteilung durch ihre Kontakte zu den Reedern die zentrale Stelle für die Organisation von (dienstlichen) Fahrten in andere Länder war. Die Reeder stellten der Marine in der Regel eine begrenzte Zahl von Freifahrten zur Verfügung, deren Verteilung es Lohmann erlaubt haben dürfte, sich verschiedene Leute zu verpflichten und an deren Neuigkeiten zu partizipieren<sup>12</sup>.

Der Kapp-Lüttwitz-Putsch endete für die Marineleitung in einem Debakel, nicht jedoch für Lohmann. Der damalige Chef der Marineleitung Trotha stellte sich und die Marine noch am 13. März 1920 "der neuen Regierung zur Verfügung". Nachdem die gewählte Regierung an die Macht zurückgekehrt war, wurden Trotha und eine größere Anzahl weiterer aktiver Seeoffiziere, die sich zu den Putschisten bekannt hatten, verabschiedet<sup>13</sup>. Lohmann war nicht kompromittiert worden, da er sich zum Zeitpunkt des Putsches in England aufhielt; so konnte er unbehelligt von Demissionsforderungen weiterarbeiten. Darüberhinaus scheint er einen sehr guten Draht zum neuen Chef der Marineleitung Paul Behncke gehabt zu haben, was seine Stellung sicherlich noch weiter festigte.

Auch die Ruhrbesetzung 1923 verlief für Lohmann - in einem gewissen Sinne - erfolgreich. Neben dem von der Regierung erklärten passiven Widerstand wurde auch an einem etwas aktiveren gearbeitet. Regierung und Reichsbank stellten zur Verstärkung der militärischen Verteidigung 100 Mill. Goldmark zur Verfügung. Obwohl es zu keiner kriegesischen Eskalation kam, blieb das auch nach der Beendigung der Ruhrbesetzung nicht verausgabte Geld bei den entsprechenden Reichswehrstellen, die somit auch längerfristige geheime Projekte finanzierten konnten<sup>14</sup>. 1923 wurde damit zum ersten, allerdings chaotischen "Boomjahr" der deutschen Geheimrüstung<sup>15</sup>.

---

Kriegsmarine und Handelsmarine' auf der Aktivseite der Kriegsmarine ganz energisch und deutlich angestrichen wird." BS 595Pr, Lohmann an Kiep, 30.5.1921, BA/MA RM 21/197 Bl. 280ff.

11Güth, Organisation der deutschen Marine (wie Anm. 7), S. 321.

Vgl. zu Lohmanns Kompetenzkämpfen mit der nautischen Abteilung: BS 117Pr, 29.11.1920, BA/MA RM 21/162 Bl 157ff, BS 602Pr, 1.6.1921, BA/MA RM 21/197 Bl. 263ff.

Vgl. zu seinen Bemühungen die Seetransportstellen des Heeres und des Verkehrsministerium schließen zu lassen: BS 196Pr, Lohmann an Stubmann, 28.12.1920, BA/MA RM 21/162 Bl. 8ff.

12BA/MA RM 21/53 Bl. 164f.

13Vgl. Francis L. Carsten, Reichswehr und Politik, Köln und Berlin 1964, S. 94ff.

14Vgl. Werner Rahn, Reichsmarine und Landesverteidigung 1919-1928, München 1976, S. 211ff; Nachlaß Geßler Bd 59 Bl. 23ff.

15Michael Geyer, Der zur Organisation erhobene Burgfrieden, in: Militär und Militarismus in der Weimarer Republik, Düsseldorf 1978, S. 31f.

Der Anteil der Marine von 10 Mill. wurde direkt an Lohmann zur Verwaltung weitergeleitet. Mit der Kontrolle dieser Mittel konnte er seine zentrale Position innerhalb der Marineleitung im Bezug auf rüstungswirtschaftliche, marinepolitische und nachrichtendienstliche Fragen weiter ausbauen; ferner dürfte die zeitweilige Liquidität durch dieses Geld zu der dauerhaften Kreditwürdigkeit beigetragen haben, die er während seiner ganzen Dienstzeit in Wirtschaftskreisen genoß.

Wenige Jahre später verlies Lohmann das Glück; nachdem sein außergewöhnlicher Tatendrang seine Gesundheit ruiniert hatte - heute würde man von starken psychosomatischen Störungen sprechen -, zerstörten nicht einmal direkt gegen ihn gerichtete Indiskretionen seine Karriere, eine Reihe seiner Unternehmungen und letztlich seine Existenz.

Ab dem 8. August 1927 wartete das Berliner Tageblatt mit detaillierten Informationen über die Verbindung Lohmanns zur damals nach der Ufa zweitgrößten deutschen Filmgesellschaft, der Phoebus, auf<sup>16</sup>. Der ehemalige Direktor der Phoebus, Sally Isenberg, der sich nun mit dieser im Streit befand, hatte Vertreter des Ullstein-Verlages mit Interna über die Beteiligungen Lohmanns an der Phoebus und dem Berliner Bankverein versorgt. Der Ullstein-Verlag, dem schon zusammen mit der IG Farben die Terra-Film gehörte, hatte ein größeres Interesse an den großen Erstaufführungstheatern der Phoebus und betrieb mit den an das nicht zu Ullstein, sondern zu Mosse gehörende, links-liberale Berliner Tageblatt weitergegebenen Informationen zielstrebig den Ruin der Phoebus, um dann billig zugreifen zu können<sup>17</sup>.

Sowohl Reichswehrminister Geßler, der von seinem Parteifreund, dem ehemaligen Innenminister Koch-Weser, Hinweise erhalten hatte, sich aber von Lohmann nochmals beschwichtigen ließ, wie auch der damalige Stellvertreter des Chefs des Stabes beim Chef der Marineleitung, Korv.kapt. Wilhelm Canaris, wollen über die vermeintliche finanzielle Schiefelage von Lohmanns Unternehmensgruppe schon Anfang 1927 informiert gewesen sein. Canaris behauptete ferner, daß von seiten der Marineleitung schon Maßnahmen zur Entflechtung der Unternehmen und zur Wegbeförderung des mittlerweile auch gesundheitlich schwer angeschlagenen Lohmann eingeleitet worden waren<sup>18</sup>.

Undurchsichtig wird die Rolle von Canaris allerdings dadurch, daß er nach den ersten Veröffentlichungen des Berliner Tageblatts sofort zu Geßler nach Sylt eilte, von wo letzterer dann ein Dementi veröffentlichen ließ.

Aber schon nach dem Vortrag des Chefs der Marineleitung Zenker bei Reichskanzler Marx am 10. August wurde klar, daß die Taktik des Dementierens nicht durchzuhalten war. Da sich hinter dem Namen Lohmann noch viel unveröffentlichtes und brisanteres Material verbarg, schlug die Regierung die Taktik der Schadensbegrenzung ein und

---

<sup>16</sup>Die Artikelserie des Berliner Tageblatts, die fast zwei Wochen dauerte, wartete mit Titeln wie 'Der Filmskandal im Wehrministerium' oder 'Kapitän und Kaufmann' auf.

Auch die bekannt militärkritische Weltbühne widmete dem "Fall Lohmann" in ihrer Ausgabe vom 16. August den ersten einer Reihe von Artikeln zu diesem Thema, mit der sie das öffentliche Interesse vor allem zur Zeit der Haushaltsdebatten Anfang 1928 an den "windigen" Machenschaften der Reichswehr wach halten wollte.

<sup>17</sup>Nachlaß Saemisch Bd 175 Bl. 16ff, 125.

Billig zugreifen konnte dann allerdings die Emelka, an der auch der bayerische Staat beteiligt war, weil sie sich bereit fand, die Phoebus komplett zu übernehmen.

<sup>18</sup>Geßler, Reichswehrpolitik (wie Anm. 2), S. 452.

Stellungnahme Canaris zur Angelegenheit Lohmann, BA/MA RM 6/48 Bl. 182ff.

bestätigte gerade das, was ohnehin nicht mehr zu dementieren war. Um einen Untersuchungsausschuß zu vermeiden, wurde am 13. August der Reichssparkommissar und Präsident des Reichsrechnungshofes Friedrich Saemisch mit der Untersuchung der Vorfälle beauftragt<sup>19</sup>.

Ein Ehrengericht der Marine wurde ebenfalls eingeleitet; wobei Lohmann schon frühzeitig davon ausging, daß der Ehrenrat "zu der Überzeugung gekommen [ist], daß naturgemäß in keiner Weise irgendetwas Ehrenrühriges gegen mich vorliegt"<sup>20</sup>. Das Ergebnis dieses Verfahrens bestand darin, daß es seine persönliche Integrität auf geschäftlichem Gebiet bestätigte, daß ihm aber vorgeworfen wurde, seine Befugnisse weit überschritten zu haben und unverantwortliche Geschäfte betrieben zu haben<sup>21</sup>. Tatsächlich nichts Ehrenrühriges für jemanden, der nach Geßlers Einschätzung davon ausging, es gehöre "geradezu zu seinen Aufgaben, Befugnisse und Vorschriften zu überschreiten und die Vorgesetzten von seinen Maßnahmen nicht zu unterrichten"<sup>22</sup>.

Unter anderem auf Grund einer solchen Dienstauffassung beabsichtigte Geßler Lohmann ein Unwürdigkeitsattest auszustellen und ihn fristlos und damit ohne Bezüge zu kündigen. Anfang Dezember lehnte er deshalb eine Kündigung Lohmanns ab und wollte seinerseits Lohmann bei gleichzeitiger Einleitung eines Disziplinarverfahrens kündigen. Saemisch und andere Kabinettsmitglieder befürchteten einen zu großen Wirbel durch ein solches Vorgehen, so daß Lohmann nur in den Ruhestand versetzt wurde<sup>23</sup>. Allerdings wurde Lohmann am 27. Februar 1928 für 120.000 RM Schaden aus einer von ihm unterzeichneten Bürgschaft für die Phoebus, vorbehaltlich weiterer Forderungen, von der Marineleitung ersatzpflichtig gemacht und seine Pension bis auf den unpfändbaren Rest von 396 RM einbehalten. So schied Lohmann letztlich am 31. März 1928 aus dem Marinedienst aus; auf die üblicherweise anstehende Beförderung zum Vizeadmiral a.D. wurde verzichtet. Die Leitung der Seetransportabteilung war im November Kapt. z.S. Lahs übertragen worden, bevor die Seetransportabteilung im April 1928 in der Nautischen Abteilung aufging<sup>24</sup>.

Seinen schriftlichen Bericht hatte Saemisch am 8. November 1927 überreicht, wobei er darauf hinwies, "daß er dem Herrn Reichskanzler in Ergänzung des Berichts einen eingehenden Vortrag halten müsse"<sup>25</sup>. Während sich der schriftliche Bericht nur in Form eines kurzen Protokolls in den Akten der Reichskanzlei befindet, und dort auf den mündlichen Vortrag nur mit dem Hinweis auf "weitere Mitteilungen vertraulicher Art"

---

19BA R 43 I/603 Bl. 73ff.

Die Bedingungen, die er vor Übernahme der Aufgabe stellte, deuten darauf hin, daß er annähernd schon wußte, in welche Tiefen er abzutauchen hätte: er forderte einerseits für sich und seine Mitarbeiter, "daß wir gegebenen Falles von der Amtsverschwiegenheit über das Ergebnis des Ermittlungsverfahrens nicht entbunden werden, es sei denn, daß wir selber damit einverstanden sein würden", andererseits mahnte er eine "Beschränkung des Auftrages auf die in der Presse behandelten Beziehungen des Kapitäns Lohmann zu den Filmgesellschaften" an. BA R 43 I/603 Bl. 70.

20Vgl. BS 693Pr, Lohmann an Killinger, 26.8.1927, BA/MA RM 21/200 Bl. 47f.

21Rahn, Reichsmarine (wie Anm. 14), S. 228.

22Vgl. Nachlaß Geßler Bd 59 Bl. 51.

Vgl. BA R 43 I/603 Bl. 105, 118f, 128f.

24M.I.B. 737, ML an Lohmann, 27.2.1928, BA R 43 I/605 Bl. 315; Rahn, Reichsmarine (wie Anm. 14), S. 228.

25BA R 43 I/603 Bl. 7.

verwiesen wird, finden sich sowohl der ausführliche schriftliche, wie auch ein Großteil des mündlichen Berichts in Saemischs Nachlaß<sup>26</sup>. Der mündliche Teil offenbart hierbei die Bedeutung Lohmanns innerhalb des geheimen Apparates der Marineleitung sowie seiner Kontakte zu Wirtschaftskreisen. Die Veröffentlichung solcher Informationen mußte für den Reichskanzler als völlig ausgeschlossen erscheinen, da dies zur Kompromittierung weiter Kreise geführt hätte. Aber selbst der von militärischen Geheimnissen weitgehend bereinigte schriftliche Bericht erschien dem Kabinett noch zu brisant, um eine Veröffentlichung befürworten zu können. Die Regierung befand sich in einem Dilemma: einerseits drängten die Fraktionen im Reichstag und der Reichsrat auf Aufklärung,<sup>27</sup> Die Regierung versuchte hierbei durch Absprachen mit den Parteiführern, eine möglichst unspektakuläre Behandlung der Angelegenheit in die Wege zu leiten<sup>28</sup>. Andererseits sollte die die Lohmannschen Unternehmungen betreffende Debatte im Reichstag nur bei den Besprechungen für den Nachtragshaushalt 1927, in den 7 Mill. RM für die Abwicklung der Lohmannschen Unternehmungen eingestellt werden mußten, und nicht schon bei den davor stattfindenden Besprechungen für Haushalt 1928 behandelt werden<sup>29</sup>. Die unerwünschte Doppelbehandlung wurde dadurch umgangen, daß Geßler am Tag vor der für den 20. Januar 1928 terminierten parlamentarischen Aussprache über den Reichswehretat für 1928 durch Groener als Reichswehrminister ersetzt wurde, "so daß der Opposition in der Debatte die Zielscheibe ihrer Kritik fehlte und sowohl die Angriffe der KPD als auch die ohnehin verabredungsgemäß maßvollen Vorhaltungen des sozialdemokratischen Redners Severing ins Leere stießen"<sup>30</sup>.

Die Verzögerung bis zu der Debatte über den Nachtragshaushalt wurde so zwar erreicht, verhinderte aber wiederum einen erwünschten schnellen Abschluß der Angelegenheit, denn - in den Worten von Finanzstaatssekretär Popitz - "mit dem Phoebus-Skandal seien Dinge von noch viel größerer politischer Tragweite verknüpft, deren Hineinziehung immer wahrscheinlicher werde, je länger die Beunruhigung der öffentlichen Meinung fort dauere"<sup>31</sup>.

Nachdem am 1. März der Haushaltsausschuß die Veröffentlichung des Saemisch-Berichtes mit den Stimmen von SPD und KPD gefordert hatte, sah sich die Regierung

---

26BA R 43 I/603 Bl. 93ff.

Nachlaß Saemisch Bd 175 Bl. 118ff.

27Ebd. Bl. 123.

Preußen machte seine Zustimmung zum Haushalt direkt von Informationen über die Lohmann-Affäre abhängig; ebd. Bl. 150.

28Ebd. Bl. 124f.

29Die Einstellung dieser Summe in den Nachtragshaushalt war dadurch notwendig geworden, daß der Rechnungshof, um eine Kompromittierung seiner selbst zu vermeiden, eine weitgehende Deckung der Verluste durch Haushaltsmittel und nicht durch schwarze Fonds forderte; Wilhelm Zimmermann, Die Wehrpolitik der Zentrumsparterie in der Weimarer Republik, Frankfurt/M., S. 233.

30Johannes Hürter, Wilhelm Groener. Reichswehrminister am Ende der Weimarer Republik (1928-1932), München 1993, S. 56. Vgl. auch Ernst Rudolf Huber, Deutsche Verfassungsgeschichte seit 1789, Bd VII, Stuttgart u.a. 1984, S. 618ff.

31Ministerbesprechung vom 28.12.1927, BA R 43 I/603 Bl. 177f. Vgl. die Aussage Raeders, bei der Heeresleitung habe es zur selben Zeit ebenfalls finanzielle Ungereimtheiten gegeben; Erich Raeder, Mein Leben, Tübingen 1956/57, S. 227.

Es könnte sich vielleicht um den Fall gehandelt haben, daß aus Reparationen für Belgien 50 Mill. in schwarze Fonds der Reichswehr geflossen waren; vgl. Zimmermann, Wehrpolitik der Zentrumsparterie (wie Anm. 29), S. 233.

gezwungen, unter Vorschützen einer Erkrankung von Reichskanzler Marx erneut Zeit zu gewinnen, um einen Bericht erstellen zu lassen, der eine Veröffentlichung erlauben würde, indem er "in die Landesverteidigung hineinspielende Dinge" möglichst nicht enthielt<sup>32</sup>.

In diesem "Bericht über Art, Umfang und Abwicklung der sogenannten Lohmann-Unternehmungen" vom 10. März 1928 wurde dementsprechend das Hauptaugenmerk auf die Darstellung der zwar peinlichen aber militärpolitisch relativ unbedeutenden Phoebus gelegt<sup>33</sup>. Zuvor aber wurden am 7. März in erneuten Parteiführerbesprechungen von Marx, Groener und Zenker die Vertreter der Regierungsparteien, sowie der SPD, DDP und WV nun auch über die militärpolitisch heiklen Teile der Lohmannschen Unternehmungen aufgeklärt; Marx wies "auf die außerordentlich großen außenpolitischen Gefahren dieser Angelegenheit hin" und bat, sich mit einem bereinigten, auf finanzielle Belange konzentrierten Bericht zufrieden zu geben<sup>34</sup>. Die DDP, durch die Kontakte ihres Vorsitzenden Koch mit Lohmann ohnehin nicht an tiefergehenden Enthüllungen interessiert, hielt "die Vorschläge der Reichsregierung für gangbar"<sup>35</sup>. Die SPD-Fraktionsspitze "erklärte sich [...] mit den beabsichtigten Verfahren einverstanden. Der Bericht dürfe bezüglich der wirtschaftlichen Maßnahmen keine Lücke haben und müsse die nötigen Garantien für die Zukunft enthalten"<sup>36</sup>.

In der Sitzung des Haushaltsausschusses am 13. März wurde dann durch Groener der von Reichswehrministerium und Rechnungshof verfaßte Bericht vorgestellt. Die Sitzung wäre wohl zur Farce geworden, hätte nicht der militärpolitische Experte der KPD Ernst Schneller begonnen, aus einem Bericht vorzulesen, den er fälschlicherweise für den unveröffentlichten Saemisch-Bericht ausgab - ob selbst im Irrtum darüber oder um seinen Ausführungen eine gewisse Authentizität zu verleihen, bleibt unklar. Da er dabei allerdings auch Projekte berührte, deren Veröffentlichung Regierung, Reichswehr und nun auch die anderen Parteien verhindern wollten, wurde ein geheim tagender Unterausschuß gebildet, in dem zu diesen und anderen militärpolitisch prekären Fragen von Groener und Zenker geantwortet wurde. So wurden von Zenker "verschiedene vertrauliche Angaben über deutsche Unterstützung beim spanischen Kriegsschiffbau (Echevarrieta)" gemacht. Der wiederum von Schneller vorgebrachte Vorwurf, in Spanien würden deutsche U-Bootsführer ausgebildet, leugnete Zenker hingegen<sup>39</sup>.

32Ebd. Bl. 229, 239, 244.

Der Bericht wurde trotz seines wenig brisanten Inhalts nicht mit einer Unterschrift versehen, was später auch von Hermann Müller beanstandet wurde.

33BA R 43 I/603 Bl. 266-286, 287-292.

34Parteiführerbesprechungen am 7.3.1928, ebd. Bl. 248ff; vgl. auch Hürter, Wilhelm Groener (wie Anm. 30), S. 61.

Allerdings hatte der Vowärts schon am Tag zuvor eine mittlerweile sehr umfangreiche und weitgehend zutreffende Liste von Firmen veröffentlicht, bei denen eine Beteiligung Lohmanns vermutet wurde; auch Firmen, die in die Landesverteidigung hineinspielten; neben den vermeintlich harmlosen Firmen, Phoebus, Berliner Bankverein und Bacon Compagnie, waren das: Trayag, Hansa, Navis, Tebeg, Severa, Caspar und Otwi; Vorwärts 6.3.1928.

35BA R 43 I/603 Bl. 248f.

36Ebd.

37Verhandlungen des Reichstages Bd 422, Nr. 4163.

38Notiz vom Unterausschußbericht BA R 43 I/603 Bl. 310f.

39Aufzeichnung über Unterausschußsitzung vom 19.3.1928, Nachlaß Saemisch Bd 177 Bl. 62ff.

Der Abschlußbericht des Unterausschusses verweist zwar auf erhebliche Etatverletzung im Zusammenhang mit den Lohmannschen Unternehmungen, verzichtet aber auf die Darstellung politisch relevanter Zusammenhänge, über die insbesondere im Unterausschuß dann teilweise doch gesprochen wurde<sup>40</sup>. Am 27. März wurde der Bericht zusammen mit einem ebenfalls harmlosen Entschließungsantrag dem Reichstag zur Abstimmung vorgelegt. "Auch in der Parlamentsdebatte legten sich die Redner der bürgerlichen und demokratischen Fraktionen die verabredete Zurückhaltung auf"; gegen die »Einheitsfront von den Deutschnationalen bis zu den Sozialdemokraten« blieben die Einwürfe der KPD schwach<sup>41</sup>.

Um die Geheimhaltung über das tatsächliche Ausmaß von Lohmanns Unternehmungen aufrechtzuerhalten, machte die Regierung am 23. März auch die Entscheidung über eine Regreßerhebung zu ihrer eigenen Sache<sup>42</sup>. Nach Absagen durch den Staatssekretär im Reichsjustizministerium Joël und seinen Vorgänger Heinrici fand sich am 5. Mai 1928 der ehemalige Staatssekretär im preußischen Justizministerium Ulrich Fritze bereit, die zivilrechtlichen Haftungsfragen im Umfeld von Lohmanns Unternehmungen zu untersuchen. Auch hier war also nicht mit einer umfassenden Aufarbeitung des gesamten Komplexes zu rechnen. Vielmehr sah auch Fritze seine Aufgabe mehr darin, die Untersuchung möglichst zu begrenzen. So wies er z.B. auf eine problematische Stelle im Bericht für den Reichstag hin, die ihn gezwungen hätte, auch die Haftung des Reichsfinanzministeriums und Lohmanns Vorgesetzter für die tatsächlich nicht stattgefundene Verwendung der Ruhrgelder ab 1925 - denn so lange hätten sie dann doch nicht gereicht - in Erwägung zu ziehen; "das würde zwangsläufig zu rettungsloser Verwirrung, also zum Gegenteil der mir obliegenden »Klärung« führen"<sup>43</sup>. Um was für eine Form von »Klärung« es sich hierbei handelt, machte er im August 1929 kurz vor Fertigstellung seines Berichtes gegenüber Popitz noch einmal deutlich, als er selbst Bedenken bezüglich der Korrektheit des Berichtes andeutete; er erklärte dazu allerdings, "daß ich [Fritze] es aber für eine Pflicht der Loyalität hielt, Überraschungen zu vermeiden"<sup>44</sup>.

Der von Fritze am 10. Oktober 1929 zur Diskussion gestellte Entwurf seines Berichtes geisterte über ein halbes Jahr durch die Aktenstapel von Reichswehr- und

---

Zenker leugnete dies zurecht; die spanisch-deutsche U-Boot-Zusammenarbeit war noch nicht soweit gediehen. Allerdings hatten deutsche U-Bootexperten schon im Januar 1928 damit begonnen U-Boote für die Türkei in der Nordsee zu testen; Allison W. Saville, *The development of the German u-boat arm 1919-1935*, Washington, Diss., 1963, S. 282ff.

40BA R 43 I/603 Bl. 316ff.

Hürter, Wilhelm Groener (wie Anm. 30), S. 63; vgl. dort auch die Bewertung des ebenfalls weitgehend entschärften Berichtes der Abwicklungsgruppe im Reichswehrministerium für den Haushaltsauschuß vom Juli 1928; BA R 43 I/604 Bl. 48ff. Zu diesem Zeitpunkt war der Konflikt um das Panzerschiff 'A' ohnehin viel brennender.

Zur parlamentarischen Abwicklung vgl. auch Huber, *Verfassungsgeschichte* (wie Anm. 30) S. 621, Zimmermann, *Wehrpolitik der Zentrumspartei* (wie Anm. 29) S. 235.

Auch der Vorwärts begnügte sich mit dem Abdruck der Redebeiträge von Müller und Heinig, wobei sich die Rede Müllers insbesondere durch ihre Spitzen gegen die KPD und deren fehlendes Interesse an der Zusammenarbeit der Reichswehr mit der Sowjetunion auszeichnete; Vorwärts 28.3.1928.

42BA R 43 I/603 Bl. 314.

43Fritze an Eckardt 9.4.1929, BA R 43I/604 Bl. 100ff; Fritze an Popitz 10.10.1929, ebd. Bl. 118ff.

44Fritze an Popitz 16.8.1929, ebd. Bl. 114ff.

Reichsfinanzministerium sowie des Rechnungshofes, ohne daß dabei noch eine größere Eile verspürt wurde; nur Fritze, der seine Arbeit endlich abschließen wollte, und Lohmann selbst, der sich davon eine rechtliche Klärung versprach, die es ihm ermöglicht hätte, eine neue Existenz aufzubauen, drängten auf Stellungnahmen, die einen Abschluß des Berichtes ermöglicht hätten<sup>45</sup>. Lohmann sollte die Abgabe des Berichtes Anfang Mai 1930 jedoch nicht mehr erleben, da er kurz zuvor am 30. April gestorben war. Über den Nachlaß Lohmanns wurde auch ohne die Erhebung der von Fritze errechneten 13 Mill. Haftungsanspruch des Reiches der Konkurs angemeldet, so daß dort nichts mehr zu holen war<sup>46</sup>. Auch gegenüber Geßler, Zenker und dem ehemaligen Reichsfinanzminister Reinhold, deren Unterschrift für eine Bürgschaft zugunsten der Phoebus für Fritze auch die Möglichkeit abgab, sie haftbar zu machen, wurden keine Ansprüche erhoben. Fritze hatte selbst schon mit Verweis auf die letztlich "politischen Beweggründe" eine Amnestie nahegelegt<sup>47</sup>.

Ohnehin hatte man wohl Mitte 1930 in Berlin Besseres zu tun, als diese mittlerweile alte Geschichte, sei es durch Erhebung langwieriger Regreßansprüche, oder sei es durch eine Amnestie, aufzukochen. Insbesondere Groener betonte, "daß die ganze Affäre totgemacht werden muß, ohne daß darüber im Reichstag auch nur noch einmal verhandelt werden darf"<sup>48</sup>.

### III. Lohmanns Konzeption

Die allgemeine, politische Richtschnur innerhalb der Weimarer Republik war der Versailler Vertrag, bzw. wie man ihn umgehen oder gar loswerden konnte; so daß z.B., wie wir gerade gesehen haben, unter diesem Gesichtspunkt innerhalb der Berliner Ministerialbürokratie jedes noch so vorschriftswidrige Verhalten als legitim zu rechtfertigen war. Auch die politischen, strategischen und technischen Konzeptionen der Marineleitung lassen sich unter diesem Gesichtspunkt differenzieren. Es lassen sich mit Jost Dülffer zwei marinepolitische Linien innerhalb der Marineleitung unterscheiden. Die Konzeption der "Hauptlinie" zeigte sich sehr deutlich bei der Bauplanung für die Ersatzbauten der vom Versailler Vertrag zugestandenen Linienschiffe. Die vom Chef der Flottenabteilung Löwenfeld entwickelte Konzeption sah vor, mit Hilfe eines sogenannten Panzerschiffs ein Mittel in die Hand zu bekommen, das die Signatarstaaten des Washingtoner Flottenabkommens vom Februar 1922, USA, Großbritannien, Frankreich, Italien und Japan, dazu bewegen könnte, Deutschland in diesen Kreis aufzunehmen und damit den diplomatischen Status gegenüber Versailles zu verbessern<sup>49</sup>. Neben Löwenfeld war Zenker einer der Hauptvertreter dieser Richtung, die die Ablösung von Versailles nicht durch eine Annäherung an die Sowjetunion, wie das die Heeresleitung und

---

45Fritze an Eckardt 5.3.1930, BA R 43 I/605 Bl. 4ff.

Lohmann an Nebelthau 10.3.1930, ebd. Bl. 11ff.

46Ebd. Bl. 310ff.

Der Fritze-Bericht findet sich unter BA R 43 I/605 Bl. 56ff (im folgenden zitiert als 'Fritze' mit Blattnr.)

47BA R 43 I/605 Bl. 165f.

48Zit. nach Rahn, Reichsmarine (wie Anm. 14), S. 228.

49Jost Dülffer, Weimar, Hitler und die Marine. Reichspolitik und Flottenbau 1920-1939, Düsseldorf 1973, S. 84ff.

zumindest zeitweise auch das Auswärtige Amt vorsah, sondern eben über eine Verständigung auf dem Gebiet der Seerüstung, insbesondere mit Großbritannien betrieben sehen wollte<sup>50</sup>.

"Neben der außen- wie gesellschaftspolitisch motivierten Hauptlinie der Marinepolitik gab es eine Nebenströmung. Einige Experten, wie Konteradmiral Spindler auf dem U-Bootsektor und Kapitän z.S. Lohmann, traten für ihre Ressorts aus technischen Motiven für ein stärkeres Engagement in Rußland ein, konnten sich aber nicht durchsetzen<sup>51</sup>." Wie bei der Behandlung der von Lohmann betriebenen U-Bootrüstung noch deutlich werden wird, setzte er Anfang der 20er Jahre große Hoffnungen auf die Möglichkeit, durch eine Kooperation mit der Sowjetunion verbotene Kriegsmittel in die Hände zu bekommen. Darüberhinaus erhoffte er sich auch durch die Förderung wirtschaftlicher Kontakte auch eine Verbesserung der politischen Situation Deutschlands, d.h. nicht nur aus rein technischen Motiven. Allerdings konnte sich Lohmann in der Marineleitung mit seiner Meinung, "dass ein Wiederaufbau Deutschlands nur mit und über den Osten möglich ist, und dass wir uns nur mit und über Russland von dem Schandvertrag von Versailles befreien können, da wir allein hierzu nicht in der Lage sind", nicht durchsetzen<sup>52</sup>.

Dennoch scheint Lohmann während der Aufbauphase der Marineleitung als der für die Beziehungen zu Moskau zuständige Mann der Marine weitgehend freie Hand gehabt zu haben. Nach Besuchen 1921 und 1922, in denen er nicht nur Krifa- und allgemeine Handelsangelegenheiten, sondern auch schon militärische Fragen mit den Kriegs- und Außenkommissaren, Trotzky und Tschitscherin, behandelt hatte, besprach Lohmann als Vertreter der Marineleitung im Sommer 1922 die Lage mit dem designierten deutschen Botschafter in Moskau Ulrich von Brockdorff-Rantzau. Bei diesen Treffen teilte Lohmann unter anderem mit, daß er gegenüber dem Reichskanzler die Position vertreten habe, "wenn ich [Brockdorff-Rantzau] jetzt als Botschafter nach Moskau käme, müßten alle militärischen Aktionen in Rußland einheitlich gehandhabt werden und dürften keinesfalls sich hinter dem Rücken und ohne Wissen des Botschafters vollziehen. Die Marineleitung stehe auf dem Standpunkt, daß sie für die Politik das Werkzeug darstelle<sup>53</sup>."

---

50Ebd. S. 73f.

51Jost Dülffer: Reichs- und Kriegsmarine 1918-1939, in: Handbuch zur deutschen Militärgeschichte 1648-1933, Abschnitt VIII, München 1979, S. 421.

"Der Kapitän zur See Lohmann repräsentierte in der Marineleitung am entschiedensten eine Richtung, die mit allen Mitteln die durch den Versailler Vertrag gezogenen Grenzen in Teilbereichen zu erweitern suchten". Dülffer, Weimar (wie Anm. 49), S. 90f.

52BS 1004Pr, Lohmann an Heineken, 12.10.1922, BA/MA RM 21/171 Bl. 154ff.

53Aufzeichnungen Brockdorff-Rantzaus vom 2. Sept. 1922, Akten zur deutschen auswärtigen Politik, Serie A Bd 6 Nr. 190.

Es ist hierbei noch darauf hinzuweisen, daß es sich bei diesen Mitteilungen sicherlich auch um ein taktisches Mittel handelte, mit dem Lohmann versucht hat, das Bild der Heeresleitung sowohl bei Reichskanzler Wirth wie bei Brockdorff-Rantzau zu trüben, da er wohl befürchtete, daß die Heeresleitung ihm in Moskau den Rang ablaufen könnte. Er war es schließlich auch, der Brockdorff-Rantzau über den »schärfsten Protest« Seeckts gegen seine Ernennung informierte, was zu einer erheblichen Steigerung der ohnehin vorhandenen Mißstimmung zwischen Brockdorff-Rantzau und Seeckt führte; ebd.

Vgl. zu den Widerständen der Heeresleitung auch Herbert Helbig, Die Moskauer Mission des Grafen Brockdorff-Rantzau, in: Forschungen zur Osteuropäischen Geschichte 2 (1955), S. 304ff.

Unabhängig von der Frage, wie ein wirtschaftlicher Wiederaufbau bzw. eine wirtschaftliche Kooperation mit anderen Mächten Rüstungsanstrengungen erleichtern könnten, entwickelte Lohmann mit der Zeit ein detailliertes Rüstungsprogramm zur Erlangung und Finanzierung der Art und der Menge nach verbotener Kriegsmittel.

Unter dem Titel "Prinzip des Aufbaus", einer Stellungnahme vom September 1927 für das Ehrengericht, das seinen Fall untersuchte, führt Lohmann aus, daß er nach den 10 Millionen aus dem Ruhrfonds fest glaubte, mit weiteren 40-50 Millionen rechnen zu können. Bis zum Erhalt dieser Gelder hätte er sich deshalb bemüht, mit Hilfe seiner guten Kontakte zu Wirtschaftskreisen eine Zwischenfinanzierung über Kredite aufzustellen.

"Der leitende Gedanke war - immer innerhalb der Grenze der nach meiner Ansicht in Aussicht stehenden 40-50 Millionen - so viele mit der Marine irgendwie zusammenhängende wirtschaftliche Betriebe zu schaffen, daß die Einnahmen aus ihnen die Unkosten für die von vornherein notwendigerweise unwirtschaftlich arbeitenden Betriebe gedeckt werden könnten. Dieser Gedanke ist von mir wiederholt meinen Vorgesetzten gegenüber zum Ausdruck gebracht. Wurde dieser Gedanke bis zum Ende konsequent durchgeführt, so verfügte die Marine über einen privat aufgezogenen Apparat, der die notwendigsten außeretatmäßigen Bedürfnisse deckte und als Gesamtunternehmen sich selbst unterhielt.

Endlich mußten die Betriebe in einer solchen Form ins Auge gefaßt werden, daß sie geeignet waren, unauffällig im Auslande Vertrauen zu errichten, um durch diese die für den Kriegsfall notwendige, und noch fehlende Organisation für die Zufuhr und Versorgung mit allen in Deutschland fehlenden Kriegsmaterialien zu decken, Nachrichtendienste zu leisten und geheime Sonderaufgaben zu lösen<sup>54</sup>."

Daß es sich bei Lohmanns Darstellungen nicht nur um eine nachträgliche Rechtfertigung handelte, zeigt eine Denkschrift vom März 1926, die einen genaueren Blick auf Lohmanns Rüstungsplanung und Finanzkonzeption erlaubt. Schon der Titel deutet das Wesentliche an: "Denkschrift über die Notwendigkeit der Beschaffung eines langfristigen Kredites zur Sicherstellung gewisser militärisch notwendiger Marinebelange, denen aus verschiedenen Gründen beim Ordentlichen Marinehaushalt nicht Rechnung getragen werden kann ."

Als militärisch notwendig wurden verschiedenartige »Hilfsschiffe« dort aufgeführt; unterteilt nach ihrer Verwendung auf, über und unter Wasser. Bei der Kategorie »auf dem Wasser« war gedacht an »1) Schnelle Hilfskreuzer; 2) Kleinkriegsmittel in Gestalt von Schnellbooten, Nebelbooten, U-Bootsabwehrbooten usw. zusammengefaßt von Fahrzeugen von höchsten 100 Tons Tragfähigkeit; 3) Fischdampfer; 4) Tankdampfer; 5) Schulschiffe«.

"Um genügend »Hilfsfahrzeuge über dem Wasser« zur Verfügung zu haben, sollten die Entwicklung und der Bau von Flugbooten gefördert werden, »die sowohl im Frieden, wie im Kriege brauchbar sind«. Auf den Bau von U-Booten als »Hilfsfahrzeuge unter dem Wasser« geht die Denkschrift nicht näher ein, sondern begnügt sich mit dem kurzen Hinweis, daß die Bearbeitung »auf dem Wege über das neutrale Ausland« eingeleitet sei."

---

54Prinzip des Aufbaus, 24.9.1927, Nachlaß Geßler Bd 59 Bl. 33-39.

55BS 3084/26 Kds., 20.03.1926, BA/MA RM 6/380, Bl. 176-187.

Um im Bedarfsfall zügig zur Serienproduktion von entsprechenden Schiffen übergehen zu können, sollte die Entwicklung von Prototypen gefördert werden, und die dann für die Serienproduktion vorgesehenen Betriebe wirtschaftlich abgesichert werden.

Was die Wirtschaftlichkeit zur Verfügung stehender Fahrzeuge betrifft, unterschied die Denkschrift drei Gruppen: die Fahrzeuge, die einfach nur Geld kosten, wie U- und Schnellboote; diejenigen, die einmal gebaut, einigermaßen rentabel bewirtschaftet werden können, wie »Hilfskreuzer, Flugboote, Kleinkriegsmittel mit geringer Geschwindigkeit und Schulschiffe jeder Art«; und letztlich diejenigen, deren Betrieb selbst die Baukosten einfahren könne, wie Tanker und Fischdampfer.

Zur Finanzierung dieser Flotte, die 16 große, 10 mittlere und 100 kleinere Fahrzeuge umfassen sollte, errechnete die Seetransportabteilung einen Kreditbedarf von 60 Mill. RM bei einer Laufzeit von 10 Jahren, sowie eine Erhöhung des offiziellen Marinehaushaltes in Höhe von insgesamt rund 50 Mill. RM für den selben Zeitraum (für 1927 wurde mit einem erhöhten Bedarf von 3,5 Mill. RM gerechnet bei einer Steigerungsrate von einer halben Million pro Jahr bis 1936.). Die Tilgung des Kredites sollte durch die Gewinne aus der dritten Fahrzeuggruppe aufgebracht werden; zur weiteren Deckung der laufenden Betriebskosten sollten diese Schiffe von der Marine regelmäßig gemietet werden. Von dieser Hilfsschiffsflotte erwartete die Denkschrift, »je nach dem Grade ihrer Fertigstellung, die Schlagkraft und Leistungsfähigkeit der Reichsmarine ungefähr um das Doppelte« zu erhöhen. Worauf er besonders großen Wert legte, war die Aussicht, mit diesen Mitteln einen Industriezweig mit mehreren Tausend Facharbeitern am Leben zu erhalten; denn er war davon überzeugt, "dass die Kriege der Zukunft nicht durch Menschen und Kanonen sondern in erster Linie durch militärisch-wirtschaftliche Bereitschaft der beteiligten Staaten entschieden werden."

Diese Denkschrift zeigt aber auch, daß Lohmann selbst bemüht war, seine Finanzen dauerhaft auf einen sicheren Boden zu stellen und seinem Konzern damit eine Struktur zu geben, die es ihm letztlich auch erspart hätte, anderthalb Jahre später die Verantwortung für die weiterbetriebene unternehmerische Flickschusterei alleine tragen zu müssen<sup>56</sup>.

Lohmanns Kapitalquellen entsprachen im wesentlichen den in der Denkschrift aufgeführten; nur fehlte die in der Denkschrift beschriebene klare Koordination von privaten Krediten, steigenden Haushaltsmitteln und rentablen Betrieben.

Es gab zwar laufende schwarze Fonds innerhalb der Marineleitung; es scheint nur, daß während Lohmanns Zeiten ein entsprechendes einheitliches langfristiges Konzept fehlte, und immer nur Einzelprojekte gefördert wurden. So gab es innerhalb der Marine getrennte

---

<sup>56</sup>Das Problem der politischen Kontrolle und Rückendeckung der Geheimrüstung schien zur Zeit der Entstehung von Lohmanns Denkschrift insgesamt im Gespräch zu sein. Nach einem Vortrag des Chefs der Heeresleitung Heye am 26. Februar, in dem dieser die Bildung eines Ausschusses zur politischen Abstimmung der geheimen Rüstungsmaßnahmen unter Beteiligung der Länder und auch der (Oppositions-)Parteien angeregt hatte, sprach sich auch Reichskanzler Marx dafür aus, weil er die Deckung solcher Maßnahmen durch das Kabinett für »bedeutsam« hielt. Aber erst mit dem Abzug der alliierten Militärkontrolle Anfang 1927 wurden dann die politischen und militärischen Stimmen wieder lauter, die eine bessere Abstimmung und schärfere Kontrolle der Mittel forderten. Die Heeresleitung war der Ansicht, "daß die hauptsächlichste und bleibende Gefahr für die L(andes)schutz-Arbeiten weniger darin liegt, daß sie Verstöße gegen den Friedensvertrag darstellen, als darin, daß ihre Finanzierung gegen die Haushaltsordnung verstößt." Heeresorganisationsabteilung vom 10.1.1927, zit. nach Geyer, Aufrüstung (wie Anm. 3), S. 108. Vgl. auch Ernst Willi Hansen, Reichswehr und Industrie, Boppard 1978, S. 191.

schwarze Haushalte für A-Vorarbeiten (Mobilmachungsorganisation) und für "Versuchs- und Belehrungszwecke" (U-Boot und Flugzeugentwicklung)<sup>57</sup>.

Die innerhalb der gesamten Reichswehr praktizierte Methode zur Finanzierung von geheimen Projekten funktionierte über die Erstellung doppelter Haushalte. Es wurde dabei so vorgegangen, daß aus dem offiziellen "weißen" Haushalt ein "blauer" und ein "roter", je einer für Heer und Marine, herausgeschnitten wurden. Unter Anwendung des § 89 der Haushaltsordnung von 1922 konnten Mittel "mit Rücksicht auf den Verwendungszweck" der parlamentarischen Kontrolle und einer entsprechenden, wenn auch nicht völligen Rechnungsprüfung entzogen werden<sup>58</sup>.

Lohmann konnte über so gewonnene Fonds sicherlich nicht eigenverantwortlich verfügen; die Vorgehensweise beschreibt er dem Bremer Finanzsenator Bömers am 23. April 1926 im Rahmen einer Kreditaktion für Tankschiffe jedoch so, daß man annehmen muß, daß er auf deren Verteilung erheblichen Einfluß hatte<sup>59</sup>.

"Voraussetzung für die Aufnahme derartiger Kredite ist allerstrengste Geheimhaltung und möglichst geringe amtliche Belastung derjenigen Persönlichkeiten, die im Reichstag Rede und Antwort für eingegangene finanzielle Verpflichtungen stehen müssen. Um dieses zu erreichen, wird in der Praxis so verfahren, das sowohl der Chef der Marineleitung wie auch der Finanzminister, soweit irgend möglich, nur mündlich informiert werden und der mit der Durchführung beauftragte Departmentsdirektor mit der verantwortlichen Zeichnung der Garantieschreiben pp. beauftragt wird. [...] Sobald die Kreditaktion durchgeführt ist, werden die Rückzahlungsraten kachiert in den Marine-Etat hineingearbeitet und zwar bei einem Titel, dessen Verwendungszweck im einzelnen nicht genau nachkontrolliert werden kann. Hierfür bieten vor allem Fonds für Schiffsn Neubauten die gegebene Handhabe. Auf diese Weise können wir uns diejenigen Machtmittel verschaffen, die wir im militärischen Interesse für unbedingt erforderlich halten, ohne dass nach aussen hin offiziell etwas in die Erscheinung tritt<sup>60</sup>."

---

Vgl. All G.Kds. 412/28 vom April 1928, BA/MA RM 20/1028 Bl. 5ff.

Im Laufe des Jahres 1928 kam noch ein Fonds für Landeschutzmaßnahmen hinzu; vgl. ebd. Bl. 20ff.

58Hansen, Reichswehr und Industrie (wie Anm. 57), S. 199f; Helm Speidel, Reichswehr und Rote Armee, in: Vierteljahreshfte für Zeitgeschichte 1 (1953), S. 22ff.

Speidel erwähnt auch, daß zwei Parlamentarier, Ersing (Z) und Stücklen (SPD), in dieses System eingeweiht waren.

Die Mittel, die der Marine auf diesem Weg insgesamt zur Verfügung gestellt wurden, beliefen sich 1928 auf rund 7 Mill., 1929 auf 7,7 Mill. und 1929 auf 14,3 Mill., wobei allein für die Entwicklung der Marineluftwaffe 8,5 Mill. eingeplant waren; BA/MA RM 20/1028 Bl. 246, 309.

59So findet sich in den Bemerkungen zum geheimen Marinehaushalt für 1929 unter dem Kapitel "Motorenversuchsfahrzeuge" (=U-Boote) der Hinweis, daß bereits in den Jahren 1926 und 1927, d.h. noch durch Lohmann, für den Bau eines Fahrzeugs im Ausland Beträge aus dem weißen Etat abgezweigt worden sind; E 66/29 G.Kds., 31.5.1929, BA/MA RM 20/1028 Bl. 257.

60BS 410Pr, Lohmann an Bömers, 23.4.1926, BA/MA RM 21/190 Bl. 139f.

In einem früheren Brief an Bömers schrieb Lohmann noch: "Die Langfristigkeit [der Kredite] wird dadurch bedingt, dass die Marineleitung die Rückzahlungsraten zuzüglich der Zinsbeträge nur allmählich aus dem ihr von den gesetzgebenden Körperschaften im Marinehaushalt zur Verfügung gestellten Mitteln herausziehen kann. Im übrigen entspricht dieser Finanzierungsplan einer zwischen dem Reichsfinanzministerium und der Marineleitung schriftlich getroffenen Sondervereinbarung." BS 20Pr, 19.12.1925, BA/MA RM 21/189 Bl. 234.

Bei den Einnahme Posten der geheimen Etats von 1928 und 1929 tauchen allerdings weniger Neubaufonds auf wie Lohmann hier berichtet, sondern die Hauptposten, aus denen die schwarzen Gelder dort herausgeschnitten wurden, waren Bekleidung (1929: 1.000.000 RM) und Brennstoffe (1929: 3.800.000 RM);

An diesem Beispiel zeigt sich deutlich die von Lohmann konzeptionierte Verschränkung von unter staatlicher Einflußnahme aufgebrachtem privatem Finanzkapital, der Zuhilfenahme von Haushaltsmitteln zur Deckung laufender Kosten und dem Aufbau gewinnträchtiger Unternehmen.

Ein ähnlicher Versuch seine Pläne zu realisieren, zeigt sich in einem weiteren 10 Mill. Kredit, den Lohmann im Mai 1926 von der Preußischen Seehandlung ebenfalls unter Hinzuziehung amtlicher Stellen - inklusive preußischer und Reichsminister - für die Ausstattung einer weiteren Öltransportgesellschaft erhielt. Nur daß er hierbei nicht vorsah, notfalls irgendwelche Marinefonds zur Unterstützung hinzuzuziehen, sondern er umgekehrt einen Teil des Kredits - 3 von 10 Mill. RM - zur Auffüllung seiner Fonds verwendete<sup>61</sup>.

Aber auch durch das unüblich schnelle Abrufen der beiden genannten größeren Kredite - eine Maßnahme, die er mit Geheimhaltungsgründen erklärte - erlangte er einen weiteren Liquiditätsvorteil für seine Fonds. "Dadurch, dass Kapitän Lohmann bei der Besorgung der Tankschiffbeschaffungskredite es verstand, sich unter verschiedenen Deckadressen zwischen die Geldgeber und die schliesslichen Geldnehmer einzuschieben, ermöglichte er sich die Verfügung über die gesamten Kreditbeträge und damit für die Zeit bis zum tatsächlichen Ankauf oder Neubau der Tankschiffe die Zwischenverwendung der hierfür zunächst nicht in Anspruch genommenen Teilbeträge zu anderen von ihm als im Rahmen seiner Aufgaben liegend angesehenen Zwecken<sup>62</sup>."

Lohmanns Kreditwürdigkeit wurde in Wirtschaftskreisen so hoch eingeschätzt, daß es ihm eigentlich immer gelang, Kredite zur direkten Verstärkung seiner Fonds zu erhalten<sup>63</sup>. Darüberhinaus betrieb er auch selbst gewinnorientierte Kreditvermittlung mit ihm zugänglichem amerikanischen Kapital<sup>64</sup>.

Eine innerhalb der Reichswehr insgesamt häufig praktizierte Zweckentfremdung von Haushaltsmitteln ist das Ausstellen von fingierten Rechnungen, sozusagen die nachträgliche Erstellung eines doppelten Haushaltes. Saemisch, eben auch Präsident des Rechnungshofes, monierte diese vorschriftswidrige Praxis im Rahmen seiner Untersuchung von Lohmanns Unternehmen: "Weiter sind häufig Beträge in erheblichem Ausmaß auf Grund fingierter Rechnungen und Anweisungen dem Haushaltsplan entnommen. [...] Die Rechnungen und Anweisungen sind so ausgestellt, daß die Haushaltstitel, aus denen die Gelder entnommen wurden, für die Ausgaben zuständig

---

zu 1928 vgl. E I 36/29 G.Kds., 28.3.1929, BA/MA RM 20/1028 Bl. 217f; zu 1929 vgl. E 66/29 G.Kds., 31.5.1929, ebd. Bl. 246.

<sup>61</sup>Zu weiteren Krediten, dem Kauf von alten Tankdampfern und der Genehmigung des "Departmentschefs im Namen des Marinechefs" vgl. Fritze (wie Anm. 46), Bl. 152ff.

<sup>62</sup>Ebd. Bl. 155ff.

<sup>63</sup>Vgl. ebd. Bl. 154f.

Saemisch stellte eine Liste, der zwischen 1924 und August 1927 von Lohmann aufgenommenen Krediten zusammen, die einen Umfang von 58,5 Mill. RM aufweisen; von diesen waren im August 1927 noch 35 Mill. RM offen. Nachlaß Saemisch Bd 175 Bl. 141.

<sup>64</sup>Lohmanns erster nachweisbarer Versuch in dieser Richtung stammt aus dem Jahre 1924. Er schlug dem befreundet Reeder Richter vor, für ein gemeinsam geplantes Geschäft über Paris laufende amerikanische Kredite mit einem höheren Betrag als nötig aufzunehmen und "mit dem Geld sofort bankmässig [zu] arbeiten". BS 309Pr, Lohmann an Richter, 4.6.1924, BA/MA RM 21/165 Bl. 156f.

Vgl. auch BA/MA RM 21/189 Bl. 160.

erscheinen, während die Ausgaben in Wirklichkeit für ganz andere, den Zweckbestimmungen der Titel nicht entsprechende Zwecke - eben geheime Zwecke - geleistet worden sind<sup>65</sup>."

Eine weitere der Haushaltordnung zuwiderlaufende Methode der Geldgewinnung stellt die Nichtrückführung eigentlich wieder an den Etat zurückzuleitender Mittel dar. Bei Lohmann handelte es hierbei vornehmlich um Gelder, die er schon vor 1923 im Rahmen der Abwicklung noch aus dem Ersten Weltkrieg herührender Angelegenheiten bekommen hatte; so z.B. durch den Verkauf von Prisenschiffen und die Einbehaltung von Restfonds aus der Kasse für die Kriegsgefangenrücktransporte.

Saemisch scheint trotz seines Amtes als Rechnungshofpräsident ein gewisses - d.h. das eigentlich typische - Verständnis für solche Methoden gehabt zu haben: "Beide Arten vorschriftswidriger Verwendung von Reichsmittel [Zweckentfremdung, Nichtrückführung] sind, soweit sich übersehen läßt, nicht nur bei den Maßnahmen des Kapt. z.S. Lohmann, sondern in nicht unerheblichem Maße auch an anderen Stellen der Marineleitung - übrigens in wohl noch größerem Ausmaß auch bei der Heeresleitung - vorgekommen. Und zwar ist dies im Interesse der Landesverteidigung unter dem Druck und zur Umgehung des Versailler Diktats geschehen<sup>66</sup>."

Lohmann war während der Ruhrkrise wahrscheinlich noch an einer eher dubiosen Finanzmanipulation beteiligt, von der er sich ebenfalls eine Verstärkung seiner Mittel erwartete. Er spricht von der "Durchführung eines Sonderauftrages, der inzwischen erledigt ist, jedoch finanziell nicht in solchem Maße ausgewertet werden sollte, wie es an sich möglich gewesen wäre"<sup>67</sup>. Im Text für Saemischs mündlichen Zusatzbericht findet sich mit Bezug auf dieses Sonderunternehmen der Satz: "Außer den in der Presse genannten Maßnahmen gehörte zu den inoffiziellen Maßnahmen des Kapitäns z.S. Lohmann noch ein Sonderunternehmen geheimster Art, das bereits Gegenstand anderweitiger Untersuchung ist und über welches der Herr Reichskanzler unterrichtet sein wird<sup>68</sup>." Der etwas eigentümliche Tonfall dieser Aussage rührte wohl daher, daß Saemischs Neugier und Gründlichkeit, die sich in den weit über die Lohmann Unternehmungen hinausgehenden Details der finanziellen Aktivitäten der Marineleitung, die er für seinen mündlichen Vortrag zusammentrug, zeigen, an diesem Punkt unbefriedigt blieben. Er konnte zwar dem ihm zugänglichen geheimen Kassenbuch entnehmen, daß einmal 3 Millionen durch dieses Sonderunternehmen eingenommen wurden; aber über die Herkunft der Gelder wurde ihm keine Auskunft erteilt. Allerdings findet sich bei Geßler ein Hinweis, der sich vermutlich auf dieses Finanzmanöver bezieht. Er berichtet, daß im Spätherbst 1923 "einigen Männern an prominenter Stelle" die Idee gekommen sei, eine großangelegte Franc-Fälschung durchzuführen. "Die Regierung hat sich selbstverständlich keinen Augenblick mit Notenfälschung und dergleichen befaßt. Aber

65Nachlaß Saemisch Bd 175 Bl. 129. Vgl. auch Schüssler, Marine gegen Versailles (wie Anm. 1) S. 582.

66Als Kommissar des Reichskanzlers empfahl Saemisch daher, sich und seine Beamten vor Prüfung der Lohmann-Unternehmungen durch den Rechnungshof, von den ihnen obliegenden Verpflichtungen zu enthaften, dem "der Rechnungshof würde gemäß § 107 R.H.O. in den festgestellten Fällen Bemerkungen zur Reichshaushaltsrechnung aufzustellen haben; damit würde der Sachverhalt der Öffentlichkeit bekannt werden; das aber würde zu unabsehbaren innen- und vor allem außenpolitischen Folgen führen."

Nachlaß Saemisch Bd 175 Bl. 128ff.

67Prinzip des Aufbaus, Nachlaß Geßler Bd 59 Bl. 36.

68Nachlaß Saemisch Bd 175 Bl. 118ff.

die Verschworenen waren auch keine x-beliebigen Abenteurer. Zu ihnen gehörte unser trefflicher Kapitän Lohmann." Geßler gibt ferner an, daß er von dieser Aktion erst 1927 erfahren hat, und nur Reichskanzler Marx und den SPD Fraktionsvorsitzenden Hermann Müller davon unterrichtete<sup>69</sup>.

#### IV. Lohmanns Unternehmungen

Im Gegensatz zu den eher an einem juristisch Einteilungsmodus orientierten und auf die finanzielle Abwicklung bezogenen Auflistungen der Lohmannschen Unternehmungen durch Saemisch, durch den Bericht für den Haushaltsausschuß und diesem folgend durch Fritze werden Lohmanns Unternehmungen im folgenden mehr dem Sachverhalt entsprechend aufgeteilt, wobei sich die einzelnen Darstellungen weniger auf die jeweiligen Firmen, als mehr auf Lohmanns Intentionen und seine Arbeitsweise richten. Als zweckmäßig erscheint die Grobgliederung in drei Bereiche von Rüstungsmaßnahmen; es sind dies: materielle, personelle und organisatorische Maßnahmen. Über die Schwächen dieser Gliederung wurde bereits oben gesagt, daß es einerseits Unterpunkte wie das U-Bootwesen gibt, die einer längeren Behandlung bedürfen, und daß andererseits Felder wie personelle Rüstung existieren, über die es wenig zu berichten gibt; darüberhinaus wird vieles - vor allem der Rüstung eher fernstehende Maßnahmen - unter dem wenig präzisen Oberbegriff der organisatorischen Maßnahmen subsumiert werden müssen.

##### Materielle Rüstung

Der Bereich der materiellen Rüstung, mit der sich Lohmann beschäftigt hat, reicht von gänzlich verbotenen Kampfmitteln (U-Boote und Flugzeuge) über solche mit Mengenbeschränkung (Schnellboote und Munition) bis hin zu Hilfsschiffen (vor allem Tanker) und umrüstbaren Fracht- und Passagierschiffen.

##### U-Boote

Artikel 191 des Versailler Vertrages verbot Deutschland "den Bau und den Erwerb irgendeines Unterseeboots" <sup>71</sup>. Bevor hier aber Lohmanns Einfluß auf diese erfolgreichen Vorarbeiten nachgezeichnet werden soll, möchte ich eine Episode darstellen, die einen weitgehend gescheiterten Versuch Lohmanns darstellt, mit der Sowjetunion eine U-Boot Kooperation aufzubauen. Dieser Versuch zeigt aber deutlich, wie früh es Lohmann gelungen war, eine zentrale Position innerhalb der maritimen Geheimrüstung einzunehmen, und wie Reichswehrstellen ihre (Neben-)Außenpolitik betrieben.

<sup>69</sup>Geßler, Reichswehrpolitik (wie Anm. 2) S. 454f.

Da die Ausgabenseite beim mündlichen Saemisch-Bericht fehlt, läßt sich leider nicht klären, ob die 3 Mill. Einnahmen eine positive finanzielle Ausnutzung dieses Sonderauftrages darstellen, oder ob er für Lohmann ein Verlustgeschäft wurde, wie Geßler dies andeutet; ebd.

Der von Marx unterrichtete Reichsfinanzminister Köhler schreibt von "ungeheuren Mengen falscher französischer und englischer Banknoten"; Heinrich Köhler, Lebenserinnerungen des Politikers und Staatsmannes 1878-1949, Stuttgart 1964, S. 237.

<sup>70</sup>Die Friedensbedingungen der Alliierten und Assoziierten Regierungen (Übersetzung), Berlin o.J. (1919), S. 90.

<sup>71</sup>Saville, German u-boat arm (wie Anm. 39), S. III.

### Die deutsch-sowjetischen U-Boot-Kontakte

Lohmanns Versuche, die RSFSR als Basis für Geheimrüstung zu nutzen, datieren bis zu seiner ersten Reise nach Petersburg und Moskau im Oktober 1921 zurück<sup>72</sup>. Lohmann nutzte seine Gespräche mit Trotzky und Tschitscherin neben seinen Bemühungen um den Rückkauf von Prisenschiffen auch, um über die Möglichkeit der Zusammenarbeit auf dem U-Bootsektor vorzufühlen. Auf sowjetischer Seite wurden die schleppenden Verhandlungen vornehmlich von Admiral Berens, der sich zu entsprechenden Gesprächen auch in Berlin aufgehalten hatte, geführt<sup>73</sup>. Zumindest auf dem Gebiet der Akkumulatoren scheinen im Juli 1922, also nach Lohmanns zweiter Reise in die RSFSR im Mai konkrete Verbindungen zwischen der Hagener Accumulatoren-Fabrik und russischen Vertretern über Schweden hergestellt worden zu sein<sup>74</sup>. Bei dieser zweiten Reise handelte es sich um eine von der Seetransportabteilung organisierte und mit einem ihrer Dampfer durchgeführte Studienfahrt für eine größere Gruppe von Wirtschaftsvertretern<sup>75</sup>. Dem designierten deutschen Botschafter in Moskau, Brockdorff-Rantzau, teilte Lohmann im August als Grund für die zögerliche Haltung russischerseits mit: der Chef der Heeresleitung Seeckt "habe ihm (Lohmann) in Moskau das Wasser abgegraben; nachdem er (Lohmann) vor einem Jahre bereits mit Trotzki in direkten Verhandlungen positive Resultate erzielt hatte, sei er bei seiner letzten Anwesenheit in Rußland an allen amtlichen Stellen Mißtrauen und passivem Widerstand begegnet"<sup>76</sup>.

Über seine Orientierungsgespräche mit Brockdorff-Rantzau teilte Lohmann Berens mit, "dass ich [Lohmann] zwar den Reichskanzler erst morgen in unserer Angelegenheit spreche, aber schon festgestellt habe, dass er mit mir vollkommen übereinstimmt, und dass ich vorgestern eine über zweistündige Unterredung mit unserem neuen Botschafter für Moskau gehabt habe, der vollständig sich meinen Gedanken anschliesst und im amtlichen Auftrage Herrn Trotzky das Nötige mitteilen wird, sobald er in Moskau eingetroffen ist"<sup>77</sup>. Von dessen Eintreffen erhoffte sich Lohmann wahrscheinlich eine Beschleunigung der Verhandlungen; so drängte er schon kurz nach dem Amtsantritt Brockdorff-Rantzaus im November auf eine erneute Reise seinerseits nach Moskau, was von diesem jedoch abgelehnt wurde<sup>78</sup>. Da er offensichtlich einsah, daß zuerst Brockdorff-Rantzaus Position in Moskau gefestigt sein müsse, wurde er etwas zurückhaltender, hoffte aber nun auf Fortschritte durch dessen Verhandlungsführung; wie ein Brief vom

---

72Dem Seetransportvertreter in Petersburg, König, schrieb Lohmann nach seiner Rückkehr: "Meine anderen Pläne fangen an Fortschritte zu machen. Ich warte jetzt eigentlich hauptsächlich auf Nachricht von Berens, wie man sich dort zu der ganzen Frage stellt." BS 1087Pr, 25.10.1921, BA/MA RM 21/168 Bl. 135ff.

73BA/MA RM 21/168 Bl. 90ff, BA/MA RM 21/170 Bl. 275.

BA/MA RM 21/170 Bl. 285.

In Schweden wurden 1921/22 noch drei U-Boote nach Plänen der AG Weser von 1916 gebaut; ob hier allerdings ein Zusammenhang besteht, war nicht zu ermitteln; vgl. Peter Kuckuk, Die A.G. 'Weser' 1914-1933, Bremen 1987, S. 41.

75Lohmanns Bericht vom 19. Juli 1922 und Liste der Teilnehmer; Nachlaß Brockdorff-Rantzau Aktenzeichen 27, Bd 10/1, Bl. 116ff.

76Akten zur deutschen auswärtigen Politik, Serie A, Bd 6, Nr. 181.

Vgl. hierzu auch die Bedenken Behnckes vom November 1922 gegen die »Leitung« der Militärpolitik gegenüber Rußland durch den Chef der Heeresleitung Seeckt, Dülffer, Weimar (wie Anm. 49), S. 73.

77BS 832Pr, Lohmann an Berens, 28.8.1922, BA/MA RM 21/170 Bl. 125.

78Akten zur deutschen auswärtigen Politik, Serie A, Bd 6, Nr. 277, Anm. 9.

29.12.1922 - und damit gerade eine Woche nach Brockdorff-Rantzaus erster Unterredung mit Trotzky geschrieben - zeigt:

"Praktisch kann ich aber mit ihm [Berens] nicht über unverbindliche und grösstenteils nichts bedeutende Unterhaltungen weiterkommen, wenn ich nicht weiss, dass Sie in amtlicher Verbindung mit Tr. [Trotzky] stehen. Erstmal haben wir abgemacht, dass wir nicht ohne Ihr Wissen vorgehen und dann möchte ich, dass die Russen auch wissen, dass Sie über meine Position informiert sind.

Ich war daher gestern Nachmittag bei Herrn v.M. [Maltzan] und bat ihn um sein Einverständnis, dass ich von mir aus, als Privatperson, Herrn v.B. sagen dürfe, er möge Tr. einen Wink geben unter irgend einer Begründung mit Ihnen Fühlung zu nehmen, um sich über den beabsichtigten Kurs zu informieren. [...]

Ich sehe v.B. in den nächsten Tagen wieder und bin sicher, dass der Wink in Moskau erfolgen wird<sup>79</sup>."

Nachdem am 1. Februar 1923 Seeckt unter dem Eindruck der Ruhrbesetzung Behncke die Möglichkeit eines Krieges angedeutet hatte, wandte sich Lohmann am folgenden Tag etwas konkreter und noch drängender an Brockdorff-Rantzaus: "von ganz unendlichem Werte würde es sein, wenn uns im Falle einer aufgezwungenen militärischen Kollision bestimmtes Material von dort zur Verfügung stände. Ich denke da in erster Linie an die 8 kleinen U-Bootchen, die ich in Petersburg gesehen habe und von denen mir der russische Chef sagte, dass sie einer grösseren Reparatur bedürften<sup>80</sup>."

Am 8. Februar begaben sich Behncke und Lohmann ins Außenministerium, um die Entsendung des Lohmann nahestehenden und Rußland erfahrenen Ingenieurs Woldi Kiwull nach Moskau und Petersburg abzusprechen<sup>81</sup>. Eine Aktennotiz vom 9. Februar faßt die Entwicklung zusammen:

"Gelegentlich der Besprechung zwischen Herrn L. [Lohmann] und Herrn T. [Trotzky] über die Möglichkeit einer gemeinsamen Arbeit der beiderseitigen Betriebe wurde von Herrn T. die Anregung aufgeworfen, ob D. [Deutschland] nicht bestimmte Fahrzeuge, an denen beide Parteien Interesse hätten, auf eigene Kosten für R. [Russland] bauen oder reparieren könne. R. würde diese Fahrzeuge in noch zu besprechender Form D. im Bedarfsfalle überlassen und die Leute von D. schon vorher an Bord nehmen zur Einführung in den gemeinsamen Betrieb."

Zum Zeitpunkt dieser Besprechung, die wahrscheinlich während Lohmanns Reise in die RSFSR vom Mai 1922 stattfand, war Lohmann aber in Anbetracht der Finanzlage sehr zurückhaltend.

"Inzwischen hat sich die Lage geändert. Der Wunsch von D. derartige Fahrzeuge greifbar zu haben, ist grösser geworden, die finanziellen Aussichten haben sich geändert."

Um die technischen Fragen zu klären,

"... haben die beiden Betriebe, im Einverständnis mit L. und seinem Aufsichtsrat, einschliesslich des Ehrenvorsitzenden [Reichskanzler, Wehrminister, Marinechef] beschlossen, einen zuverlässigen technisch gebildeten Fachmann, Herrn K. [Kiwull] zu

---

79BS 1332Pr, Lohmann an Brockdorff-Rantzaus, 29.12.1922, BA/MA RM 21/172 Bl. 5.

80Vgl. Rahn, Reichsmarine (wie Anm. 14), S. 209.

BS 116 Pr, Lohmann an Brockdorff-Rantzaus, 2.2.1923, BA/MA RM 21/173 Bl. 110.

Lohmann bietet sogar noch mehr: "Außer den Booten können wir Tr. auch die großen Fahrzeuge mit den allerneuesten Entwicklungen versehen, die ihm jetzt fehlen." Ebd.

81Vgl. Rahn, Reichsmarine (wie Anm. 14), S. 209, Anm. 6.

Herrn T. zu schicken, um zu Abmachungen zu gelangen und die Fahrzeuge zu besichtigen.  
[...]

Die Ausführungen, die Herr K. in Gegenwart von Herrn B. [Brockdorff-Rantzau] an Herrn T. machen wird, sind Herrn L. und seinem Aufsichtsrat bekannt und gebilligt<sup>82</sup>."

Es bleibt hier allerdings unklar, welche Beziehung zwischen den Bemühungen Lohmanns und den Gesprächen bestehen, die der Stabschef des Chefs der Marineleitung Wülfig von Ditten geführt hatte, als er an der Ende Februar erfolglos durchgeführten Moskareise deutscher Militärs unter der Führung des Chefs des Truppenamtes Hasse teilnahm. Wülfig soll bei dieser Gelegenheit ebenfalls erfolglos über U-Boote verhandelt haben<sup>83</sup>. Die Mission Kiwulls, der sich auch schon Mitte Februar nach Moskau begeben hatte, gestaltete sich allerdings schwieriger als geplant; Kriegskommissar Trotzky war zu dieser Zeit schwer erkrankt und konnte niemanden empfangen - weder jemanden aus der Hasse-Delegation noch Kiwull.

Aus Gesprächen mit einem Bekannten aus dem Umkreis Trotzky glaubte Kiwull aber am 8. März mitteilen zu können, daß Trotzky nicht nein sagen würde, solange die Reparaturen nicht wie zuvor geplant in der zu Schichau gehörenden Mühlgrabenwerft in Riga, wo die U-Boote ursprünglich gebaut worden waren, sondern in Petersburg durchgeführt würden. Das für die deutsche Seite dann gegebene Hauptproblem, wie der Zugriff auf die Boote im Ernstfall gewährleistet wäre, sah Kiwull auch als gelöst an, "denn bei Reparatur von 8-9 Stück können 3 stets auf Probefahrt draussen sein, um technische Neuerungen resp. neue Apparate auszuprobieren"<sup>84</sup>.

Brockdorff-Rantzau sah die Entwicklungen in einem Brief an Lohmann vom 9. März etwas skeptischer: "Entscheidend für die Bedeutung der Aktion ist das Mass der Sicherheit, mit der die Schiffe für uns im gegebenen Moment greifbar sind. Sie werden zugeben, dass eine solche Sicherheit nur durch gegenseitige militärische Bindung erreicht werden kann, für die Voraussetzungen nicht vorhanden sind"<sup>85</sup>."

Lohmann sah aber im Vorschlag von Kiwull einen gangbaren Weg, denn am 14. März warb er Brockdorff gegenüber dafür, weil es, "um schnell zum Ziele zu kommen", das richtige Projekt sei<sup>86</sup>. Neben dem durch Marineleitung und Otto Sprenger von der Weser AG zu finanzierenden U-Bootanlagen<sup>87</sup> gab es noch ein weiteres Projekt des deutschen Großindustriellen Otto Wolff, der offensichtlich von sich aus die Instandsetzung des gesamten Petersburger Hafens ins Auge gefaßt hatte. Lohmann richtete seine Prioritäten aber nach der aufzuwendenden Zeit aus: "Grösser und infolgedessen an sich wünschenswerter ist das Projekt von Wolff, dieses hat aber den Nachteil, dass es ganz

---

82BS 137 Pr, BA/MA RM 21/173 Bl. 73ff.

83Vgl. Nachlaß Wülfig von Ditten Bd 2 Bl. 85ff; Gerald Freund, *Unholy alliance*, London 1957, S. 99f; Manfred Zeidler, *Reichswehr und Rote Armee 1920-1933*, München 1993, S. 71ff.

84Kiwull an Lohmann, 8.3.1923, BA/MA RM 21/174 Bl. 200.

85Brockdorff-Rantzau an Lohmann, 9.3.1923, BA/MA RM 21/174 Bl. 202ff.

86BS 246Pr, Lohmann an Brockdorff-Rantzau, 14.3.1923, BA/MA RM 21/174 Bl. 201f.

87BS 137Pr, 9.2.1923, BA/MA RM 21/173 Bl. 74.

"Vor 3 Tagen war ich zu einem interessanten Frühstück mit Exzellenz Behncke, Herrn von Maltzan und Dr. Sprenger [...], wobei wir die ganzen russischen Fragen eingehend besprochen haben. In Dr. Sprenger werden wir einen Mann haben, der, mit sehr grossem Portemonnaie ausgerüstet, die Absicht hat, sich sehr energisch und grosszügig an dem Wiederaufbau in Russland zu beteiligen." BS 170Pr, Lohmann an Brockdorff-Rantzau, 22.2.1923, BA/MA RM 21/174 Bl. 344.

aussergewöhnliche Mittel erfordert und noch ganz erheblicher Besprechung bedarf, bis es tatsächlich in Gang gesetzt wird, falls seine Durchführung überhaupt möglich ist, was ich persönlich bezweifle ."

Da er ferner nicht sah, daß sich die beiden Projekte gegenseitig ausschlossen, betrieb er weiter das von Kiwull vertretene Projekt; so bestätigte er ebenfalls am 14. März Kiwull eine Finanzausgabe in Höhe von 6 Millionen Goldmark zur Finanzierung des Projektes. Er ging sogar noch weiter: "Kommen ausser den kleinen Objekten auch noch grössere zur Reparatur, so werde ich es aller Voraussicht nach durchsetzen können, dass ich mehr Geld erhalte, vorausgesetzt natürlich militärische Besprechungen, auf die Sie sich aber garnicht einlassen dürfen<sup>89</sup>." Bei dieser Finanzausgabe, sofern es sie gab, scheint es sich allerdings nur um eine marineinterne gehandelt zu haben, denn Behncke meldete den entsprechenden Finanzbedarf erst eine Woche später an<sup>90</sup>.

Nachdem es Kiwull aber nicht gelang, ein Gespräch mit Trotzky zu führen, reiste er unverrichteter Dinge wieder ab; allerdings nicht ohne sich Ende März noch einige deutsche Prisenfahrzeuge, die Lohmann für die ehemaligen Eigner zurückkaufen wollte, in Petersburg zu besichtigen<sup>91</sup>.

Brockdorff-Rantzau berichtet in seinen Aufzeichnungen vom 25. April 1923 über ein Gespräch, das er mit dem sowjetischen Deutschlandexperten Radek führte, und in dem er die Notwendigkeit eines Treffens mit Trotzky betonte; ein Grund hierfür sei auch "die Frage des Wiederaufbaues der russischen Unterseebootflotte. In dieser Frage habe ja bereits Kapitän Lohmann hier verhandelt. Radek erwiderte, die Rolle Lohmanns sei eine höchst bedauerliche gewesen. Er habe hier unhaltbare Versprechungen gemacht und nichts eingelöst. Als ich erwiderte, ich glaube, er komme jetzt mit positiveren Vorschlägen, ließ Radek durchblicken, daß dann Verhandlungen mit ihm hier durchaus erwünscht seien<sup>92</sup>."

Lohmann war zwischenzeitlich bemüht, ein deutsches Schiffbauunternehmen für das Projekt zu gewinnen<sup>93</sup>. Mitte Mai teilte er Brockdorff-Rantzau mit, daß er von Berens erfahren habe, daß Trotzky wieder gesund sei, und drängte in den nächsten Wochen mehrmals auf einen Termin für eine erneute Reise Kiwulls<sup>94</sup>. Am 14. Juni kam eine ernüchternde Nachricht aus Moskau:

"Man hat hier nämlich kategorisch erklärt, man sei im Hinblick auf die hervorragenden und fast intakt bestehenden Anlagen durchaus imstande, allein und ohne unsere technische Unterstützung den gewünschten Wiederaufbau durchzuführen; was man in erster Linie brauche sei Geld, und wenn wir uns mit Kapital an dem Unternehmen

---

88BS 233Pr, Lohmann an Brockdorff-Rantzau, 9.3.1923, BA/MA RM 21/174 Bl. 230.

89BS 247 Pr, Lohmann an Kiwull, 14.3.1923, BA/MA RM 21/174 Bl. 198f.

90Rahn, Reichsmarine (wie Anm. 14), S. 212.

BA/MA RM 21/174 Bl. 46.

92Akten zur deutschen auswärtigen Politik, Serie A, Bd 7, Nr. 204.

93Schichau deren Mühlgrabenwerft in Riga von der Marineleitung offensichtlich für die Instandsetzung bevorzugt wurde, lehnte es allerdings ab, sich direkt in der Sowjetunion zu betätigen; BS 223P, Lohmann an Kiwull, 15.5.1923, BA/MA RM 21/179 Bl. 198.

94Lohmann an Brockdorff-Rantzau: BS 224P, 16.5.1923, BA/MA RM 21/179 unnummeriertes Blatt zw. 197/198; BS 224P, 30.5.1923, BA/MA RM 21/179 Bl. 151; BS 567Pr, 13.6.1923, BA/MA RM 21/175 Bl. 163.

beteiligen wollten, seien wir - aber nur unter dieser Voraussetzung - herzlich willkommen<sup>95</sup>."

Lohmann ließ sich auch davon nicht völlig entmutigen; er verlegte sich allerdings mehr auf Förderung wirtschaftlicher Kontakte: wie z. B. die Organisation von Fischereiexpeditionen an die Küste vor Murmansk<sup>96</sup>, wovon er sich sicherlich ebenso nachrichtendienstliche Nebeneffekte erhoffte, wie er es auch von den von ihm ab 1923 geförderten deutsch-sowjetischen Kontakten im Bereich der Filmindustrie, d.h. mit Hilfe der Phoebus, erhoffte. Ferner arbeitet er 1924/25 daran dem deutschen Werftenkosortium, das an dem im folgenden näher zu behandelnden I.v.S. (Ingenieurskantoor voor Scheepsbouw) beteiligt war, einen Großauftrag zum Bau von Frachtern für die Sowjetunion nebst dazugehöriger Finanzierung, welche allerdings nicht zu stand kam, zu beschaffen<sup>97</sup>.

Mit den U-Boot-Plänen, die, wenn sie Realität geworden wären, für die Marine den Grundstein für ein ähnliches Verhältnis zur Sowjetunion wie das der Heeresleitung dargestellt hätten<sup>98</sup>, waren auch die allgemeinen Marinebeziehung weitgehend eingeschlafen; die Marineleitung und Lohmann hatten sich mittlerweile mit ihren U-Boot-Interessen anderweitig - vornehmlich nach Spanien - orientiert.

Eine Neubelebung der deutsch-sowjetischen Marinebeziehung fand erst im Februar 1926 statt; und wieder war es das gemeinsame Interesse an U-Booten, das als Motor fungierte. Nachdem nämlich der russische Admiral Berens gegenüber dem Lohmann nahestehenden Marinevertreter in London Glimpf erneut Interesse an einer Zusammenarbeit auf dem U-Boot-Sektor bekundet hatte, schrieb Lohmann an Glimpf: "Ihre beiden Briefe B. betreffend haben mein ausserordentliches Interesse erweckt, und ist ihr Inhalt an die massgebenste Persönlichkeit hierfür weitergeleitet worden<sup>99</sup>." Im März wurden durch den Moskaubesuch des ehemaligen Chefs der Marineleitung Behncke, der betonte, nach Osten gäbe es für die deutsche Seekriegführung nur eine Front und zwar gegen Polen, diplomatische Verstimmungen ausgeräumt; durch Verhandlungsangebote eines russischen Marinevertreters wurden in Berlin dann die gemeinsamen Vorstellungen weiterentwickelt. Im Juni begab sich Konteradm. a.D. Spindler zusammen mit dem Chef des Marine-Waffenamts Kinzel nach Moskau<sup>100</sup>. Diesmal zeitigten die Verhandlungen durchaus auch Ergebnisse: "Dem drüben geäußerten Wunsch entsprechend wurden übersandt: die Zeichnungen der interessierenden U-Bootstypen, zwei Ausarbeitungen betreffend U-Bootsverwendung und Bewertung von U-Bootstypen, sowie ein Urteil über die in Kronstadt besuchten russischen Schiffe und Marineeinrichtungen." Der von der nun nicht mehr durch Trotzky geleiteten Militärführung ebenfalls gewünschten Entsendung von

---

95Brockdorff-Rantzau an Lohmann, 14.6.1923, BA/MA RM 21/179 Bl. 60.

96Vgl. BA/MA RM 21/177 Bl. 76f; BA/MA RM 21/180 Bl. 270ff

97BA/MA RM 21/183 Bl. 271f, 232, 221,172 und BA/MA RM 21/184 Bl. 68f, 5ff.

98Eine ohne Beteiligung der Marineleitung durchgeführte Reise von Heeresoffizieren im April 1923 stellte den Anfang für die bekannten Entwicklungen dar, vgl. Zeidler, Reichswehr und Rote Armee (wie Anm. 84), S. 73ff.

99BS 150Pr, Lohmann an Glimpf, 22.2.1926, BA/MA RM 21/189 Bl. 14f.

Bei der "massgebensten Persönlichkeit" dürfte es sich um Spindler gehandelt haben.

100Rahn, Reichsmarine (wie Anm. 14), S. 176ff; Carsten, Reichswehr (wie Anm. 13), S. 259ff.

Die Reisen Behnckes, die ihn bis nach Japan führten, wurden im übrigen durch Lohmann mit rund 124.000 RM gefördert; Nachlaß Geßler Bd 59 Bl. 54.

deutschen Experten wurde angeblich aus Personalmangel nicht nachgekommen. Im Dezember machten die Sowjets sogar den Vorschlag, am Schwarzen Meer eine Ausbildungs- und Teststation für U-Boote - ähnlich den Einrichtungen der Heeresleitung für Flugzeuge und Panzer - aufzubauen. Der von Seiten der Marineleitung eigentlich als Gegenleistung erhoffte Bau von U-Booten für die Sowjetmarine nach deutschen Plänen kam zu diesem Zeitpunkt allerdings nicht zu stande, vielmehr "erfolgte Dezember 1926 von drüben die Mitteilung, dass wegen Mangels an Mitteln keine neuen U-Boote gebaut werden könnten. Damit brachen die Beziehungen, die durch die Reise vom Juni 1926 angebahnt worden waren, ab<sup>101</sup>."

Dieser erneute Abbruch der Beziehungen scheint zumindest einem Teil der Marineleitung durchaus entgegengekommen zu sein. Denn wie das häufig zitierte Besprechungsprotokoll vom 22. Juli 1926 zeigt, gab es in der Marineleitung nicht nur Vertreter einer politischen und wirtschaftlichen Annäherung an die Sowjetunion, wie Lohmann, oder Offiziere, wie Spindler, denen es ressortmässig hauptsächlich um die Förderung deutscher U-Bootpläne ging<sup>102</sup>. Während das Protokoll des Gesprächs zwischen dem Chef der Marineleitung, Zenker, und dem Chef der Flottenabteilung, Loewenfeld, hin und wieder als Beleg für eine generelle antisowjetische Haltung innerhalb der Marineleitung gewertet wird, dürfte eine mehr tagespolitische Bewertung dieser Quelle durchaus auch ihre Berechtigung haben. Dafür spricht neben dem Datum kurz nach der Rückkehr Spindlers auch, daß im Rahmen von Zenkers Behandlung der Frage, welche Beziehung jeweils zu den USA, England, "Rußland", Italien, Spanien, Japan und der Türkei anzustreben sei, er noch hinzufügte, daß die Marinepolitik nicht von den industriellen U-Bootinteressen bestimmt werden dürfe. Diesem letzten Punkt wurde vom Chef des Marinekommandoamtes Pfeiffer noch verstärkend hinzugefügt: "... dies ist mehr als bisher zu beachten<sup>103</sup>."

### ***Das I.v.S.***

In die erwähnten Pläne zur Reparatur russischer U-Boote war auch der Großaktionär der Weser AG Dr. Otto Sprenger, über den ebenso wie über die Weser AG im einzelnen noch

---

101BA/MA RM 20/907 Bl. 245; Zeidler, Reichswehr und Rote Armee (wie Anm. 84), S. 236ff.

102Es läßt sich fragen, ob nicht auch die Moskau-Mission Spindlers und Kinzels, als mit den oben erwähnten politischen Linien paritätisch besetzt, angesehen werden muß.

Kinzel äußerste in seiner späteren Stellungnahme zum Bericht Spindlers starke Bedenken gegen eine zu intensive Zusammenarbeit mit der Sowjetunion; er machte hierbei allerdings keine ideologischen oder weltpolitischen Einwände, sondern sah dadurch die guten Beziehungen zu Finnland und der Türkei gefährdet, vgl. Dülffer, Weimar (wie Anm. 49), S. 74.

103Das Besprechungsprotokoll findet sich veröffentlicht im Anschluß an: Gerhard Schreiber, Zur Kontinuität des Groß- und Weltmachtstrebens der deutschen Marineführung, in: MGM 2/1979, S. 136ff.

Zur These der generellen antisowjetischen Haltung vgl. z.B. ebd. S. 115; und Gaines Post, The civil-military fabric of Weimar foreign policy, New Jersey 1973, S. 242.

Eine alles andere als generelle Ablehnung der Sowjetunion zeigt sich z. B. daran, daß Anfang 1929, also nach der Verabschiedung Loewenfelds, die Marine eine eigene Fliegerschule in der UdSSR plante, die jedoch vom Auswärtigen Amt verhindert wurde, so daß Flugschüler der Marine ab 1931 in der Flugschule des Heeres in Lippeck ausgebildet wurden; vgl. Zeidler, Reichswehr und Rote Armee (wie Anm. 84), S. 242f.

Die Bedeutung der Tagespolitik für scheinbar generelle Haltungen offenbart sich auch bei Raeders Lobgesängen auf die Sowjetunion während der Existenz der »Basis Nord« vor Murmansk 1939-40; vgl. Olaf Groehler, Selbstmörderische Allianz, Berlin 1992, S. 154ff.

Vgl. Zeidler, Reichswehr und Rote Armee (wie Anm. 84), S. 239f; Rahn: Reichsmarine (wie Anm. 14), S. 177f.

mehr zu berichten sein wird, als potentieller Geldgeber und Geschäftsträger eingeweiht<sup>104</sup>. Die Weser AG verfolgte auf dem U-Bootsektor allerdings noch weiterreichende Ziele, auf die Lohmann in der Phase des Dahindümpelns seiner sowjetischen Kontakte verstärkt Einfluß ausübte.

Die Weser AG hatte zusammen mit der Germania-Werft, die zum Krupp-Imperium gehörte, und mit der Vulkan-Werft schon im Frühjahr 1922 ein auf U-Boote spezialisiertes Konstruktionsbüro in den Niederlanden gegründet<sup>106</sup>. Der erste Bauauftrag vom Frühjahr 1925 für das I.v.S. stammte aus der Türkei; die beiden 500 Tonnen U-Boote sollten bei der Fijenoord Werft in Rotterdam, an der Krupp wiederum beteiligt war, gebaut werden. Als Anschubfinanzierung und zur Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit des I.v.S. steuerte Lohmann eine Million Reichsmark bei, wofür das Konsortium nun natürlich auch die Interessen der Marine zu berücksichtigen hatte. Die Aussage Schüsslers, daß Lohmann durch Canaris auf die finanzielle Klemme des I.v.S. gestoßen worden wäre<sup>107</sup>, erscheint bei der nun gegebenen Aktenlage als höchst unwahrscheinlich. So wurde Lohmann schon frühzeitig vom kaufmännischen Direktor des I.v.S. Blum, über die Verhandlungen mit der Türkei auf dem laufenden gehalten; Blum hatte ihm z.B. am 2. Januar 1925 das Eintreffen einer türkischen U-Bootkommission in Holland angekündigt<sup>108</sup> und auch über die Verhandlungen informiert, die er im Februar und März in der Türkei führte. An diesen Verhandlungen nahm auch der ehemals beim Roten Kreuz mit Kriegsgefangenenrückführung befaßte und nun unter der von Lohmann und Sprenger betriebenen Otwi firmierende Gerber teil; er sollte offensichtlich als Marinevertreter den Abschluß fördern<sup>109</sup>. Ferner arbeitete Lohmann mit Korv.Kapt. a.D. Moraht, einem ehemaligem U-Bootkommandanten, daran, den I.v.S. Werften den erwähnten und sich nun schon zwei Jahre in der Schwebe befindlichen Schiffbauauftrag mit einem Umfang von 30-50 Millionen RM für die Sowjetunion zuzuschancen. Bei den ohnehin guten Beziehungen Lohmanns zur Weser AG darf man also davon ausgehen, daß er über die finanziellen Verhältnisse auch ohne Canaris, der hier Legendenbildung in eigener Sache betrieben zu haben scheint, sehr gut informiert war.

Am 8. Juni kam es jedenfalls zu einer wichtigen Besprechung über die künftige Entwicklung des I.v.S., das durch den türkischen Auftrag nun natürlich gezwungen war, seine Hauptaktivitäten in die Niederlande zu verlegen und entsprechende finanzielle Vorleistungen zu erbringen hatte. An dieser Besprechung nahmen Vertreter der drei Werften, des I.v.S. und Moraht teil. Bezüglich des "türkischen Geschäftes" faßt Moraht wie folgt zusammen:

---

104Vgl. BA/MA RM 21/173 Bl. 73ff, BA/MA RM 21/174 Bl. 270ff, 132 oder BA/MA RM 21/179 Bl. 151, 60.

105Zur Geschichte der Weser A.G. vgl. Otto Höver, Geschichte der Actien-Gesellschaft 'Weser', Bremen 1943; Fred Ludolph, Sozial- und wirtschaftsgeschichtliche Aspekte zur Entwicklung der Werftindustrie in Bremen, in: Beiträge zur Industrieforschung 16, Bremen 1980; Franz X. Ortlieb, Zur Werftenkonzentration in den zwanziger Jahren, in: Kuckuk/Roder, Bremen 1988; Kuckuk, A.G. Weser (wie Anm. 75), und ders. Die Deschimag in der Weltwirtschaftskrise, in: Kuckuk/Roder, Bremen 1988.

Zur Gründung des I.v.S. auf Grund des Interesses Argentiniens an U-Bootentwürfen vgl. auch Eberhard Rössler, Geschichte des deutschen U-Bootbaus, Koblenz 1986, S. 131.

106Saville, German u-boat arm (wie Anm. 39), S. 91ff.

107Schüssler, Marine gegen Versailles (wie Anm. 1), S. 567.

BA/MA RM 21/183 Bl. 249.

BA/MA RM 21/183 Bl. 106, 72, BA/MA RM 21/184 Bl. 236f und BA/MA RM 21/186 Bl. 170f.

"Wie Dr. Regenbogen [Germania] berichtet, erscheint Finanzierung jetzt gesichert, ein Bevollmächtigter der holl. Werft ist auf dem Weg nach Angora. Das Geschäft sei nur durch dankenswerte Hilfe der M.L. ermöglicht, er begrüßt Dr. Moraht, der gemäß früherer Vereinbarungen beim Zustandekommen des Geschäftes als Konsorte eintrete."

Durch die Neuorganisation des I.v.S. und den personellen Aufbau des Haager Büros hoffte die Germania von den bisher von ihr alleine getragenen Personalkosten für eine Reihe von Ingenieuren entlastet zu werden, weil das Stammhaus in Essen offenbar finanziellen Druck ausübte.

"Stahl [Vulkan] regt an, die M.L. für die Unkosten des I.v.S. zu interessieren - noch weiter als bisher beabsichtigt [...] Bei allen drei Werften scheint Bereitwilligkeit zu bestehen, uns das I.v.S. ganz alleine zu überlassen, wenn wir auch das gesamte Risiko mitübernehmen<sup>110</sup>."

So weit kam es nicht; denn am 1. Juli 1925 wurde die Mentor-Bilanz GmbH als Verbindungsstelle verschiedener Stellen für U-Boote und als Halterin des - laut Schüssler 28%-igen - Konsortialanteils der Marine am I.v.S., in der erwähnten Höhe von 1 Mill. RM, gegründet und der Seetransportabteilung (als BS Iu) angegliedert. Als Geschäftsführer fungierte Moraht. In einer Zusammenstellung "über die Einrichtungen, die ausserhalb des Versailler Vertrages im Interesse der Landesverteidigung bestehen", welche Reichswehrminister Groener noch im Nachhall der Lohmann-Affäre eingefordert hatte, wurde über die Mentor unter anderem mitgeteilt: "Ausländischen Attachés und Vertretern ist Mentor als Berliner Vertretung des ausländischen U-Bootskonstruktionsbüros bekannt<sup>111</sup>."

Ende 1925 wurde dann noch ein der Marineleitung direkt zugeordnetes U-Bootreferat unter Konteradm. a.D. Spindler (zuerst als Au, später zur besseren Geheimhaltung als A Iiu) gegründet. Daneben vervielfachten sich die Arbeitsfelder der Mentor, sei es durch die Ausdehnung der Geschäfte mit der Türkei oder sei es durch den Versuch, in Mexiko geschäftlich Fuß zu fassen. Im Dezember beantragte Moraht deshalb eine ständige Hilfskraft bei Lohmann. Von Canaris wurde ihm für diese Stelle bereits der OC-Kamerad und Drahtzieher im Rathenau-Mord Karl Tillessen angedient, den Moraht "vorbehaltlich der Zustimmung von Herrn Kapitän" schon ab 1. Januar 1926 engagiert hatte<sup>112</sup>. Dieses

---

<sup>110</sup>Moraht an Lohmann, 10.6.1925, BA/MA RM 21/184 Bl. 5ff.

<sup>111</sup>BA/MA RM 21/53 Bl. 163ff, 60.

Moraht unterrichtete am 30. Dezember 1925 Lohmann z.B. von seinen Bemühungen, dem Vertreter Südafrikas deutsche U-Boote zu verkaufen; BA/MA RM 21/185 Bl. 2.

Lohmann nutzte aber auch andere Kanäle um das I.v.S. zu propagieren; so instruierte er Anfang 1926 den dem ehemaligen Chef der Marineleitung bei dessen Weltreise zugeteilten Begleitoffizier Saalwächter für Verhandlungen in Tokio über das I.v.S. wie folgt: "Das I.v.S. hat bereits Aufträge für mehrere grössere U-Boote (500 tons) nach der Türkei erhalten und hat ausgedehnte Geschäftsbeziehungen für U-Bootbau nach den nordischen Ländern, den südeuropäischen Ländern und nach Südamerika. [...] Es erfreut sich des wohlwollenden Interesses der Marineleitung, die es mit ihren militärischen Erfahrungen im weiten Umfange unterstützt." BS 77P, Lohmann an Saalwächter (Tokio), 19.3.1926, BA/MA RM 21/192 Bl. 154.

<sup>112</sup>BA/MA RM 21/185 Bl. 56ff.

Ob Lohmann oder Spindler Näheres über die Rolle Tillessens wußten, als dieser gegenüber Moraht zugab ("Karl Tillessen ist jedoch lediglich in die Rathenau-Angelegenheit insofern verwickelt gewesen, als er von dem geplanten Morde Kenntnis erhielt und den Betreffenden ihre Absicht auszureden versuchte; wie er damals angenommen hat, mit Erfolg." Ebd.), und sie deshalb auf seine Mitarbeit verzichteten, oder ob Tillessen seine erbotene Bedenkzeit zu einer Absage nutzte, ließ sich nicht ermitteln.

Zur Rolle von K. Tillessen vgl. Martin Sabrow, Der Rathenaumord, München 1994, S. 139f.

Beschäftigungsverhältnis scheint allerdings nicht zustande gekommen zu sein, denn die mit der Zeit immer nötiger werdende Koordination des U-Bootreferates und des I.v.S. sollte nach dem Plan Spindlers Oberleutnant a.D. Wanach, der bis dahin bei der Lohmann-Firma Navis arbeitete, übernehmen; dieser starb aber im April 1926, noch bevor er seinen neuen Dienst antreten konnte<sup>113</sup>. Daraufhin bekam Oberleutnant a.D. Schottky diese Stelle; er firmierte somit bei A Iiu, also bei Spindler, wie auch bei BS Iu, also Lohmanns Mentor<sup>114</sup>.

Im Juni 1927 begannen sich Pläne zu konkretisieren, die recht deutlich Lohmannsches Gedankengut offenbaren. Sie wurden von Schottky in einem »Bericht über die Vorteile des Baues eines Ubootes nach dem G-Typ auf eigene Rechnung des IvS gewissermaßen "auf Vorrat"« zusammengefaßt. Das betreffende U-Boot sollte auf eigene Rechnung gebaut werden, um Mobilmachungs- und technische Details besser studieren zu können als bei Booten, bei denen das I.v.S., beziehungsweise die Marineleitung nur während der Probefahrten ihr Neugier stillen konnten. Als Bauorte kamen für Schottky in diesem Moment Fijenoord, Spanien und Schweden in Frage. Nachdem die gewünschten Versuche durchgeführt wären, sollte das Boot dann kostendeckend verkauft werden, um ein neues Probeboot zu bauen. Die jeweiligen Fahrzeuge sollten ferner als "Schaufensterboote" dienen und damit den Absatz der deutschen U-Bootindustrie fördern. Mit mehr oder weniger deutlichem Bezug zur Seetransportabteilung fügte Schottky noch an: "Die Bereitstellung und diskrete Frisierung der notwendigen Mittel dürfte keine unüberwindbaren Schwierigkeiten machen"<sup>115</sup>.

Im Juli befand sich, wie schon im März, der spanische Industrielle Echevarrieta in Berlin, um ein großes Paket von verschiedenen militärischen und wirtschaftlichen Projekten voranzubringen, das er mit Lohmann während dessen Spanienreise im Februar geschnürt hatte<sup>116</sup>. Ein Teil dieses Paketes war der Bau des Schaufensterbootes auf seiner Werft in Cadiz. Die Kiellegung dieses 755 t U-Bootes erfolgte dann im Februar 1929. Das in Cadiz gebaute Boot konnte jedoch wegen des Sturzes Primo de Riveras im Jahre 1930 nicht mehr an Spanien abgesetzt werden. Es mußte vielmehr unter großen finanziellen Verlusten an die Türkei verkauft werden. Die von 1935 an in Dienst gestellten 900 Tonnen U-Boote (Typ IX) sind Weiterentwicklungen dieses Bootes<sup>117</sup>.

Schottky war 1930 mit Plänen für den Bau eines 250t U-Bootes in Finnland - wiederum auf Kosten der Marineleitung - beschäftigt. Dessen Stapellauf fand im Mai 1933 statt, und

---

113Saville, German u-boat arm (wie Anm. 39), S. 174.

114Ebd. S. 224f; Rössler, U-Bootbau (wie Anm. 106), S. 133.

Das I.v.S. war zu dieser Zeit gerade damit beschäftigt, Pläne eines 650 Tonnen U-Bootes für die Marineleitung auszuarbeiten. Weitere U-Bootpläne für die Reichsmarine wurden von einem unter dem Dach der Mentor angesiedelten, aber von der Konstruktionsabteilung bezahlten Konstruktionsbüros unter Marinebaurat a.D. Schürer hergestellt. Daneben arbeitete das I.v.S. an Aufträgen für andere Staaten, u. a. wurde die Sowjetunion im Rahmen der erwähnten Wiederannäherung zwischen der Marineleitung und dem sowjetischen Kriegsministerium bei der Ausarbeitung einer neuen U-Bootklasse unterstützt; Saville, German u-boat arm (wie Anm. 39), S. 228f.

115BA/MA RM 20/993 Bl. 62ff.

116BA/MA RM 6/48 Bl. 105f.

117Vgl. Saville, German u-boat arm (wie Anm. 39), S. 626.

im Januar 1936 wurde das Boot nach von deutscher Seite durchgeführten Tests an Finnland verkauft<sup>118</sup>.

Angesichts dieser Entwicklungen erscheint die kurze Vorbereitungsphase bis zum ersten Stapellauf eines deutschen U-Bootes nach Entbindung aus den Bestimmungen des Versailler Vertrages - die Bauteile für die 250t U-Boote lagen bereits auf Lager - nicht mehr erstaunlich. Die Lohmann Affäre bedeutete für diese Unternehmungen letztlich keinen Rückschlag; "if anything, the expose had greatly benefitted the naval side of secret rearmament by forcing a reorganization, concentration and close coordination of activities. [...] All the trivia went the way of Lohmann himself<sup>119</sup>."

#### Flugzeuge

Der Versailler Vertrag untersagte Deutschland auch die Unterhaltung von Luftstreitkräften. Lohmann war auch in diesem Zusammenhang bemüht, seinem angeblichen Schwur genüge zu tun. Er legte das Hauptgewicht seiner Arbeit zum Erhalt der Marinefliegerei auf die Caspar-Werke in Travemünde. Lohmann kaufte Anfang 1925 die vor der Schließung stehenden Caspar-Werke, um einen vom Heer unabhängigen Fliegereistützpunkt zu haben. Seine Hoffnungen, die Werke rentabel betreiben zu können, erfüllten sich jedoch nicht, obwohl im Sommer 1925 ein dort gebautes Modell Klassensieger bei einem Deutschlandrundflug wurde. Geflogen wurde die Maschine dabei vom vormaligen Leiter des Luftfahrtreferats der Flottenabteilung (A III) Ritter. Im Juni 1925 wurde A III von Kapt. z.S. Lahs übernommen und zur weitgehend selbständigen Gruppe (BSx) ausgebaut, die formell der Seetransportabteilung angegliedert war<sup>120</sup>. So liefen auch die für BSx bestimmten Fonds mit einem Volumen von mehreren Millionen

---

118Rössler, U-Bootbau (wie Anm. 106), S. 137ff; vgl. bei Saville, German u-boat arm (wie Anm. 39), S. 278ff auch die parallele Entwicklung des Wehrwirtschaftsprogrammes unter Führung der Tebeg.

U-Bootentwürfe des I.v.S. kamen noch in der Türkei, Finnland, Spanien, Schweden, Rumänien und 1934 sogar in der Sowjetunion in Bau; Eberhard Rössler, Die deutschen U-Boote und ihre Werften, München 1979, S. 75.

Zu dem ganzen Komplex der geheimen U-Bootentwicklung vgl. auch Wilhelm Treue, Deutsche Marinerrüstung 1919-1942, Herford und Bonn 1992, S. 139ff.

119Saville, German u-boat arm (wie Anm. 39) S. 274.

Zu den in der Zeit der Lohmann-Affäre aktuellen Aktivitäten des I.v.S., wie z. B. Probeläufe mit den beiden türkischen U-Booten in Rotterdam, ebd. S. 287ff.

Alle drei, der ab 1935 in Dienst gestellten deutschen U-Boottypen, basierten auf durch das I.v.S. für Finnland, Schweden, Spanien und die Türkei gebauten Prototypen; zwei der drei Typen befanden sich schon in deutschen Mob-Plänen, bevor sie überhaupt gebaut waren; ebd. S. 625f .

Zur Umorganisation innerhalb der Marineleitung vgl. auch BA/MA RM 21/53 Bl. 194, 198.

120BA/MA RM 21/198 Bl. 219ff; Schüssler, Marine gegen Versailles (wie Anm. 1), S. 579ff; Karl-Heinz Völker, Die Entwicklung der militärischen Luftfahrt in Deutschland 1920-1933, in: Beiträge zur Militär- und Kriegsgeschichte Bd 3, Stuttgart 1962, S. 135ff.

Vgl. auch den Saemisch-Bericht, Nachlaß Saemisch Bd 175 Bl. 48ff, zur Beteiligung von Reichsinnenminister a.D. Koch-Weser beim Verkauf der ursprünglich noch bei Carl Caspar verbliebenen Restbeteiligung im Februar 1926.

Schüssler berichtet auch noch von einer Kaufaktion von für den Verkauf ins Ausland bestimmten früherer Marineflugzeugen durch Ritter und Lohmann. Später sollen diese Maschinen dann an die durch den Landesverratsprozeß gegen Carl v. Ossietzky leidlich bekannte und von Lahs aufgebaute Severa gegangen sein; Schüssler, Marine gegen Versailles (wie Anm. 1), S. 583.

Lohmann hatte allerdings mit Zustimmung des Chefs der Marineleitung in Korvkpt. a.D. Berthold auch einen eigenen Referenten für Flugzeugangelegenheiten; BA/MA RM 21/184 Bl. 267.

jährlich über Lohmanns Konten, allerdings ohne daß er für die Aufbringung dieser Mittel zuständig gewesen wäre<sup>121</sup>.

Eine weitere Entwicklung der Caspar-Werke, die kommerziell ausgenutzt werden sollte, war die eines Streifflugzeuges, das einerseits für entsprechende Einsätze verchartert wurde, andererseits aber auch so konstruiert war, daß es zur chemischen Kriegführung hätte verwendet werden können<sup>122</sup>.

Lohmanns Versuch Anfang 1927, sich von seiner Erwerbung kostenneutral durch einen Verkauf der Caspar-Werke an die Hapag zu trennen, mißlang; die Werke wurden nach Lohmanns Abgang von der Marine unter verschiedenen Namen als Versuchsstelle für militärische Erprobung von Seeflugzeugen, unter anderem der DoX, von Katapultstarts, Funkausrüstung etc. weitergeführt<sup>123</sup>.

Zur selben Zeit, als Lohmann mit der Hapag über einen Verkauf verhandelte, unterbreitete er deren Direktor Kiep zusammen mit den Caspar-Werken ein Projekt, das er kurz vorher schon mit dem Norddeutschen Lloyd in die Tat umgesetzt hatte: die Mitnahme eines Seeflugzeuges auf Passagierdampfern. Für die Reeder bot die kostenlose Überlassung eines Flugzeuges die Möglichkeit, den Passagieren eine Attraktion zu bieten und in Häfen mit nur geringem Umschlag die Hafengebühren zu sparen. Für die Marine bot sich die Möglichkeit wieder Erfahrungen in der Seefliegerei zu sammeln. Während allerdings bei den bereits existierenden Dampfern die Flugzeuge mit dem Ladebaum ausgesetzt werden mußten, erreichte Lohmann für die Neubauten der Transatlantikdampfer der NDL den Einbau von Katapultstartvorrichtungen .

Während Lohmann in die Caspar-Werke 1,5 Millionen direkt aus seinen Fonds investiert hatte, wurde ein weiteres, von ihm mitorganisiertes Projekt von verschiedenen Reichsstellen gefördert. Durch seine Vermittlung kam Ende 1925 ein Kredit zustande, der es Zeppelin und Dornier ermöglichte, in der Schweiz eine Produktionsstätte für Wasserflugzeuge, im wesentlichen für die DoX, die in ihrer Konstruktion Wünschen der Marine entsprachen, aufzubauen. In dieses Projekt waren neben der Heeresleitung auch noch das Wirtschafts-, Arbeits- und Verkehrsministerium eingeweiht. Die Mittel kamen dabei aus den Fonds des Verkehrsministeriums. Offiziell aber stammte der Kredit von der Deutschen Bank und wurde über das dortige Konto der Otwi, wodurch Lohmann Zinsgewinne wieder für sich einstreichen konnte, verschoben<sup>125</sup>. Er instruierte den Chef der Deutschen Bank v. Stauss folgendermaßen: "Das Verkehrsministerium legt allergrössten Wert darauf, dass Niemand, auch Herr Colman [der eigentliche Kreditnehmer] nicht erfährt, dass der Fiskus Ihnen die 3,5 Millionen geben will, falls Sie

---

121 Saemisch Bericht, Nachlaß Saemisch Bd 175 Bl. 135, 142ff.

Saemisch führt ferner aus: "Dem Fonds Lohmann sind wiederholt seitens anderer Stellen der Marineleitung und seitens des Verkehrsministeriums »schwarze« Gelder zugeflossen, die aber entweder an diese Stellen zurückgeflossen oder in deren Auftrag von Kapt. z.S. Lohmann an die Empfangsberechtigten ausgezahlt worden sind." Ebd. Bl. 121.

122 BA/MA RM 21/53 Bl. 163ff, BA/MA RM 21/191 Bl. 54.

Die Vercharterung erfolgte durch den (mit Walter nicht verwandten) Kaufmann Paul Lohmann, BA/MA RM 21/195 Bl. 20f.

123 BA/MA RM 21/199 Bl. 28ff; BA/MA RM 20/1028 Bl. 250ff; Schüssler, Marine gegen Versailles (wie Anm. 1), S. 586; Völker, Militärische Luftfahrt (wie Anm. 121), S. 157.

124 BA/MA RM 21/195 Bl. 282, 16, Schüssler, Marine gegen Versailles (wie Anm. 1), S. 588.

125 BA/MA RM 21/184 Bl. 260, 177, 43, BA/MA RM 21/192 Bl. 243.

die Gründung der Schweizer Dornier-Werke nach unseren und des Verkehrsministeriums Wünschen aufziehen<sup>126</sup>."

### Schnellboote

Ein Feld, in dem sich Lohmann nicht nur als Geldgeber, Vermittler oder Strippenzieher im Hintergrund betätigte, sondern alle Fäden direkt in den Händen behielt, war das der geheimen Schnellbootrüstung. So hatte er schon im August 1923 versucht, Schnellboote, die die Marine wegen des Versailler Vertrages nur noch bis Oktober halten durfte, an die allerdings desinteressierte Sowjetunion zu verkaufen, "vorausgesetzt dass sie bereit sind, uns die Boote zurückzuverkaufen, falls wir mal »in Not« sein sollten"<sup>127</sup>.

Eine Erhöhung der durch den Versailler Vertrag beschränkten Schiffszahl führte Lohmann dann aber mittels der Navis und der Travemünder Yachthafen AG (Trayag) durch. Mit Blick auf die strategisch wichtigen Ostseezugänge schuf Lohmann ein kleines Geschwader von mit Torpedos bestückten Motorschnellbooten; zur Zeit der Abwicklung insgesamt 13 Stück. Während die Navis als Eigentümerin der Boote - neben den 13 Schnellbooten noch 15 weitere Boote verschiedenster Bauart - für deren Verwaltung zuständig war, stellte die 1924 aufgebaute Trayag die Liegeflächen sowie die Herstellungs- und Reparaturwerkstätten, die auch privatwirtschaftlich zum Bau von den Schnellbooten ähnlichen Motoryachten genutzt werden sollten, zur Verfügung<sup>128</sup>. Lohmann erwarb ferner die ehemalige Wagria-Werft und bildete daraus die sogenannte Neustädter Slip GmbH als zusätzlichen Reparaturstützpunkt<sup>129</sup>.

Die »Flotille Lohmann« wurde ab 1924 regelmäßig zu Manövern von der Marine angemietet. Als Flottillenchef fungierte der Leiter der Dienststelle in Lübeck Anschutz, also ein direkter Untergebener Lohmanns. Die Schnellboote tauchten dementsprechend auch trotz ihres offiziellen Nicht-Vorhandenseins in den Kriegsspielen der Reichsmarine im ständigen Repertoire auf<sup>130</sup>. Die Boote wurden nach Lohmanns Abgang an verschiedene Stellen der Reichsmarine als Versuchs- und Übungsboote weitergeleitet; die Trayag und die NSG wurden abgestoßen<sup>131</sup>.

Lohmann förderte auch die Entwicklung eines 1000 PS Motors bei der MAN für seine Motorboote<sup>132</sup>; beaufsichtigte persönlich - mit der Yacht Sprengers - Übungen und

---

126BS 761PR, Lohmann an Stauss, 24.11.1925, BA/MA RM 21/185 Bl. 140.

127BS 692Pr, Lohmann an Nicol, 16.8.1923, BA/MA RM 21/176 Bl. 357; Antwortschreiben ebd. Bl. 197.

128BA/MA RM 21/53 Bl. 163ff, Schüssler, Marine gegen Versailles (wie Anm. 1), S. 554f.

129Vgl. zur NSG den speziellen Aktenband Lohmanns: BA/MA RM 21/188.

Der Kauf der Wagria-Werft und die Umwandlung in die Neustädter-Slip GmbH wurde von Ende 1925 bis Mitte 1926 vom Generaldirektor der Weser Stapelfeldt für Lohmann arrangiert. Die Verschleierungstaktik hat zumindest gegenüber dem Verkäufer schlecht funktioniert; um seinen überhöhten Preis durchzusetzen, drohte er, den Reichstag einzuschalten, was Lohmann zu einer wenig überzeugenden Leugnung eines amtlichen Interesses an dem Kauf herausforderte. BA/MA RM 21/192 Bl. 59, BA/MA RM 21/188 Bl. 64, 30ff, 18ff, 1f. 130Treue, Marinerüstung (wie Anm. 119), S. 131ff; H.-D. von Conradi: Die deutsche Motor- Torpedo-Schnellboote, in: Marinerundschau 1962, S. 363ff; bei Conradi auch Näheres zur Typenentwicklung.

131BA/MA RM 21/53 Bl. 163ff, 196ff; Schüssler, Marine gegen Versailles (wie Anm. 1), S. 555.

132BA/MA RM 21/166 Bl. 99, 13.

Die 1000PS Motoren erwiesen sich allerdings auf die Dauer als zu schwer für Schnellboote; sie wurden später als Marschmotoren für Kreuzer genutzt; BA/MA RM 20/995 Bl. 149ff.

Probefahrten<sup>133</sup>; war in Verkaufsverhandlungen von Schnellbooten nach Finnland und Mexiko involviert<sup>134</sup>; und hatte auch sonst seine Finger im Schnellbootgeschäft: als ihm z.B. im Mai 1927 ein Trayag Mitarbeiter mitteilte, daß bei Schichau zwei Schnellboote mit Geschützen vermutlich für Jugoslawien gebaut würden, teilte er diesem mit, daß er davon wisse, und daß der mit dem Projekt beauftragte Treuhänder ihm zugesagt habe, ihn bei den Probefahrten zu beteiligen<sup>135</sup>.

Ein Teil des weiter unten noch näher zu beschreibenden Kooperations-Paketes, das Lohmann, Echevarrieta und der ständig zwischen beiden pendelnde Canaris geschnürt hatten, war der Verkauf von deutschen Schnellbooten an Spanien, beziehungsweise die Überlassung von Lizenzen<sup>136</sup>.

#### Sonstiges Kriegsmaterial

Daß Lohmann die Millionen aus dem Ruhrfonds zur Beschaffung zusätzlicher Kampfmittel bekam, scheint alles andere als zufällig; denn schon vor der Ruhrbesetzung pflegten Lohmann und Sprenger Kontakte zu einer schwedischen Munitionsfabrik, der Skånska Bomullskrutfabriks A.B. Landskrona<sup>137</sup>.

Neben der Lieferung von Munition (z.B. Minen und verschiedene Handgranaten) hatte Lohmann noch ein weiteres Interesse an dieser schwedischen Verbindung, denn "wir möchten endlich außerhalb Deutschlands eine Stelle schaffen, wo wir bestimmte Versuche machen können, die uns z.Z. hier nicht gelingen"<sup>138</sup>. Es handelte sich dabei wahrscheinlich um Entwicklungen der Otwi-Werke, die während des Krieges ebenfalls die Herstellung von Munition betrieben hatte. Lohmann versuchte schon Ende 1922 eine Übereinkunft über eine Zusammenarbeit von Sprenger und Tranchell, dem Direktor der schwedischen Firma herzustellen; seinen Vorstellungen entsprechend sollte die "Versuchsstelle so aufgezogen [werden], dass a) Sie [Tranchell] ihre Anlagen, Personal, Material usw. zur Verfügung stellen; b) Dr. Sprenger kostenlos seine Spezialisten und seine Pläne nach Landskrona entsendet, und c) Sie beide zu gleichen Teilen eine Summe zeichnen, durch welche die gemeinsamen Unkosten der Versuchsstelle während der

---

Zu den von der MAN weitergeführten Erfahrungen von Schiffsdieseln, insbesondere vor und während des Krieges für U-Boote entwickelt; vgl. auch Gert Sandhofer, Das Panzerschiff 'A' und die Vorentwürfe von 1920 bis 1928, in: Militärgeschichtliche Mitteilungen 1 (1968), S. 59.

Um Personal an den bereits existierenden schnell laufenden Motoren auszubilden, schlug Lohmanns militärischer Referent Mewis vor, ein "Boot nach Tarnung des Rohrs durch Verschalen als Modell und Unterrichtsobjekt an die Marineschule Kiel-Wiek zu geben"; BS 503P, Mewis an Lohmann, 4.10.1924, BA/MA RM 21/166 Bl. 99.

133BA/MA RM 21/176 Bl. 292.

134BA/MA RM 21/176 Bl. 7, BA/MA RM 21/182 Bl. 104, BA/MA RM 21/181 Bl. 378.

135BS 400PR, Lohmann an Neesen, 5.5.1927, RM21/196 Bl. 63ff.

136Dem spanischen König überreichte Lohmann bei seiner Reise im Februar 1927 eine Reihe von Filmen von maritimem Interesse; darunter befand sich auch ein Film über Schnellboote, der vermutlich bei den deutschen Manövern gedreht wurde.

BA/MA RM 6/48 Bl. 105f.

Die Vermutung geht auf ein Schreiben zur Organisation der Manöver vom August 1925 zurück: "Als Zweck der Übungen gilt nach außen die Aufnahme eines Marinefilms. Strengste Geheimhaltung der militärischen Ausnutzung dieser Aufnahmen ist sicherzustellen." BA/MA RM 20/995 Bl. 30.

137Von den 10 Mill. waren laut Behncke immerhin 5 bis 6 Mill. für Minen und Wasserbomben vorgesehen; Rahn, Reichsmarine (wie Anm. 14), S. 211.

138BS 57Pr, Lohmann an Tranchell, 15.1.1923, BA/MA RM 21/173 Bl. 241; vgl. auch ebd. Bl. 289, 242f, 131f, 33f.

Versuche zu decken gedacht ist<sup>139</sup>." Aus der weiteren Korrespondenz geht hervor, daß Lohmann, Sprenger und Tranchell zusammen Anfang 1923 die Carola AG gegründet haben, um neue und alte Produkte der Skånska Bomullskrufabriks an den Mann zu bringen<sup>140</sup>. Die neuen Produkte verdanken ihre Existenz offensichtlich dem Wunsch trotz des Exportverbotes von Kriegsmaterial, die gemachten technischen Erfahrungen weiter zu nutzen. Lohmann selbst führte im März zusammen mit Sprenger im Berliner Büro der Otwi Verkaufsverhandlungen für entsprechendes Material mit japanischen Interessenten<sup>141</sup>.

Ein Schwager Lohmanns in Montevideo mit guten Beziehungen zur uruguayischen Regierung war darüberhinaus im Januar 1923 damit befaßt, "verschiedene schwedische Kleinigkeiten" mit Lohmanns Hilfe und über die Carola in Uruguay und kurz darauf auch in Argentinien zu verkaufen<sup>142</sup>.

#### Tankdampfer

Saemisch erwähnt in seinem Bericht, daß Ende 1925 die Marineleitung die Notwendigkeit gesehen hätte, über drei große Tankschiffe zu verfügen, um die eigenen Zufuhren zu sichern. "Hinzu kam eine wichtige militärische Mitverwendung für besondere Aufgaben, wozu die Schiffe eine Geschwindigkeit von mindestens 16 sm benötigen." Aus der selben Zeit existiert eine Korrespondenz zwischen dem für die Bewirtschaftung der marineeigenen Tankschiffe zuständigen Korv.Kapt. a.D. Eßberger, dem Ingenieur Dreyer und dem Oberregierungsrat in der Seetransportabteilung Beuster über die Möglichkeit, die neuen Tankschiffe so zu bauen, daß sie ebenfalls als "Flugzeugmutterschiff" oder als "Schnellbootmutterschiff" Verwendung finden könnten .

Im Rahmen einer Stützungsaktion des Reiches für die Schichau-Werft in Elbing in Höhe von 6,5 Millionen Reichsmark konnten 3 Millionen für den Bau eines dieser Marinetankschiffe bereitgestellt werden; d.h., daß es sich hierbei um eine verdeckte aber etatmäßige Militärausgabe handelte. Die finanzielle Abwicklung dieser Aktion lief natürlich über Lohmann. Um seine Fonds von den Zinszahlungen zu entlasten, wurden überhöhte Bauraten an die Schichau-Werft ausbezahlt, und die Differenz für die Zinsen verwandt<sup>144</sup>. So wurde Lohmann am 5. Oktober 1926 vom Geschäftsführer der Schichau-

---

139BS 1330PR, Lohmann an Tranchell, 28.12.1928, BA/MA RM 21/172 Bl. 8f.

140BA/MA RM 21/174 Bl. 65, BA/MA RM 21/183 Bl. 154.

Eine Auswanderungswelle deutscher Rüstungsindustrie nach Schweden gab es bereits seit 1920, zunächst allerdings ohne Beteiligung von Reichsstellen; Hansen, Reichswehr und Industrie (wie Anm. 57), S. 36.

BA/MA RM 21/174 Bl. 225.

Die Japaner bekamen im übrigen auch einen Film über das neue Produkt zu sehen. Wahrscheinlich handelte es sich bei diesem Artikel um Wasserminen ("Rollmöpfe").

BA/MA RM 21/173 Bl. 15, 2ff, BA/MA RM 21/174 Bl. 65ff.

Zu den verschiedensten Waffengeschäften, an denen Lohmann sonst noch beteiligt war, vgl. z.B. BA/MA RM 21/174 Bl. 142, BA/MA RM 21/177 Bl. 194, BA/MA RM 21/165 Bl. 282; BA/MA RM 21/181 Bl. 61.

143BA/MA RM 21/189 Bl. 251ff; vgl. auch Schüssler, Marine gegen Versailles (wie Anm. 1), S. 559.

Lohmann hatte schon 1925 versucht einen eigentlich für Italien bestimmten Schnelldampfer bei Blohm und Voss als Flugzeugmutterschiff fertig bauen zu lassen, unter der Voraussetzung, daß die Sowjetunion ihn abnähme; BS 464P, Lohmann an Hilger, 28.9.1925, BA/MA RM 21/187 Bl. 83f. Brockdorff-Rantzau schien der Moment (Locarno) für ein solches Geschäft sehr ungünstig, deshalb verzichtete er, es in Moskau zu propagieren; Hilger an Lohmann, 31.10.1925, ebd. Bl. 47.

144Nachlaß Saemisch Bd 175 Bl. 72f.

Werft bestätigt, "dass die Differenz zwischen dem in der Bestellung genannten Betrage von M 2.813.000.- und dem verabredungsgemäss an mich zu überweisenden Gesamtbetrage von M 3.000.000.-, bzw. M 562.000.- und M 600.000.- für die einzelne Rate, Ihnen bei Ablieferung des Schiffes zur Verfügung gehalten wird"<sup>145</sup>. Ein kleinerer Tanker wurde ebenfalls bei Schichau mit Hilfe des Reichswirtschaftsministeriums gebaut<sup>146</sup>.

Für die beiden übrigen großen Tankschiffe, die nicht aus Etatmitteln zu finanzieren waren, wurde eine etwas kompliziertere Konstruktion notwendig. So wurde zwischen dem Bremer Finanzsenator Bömers und Lohmann um eine Bürgschaft Bremens für einen 12 Millionen Kredit der Schröder-Bank verhandelt. Als Gegenleistung für die Bürgschaft des Bremer Staates war vorgesehen, daß die in Bremen ansässige Weser AG den Bauauftrag für die beiden Neubauten erhalten sollte, ferner sollte die Marine einen durch den Norddeutschen Lloyd neuzubauenden Bäderdampfer mit jährlich 100.000 Mark subventionieren. Allerdings bestand Bömers auf einer zustimmenden Kenntnisnahme dieser Vereinbarungen durch den Chef der Marineleitung und durch den Reichsfinanzminister<sup>147</sup>.

Der Finanzierungsplan, den Lohmann Ministerialrat Peckert vom Reichsfinanzministerium am 6. Mai 1926 umriß, sah vor, daß von den 12 Millionen sowohl die Neubauten von zwei größeren Tankern wie auch der Kauf von zwei kleineren bezahlt werden sollte; der Erlös der letzteren sollte zur Deckung der Zinsen während der Bauphase dienen; d. h. das Projekt sollte sich selbst tragen<sup>148</sup>.

Unter Hinzukauf dieser kleineren bereits gebauten Tankern gründete Lohmann dann die Berliner Öltransportgesellschaft, an der er 100% hielt, die Bremer Öltransportgesellschaft, an der er 60% hielt, sowie ein Befrachtungskontor zur Koordination<sup>149</sup>. Lohmanns Vertrauter für seine Ölgeschäfte war der erwähnte John Eßberger, ehemals stellvertretender Leiter der Dienststelle Hamburg. Er fungierte dementsprechend auch als Treuhänder für Lohmanns Beteiligungen an den Transportgesellschaften.

Lohmann verfolgte große Pläne auf dem Ölsektor. Schon Anfang 1926 diskutierten Lohmann, Moraht und Eßberger Lohmanns Idee, einen vertikalen Ölkonzern im Stil der BP aufzubauen, d.h. inklusive eigener Rohölförderung in Argentinien oder Mexiko. Eßberger riet jedoch von diesem Plan ab; er sei zu teuer, zu risikoreich und es gäbe zuviel Konkurrenz<sup>150</sup>. Diesen Gedanken scheint Lohmann darauf tatsächlich aufgegeben zu haben; allerdings plante er dennoch eine weitere Expansion seiner

---

145BA/MA RM 21/192 Bl. 69ff, BA/MA RM 21/193 Bl. 33.

146BA/MA RM 21/190 Bl. 94.

147BA/MA RM 21/190 Bl. 19f, 48ff, 139ff, 228ff, 241.

Entsprechende schriftliche Bestätigungen der Kenntnisnahme durch den RFM und Chef ML fanden sich nicht; die Nachdrücklichkeit seiner Forderung Lohmann gegenüber dürfte aber darauf schließen lassen, daß die Kenntnisnahme von diesen bestätigt wurde. Ob diese Forderung aus Mißtrauen gegenüber Lohmann motiviert war, bleibt unklar.

Die 100.000 RM für den NDL wurden im Bericht für den Haushaltsausschuß des Reichstages nur sehr beiläufig erwähnt; das mag für den geringen Nutzen sprechen; es kann aber auch bedeuten, daß die mit Lohmann in Verbindung gestandenen Wirtschaftskreise nicht kompromittiert werden sollten.

148BS 467Pr, Lohmann an Peckert, 6.5.1926, BA/MA RM 21/190 Bl. 35ff.

Peckert war im übrigen der für den geheimen R-Haushalt der Marine zuständige Bearbeiter im RFM; vgl. E I G.Kds. 110, 26.9.1928, BA/MA RM 20/1028 Bl. 103ff.

149BA/MA RM 21/53 Bl. 163ff; Schüssler, Marine gegen Versailles (wie Anm. 1), S. 558.

150Eßberger an Lohmann, 29.1.1926, BA/MA RM 21/189 Bl. 95ff.

Öltransportgesellschaften, denn im Mai 1927 verhandelte er mit dem Reichsfinanzministerium über die "Einbringung einer Reichsgarantie in Höhe von etwa 25-30 Millionen Mark zur Schaffung einer Organisation für den Oeltransport", in der er, wie es scheint, die Berliner und Bremer Gesellschaft aufgehen lassen wollte<sup>151</sup>.

#### Bäderdampfer

Auch die Subventionierung der Bäderdampfer des Norddeutschen Lloyd hatte eine militärisch interessante Seite. Voraussetzung für die finanzielle Unterstützung war eine Mindestgeschwindigkeit von 18 Seemeilen, um ihn für entsprechende Marineeinsätze tauglich zu machen, und die Überlassung des Dampfers an die Marine zu Testzwecken für 14 Tage pro Jahr. Ferner wurden von Lohmann bauliche Voraussetzungen geltend gemacht, so z. B. die Möglichkeit, Munitionskammern einzurichten, Deckverstärkungen für Geschütze und eine "Stabilität ausreichend für eine Deckslast von 160t". Aber als erster Punkt wurde ein "durchlaufendes glattes Deck (vorn bis hinten)" vereinbart; ein Detail, das mit der besonderen Stabilität darauf schließen läßt, daß dieser Dampfer als mögliches 'Flugzeugmutterschiff' gedacht war<sup>152</sup>.

#### Rotorschiff Barbara und Mussolini

Der für Lohmann typische Eifer, alle Möglichkeiten eines Projektes auszureizen, zeigt sich auch bei dem Rotorschiff Barbara. Es handelte sich hierbei um einen Frachter, dem zur Unterstützung der Maschinenanlage ein windgetriebener Rotor aufgebaut wurde. Die Baukosten wurden je zur Hälfte vom Reichswirtschaftsministerium und von der Marineleitung getragen, d.h. jeweils aus geprüften Haushaltsmitteln, dennoch wollte Lohmann die Beiteiligung der Marine nicht an die große Glocke hängen. Als Bauträger sollte deshalb Lohmanns Bekannter Richter, Direktor der Sloman Reederei, dienen; ihm wurde die Barbara nach der Fertigstellung auch zur Bewirtschaftung überlassen. Die Beteiligung hatte sich aber herumgesprochen, so daß die Marineleitung auch offiziell dem Stapellauf im Frühjahr 1926 als Bauherrin beiwohnte, und Lohmanns Frau die Taufe vollzog<sup>153</sup>.

Offiziell handelte es sich um probeweise Verwirklichung eines neuen deutschen Patentens, aber so Saemisch gegenüber dem Reichskanzler:

"Nachdem das Schiff in Bau gegeben worden war, stellte sich nach Angabe Lohmann's heraus, daß bestimmte Marinewünsche (Mineneinrichtungen) berücksichtigt werden mußten, für die eine offizielle Finanzierung nicht mehr möglich war. Die Finanzierung geschah deshalb durch Lohmann. Gleichzeitig sollten bei dieser Gelegenheit auch die Unkosten der Bauwerft (Aktiengesellschaft Weser) für Instandhaltung des früheren Minenlegers Albatros (jetzt Hulk A) und der geheim getroffenen

---

151BS 430Pr, Lohmann an Heintze, 11.5.1927, BA/MA RM 21/196 Bl. 24f.

152BA/MA RM 21/192 Bl. 50ff und BA/MA RM 21/190 Bl. 145;

Bei diesem Bäderdampfer dürfte es sich im übrigen um eine Art Prototyp der 'Bremen' gehandelt haben; vgl. Höver, Actien-Gesellschaft Weser (wie Anm. 106), S. 69.

153Nachlaß Saemisch Bd 175 Bl. 74; BA/MA RM 21/190 Bl. 187.

Auf der Einladungsliste befanden sich auch Schröder, Bömers und die Phoebus Direktoren Correll und Isenberg.

Mobilmachungsvorbereitungen der Dampfer »Sorrento« und »Amalfi« gedeckt werden<sup>154</sup>."

Die erste große Fahrt der Barbara nach Spanien und Italien wurde von Lohmann genutzt um verschiedene Auslandskontakte zu pflegen, beziehungsweise zu knüpfen. Dem spanischen König, den er persönlich traf, überließ Lohmann im Laufe dieser Reise neben anderen einen von der Phoebus hergestellten Film über die Barbara<sup>155</sup>.

Auch ein Besuch Mussolinis auf der Barbara war im Gespräch; ja sogar ein Treffen Mussolinis mit Stresemann aus diesem Anlaß schloß Lohmann, der das Auswärtige Amt über seine Kontakte informiert hatte, nicht aus; aber weder das eine noch das andere fand statt<sup>156</sup>. Allerdings nutzte Lohmann den Aufenthalt in Italien im November 1926 um seinerseits Mussolini zu besuchen; wobei Lohmann unter dem Eindruck stand, "dass M. einen gewissen persönlichen Kontakt zu mir hat"<sup>157</sup>. Es kam jedoch im April 1927, als Lohmann sich mit seiner Frau inkognito in Rom aufhielt, nicht, wie geplant, zu einem weiteren Treffen, bei dem er mit Mussolini ein gemeinsames Tankschiff-Projekt besprechen wollte. Dem damaligen deutschen Botschafter in Rom Neurath teilte er mit, "dass der Duce während der Ostertage vorübergehend erkrankt sei und eine Erholungspause einhalten wolle. Er hätte sich sonst gerne mit mir über das Projekt des 11000t Tankschiffes unterhalten<sup>158</sup>." Auch dieses Tankschiff sollte zumindest einen Rotor wie die Barbara besitzen<sup>159</sup>.

#### Personelle Rüstung

Lohmann war nicht nur bemüht, Kriegsmaterial in verschiedenster Form der Marine zur Verfügung zu halten, sondern er war auch damit beschäftigt, das dazu nötige Personal auszubilden - auch dies unter Bruch des Versailler Vertrages: Artikel 177 verbot es jedweder Vereinigung, "ihre Mitglieder im Waffenhandwerk oder Gebrauch von Waffen zu unterrichten oder auszubilden"<sup>160</sup>.

Als spezielle Einrichtung Lohmanns, die diesem Verbot widersprach, wäre hier die Anfang 1925 gegründete Hanseatische Yachtschule in Neustadt zu nennen. Ihre Aufgabe war es, Besatzungen für die Schnellboote der Trayag und anderer Kleinfahrzeuge auszubilden. Es wurden Listen über besonders erfolgreiche Teilnehmer der normalerweise 6-wöchigen Kurse geführt und diesen Wiederholungskurse nahegelegt, um damit einen "Stamm für die zukünftigen Kommandanten und leitenden Ingenieure der Fahrzeuge [zu

154Nachlaß Saemisch Bd 175 Bl. 126.

Sorrento und Amalfi waren ebenfalls Schiffe der Sloman Reederei.

155BA/MA RM 21/191 Bl. 76.

156BA/MA RM 21/191 Bl. 320ff, 270, 160.

157BS 304Pr, Lohmann an Richter, 6.4.1927, BA/MA RM 21/196 Bl. 203.

158BS 359Pr, Lohmann an Neurath, 29.4.1927, M 21/196 Bl. 122.

BA/MA RM 21/191 Bl. 75.

Vgl. auch das ab 1926 intensivere Bemühen der Marineleitung um Italien als für eine Diversionsstrategie gegen Frankreich notwendigen Bündnispartner; Gerhard Schreiber, Revisionismus und Weltmachtstreben, Marineführung und deutsch-italienische Beziehungen 1919-1944, Stuttgart 1978, S. 49.

Ob Lohmann, der, nachdem er von Canaris aus einem von Echevarrieta sentimentalerweise mit Lohmann abgeschlossenen Vertretervertrag gedrängt worden war, versucht hatte, sich in Italien eine neue Existenz aufzubauen, dort auch nach seiner Entlassung noch mit offiziellen Kreisen in Verbindung stand, bleibt unklar. Vgl. Canaris Bericht vom Oktober 1928, BA/MA RM 6/48 Bl. 310ff.

160Die Friedensbedingungen der Alliierten und Assoziierten Regierungen (Übersetzung), Berlin o.J. (1919), S. 83.

bilden]. Besonders begabte Schüler waren für die Besetzung gewisser Auslandsposten bei Vertrauensfirmen für Sonderzwecke vorgesehen."

Durch den Hochseesportverband Hansa in Berlin, unter Vorsitz des ehemaligen Chefs der Marineleitung von Trotha, wurden die Kandidaten für die entsprechenden Wehrrtüchtigungslehrgänge angeworben .

Was sich Lohmann neben der rein technischen Ausbildung von diesen Lehrgängen für die meist aus national orientierten Kreisen stammenden jungen Männer versprach, schilderte er dem Bremer Bankier Schröder, gleichzeitig um finanzielle Unterstützung aus der Industrie bittend, einmal folgendermaßen:

"Ein jeder Mann kann später im Leben befehlen und einen Betrieb nur leiten, wenn er in der Jugend auch gehorchen und parieren gelernt hat. Durch den Fortfall der allgemeinen Dienstpflicht ist ja gerade dieses Moment ausgeschaltet, und hier versucht die [Hanseatische Yacht-] Schule ergänzend und wie gesagt, ausserordentlich segensreich zu wirken. Gerade wir Hanseaten sind uns ja klar darüber, dass unser junger Nachwuchs, wenn er unsere Überseegelung wieder herstellen soll, mit einem gesunden, durchgebildeten und durchtrainierten Körper hinausgehen muss, und mit einem Geist, der rein ist von allen Schlacken, vaterlandsliebend, opferfreudig und arbeitswillig vorgebildet ist<sup>162</sup>."

Bei der Yachtschule wurden aber auch zukünftige Seekadetten einer speziellen Ausbildung unterzogen. So erhielten ausgewählte Kadetten vor ihrem offiziellen Eintritt in die Marine ab Mitte der 20er Jahre eine Ausbildung zum Marineflieger, deren seemännischer Teil in Neustadt stattfand<sup>163</sup>. Auch nach Lohmanns Ausscheiden wurden in Neustadt weiterhin (zukünftige) Marineangehörige ausgebildet. Die Yachtschule wurde nun vom Hochseesportverband direkt betrieben, der gegen Überlassung von entsprechenden Booten und einem Startkapital von 60.000 RM die Ausbildung von 60 von der Marineleitung zu benennenden Schülern gegen Gebühr durchführen sollte<sup>164</sup>.

Lohmann beteiligte sich 1925 auch an der Baltischen Segelschiffs-Reederei; vornehmliches Ziel neben dem Bau von auch für die Kriegsmarine tauglichen Motorseglern war die Ausbildung von Unteroffizieren und Mannschaften. Das Unternehmen wurde trotz einer günstigen Einschätzung der Abwicklungsgruppe nach Lohmanns Abgang aufgelöst<sup>165</sup>.

---

161Nachlaß Saemisch Bd 175 Bl. 58ff; BA/MA RM 21/53 Bl. 163ff.

Eine gewisse Sentimentalität Lohmanns zeigt sich darin, daß das erste, was er zum Aufbau der Yachtschule gekauft hatte, sein ehemaliges Feriendomizil, das Kurhaus 'Marienbad' in Neustadt, war, das aus wirtschaftlichen Gründen hatte schließen müssen; Nachlaß Saemisch Bd 175 Bl. 58ff.

Im Rahmen einer Vorbeifahrt im Frühjahr 1927 wurde Reichspräsident Hindenburg durch Raeder über Sinn und Zweck der Yachtschule in Kenntnis gesetzt. Um Hindenburg dafür noch weiter einzunehmen sollte seine Frau durch Edith Lohmann, vermutlich die Frau von Paul Lohmann bearbeitet werden; BA/MA RM 21/200 Bl. 100ff

162BS 235PR, Lohmann an Schröder, 24.3.1927, BA/MA RM 21/200 Bl. 201.

163Schüssler, Marine gegen Versailles (wie Anm. 1), S. 584.

164Vgl. den Vertrag zwischen ML und Hochseesportverband vom 24.7.1928; BA/MA RM 20/1029 Bl. 8ff.

165BA/MA RM 21/53 Bl. 163ff; Schüssler, Marine gegen Versailles (wie Anm. 1), S 557.

Zu anderen Vorschlägen innerhalb der Marineleitung für ähnliche Unternehmungen, die Lohmann zum Teil unter Verweis auf seine eigenen Pläne abgeblockt hat, BA/MA RM 21/166 Bl. 158f, 80, 56, BA/MA RM 21/180 Bl. 3.

### Organisatorische Maßnahmen

Der nun folgende Bereich der organisatorischen Maßnahmen innerhalb der Lohmannschen Unternehmungen reicht von militärisch noch leicht begründbaren Aktivitäten, wie Mobilmachungsvorbereitungen oder der Organisation von Nachrichtendiensten, über den Versuch, mit der Phoebus-Filmgesellschaft ein modernes Propagandainstrument in die Hände zu bekommen, bis zu eher an einen Gemischtwarenladen erinnernde Projekte, wie der großangelegte Export von Schweinefleisch oder die Vermarktung eines Mühlenpatentes. Aber selbst diesen Projekten konnte Lohmann immer noch einen militärischen Nutzen abtrotzen. Den Schlußpunkt dieser Auflistung und gewissermaßen auch der Schlußstein von Lohmanns Unternehmensverbund stellt sein Bemühen dar, eine Bank unter seine Kontrolle zu bringen.

### Wehrwirtschaft

Als Tarnfirma für eng mit der Marineleitung verbundene Geschäfte haben wir die Navis bereits kennengelernt: so z.B. als Inhaberin der Schnellboote. Die Navis hielt die geschäftlichen Verbindungen zur Mentor oder zur gleich näher zu beschreibenden Tebeg. Sie sorgte für entsprechende Büroräume oder stellte für den Chef der Marineleitung bzw. seinen Stellvertreter und natürlich für Lohmann passende Limousinen zur Verfügung<sup>166</sup>. "Im übrigen sollte die Navis auch rein private Geschäfte (hauptsächlich Kommissionsgeschäfte) betreiben<sup>167</sup>."

Die Mentor scheint die Geschäftsinteressen Lohmanns, beziehungsweise der Marineleitung in ähnlicher Weise wie die Navis vertreten zu haben, allerdings auf einer höheren Stufe der Geheimhaltung. So betrieb die Mentor neben der Organisation der deutschen U-Bootinteressen auch die "treuhänderische Wahrnehmung der Marineinteressen bei der Aerogeodetic"<sup>168</sup>. Die Aerogeodetic war eine Gründung des Marinewaffenamtes, zur Entwicklung und Produktion von speziellen Kreiselgeräten zur Wegemessung und Artillerie-Leitung<sup>169</sup>.

Das Herzstück aber, was die organisatorischen Maßnahmen der Marineleitung betrifft, an denen Lohmann beteiligt war, stellte die im Februar 1925 gegründete Tebeg (Technische Beratung und Beschaffung GmbH) als Zentralstelle für die wirtschaftlichen Mobilmachungsvorbereitungen der Marine dar. "Das Ziel war die Aufstellung eines umfassenden Rüstungsplanes, der die Sicherstellung und Verteilung von Rohstoffen, Fabrikationsmöglichkeiten und Arbeitskräften regeln sollte<sup>170</sup>."

Halterin der Anteile war, wie gesagt, die Navis, in deren Haus, Lützuwerfer 3, die Tebeg auch untergebracht war. Die laufende Finanzierung von 120.000RM jährlich erfolgte

---

<sup>166</sup>BS 36Pr, Lohmann an Haupt (Geschäftsführer der Navis), 13.1.1926, BA/MA RM 21/189 Bl. 188.

Es handelte sich um von der Firma günstig zur Verfügung gestellte Wagen; Maybach hat auch für die Marine Motoren entwickelt und ist hierbei unter die Fittiche Lohmanns gekommen.

<sup>167</sup>Nachlaß Saemisch Bd 175 Bl. 41ff.

<sup>168</sup>Vgl. BA/MA RM 21/53 Bl. 163ff.

<sup>169</sup>Schüssler, Marine gegen Versailles (wie Anm. 1), S. 596f.

<sup>170</sup>Rahn, Reichsmarine (wie Anm. 14), S. 218.

Die Tebeg ist somit die in eine eher privatwirtschaftliche Form gekleidete Entsprechung zum Nachschubstab des Heereswaffenamtes; vgl. Hansen, Reichswehr und Industrie (wie Anm. 57), S. 66f.

jedoch zu gleichen Teilen durch die Konstruktionsabteilung (K), die Marinewaffenabteilung (BW) und die Werftabteilung (BB V); die Gelder stammten aus Haushaltsmitteln, die der Tebeg über diese Abteilungen aus dem R-Haushalt zufließen<sup>171</sup>. Eine gewisse Aufgabenverflechtung der Tebeg mit der anderen Navis-Tochter Mentor läßt sich aus der geplanten, aber dann aus Geheimhaltungsgründen nicht durchgeführten Fusion der beiden Stellen im Rahmen der Lohmann-Abwicklung ableiten.

Daß die möglichst schnelle In-Dienst-Stellung von U-Booten im Ernstfall die zentrale Rolle im von der Tebeg bearbeiteten Wehrwirtschaftsprogramm spielte, zeigt sich unter anderem daran, daß der bei der Tebeg beschäftigte Oberbaurat Hey für diese Position vermutlich gerade deshalb ausgewählt wurde, weil er während des Krieges mit der Konstruktion von U-Booten befaßt war; darüberhinaus wurde Spindler teilweise als "Leiter der Mobilmachungsvorbereitungen" geführt<sup>172</sup>.

#### Nachrichtendienst

Zum Problemkreis, welche Rolle Lohmann innerhalb der Marineleitung spielte, gehört auch die Frage, was es mit der Ansicht Geßlers auf sich hat, Lohmann habe sein Hauptaugenmerk ab 1923 "mehr und mehr auf die Organisation eines eigenen geheimen Nachrichtendienstes für die Marine" gelegt. Geßler fährt fort: "In Lohmann wirkte noch die alte Tirpitz-Schule nach, die einen Schwerpunkt in der militärischen und marinepolitischen Nachrichtenbeschaffung und Nachrichtengebung gebildet hatte; die Bonität dieses Nachrichtenmaterials war zwar äußerst umstritten, im Reichstag sowohl wie bei den zivilen Ämtern, aber zeitweise war es doch recht einflußreich<sup>173</sup>."

Es ist leider nicht klar, ob es sich bei dem hier angesprochenen Material um solches handelt, daß Lohmann auf seinen 'privaten' Kanälen sammelte, oder ob es sich um solches handelt, daß von den verschiedenen Nachrichtenstellen der Marineleitung insgesamt stammte, denn Lohmann hatte auch in diesem Bereich eine zentrale Stellung inne. Dies zeigt sich vor allem daran, daß ein erheblicher Teil der anfallenden Personal- und Sachkosten über seine Bücher abgewickelt wurden.<sup>174</sup>

---

171 Nachlaß Saemisch Bd 175 Bl. 64ff; BA/MA RM 21/53 Bl. 194ff.

Einmal bei der Tebeg angekommen, konnten die Gelder aber auch wieder in eine andere Richtung fließen: so betrug die Miete, die die Tebeg für ihre Berliner Büroräume an die Navis entrichtete, erstaunliche 40.000 RM jährlich; was letztlich eine Verstärkung der schwarzen Gelder Lohmanns darstellte; vgl. Nachlaß Saemisch Bd 175 Bl. 52ff.

Bei den drei genannten Abteilungen handelt es darüberhinaus um diejenigen, die neben der Seetransportabteilung am ehesten in der Lage waren, geheime Fonds am doppelten Haushalt und damit an der Rechnungsprüfung vorbei aufzubauen; sei es durch entsprechend fingierte Rechnungen bei der Konstruktions- und der Werftabteilung, oder sei es durch Waffenschieberei bei der Waffenabteilung. Bei den von Groener angeordneten Aufdeckung aller geheimen Fonds finden sich solche Fonds bei BW und BBV in Millionenhöhe, BA/MA RM 21/54 Bl. 168ff.

172 Vgl. z.B. E I G.Kds., 26.9.1928, BA/MA RM 20/1028 Bl. 103ff; BA/MA RM 21/53 Bl. 198ff.

Rössler bezeichnet die Tebeg als "eine Art Rüstungs- und Beschaffungsamt für Ms-Vorbereitungen insbesondere auf dem U-Bootsektor"; Rössler, U-Bootbau (wie Anm. 106), S. 133.

173 Geßler liefert aber leider keine Beispiele oder Belege für entsprechendes Material; Geßler, Reichswehrpolitik (wie Anm. 2), S. 447; vgl. auch Güth, Organisation der deutschen Marine (wie Anm. 7), S. 321.

174 BA/MA RM 21/53 Bl. 176; Nachlaß Saemisch Bd 175 Bl. 124.

Lohmann bemühte sich schon kurz nach seiner Berufung zum Chef der Seetransportabteilung im Oktober 1920 darum, eine zentrale Position auch für die Nachrichtenverteilung innerhalb der Marineleitung zu erhalten. Hierfür bot seine Verantwortlichkeit für die verschiedenen Kriegsgefangenenangelegenheiten eine gute Ausgangsposition. So versuchte er Ende November 1920 mit dem Hinweis darauf, daß die Krifadampfer "nicht von der Marineleitung, sondern von der Seetransportabteilung gechartert [sind] und diese der Krifa-Zentrale und dem Völkerbund gegenüber verantwortlich" sei, zu erreichen, daß die Berichte der Krifadampfer nicht wie bisher über die nautische Abteilung (BH), sondern über die Seetransportabteilung laufen; womit ihm dann die Möglichkeit gegeben wäre, die jeweils interessierenden Informationen an die nautische und/oder an die Flottenabteilung weiterzugeben<sup>175</sup>.

Lohmann hatte auch erreicht, daß der Londoner Marinevertreter Glimpf nachrichtendienstlich verwertbares Material über ihn sandte<sup>176</sup>. Dem Bremer Senator Boemers bot er im Dezember 1920 - allerdings erfolglos - an, sich als Informationskanal zum Chef der Marineleitung dazwischenschalten<sup>177</sup>. Mit dem nun in Danzig als Journalist tätigen, früheren Chef von BS Martini vereinbarte er Nachrichtenaustausch über die polnischen Aktivitäten um Gdingen und Danzig .

Lohmann war aber nicht der einzige Seeoffizier, in dem noch die alte Tirpitz-Schule fortwirkte. Lohmanns guter Bekannter und Leiter der Dienststelle in Bremen Raven teilte ihm im Juli 1921 folgendes über die ertragreichen Beziehungen seiner Dienststelle zu der Bremer Außenstelle des Auswärtigen Amtes mit: "Ich glaube, dass vieles Material aus dieser Quelle sich für einen Nachrichtendienst der Seetransportabteilung verarbeiten lässt. Mit der Abgabe eignen Materials bin ich natürlich sehr vorsichtig, weil man immer damit rechnen muss, dass dieses auch an das Auswärtige Amt gelangt. [...] Du kannst immer darin für Dich oder andere Stellen der Marineleitung einen Kanal sehen, wie man das Auswärtige Amt Berlin auf Umwegen über seine Aussenstellen mit Nachrichten speisen und beeinflussen kann<sup>179</sup>." Lohmann scheint neben weiteren Stellen innerhalb der Marineleitung, tatsächlich größeres Interesse an einem solchen Umweg zum Auswärtigen Amt gehabt zu haben<sup>180</sup>.

Die Seetransportvertretung in Petersburg, dann Leningrad, betrieb Lohmann unter anderem auch mit dem Ziel über sie Nachrichten zu gewinnen; allerdings ohne dabei im

Auf dieser Liste finden sich verschiedene Referenten, wie z.B. Spindler oder Lohmanns Mann in Spanien Messerschmidt, sowie Hilfsarbeiter der Marineleitung und der Stationskommandos, ferner, neben anderen Schreibkräften, auch Lohmanns Privatsekretärin und Russisch-Dolmetscherin Olga Fausel.

Auf der Personalliste findet sich auch eine Schreibkraft der Waffenabteilung. Die Beziehungen in Personalfragen gehen aber noch weiter. So teilte Lohmann dem Geschäftsführer der Navis Haupt z.B. mit: "Kapt-Kinzel möchte seinen Angestellten Namens Sporleder von Navis bezahlen lassen. Keine Bedenken. Aber Rechnung schreiben an B.W. (Kinzel persönlich) mit 10% Aufschlag für Arbeit, Zeit, Papier usw. Ebenso wie Tebeg an B.W. Rechnungen schreibt, muss Navis dies auch tun." BS 318PR, Lohmann an Haupt, 25. 5. 1925, BA/MA RM 21/184 Bl. 72f.

BA/MA RM 21/162 Bl. 157ff.

176BA/MA RM 21/162 Bl. 107ff, BA/MA RM 21/197 Bl. 49.

177BA/MA RM 21/162 Bl. 116.

178BA/MA RM 21/163 Bl. 337; dieser Nachrichtenaustausch lief bis zu Lohmanns Ende über seine Privatkorrespondenz; z.B. BA/MA RM 21/168 Bl. 183.

179BA/MA RM 21/197 Bl. 70ff.

180BA/MA RM 21/197 Bl. 65.

engeren Sinne Spionage zu betreiben; letzteres versicherte er Brockdorff-Rantzau ausdrücklich. Allerdings böte der Vorwand der Buchprüfung gegenüber der Entente die Möglichkeit "aus denen Ihnen bekannten Gründen" nach Rußland zu reisen<sup>181</sup>. Er legte dem dortigen Vertreter Nicol nahe, sich "bei der russischen Marine nicht nur als Vertreter der Seetransportabteilung, sondern überhaupt der Marine" darzustellen<sup>182</sup>. Dafür räumte er Nicol auch einen festen Etatposten für Repräsentationszwecke von fünf £ monatlich ein<sup>183</sup>. Lohmann faßte im Oktober 1923 dessen Aufgaben folgendermaßen zusammen: "Ihre vornehmste Tätigkeit dort ist, in dieser Beziehung durch Ihre Vertrauensleute, deren Namen ich hier nicht aufzuführen brauche, die Sie aber hoffentlich massenweise an der Hand haben, die Bewegungen bei der russischen Armee und der russischen Marine zu beobachten [...] und mir, solange die Lage in Deutschland andauert, mit jeder Post laufend auf besonderem Bogen ohne Kopf und ohne Unterschrift Bericht zu erstatten<sup>184</sup>." Neben dieser ständigen Berichterstattung, deren militärischen Wert Lohmann allerdings Ende 1924 Nicol gegenüber stark bemängelte<sup>185</sup>, gab er auch spezielle Anfragen an Nicol weiter. So sollte dieser zum Beispiel im Februar 1923 für den amerikanischen Marineattaché in Berlin, Halsey, dessen Liste der russischen Marine vervollständigen<sup>186</sup>; im Juni 1924 sollte er über die Zusammensetzung des russischen Seeoffizierskorps (soziale Herkunft etc.) für die Marineleitung berichten<sup>187</sup>. Lohmann hatte auch in für ihn typischer Manier versucht, die Seetransportstelle in Petersburg finanziell auf eigene Füße zu stellen. Er wollte, nachdem Pläne mit verschiedenen Reedern zu nichts geführt hatten<sup>188</sup>, mit dem deutschstämmigen russischen Staatsbürger Lambert als Strohhalm und dem Geld Sprengers die Handelsgesellschaft 'Merotwal' gründen. Deren Zweck hätte einerseits darin bestanden, den Seetransportvertreter zu bezahlen und die Kraftwagen der Marine, die sich noch in Petersburg befanden, zu vermieten, und andererseits mit dem in Berlin befindlichen Lohmann-Vertrauten Gerber die deutsch-sowjetischen Handelsbeziehungen zu koordinieren und damit weiteres Geld zu verdienen. Lohmann legte in einem Schreiben vom 5. Dezember 1923 an Lambert nicht nur wegen des russischen Außenhandelsgesetzes, das ein entsprechendes finanzielles Engagement in einer russischen Firma strengstens untersagte, großen Wert auf Geheimhaltung; "ich bleibe aber endgültig dabei, dass allen Dritten gegenüber Merotwal in Petersburg Ihr Privatbesitz und Ihr Privatkapital ist [...] Insbesondere soll das Auswärtige Amt und Herr

181BS 6P, Lohmann an Brockdorff-Rantzau, 5.1.1923, BA/MA RM 21/178 Bl. 325ff.

182BS 189Pr, Lohmann an Nicol, 19.1.1923, BA/MA RM 21/173 Bl. 189.

Lohmann machte Nicol gegenüber auch klar, daß er ihn in dieser Stellung nur halten könne, wenn er für die Marineleitung interessantes Material liefere; BA/MA RM 21/177 Bl. 209, BA/MA RM 21/165 Bl. 22.

Neben Informationen mit militärischen Belangen sammelte und verteilte Lohmann permanent wirtschaftlich relevante Nachrichten; z.B. BA/MA RM 21/197 Bl. 172.

183BA/MA RM 21/164 Bl. 73, BA/MA RM 21/165 Bl. 22.

184BS 882Pr, Lohmann an Nicol, 25.10.1923, BA/MA RM 21/176 Bl. 51.

Am 21.5.24 bestätigte Nicol, daß er wegen den deutsch-sowjetischen Verwicklungen (Durchsuchung der eigentlich exterritorialen sowjetischen Handelsvertretung in Berlin durch preußische Polizei am 3. Mai) "sämtliche Akten der Seetransportstelle, bis auf ganz offizielle Schreiben vernichtet" habe; BA/MA RM 21/164 Bl. 136.

185BA/MA RM 21/165 Bl. 22.

186BA/MA RM 21/178 Bl. 154ff, 13.

187BA/MA RM 21/164 Bl. 74, 73.

188BA/MA RM 21/173 Bl. 257, 116ff, BA/MA RM 21/174 Bl. 14f.

von Kessler [Chef des deutschen Konsulats in Petersburg] nicht von unseren internen Beziehungen wissen<sup>189</sup>." Das Unternehmen scheiterte dann jedoch daran, daß Lambert wegen des Verstoßes gegen das Außenhandelsgesetz - allerdings nicht in Zusammenhang mit einer Lohmannschen Unternehmung - und wegen Spionage für das deutsche Auswärtige Amt noch im Dezember 1923 verhaftet wurde<sup>190</sup>.

Lohmann scheint allerdings auf Grund des Scheiterns sowohl seiner geschäftlichen Pläne wie auch der U-Boot-Unternehmungen und dem geringen Wert der erreichbaren Nachrichten sowie wegen des zu erwartenden Widerstandes von der eher antisowjetischen Seite innerhalb der Marineleitung, die Lust darauf vergangen zu sein, nach der Winterpause 1924/25 die Seetransportstelle in Leningrad wieder zu besetzen.

Neben der Sowjetunion war - wie erwähnt - Spanien ein bevorzugtes Aktionsgebiet Lohmanns. Auch schon bevor er seine Beziehungen zu Echevarrieta ausbaute, und auch bevor 1927 der auf seiner Gehaltsliste stehende Marine/I.v.S.-Vertreter Messerschmidt in Spanien seine Arbeit aufnahm, pflegte Lohmann in Verbindung mit Canaris spätestens seit Anfang 1923 geheimdienstliche Kontakte zu dem Geschäftsmann und seit April 1924 Verweser des deutschen Konsulats in Cartagena, Enrique Fricke<sup>191</sup>. Fricke war schon während des 1. Weltkriegs für die deutsche Marine unterwegs, um als amerikanischer Matrose getarnt Sabotageakte durchzuführen<sup>192</sup>. Neben dessen Anteilnahme an den deutschen U-Bootplänen in Spanien wurde Lohmann von ihm über Interna der spanischen Regierung, des Marineministerium und des Admiralsstab sowie z.B. über den Markt für Schnellboote in Spanien informiert<sup>193</sup>.

1924 sicherte Fricke darüberhinaus der Navis und über diese der Bergungsgesellschaft Kiwulls, an der sich Lohmann darauf ebenfalls beteiligte, den Auftrag der spanischen Marine für die Bergung des Kriegsschiffes España, wobei er schon frühzeitig auf die 10% Schmiergelder für die verantwortlichen spanischen Offiziere aufmerksam machte<sup>194</sup>. "Im Sinne [...] der Erhaltung der Freundschaft mit den Spaniern, an der uns ausserordentlich viel gelegen ist", bat Lohmann die Beteiligten "alle Hebel in Bewegung zu setzen und auch keine Kosten zu scheuen, damit die Bergungsangelegenheit, an der unser Prestige hält, tadellos funktioniert<sup>195</sup>."

---

189BS 981Pr, Lohmann an Lambert, 5. 12. 1923, BA/MA RM 21/177 Bl. 150ff.

190BA/MA RM 21/177 Bl. 71, BA/MA RM 21/195 Bl. 57.

191BA/MA RM 21/165 Bl. 204.

192BA/MA RM 21/181 Bl. 198, 135, 115ff.

BA/MA RM 21/ 181 Bl. 294, BA/MA RM 21/183 Bl. 196.

BA/MA RM 21/ 179 Bl. 145, BA/MA RM 21/164 Bl. 85ff, BA/MA RM 21/165 Bl. 191, BA/MA RM 21/181 Bl. 294ff.

194Kiwull hatte im Juli 1924 zusammen mit der Allianz-Versicherungsgesellschaft und einer weiteren kleinen Firma die Bergungsstudiengesellschaft mbH gegründet, um seine Erfindung, das Kiwullsche Eisbergungsverfahren, zur Reife zu entwickeln und zu verwerten. Bis Anfang 1925 hatte Lohmann durch die Navis je die Hälfte der Anteile von Kiwull und der Allianz sowie das ganze Drittel des letzten Teilhabers übernommen. Nachdem bis 1927 Lohmann für seine nun zwei Drittel rund 80.000 RM investiert hatte, vereinbarten die Eigner eine Liquidation der Gesellschaft, da ihnen die Entwicklungskosten bis zu einer wirtschaftlichen Ausnutzung zu hoch erschienen. Lohmann wollte sich Kiwull mit dieser Gesellschaft vielleicht auch nur warm halten, denn gegenüber Fritze betonte er, "dass er gehofft habe, die ihm bekannten guten Beziehungen des Erfinders Kiwull zu russischen Kreisen seinen marinepolitischen Plänen nutzbar machen zu können"; Fritze (wie Anm. 46), Bl. 141ff.

BA/MA RM 21/165 Bl. 192, BA/MA RM 21/164 Bl. 129, BA/MA RM 21/181 Bl. 53

195BS 576Pr, 23.10.1924, BA/MA RM 21/181 Bl. 39ff.

Die Phoebus als Nachrichtendienst?

Was die Seite der Nachrichtenbeschaffung bei der nun zu behandelnden Phoebus Filmgesellschaft betrifft, so finden sich dazu verschiedene Hinweise aber keine eindeutigen Belege. So schreibt Fritze in seinem Bericht, daß "Lohmanns Gedanke, den Film zur Anknüpfung marinepolitisch nützlicher Beziehungen im Auslande zu benutzen, vielleicht nicht von vorneherein zu verwerfen" wäre<sup>196</sup>. Lohmann selbst deutet an verschiedenen Stellen etwas derartiges an; so bittet er z.B. Mitte 1924 den ihm von Reisen zu den Waffenstillstandsverhandlungen bekannten Bankdirektor Kauffmann folgendermaßen um einen Kredit:

"Die Gewährung des Wunsches der Phoebus-Film AG liegt nach meiner Ansicht nicht nur im national-wirtschaftlichen Interesse, da so die nationale deutsche Filmproduktion zum Erliegen kommt und Tausende wieder brotlos werden, sondern auf Grund eines längeren Zusammenarbeitens haben wir hier speziell auch ein sehr grosses Interesse daran die Phoebus-Film AG möglichst leistungsfähig zu erhalten, da sie sich uns durch gewisse Leistungen, die ich Ihnen ja aus erklärlichen Gründen schriftlich wohl nicht darzulegen brauche, nicht nur stets bereitwilligst zur Verfügung gestellt hat, sondern auch in für uns wertvoller Form fernerhin zur Verfügung stellen wird<sup>197</sup>."

Schon Mitte 1923 fühlte er sich der Phoebus verpflichtet, "weil die Leute uns in gewissen Sachen sehr im Auslande helfen"<sup>198</sup>. Die Auslandsinteressen der Marineleitung, insbesondere Lohmanns, trafen sich in diesem Zeitraum mit den wirtschaftlichen Interessen der Phoebus in der Sowjetunion. Während die Phoebus dort primär einen Absatzmarkt für ihre Filme sah, wollte Lohmann durch die Verbesserung der Handelsbeziehungen und die Schaffung fester Dependancen einen Informationskanal aufbauen. Im Januar 1923 hatte Lohmann einem Bekannten in Moskau geschrieben: "Die Phöbus-Filmgesellschaft hat mich aufgesucht. Sie wollen Filme, die in Deutschland nicht mehr gehen, die aber noch gut sind, in Russland absetzen"<sup>199</sup>. Nachdem durch den Phoebus-Direktor Isenberg entsprechende Kontakte geknüpft worden waren, regte Lohmann Ende 1923 die Einrichtung einer ständigen Vertretung der Phoebus in Russland an; sein Kandidat hierfür war der ehemalige Seetransportvertreter in Petersburg, König<sup>200</sup>.

---

196Fritze (wie Anm. 46), Bl. 86.

197BS 306Pr, 3.6.1924, BA/MA RM 21/165 Bl. 161 (Unterstreichung Lohmann).

198BS 636Pr, 19.7.1923, BA/MA RM 21/175 Bl. 24.

199BS 79Pr, 19.1.1923, BA/MA RM 21/173 Bl. 191f.

Auch der Fritze-Bericht beruft sich auf das gemeinsame Interesse an der Sowjetunion als Ausgangspunkt für die Beziehungen zwischen Lohmann und der Phoebus. Die von Fritze beschriebene Anekdote, Lohmanns Hausjurist Eckhardt habe während einer Zugfahrt Isenberg kennengelernt und ihm von Lohmanns Studienreise nach Rußland erzählt, worauf sich Isenberg mit seinem Kollegen Correll an Lohmann zwecks Vermittlung gewandt hätte, muß, zumindest was das Datum betrifft, als nicht den Tatsachen entsprechend bezeichnet werden. Fritze gibt nämlich an, daß sich die Beziehungen um die Jahreswende 23/24 entwickelt hätten; Fritze (wie Anm. 46), Bl. 62.

Lohmann war Anfang 1923 mit seinen Verbindungen auch schon anderweitig hilfreich, wie z.B. bei der Besorgung eines Handelsdampfermodells beim Institut für Meereskunde für entsprechende Filmaufnahmen, oder bei dem Versuch Reedereien, zu einem Tausch von Freifahrten gegen einen Werbefilm zu überzeugen. BS 94Pr, 24.1.1923, BA/MA RM 21/173 Bl. 160, Exposé der Phoebus für Lohmann, 6.3.1923, BA/MA RM 21/174 Bl. 244f, BS 227Pr und BS 290Pr, März 1923, BA/MA RM 21/174 Bl. 242f, 99f, 97f.  
200BS 943Pr, Lohmann an König, 12.11.1923, BA/MA RM 21/177 Bl. 216.

Königs Phlegma während der Probezeit scheint diese Verbindung allerdings verhindert zu haben<sup>201</sup>.

Weitere Hinweise z.B. aus späterer Zeit oder über die Tätigkeit der Phoebus in den USA fehlen bisher leider.

Der Fritze-Bericht befaßt sich dafür aber ausführlich mit den finanziellen Beziehungen zwischen Lohmann und der Phoebus. Das Aktienkapital der Phoebus wurde im Juni 1924 auf 1,2 Mill. GM umgestellt. Im Laufe dieses Jahres hatte Lohmann der Phoebus schon Darlehen von insgesamt 870.000 RM gegeben<sup>202</sup>.

Bei einer anstehenden Kapitalerhöhung vergrößerte Lohmann seinen Einfluß auf die Phoebus nochmals erheblich. "Da er das von der Phoebus verfolgte Ziel der weiteren Ausdehnung ihres Unternehmens, insbesondere auch auf dem Gebiete des Theaterbetriebs als erforderlich ansah und dabei den rechtlichen und wirtschaftlichen Einfluß eines Großaktionärs zu gewinnen wünschte, vereinbarte er mit der Direktion der Phoebus die Erhöhung des Grundkapitals um RM 2.800.000." Lohmann übernahm ein Paket von nominell 1,3 Mill. für 1,8 Mill., für das er neben seinem bis zum März 1926 auf 950.000 RM angelaufenen Kredit noch weitere 850.000 RM aufwendete. In Anbetracht der guten Geschäftsergebnisse der Filmindustrie in der Inflationszeit erwartete Lohmann von seiner Beteiligung ein lukrative Dividendenausschüttung, die allerdings unterblieb. Auch die vereinbarte 10%ige Verzinsung eines Scheindarlehens von 1,62 Mill., die auf die Dividende anzurechnen gewesen wäre, scheint nicht wie gewünscht geflossen zu sein. Bis Ende 1927 sind für die Verzinsung nur 127.000 RM verbucht worden<sup>203</sup>.

Als Treuhänderin für Lohmanns Anteile fungierte die Lignose AG, die bei der Kapitalerhöhung selbst ein Paket von nominell 1 Mill. übernahm. Die Lignose stellte unter anderem die Rohfilme für die Phoebus her und war damit natürlich an deren Gedeihen interessiert. Im Aufsichtsrat vertrat allerdings Saalfeld vom Berliner Bankverein die Anteile Lohmanns.

Es ist nicht ganz auszuschließen, daß ein Teil dieser Konstruktion im Interesse der Lignose selbst, beziehungsweise im Interesse der Reichswehr am geheimen Teil der Lignose erdacht wurde, insofern als die Lignose als Sprengstofffabrikationsstätte in die Reihe, der für den Ernstfall ausgerüsteten, aber von der IMKK nicht genehmigten Industrieanlagen gehörte<sup>204</sup>.

---

201BA/MA RM 21/174 Bl. 248.

202Fritze (wie Anm. 46), Bl. 62f.

203Ebd. Bl. 63f.

Vgl. auch die Versuche Lohmanns, im ersten Halbjahr 1924 private Kredite für die Phoebus aufzutreiben, z.B. BS 269Pr, 27.4.1924, BA/MA RM 21/165 Bl. 222, 202.

Verschiedene Reeder bat er etwas verklausuliert um 250.000 RM für die Phoebus. "Die Sache wird nicht von mir persönlich bearbeitet und bin ich privatim [!] auch garnicht daran interessiert; wir [!] haben vielmehr bestimmte Interessen an dem Zustandekommen, auf die ich mich schriftlich aus erklärlichen Gründen hier nicht einlassen möchte. Andererseits liegt in der Betonung unserer [!] Interessen gewissermassen auch eine bestimmte Sicherheit." BS 309Pr, 4.6.1924, BA/MA RM 21/165 Bl. 155ff.

204Vgl. Ernst Willi Hansen, Zum 'Militärisch-Industriellen-Komplex' in der Weimarer Republik, in: Militär und Militarismus in der Weimarer Republik, Düsseldorf 1978, S. 122.

Laut Fritze war die Seetransportabteilung bei der Phoebus als "Lignose-Film Konto 3" und "Lignose Film, Transport-Konto" kontiert; Fritze (wie Anm. 46), Bl. 64.

Trotz der erheblichen Kapitalerhöhung und erheblicher weiterer Kreditaufnahme, allein 0,5 Mill. RM von Lohmann, "ergab sich bereits anfangs 1926 weiterer Geldbedarf, wesentlich wohl im Zusammenhange mit dem [...] in Berlin für Rechnung der Gesellschaft unternommenen Bau des neuen großen Lichtspieltheaters »Capitol«". Der Buchhalter der Seetransportabteilung Schneider und Saalfeld kamen in einem von Lohmann geforderten Bericht zu dem Ergebnis, "daß zur gründlichen Beseitigung der Illiquidität der Phoebus und zur Bereitstellung der Mittel für eine genügende eigene Produktion etwa 3 Millionen Reichsmark erforderlich, aber bei Durchführung einer Reihe organisatorischer und personeller Veränderungen auch ausreichend seien"<sup>205</sup>.

Lohmann hoffte über Koch-Weser, mit dem er zu diesem Zeitpunkt auch über dessen Beteiligung an den Öltransportgesellschaften verhandelte, und dessen Parteifreund, den Reichsfinanzminister Reinhold, an das nötige Geld zu kommen. Lohmann teilte Koch direkt mit, "dass ich [Lohmann] Beeinflussung auf Presse und Film beabsichtige"<sup>206</sup>. Koch kam Lohmanns Drängen: "wenn nicht alles unter amerikanischen Einfluss unwiederbringlich kommen soll", nach, und vermittelte einen Termin beim Finanzminister. Dieser lehnte eine Subventionierung der Phoebus ab, ließ sich aber ebenso wie der Reichswehrminister Geßler und der Chef der Marineleitung Zenker von Lohmann dazu bewegen, eine Rückbürgschaft für einen Kredit der Phoebus bei der Girozentrale über drei Mill. RM zu zeichnen. Die eigentliche Bürgschaft wurde von der Lignose geleistet, wobei es sich nach Ansicht Lohmanns nur um ein Tarnmanöver handelte, und er deshalb der Lignose zusagte, daß das Reich auf jeden Fall einspringen würde. Geßler und Reinhold gingen angeblich aber davon aus, daß die Lignose haften würde, wenn sie dazu in der Lage wäre<sup>207</sup>.

Von den zwischen dem 31. März und dem 15. Mai abgerufenen drei Millionen gingen auch 578.000 RM an Lohmann, um seine bis dahin eingegangenen Kredite abzudecken. Aber er gewährte der Phoebus auch weiterhin erhebliche Darlehen, so daß er am 1. Januar 1927 neben seinen Aktien und einer verbürgten Restschuld von 2,52 Mill. des Kredites der Girozentrale noch weitere 2,7 Mill. RM in der Phoebus stecken hatte.

---

Die Vermutung, daß die Phoebus "Zwischenstation für die Überweisung geheimer Gelder an die Rüstungsindustrie" sei, hatte auch der KPD Rüstungsexperte Schneller; vgl. Edgar Doehler, Die Entlarvung der geheimen Rüstung in der Weimarer Republik als Teil des Antikriegskampfes der KPD, in: Militärgeschichte 1(1990), S. 46.

205Fritze (wie Anm. 46), Bl. 64f.

206BS 98Pr, Lohmann an Koch, 29.1.1926, BA/MA RM 21/189 Bl. 119.

"Auf Grund von Andeutungen nahm Dr. Koch-Weser an, daß 'schwarze Mittel' der Reichswehr in dem Phoebusunternehmen steckten; er vermutete aber, daß es sich dabei um 'gesammelte', nicht aus der Reichskasse stammende Gelder handele." Fritze (wie Anm. 46), Bl. 65.

207Ebd. Bl. 65ff.

Die genauen Abläufe wie es zu den einzelnen Unterschriften gekommen ist, und wer wieviel wußte, lassen sich auch mit dem an dieser Stelle einigermaßen ausführlichen Fritze-Bericht nicht rekonstruieren. Fritze hatte ja in diesem Zusammenhang die Haftung für die jeweilige Gewährung der Unterschrift zu beurteilen. Er kam hierbei zu dem Ergebnis, daß Zenker, Geßler und Reinhold haftbar zu machen seien; ebd. Bl. 92ff. Obwohl ein geheimes Gutachten des Generalbüros des Rechnungshofes Anfang 1928 zu dem Ergebnis gekommen war, daß Reinhold auf jeden Fall und Geßler unter Umständen haftbar zu machen sei, Nachlaß Saemisch Bd 176 Bl. 95ff, äußerte Saemisch zum Fritze-Bericht zwei Jahre später die Ansicht, daß er "in seinem sachlichen Rechtsergebnis zu unrichtigen Schlußfolgerungen" gekommen sei, und stufte Fritzes Arbeit nur "als Material für einen endgültigen Schlußbericht" ein; BA R 43 I/605 Bl. 23f.

Infolgedessen bürgte Lohmann im Februar für einen Kredit über 3,5 Mill. bei der Diskontogesellschaft (und für einen etwas undurchsichtigen Kredit des Bankhauses Mendelssohn über 920.000 RM im Juni<sup>208</sup>). Lohmann soll hierbei seine Furcht vor möglichen Zahlungsschwierigkeiten der Phoebus bewegt haben. "Deren Hervortreten glaubte er unter allen Umständen vermeiden zu müssen, weil er fürchtete, es könne zum Bekanntwerden der durch die Unterschrift der Minister gedeckten Bürgschaft vom 26. März 1926 führen. Deshalb blieb ihm nach seiner Darstellung nichts anderes übrig, als ohne nochmalige Inanspruchnahme des Chefs der Marineleitung oder der Minister die neuen Bürgschaften eigenmächtig zu übernehmen<sup>209</sup>."

Von dem Diskontokredit flossen Lohmann 1,55 Mill. zur Verminderung seiner Darlehensforderung zu. So ergibt sich nach der Zusammenstellung durch Fritze ein Verlust für die Reichskasse von ca. vier Mill. RM. Aufgewendet wurden von Lohmann 1,8 Mill. für Aktien, ferner verbleiben eine Mill. eigene Darlehensforderungen und 6,3 Mill. Bürgschaftsverpflichtungen. Der Verkauf der Phoebus als Ganzes an die Emelka, die als rein deutsche, genauer bayerische Gesellschaft den Zuschlag erhielt, brachte der Reichskasse 4 Mill. RM ein<sup>210</sup>.

#### Die Phoebus als Propagandainstrument

Eine Veröffentlichung der Phoebus aus dem Jahr 1927 nennt als Grund für den "schnellen und sicheren Aufstieg" nicht die überdurchschnittliche gute Liquidität, für die Lohmann sorgte, sondern das "harmonische Ineinanderfassen von Künstler und Kaufmann", das den guten Produktionsleiter, der weiß, "wo er Abstriche zu machen hat, ohne dem Werk in seiner Gesamtwirkung Schaden zu tun", auszeichnet<sup>211</sup>. Der Hauptverantwortliche für dieses Ineinanderfassen bei der Phoebus dürfte deren Direktor Ernst Hugo Correll gewesen sein. In derselben Veröffentlichung definiert Correll Film als "Geist, der sich in Geld umsetzt"<sup>212</sup>.

Mit diesem "Geist" kommen wir zu der nicht minder interessanten Seite der 'Nachrichtengebung' bei der Phoebus. Correll verfaßte im Herbst 1927 eine Denkschrift, ursprünglich wohl für das Ehrengerichtsverfahren gegen Lohmann gedacht, in der er die Entwicklung des Produktionsprogramm der Phoebus erläutert. Die Produktion "war ursprünglich eingestellt auf eine sogenannte Sensationsproduktion, die unter Ausnutzung körperlicher Leistungen und Gewandtheit der betreffenden Schauspieler dem Sensationsbedürfnis der grossen Masse nach lebensgefährlichen Schausensationen

---

208Die Vermutung, daß es sich bei der Phoebus auch um eine Geldwaschanlage für die Lignose handeln könnte, wird durch eine von Saemisch berichtete Äußerung von Lohmanns Buchhalter Schneider bestärkt: "Die Anweisung hatte [...] nur formalen Charakter; sie sollte nie ausgeführt werden, sondern entsprechend einer mit dem Bankhaus Mendelssohn & Co. getroffenen mündlichen Vereinbarung nur als formeller Beleg für den zuständigen Bearbeiter beim Bankhaus dienen. Es liege bezüglich dieser Anweisung ein Gentleman-Agreement vor." Nachlaß Saemisch Bd 175 Bl. 125; vgl. auch Fritze (wie Anm. 46), Bl. 83 und Anlage 21 zum Fritze-Bericht Bl. 202.

209Fritze (wie Anm. 46), Bl. 82f.

210Ebd. Bl. 84f.

Zeitweilig wurden in den beteiligten Ministerien auch der Plan diskutiert, den renomierten Theatermann Max Reinhardt als Intendanten für die Phoebus zu gewinnen, die Phoebus im Reichsbesitz zu behalten und der deutschen Kunst unbeirrt die Wege zu öffnen. BA R 43 I/603 Bl. 170ff.

211Die Welt des Films. Industriebibliothek Bd 16, Berlin 1927, S. 9.

212Ebd. S. 5.

Rechnung trug und sich aus dieser Einstellung heraus, dem gegebenen Geschmack der grossen Masse Rechnung zu tragen, gut rentierte." 1924/25 wurde dann "damit begonnen, Filme herzustellen, die inhaltlich einen höheren Gehalt trugen". 1925/26 wurde "auf eine rein deutsche Produktion" umgestellt; sie "sah Filme vor wie »Schiff in Not« und »Friesenblut«, die beide die Verbreitung des Gedankens der Seegeltung förderten." Mit dem Jahr 1927/28 glaubt Correll auf qualitativem Gebiet "die Führung in der deutschen Produktion übernommen zu haben". In dieser entstand auch tatsächlich der heute noch bekannteste Film der Phoebus »Die Hose« von Hans Behrendt nach dem Theaterstück von Carl Sternheim, dem eine gesellschaftskritische Komponente nicht abzuspüren ist. Es entstand aber auch "der Film »Die Meister von Nürnberg«, für dessen Herstellung die Phoebus bisher die meisten Mittel aufgewandt hat. Der Gedanke war, einen urdeutschen Film zu schaffen ."

Der Film »Schiff in Not« wurde durch Lohmanns Vermittlung zusammen mit der Gesellschaft zur Rettung Schiffbrüchiger produziert ; darüber hinaus besorgte er auch einen Schlepper der Marine für die Filmaufnahmen<sup>215</sup>. Diesem Beispiel folgend wollte die Phoebus auch für die Marine direkt Filme herstellen; und Lohmann förderte dieses Projekt innerhalb der Marineleitung, in dem er folgenden Vorschlag in den Verteiler gab: "... Herr Generaldirektor Correll von der Phoebus-Film A.G., ein früherer Reserveoffizier und Staatsanwalt und durch und durch national fühlender Mann, [erklärte,] dass sie im nationalen Interesse und im Interesse der Marine bereit seien, auch für die Marine in gleicher Form nicht nur kostenlos derartige Filme zu drehen, sondern auch vorzuführen und durch ihre Organisation, die nächst der Ufa die grösste in Deutschland sei und sehr gute Beziehungen in den auswärtigen Ländern hätte, zu vertreiben. Die Marine sei hierdurch in der Lage in geschickter Weise unauffällig das Verständnis für die See zu wecken und Propaganda für den Eintritt in die Marine zu treiben."

Allerdings verschwieg er die wahren Beteiligungsverhältnisse, als er hinzufügte, daß "fast das ganze Kapital in den Händen der beiden Direktoren" sei<sup>216</sup>.

---

213Anlage Nr. 2 zum Fritze-Bericht (wie Anm. 46), Bl. 172ff.

Bei Correll selbst scheint es nicht notwendig gewesen zu sein, ihn zu einer "urdeutschen" Einstellung zu überreden. Als Produktionsleiter der Ufa, zu der er 1928 wechselte, war er später noch für Filme wie »Morgenrot«, »Hitlerjunge Quex« und »Flüchtlinge« verantwortlich.

214"Ich möchte vorschlagen, [...] dass wir versuchen einen kurzen guten Spielfilm durch die Phoebus herstellen zu lassen, in dem man die Interessen der Gesellschaft [zur Rettung Schiffbrüchiger] geschickt einflechten kann und der vielleicht in einer Werbung für die Gesellschaft ausklingt." BS 534Pr, 20.10.1924, BA/MA RM 21/181 Bl. 126; vgl. auch BA/MA RM 21/183 Bl. 256.

215BS 227P, 16.4.1925, BA/MA RM 21/186 Bl. 172.

Lohmann betätigte sich auch selbst hin und wieder als Filmkritiker, wenn er sich dabei einen entsprechenden Propagandaerfolg davon versprach; bei einem amerikanischen Film mit Szenen von an der Ruhrbesetzung beteiligten farbigen Soldaten legte er Wert darauf, daß diese Szenen besonders langsam oder vergrößert gezeigt werden; BS 223Pr, Lohmann an Isenberg, 6.3.1923, BA/MA RM 21/174 Bl. 248.

216BS 593Pr, 31.10.1924, BA/MA RM 21/181 Bl. 8f. Im Verteiler befanden sich neben dem Chef der ML und den Chefs von A und B die Nachrichtenabteilung, die Flottenabteilung, die Waffenabteilung und einige weitere Ressorts.

Das Ergebnis dieser Zusammenarbeit war der Film »Friesenblut«.

Neben den Spielfilmen produzierte die Phoebus aber auch kleinere Streifen für die Marine: so »Eisexpedition des Linienschiffes Braunschweig«, »Stapellauf und Probefahrt der Barbara« und »Besuch des Linienschiffes Hessen in Danzig«; Saemisch Bericht, Nachlaß Saemisch Bd 175 Bl. 13. Ob auch der Schnellbootfilm von der Phoebus hergestellt wurde, war nicht zu ermitteln.

Für das Ehrengericht faßte er die Richtlinien, von denen er eine Unterstützung der Phoebus abhängig gemacht hatte, folgendermaßen zusammen:

"die Produktion muss gut deutsch sein, sie soll sich frei halten von irgendwelchen Ausfällen nach rechts oder nach links, frei von allen offenen oder versteckten Schmutzigkeiten, sie soll, auf dem Boden der Verfassung stehend, durch jeden Film dafür sorgen, dass das gesamte Volk allmählich wieder zu einer gesunden, natürlichen, selbstverständlichen nationalen Auffassung zurückgeführt wird, und die Kreise, die dem Internationalismus und dem Schmutz verfallen sind, sich wieder auf sich selbst besinnen und wieder national empfinden lernen. Nebenbei sollten sie das Volk auf die Notwendigkeit einer Landesverteidigung und die Notwendigkeit der Seegeltung hinweisen."

Im Ausland sollten die Filme "Verständnis für das wahre deutsche Wesen" erwecken. Ferner "sollte die Direktion für Fälle der Not (innere Unruhen, drohende Kriegsgefahr) entsprechende Filme bereit halten, um auf Anweisung der Regierung auf die Massen entsprechend zu wirken. Dieser letzte Plan konnte aus finanziellen Gründen bisher nicht ausgeführt werden<sup>217</sup>."

Aus finanziellen Gründen stellte Lohmann seine Pläne, auf dem Gebiet der Printmedien größeren Einfluß zu gewinnen zurück. Seiner Ansicht nach wurde "die Bedeutung der richtigen Bearbeitung der Presse [...] bei uns immer noch unterschätzt"<sup>218</sup>. Die Zuordnung "bei uns" bezieht sich hierbei auf die sogenannten national-gesinnten Kreise. Als gute Ausgangsposition für eine "richtige Bearbeitung" sah Lohmann die Telegraphen-Union, eine internationale Nachrichtenagentur, an; eine Beteiligung mußte er aber aus den erwähnten Gründen Anfang 1926 auf unbestimmte Zeit verschieben<sup>219</sup>.

Nach dem Ersten Weltkrieg begann sich langsam unter den Experten die Meinung durchzusetzen, daß im Rahmen der industrialisierten Kriegführung und der damit verbundenen Notwendigkeit, die Verfügbarkeit aller materiellen und personellen Ressourcen schon in Friedenszeiten sicherzustellen, Propaganda und Öffentlichkeitsarbeit unverzichtbarer Bestandteil der militärischer Arbeit sind<sup>220</sup>.

Sich moderner Medien zu bedienen, um eine eher reaktionäre Propagandawirkung zu entfalten, war allerdings alles andere als eine Erfindung der Nachkriegszeit. Es war bereits integraler Bestandteil des sogenannten Tirpitz-Planes, mit Hilfe verschiedener Medien, insbesondere der sich bildenden Massenpresse, eine nationale Integration über die Betonung der Seegeltung und damit die nationale Bedeutung der Marine zu fördern. Tirpitz gelang mit seinem Nachrichtenbureau eine erfolgreiche Steuerung der öffentlichen Meinung und damit die Durchsetzung seiner Flottenpolitik auch gegen Bestrebungen des Reichstages<sup>221</sup>. Auch die Beeinflussung der Filmproduktion hat eine gewisse, wenn auch

---

217Anlage Nr. 1 zum Fritze-Bericht (wie Anm. 46), Bl. 170ff.

218BS 106P, Lohmann an Kiep, 20.2.1924, BA/MA RM 21/182 Bl. 134.

219BA/MA RM 21/189 Bl. 80ff; Koch-Weser war auch über diese Absichten Lohmanns informiert, vgl. BS 98Pr, Lohmann an Koch, 29.1.1926, ebd. Bl. 119.

Ein Jahr später versuchte er, den Norddeutschen Lloyd von der Übernahme der konservativen aber illiquiden Deutschen Allgemeinen Zeitung zu überzeugen; BA/MA RM 21/195 Bl. 298.

220Wilhelm Deist, Auf dem Wege zur ideologisierten Kriegführung, in: ders.: Militär, Staat und Gesellschaft, München 1991, S. 393.

221Die Öffentlichkeitsarbeit der Reichswehr blieb, wie nicht nur der Fall Lohmann zeigt, auch später noch von Tirpitzschem Gedankengut bestimmt. So zeigt sich die Effektivität der Nachrichtenbureaus noch dadurch,

nur wenige Jahre zurückreichende Tradition, die sich unter anderem zeigt in den Gründungen der Deutschen Lichtspiel-Gesellschaft im November 1916 unter Beteiligung der Schwerindustrie vertreten durch Hugenberg, des Bild- und Filmamtes durch die Dritte Oberste Heeresleitung im Januar 1917, sowie kurz darauf der Ufa unter der maßgeblichen Beteiligung wiederum der OHL sowie der Deutschen Bank unter von Stauss.<sup>222</sup>

#### Die AG Weser

Einen Schlüsselstein innerhalb des Lohmannschen Organisationsgefüges stellt die "Actien-Gesellschaft-Weser" aus seiner Heimatstadt Bremen dar. Eine direkte vertragliche Bindung oder ein irgendwie geartetes finanzielles Engagement schon vor 1927 scheint es allerdings nicht gegeben zu haben.

Die intensiven Beziehungen des Großaktionärs und zeitweiligen Aufsichtsratsvorsitzenden der Weser und Inhabers der Otwi-Werke Otto Sprenger zu Lohmann wurden schon mehrfach angedeutet<sup>223</sup>. Mit den Gewinnen aus der Kriegsproduktion der Otwi hatte Sprenger sich unter anderem bei der Weser-Werft eingekauft, was es Lohmann eine Zeit lang erlaubte, Einfluß ohne finanzielle Aufwendungen auszuüben.

Ein Rechtsstreit zwischen der Weser und dem Norddeutschen Lloyd, der zwar letztlich zugunsten der Weser ausging, wurde von Sprenger jedoch so ungeschickt geführt, daß er sich in den Bremer Industriekreisen unmöglich gemacht hatte. Nachdem Sprenger sich Anfang 1925 zu einem Ausscheiden aus der AG Weser entschlossen hatte, kam es zu einer monatelangen Pendelmission Morahts, während der er in Lohmanns Auftrag unter anderem erfolglos versuchte, das Sprengersche Aktienpaket an verschiedene Stellen, unter anderem den Norddeutschen Lloyd, zu vermitteln<sup>224</sup>.

Im Dezember 1925 gelang es Lohmann dann unter erheblichen finanziellen Aufwendungen seinerseits das Paket bei der Schröder Bank unterzubringen. Als Gegenleistung für die von der Seite "der »hiesigen Gruppe« gewährte Unterstützung beim Erwerbe des Sprengerschen Aktienpaketes" beanspruchte Lohmann für fünf Jahre das Vorkaufsrecht auf 51% der Weseraktien zu einem festgelegten Preis von 3,3 Millionen Reichsmark. Die Unterstützung an die Schröder Bank bestand unter anderem in

---

daß er dessen Entwicklung bis zum unter Schleicher übermächtigen Ministeramt reicht; Walter Schwengler, *Marine und Öffentlichkeit 1919-1939*, in: *Militär-geschichtliche Mitteilungen* 46 (1989), S. 54.

Auch der Versuch des Chefs der Marineleitung Zenker und weiterer Marinestellen, die Vorführung des »Panzerkreuzers Potemkin« zu verhindern, zeigt, welche Bedeutung modernen Medien bei der Marine gegeben wurde; Bird, *German naval officer corps* (wie Anm. 6), S. 199; *Weltbühne* vom 16.8.1927.

<sup>222</sup>Wilfried von Bredow und Rolf Zurek: *Film und Gesellschaft in Deutschland*, Hamburg 1975, S. 19ff; Jürgen Spiker: *Film und Kapital*, Berlin 1975, S. 18ff.

<sup>223</sup>Verschiedene Tochterunternehmen der Otwi dienten Lohmann als Deckadresse.

Eine sicher nicht ganz vollständige Liste Firmen, an denen auch noch Sprenger beteiligt war, findet sich bei BA/MA RM 21/201 Bl. 5f.

Sprenger löste jeweils 1920 und 1924 den Bremer Bankier Schröder für kürzere Zeit als Aufsichtsratsvorsitzenden der Weser ab; Höver, *Actien-Gesellschaft Weser* (wie Anm. 106), S. 54.

Vgl. auch *Weltbühne* Nr. 14, 3.4.1928.

<sup>224</sup>BA/MA RM 217/183 Bl. 69.

Vgl. auch den Aktenband Lohmanns, in dem er nur Korrespondenz betreffend der Weser sammelte: BA/MA RM 21/201; hierin befindet sich u. a. auch ein juristische Gutachten von Koch-Weser zu dem Streitfall ND-LWeser.

Zinszahlung für den Kaufbetrag, immerhin 330.000 Reichsmark jährlich<sup>225</sup>. Nachdem Ende 1926 die Bremer Tankdampferkredite unter Dach und Fach waren, bemühte sich Lohmann nun, seine Einflußsphäre durch Übernahme der Aktienmehrheit der Weser zu arrondieren. Zur selben Zeit betrieb Schröder jedoch eine größere Werftenfusion, die zur Gründung der "Deutschen Schiff- und Maschinenbau-Aktiengesellschaft Bremen" führte. Lohmann versuchte deshalb, für die Zeit der "Durchführung des Gesundungsprozesses" der Bremer Werftindustrie die Majorität auch über dieses vergrößerte Unternehmen innezuhaben. Um "im Aufsichtsrat seinen Einfluß entsprechend geltend machen [zu] können", wandte er sich am 10. Dezember 1926 an v. Stauss mit der Bitte um einen Kredit über 15 Mill. RM. Mit "Aussichten für grosse Aufträge" und einer entsprechenden Dividende begründete er die Möglichkeit der Zinszahlungen<sup>226</sup>. Neben dem Bauauftrag des Norddeutschen Lloyd für die spätere Trägerin des Blauen Bandes, der "Bremen", über den Lohmann zweifelsohne informiert war, und der am 14. Dezember offiziell der Weser AG erteilt wurde, handelte es sich bei den großen Aufträgen z.B. auch um Tanker und Fischereidampfer, die er zusammen mit dem spanischen Rüstungsindustriellen Echevarrieta bereedern wollte.

Hätten sich Lohmanns Pläne realisiert, wäre sein Gesamtunternehmen vermutlich ab 1929 erheblich ins Schlingern geraten. Mit der Fertigstellung der "Bremen" im Juli 1929 begann für die Deschimag, wie für die gesamte Werftindustrie, wegen eines großen Überhangs bei der Welthandelsschifftonnage eine wirtschaftliche Krise ungeahnten Ausmaßes; die Beschäftigtenzahl der Weser erreichte 1932 einen Tiefpunkt mit 669 nach 10.000 Anfang 1929<sup>227</sup>.

In dem bereits oben zitierten Schreiben Lohmanns vom 22. Februar 1923 an Brockdorff-Rantzau, das Gespräch zwischen Behncke, Maltzan, Sprenger und ihm selbst betreffend, schildert er Sprengers Vorzüge folgendermaßen:

"In Dr. Sprenger werden wir einen Mann haben, der, mit sehr grossem Portemonnaie ausgerüstet, die Absicht hat, sich sehr energisch und grosszügig an dem Wiederaufbau in Russland zu beteiligen. Er hat gegenüber den anderen grossen deutschen Konsortien den Hauptvorteil, dass er ganz allein zu bestimmen und weder Direktion, noch Aufsichtsrat zu fragen hat, da er gleichzeitig Besitzer seiner Fabriken und unter anderem auch der Akt. Ges. »Weser« ist<sup>228</sup>."

Aus diesem Projekt ist, wie oben gesehen, nichts geworden; dennoch forderte Lohmann am 8. März seinen Geschäftspartner auf, für die Mittel, die Lohmann zur Verfügung

---

225Vgl. BS 843Pr, Lohmann an Schröder, 8.10.1926, BA/MA RM 21/191 Bl. 314f.

Für den Vertragsentwurf vgl. BS 522P, 4.12.1925, BA/MA RM 21/201 Bl. 38ff.

BS 996, Lohman an Stauss, 10.12.1926, BA/MA RM 21/191 Bl. 98.

BA/MA RM 21/191 Bl. 314, 113 und BA/MA RM 21/195 Bl. 191ff, 136, 90.

Als Lohmanns Verhandlungsführer diente in diesem Zusammenhang Morahit von der Mentor-Bilanz.

227Ludolph, Werftindustrie (wie Anm. 106), S. 129.

1931 lebte auch noch mal ein Plan auf, an dem Lohmann schon gearbeitet hatte; nämlich der Aufbau der sowjetischen Handelsflotte. Die Finanzierung scheiterte "an der Zurückhaltung staatlicher Wirtschaftspolitik in der Ära Brüning"; Kuckuk, Deschimag (wie Anm. 106), S. 81.

Allerdings stellt sich auch die Frage, ob Lohmann in der Lage gewesen wäre, der Weser den Bau eines der Ersatzbauten für die auszumusterten Linienschiffe zu vermitteln; Stapelfeldt hatte sich jedenfalls 1932 erfolglos bemüht, den Auftrag für das Panzerschiff C zu erhalten; Kuckuk, A.G. Weser (wie Anm. 75), S. 45. 228BA/MA RM 21/174 Bl. 344.

standen, ein Konto anzulegen. Es sollte ein "unauffällige Konto" der Otwi beim Bankhaus Mendelssohn sein; mit einer Vollmacht für Lohmann selbst und für seinen Buchhalter Schneider. Ganz so unauffällig wurde dieses Konto von ihm aber dennoch nicht geführt, denn im Mai teilte er dem Bankhaus Mendelssohn mit, daß die Otwi rein fiskalische Ausgaben tätige, und deshalb eine Meldung im Rahmen des Kapitalfluchtgesetzes nicht nötig sei<sup>229</sup>.

Die Otwi in Berlin, bei der der bereits mehrfach erwähnte Gerber residierte, diente Lohmann als Kontaktstelle für allerlei nicht ganz saubere Geschäfte. Sei es Waffenhandel; sei es ein Dock für die türkische Marine<sup>230</sup>; sei es Funktelegraphie für die oberen Ränge der Marineleitung oder "die Finnen" ; sei es zur Koordination verschiedener seiner russischen Geschäfte; sei es für Wollgeschäfte mit dem türkischen Militärattaché Ibrahim-Bey<sup>232</sup>.

Sprengers unverbindliche Art der Geschäftsführung führte allerdings auch in diesem engeren Bereich zu Spannungen zwischen ihm und verschiedenen seiner Partner. So kam es Ende 1925 offenbar zu Streit zwischen dem Generaldirektor der Weser Stapelfeldt und Gerber auf der einen Seite und Sprenger auf der anderen. Der Streit führte dazu, daß Sprenger Gerber entließ, ihm aber das Berliner Otwi Büro zur weiteren Nutzung - auch des Namens - überließ. Gerber teilte Lohmann nach einer Besprechung mit Stapelfeldt, der mittlerweile auch für Lohmann der eigentliche Ansprechpartner geworden war, dann folgendes mit: "Sprenger wird von mir über das, was ich weiter für die Weser tue, sowieso nichts erfahren; ich denke dabei eben, wenn ich mit dem türk. Botschafter u. anderen Türken verhandele wegen weiterer Geschäfte für Blum<sup>233</sup>." Blum war, wie erwähnt, der Geschäftsführer des I.v.S., an dem neben der Weser mittlerweile ja auch Lohmann, beziehungsweise die Marineleitung beteiligt war.

Wie bereits dargestellt, liefen noch weitere Geschäfte über Sprenger, beziehungsweise die AG Weser unter Stapelfeldt. So finden sich einige Hinweise darauf, daß Lohmann und Sprenger im Rahmen gemeinsamer Reisen nach Skandinavien 1923 neben der Carola auch die Gründung der Baltic-Reederei in Kopenhagen mit dem dort ansässigen und auch im Rußland-Geschäft bewanderten Kaufmann Jensen betrieben haben<sup>234</sup>.

---

229BA/MA RM 21/174 Bl. 235 und BA/MA RM 21/179 Bl. 161.

Auch bei der Deutschen Bank unterhielt Lohmann ein Konto unter dem Namen der Otwi; er wurde dabei vom Direktor v. Stauss persönlich um den Ausgleich eines negativen Saldos gebeten; BA/MA RM 21/189 Bl. 181.

230BA/MA RM 21/183 Bl. 72.

231BA/MA RM 21/176 Bl. 22 und BA/MA RM 21/177 Bl. 269.

Lohmann war auch ansonsten sehr um die Verbreitung der durch den Versailler Vertrag eingeschränkten FT bemüht; er unterstützte - zumindest ideell - die Entwicklungen der Firma Löwe, bei der auch einer seiner Söhne beschäftigt war; BA/MA RM 21/172 Bl. 79.

232BA/MA RM 21/180 Bl. 102.

233BA/MA RM 21/176 Bl. 74, BA/MA RM 21/185 Bl. 79, 51.

Was das für Seuffert, der gelegentlich auch als Direktor der Otwi und Vertreter der Weser firmiert hatte, bedeutete, ließ sich nicht klären; vgl. BA/MA RM 21/177 Bl. 46, BA/MA RM 21/166 Bl. 234.

Lohmann schrieb dem befreundeten Reeder Richter, der auch Probleme mit Sprenger hatte, am 6.4.1927: "Ja, ich habe mit dem Dr. Sp. noch viel grössere Unannehmlichkeiten gehabt und habe diese nur dadurch schlichten können, dass ich ihm in einer Weise grob geworden, wie ich es wohl noch nie jemandem geworden bin." BA/MA RM 21/196 Bl. 203.

234BA/MA RM 21/174 Bl. 225, 110 und BA/MA RM 21/176 Bl. 74.

Die von der Abwicklungsgruppe zusammengestellte Liste der Lohmann-Firmen führt die Baltic als 100%iges Tochterunternehmen Lohmanns, die ihm zur "Schaffung eines neutralen Schiffsparks [dienen sollte], um im Ernstfall in feindlichen Häfen durch geeignete Vertrauensleute im Interesse der Marine liegende Feststellungen zu machen." Die Baltic wurde mit einer Nutzungsoption für die Marine an den dänischen Treuhänder verkauft<sup>235</sup>.

Die Gründung der Sirius-Reederei in Bremerhaven, ebenfalls als 100%ige Tochtergesellschaft, wurde auch über Sprenger durchgeführt; der Betrieb wurde vom Lohmann Vertrauten Kptlt. a.D. Seuffert koordiniert. Während der Gründungsphase, am 10. März 1923, schrieb Lohmann einen vieldeutigen Brief an Sprenger: "Ich will nichts mit Aufsichtsräten oder Direktoren zu tun haben, kann mich nur beteiligen wenn nur Sie und ich etwas zu sagen und nur 2 Geschäftsführer da sind, die nach Ihren (und im Hintergrunde nach meinen) Anweisungen arbeiten. Die Sache muss mit anderen Worten genau so aufgezogen werden, wie bei der A.G. »Weser« oder wie bei den »Otwi-Werken«<sup>236</sup>." Ziel dieser Unternehmung war die Schaffung eines Schiffsparks aus Fischdampfern mit spezieller Funkausrüstung, so daß diese Boote im Ernstfall als Vorpostenboote einsetzbar gewesen wären<sup>237</sup>.

Als Chef der Seetransportabteilung konnte er natürlich auch auf den Bau und die Bewirtschaftung der reichseigenen Fischdampfer Einfluß ausüben<sup>238</sup>. Noch kurz vor seiner Suspendierung unterrichtete er Stapelfeldt von den Planungen in diesem Bereich: "Es besteht die Absicht, in Verbindung mit dem Ernährungsministerium die ganze deutsche Fischdampferflotte allmählich zu modernisieren und neue Typen zu entwickeln, die für die Fischdampfergesellschaften ökonomischer und für uns militärisch brauchbarer, als alle jetzigen Typen sein sollen<sup>239</sup>."

Stapelfeldt und Lohmann waren auch bemüht, das mittlerweile von der Weser übernommene Gelände der Otwi in Bremen, das nunmehr sogenannte Außenwerk, durch die Errichtung eines "Hüttenwerkes zur Gewinnung von Blei, Zink, Kupfer, Silber evtl. auch Gold, Nickel etc. aus komplexen [südamerikanischen] Erzen" zu nutzen. Der von Moraht ausgearbeitete Finanzierungsplan sah ein Gesamtkapital von 1,8 Mill. vor, wovon Lohmann und die Mentor gut die Hälfte übernehmen sollten. Die Summe hätte für eine Verpfändung der Aktien und einer Verzinsung zu 10% von der Schröder Bank zur Verfügung gestellt werden sollen. Lohmann stellte dieses Projekt Anfang 1926 wegen fehlender Mittel zurück und scheint auch danach dieses Projekt nicht weiter verfolgt zu haben<sup>240</sup>.

Echevarrieta

---

235BA/MA RM 21/53 Bl. 163ff; vgl. auch Schüssler, Marine gegen Versailles (wie Anm. 1), S. 557.

236BS 236 PR, Lohmann an Sprenger, 10.3.1923, BA/MA RM 21/174 Bl. 225; vgl. auch BA/MA RM 21/176 Bl. 108, 74.

Es muß leider offenbleiben, ob die zitierte Äußerung Lohmanns dahingehend zu verstehen ist, daß er auch bei der Weser und der Otwi über Sprenger finanziell beteiligt war; in der erwähnten Liste der Beteiligungen Sprengers wird die Sirius als 100%ige Tochter Sprengers geführt; BA/MA RM 21/201 Bl. 5f.

237Vgl. Schüssler, Marine gegen Versailles (wie Anm. 1), S. 557.

238Vgl. die Liste der Reichseigenen Fischdampfer, Stand 1926, BA/MA RM 21/194 Bl. 110ff.

239BS 715 Pr, Lohmann an Stapelfeldt, 19.9.1927, ebd. Bl. 25.

240BA/MA RM 21/201 Bl. 41ff.

Der spanische Großindustrielle Horacio Echevarrieta scheint Lohmanns Unternehmungsgeist sehr beflügelt zu haben. Echevarrieta ist vor allem dadurch bekannt geworden, daß es ihm durch seine guten Kontakte zum spanischen Hof und mit Hilfe seiner Freunde bei der Marineleitung - Lohmann und Canaris - gelungen ist, den Bauauftrag für ein 750 Tonnen U-Boot nach Plänen des I.v.S. zu erhalten, obwohl neben anderen Hinderungsgründen der I.v.S. Teilhaber Krupp an einer anderen spanischen Werft beteiligt und natürlich dort bauen wollte. In Anbetracht der Kapitalschwäche und späteren Pleite Echevarrietas konnte er sich nicht, wie geplant, an den Kosten für das Schaufensterboot beteiligen, so daß die Marineleitung die kompletten Kosten tragen mußte, die, wie erwähnt, nur zum Teil durch den Verkauf an die Türkei wieder herein geholt werden konnten<sup>241</sup>.

Als erstes wurde 1925/26 ein von Canaris und Lohmann eingeleitetes Projekt, an dessen Verhandlungen sowohl der spanische König wie auch Primo de Rivera beteiligt waren, abschlußreif: in Cadix wurde durch Echevarrieta eine Torpedofabrik gebaut, an der die Torpedo-Versuchs-Anstalt der Marine maßgeblich beteiligt war, und aus deren Entwicklungsreihen zwei serienreife Typen entstammten, die von der Reichsmarine im 2. Weltkrieg verwendet wurden<sup>242</sup>. Lohmann schreibt dazu für die Marineleitung: "Um Echevarrieta bei diesem für uns sehr bedeutungsvollen Projekt zu unterstützen und es ihm zu ermöglichen, gegen den durch besonders günstige Finanzierungsangebote immer stärker werdenden Einfluss der Engländer zu konkurrieren, verschaffte ich ihm einen langfristigen Kredit bei der Deutschen Bank mit Hilfe einer Rückgarantie des Reiches<sup>243</sup>." Während Stresemann von Seiten der Marineleitung so bearbeitet wurde, dieses Projekt gegenüber Finanzminister Reinhold positiv zu bewerten, gab es im Auswärtigen Amt auch Stimmen, die eine Zusammenarbeit mit Echevarrieta mit Rücksicht auf das am spanischen Rüstungsmarkt interessierte England und die Entwaffnungsfrage, d.h. die anstehende Bestimmung des Begriffes "Maschinen zur Herstellung von Kriegsmaterial", ablehnten<sup>244</sup>. Der spanische König äußerte Lohmann gegenüber während dessen Spanienreise im August 1926 hingegen Interesse an allen "modernen Marineprojekten" Deutschlands, wie z.B. Feuerleitanlagen oder die bereits erwähnten Rotore, allerdings für U-Boote<sup>245</sup>. Lohmann strebte an eine größere Zahl von Schnellbooten in Deutschland - wahrscheinlich bei der Trayag - zu bauen. "Nach deutschem Muster" hatte er dem König vorgeschlagen, "in Cadix neben seiner [Echevarrietas] Fabrik für Torpedos auch eine solche für Torpedo-Flugzeuge, gewöhnliche Flugzeuge und Motoren einzurichten und dieser Versuchsstelle auch die Schnellboote zur Erprobung zu geben"<sup>246</sup>. Spanien war auch nach Lohmanns

---

241 Saville, German u-boat arm (wie Anm. 39), S. 278.  
Ebd. S. 124.

243 BA/MA RM 6/48 Bl. 96ff.

Da Echevarrieta sich Ende März 1926 in Berlin befand, dürfte es bei dieser Rückgarantie, an der auch der damalige Finanzminister Reinhold beteiligt war, zeitliche Überschneidungen mit der Reichsgarantie für die Phoebus gegeben haben; was die entsprechenden Vorgänge noch undurchschaubarer macht, insofern auch die Privatdienstbriefe Lohmanns aus dieser Zeit fehlen

244 Canaris berichtet zu diesem Thema am 30.3.1926: "Mit Herrn Redelshammr habe ich ebenfalls gesprochen. Er sagte mir, daß Minister Stresemann bereits mit dem Minister Reinhold gesprochen und sein großes Interesse zum Ausdruck gebracht hat." BA/MA RM 21/190 Bl. 219.

Akten zur Deutschen Auswärtigen Politik, Serie B Bd III Nr. 112.

245 BA/MA RM 6/48 Bl. 96ff. Auch hiergegen gab es im AA Vorbehalte, vgl. ADAP, Serie B Bd III Nr. 246.

246 BA/MA RM 6/48 Bl. 105f.

Ausscheiden bereit, den Bau von acht Booten zu finanzieren; allerdings nur wenn sieben davon in Spanien nach einem Typboot der nun privaten Trayag-Nachfolgegesellschaft gebaut würden<sup>247</sup>.

Auch eine gemeinsame Öltransportgesellschaft wurde eingehend geplant. Es war hierbei vorgesehen, bei der AG Weser zwei "schnelle" Tankdampfer mit je 10.000 t auf spanische Rechnung zu bauen; die deutsche Seite hätte zwei gewöhnliche Dampfer in die zugründende Gesellschaft einzubringen gehabt. Die schnellen Tankdampfer waren auch für eine militärische Nutzung vorgesehen. "Die deutsche Marine hat sich in neuester Zeit mit den Ausarbeitungen von Konstruktionsplänen von Tankdampfern befasst, die im Mobilmachungsfall schnell und mit geringen Mitteln in Transport- und Flugzeugmatterschiffe mit genügend hoher Geschwindigkeit umgebaut werden könne. Die M.L. ist bereit, Ihnen [Echevarrieta] diese Pläne zur Verfügung zu stellen und wird sie Ihnen in nächster Zeit übermitteln<sup>248</sup>." Auch scheint die spanische Regierung als eigentlicher Geldgeber auf einem Bau in Spanien bestanden zu haben, allerdings schlug Canaris im Frühjahr 1927 vor, daß die AG Weser den Auftrag als Sprungbrett für den Aufbau einer Werft in Cadix nutzen solle<sup>249</sup>.

Betreffend den deutschen Anteil an der gemeinsamen Gesellschaft gab es eine Korrespondenz zwischen Eßberger und v. Stauss von der Deutschen Bank über die entsprechenden Kredite. Bezüglich der durch Lohmann und die Marineleitung zu erbringenden Bürgschaft schreibt Eßberger am 14. Januar 1927 an Stauss: "Die Sicherstellung würde in der Ihnen bekannten Art und Weise durch meine Freunde [anstatt "Freunde" steht im Entwurf noch: "Gründer"] erfolgen ." Lohmann hatte schon im Oktober 1926 bei Stauss vorgefühlt und ihm die Art und Weise benannt: "lediglich gegen eine von mir unterschriebene Verpflichtung der Marineleitung für rechtzeitige Rückzahlung". Er forderte außerdem eine streng vertrauliche Behandlung dieses Kredites, "weil gewisse militärische Interessen geheimster Natur dabei berücksichtigt werden sollen"<sup>251</sup>.

In diesem Kredit, der einen Rahmen von 15 Mill. RM haben sollte, war vermutlich das Projekt enthalten, über das Lohmann im August 1926 mit dem Vertreter Echevarrietas Daniel Araoz verhandelt hatte; hierbei handelte es sich um den Aufbau eines Unternehmens zur Produktion von Stockfisch. "Die Idee ist nun die, eine gemeinsame Gesellschaft unter spanischer Flagge zu gründen. Das notwendige Kapital müßte von beiden Seiten zu gleichen Teilen eingebracht werden." Aber auch dieses Projekt war kein rein ziviles, denn es wurde an eine Nutzung der zu bauenden Schiffe für den Minenräumdienst gedacht. Wirtschaftspolitisch sahen die beiden das Unternehmen als gegen den Einfluß Frankreichs gerichtet<sup>252</sup>. Anfang 1927 war man sich darüber einig, "dass die deutsche Partei die zwei Fischdampfer baut und zur Verfügung stellt und dass die spanische Partei alle Unkosten in Spanien trägt"<sup>253</sup>. Mittlerweile waren auch die Gegenstimmen im AA "im Interesse der Entwicklung der deutsch-spanischen

---

247BA/MA RM 6/48 Bl. 113ff, 215ff, 252ff.

248BA/MA RM 6/48 Bl. 103.

249BA/MA RM 6/48 Bl. 113ff.

250BA/MA RM 21/195 Bl. 269.

251BS 873Pr, Lohmann an Stauss, 14.10.1926, BA/MA RM 21/191 Bl. 274.

252BA/MA RM 21/194 Bl. 60ff.

253BA/MA RM 6/48 Bl. 105f.

Beziehungen" verstummt; in einer Besprechung am 11. Februar befürworteten die Legationsräte Smend und Wagenmann nun eine Reichsgarantie für einen Kredit der Deutschen Bank in Höhe von 3,5 Mill. für die Tankschiffgesellschaft und 1,5 Mill. für die Fischereigesellschaft<sup>254</sup>.

Schon im Dezember 1926 hatte Lohmann für die Hilfe der Marineleitung beim Zustandekommen verschiedener Geschäfte der deutschen Industrie mit Spanien vom Chef der Deutschen Bank eine "vertrauliche Reisekostenvergütung" in Höhe von 20.000 RM gefordert<sup>255</sup>.

Es gibt noch eine Liste weiterer Projekte, die zumindest verhandelt wurden. Echevarrieta sollte, wenn es nach Lohmann ging, Kooperationen mit der Lufthansa für eine Fluglinie, mit Junkers zum Bau von Flugzeugen, mit Mercedes zur Herstellung von Motoren und mit der AG Weser zur Vertretung von Lizenzen eingehen<sup>256</sup>. In einer Zusammenstellung von Canaris aus dem Sommer 1927 heißt es darüber hinaus: "Falls Echevarrieta Interesse an Minen-Fabrikation hat, wird Leo [Lohmann] leistungsfähige Firmen namhaft machen." Damit dürften wohl Lohmanns und Sprengers schwedische Kontakte gemeint sein. Ferner bot Canaris an, bei der "Herstellung nationaler spanischer Filme" behilflich sein zu können<sup>257</sup>. Dank den Filmen, die Lohmann dem spanischen König im Jahr zuvor überlassen hatte, war den Spaniern wohl auch schon bekannt, daß die Marineleitung Beziehungen zur Filmindustrie hatte. Schließlich wurde noch ein Vertrag zwischen Mercator Oloff, einer Handelsgesellschaft, an der Lohmann - wie es scheint - ausnahmsweise auch mit seinem Privatkapital beteiligt war, und Echevarrieta über die Ausbeutung der spanischen Kolonie Rio Muni geschlossen<sup>258</sup>.

Die Absicht der spanischen Regierung, insbesondere des Königs, mit Echevarrieta ein "Komitee für die nationale Verteidigung" zu gründen<sup>259</sup>, zeigt, daß es sich bei dem geplanten Konzern Echevarrietas praktisch um eine Kopie des Lohmannschen "Gesamtunternehmens" (ohne dessen Verschleierungsmaßnahmen) handelte.

#### Paul Lohmann

Paul Lohmann, mit Walter Lohmann nicht verwandt, war ein in Waffengeschäften bewandeter Kaufmann, wodurch letzterer im Oktober 1924 auf ersteren aufmerksam wurde<sup>260</sup>. Wie es dann zu einem Kontakt der beiden kam, ist nicht bekannt. Walter scheint zu seinem Namensvetter auf jeden Fall ein gewisses Vertrauensverhältnis gehabt zu haben: denn letzterer war damit beauftragt, das Streifflugzeug der Caspar-Werke zu

---

254 Akten zur deutschen auswärtigen Politik, Serie B Bd IV Nr. 132.

255 BS 871 Pr, Lohmann an Stauss, 13.10.1926, BA/MA RM 21/191 Bl. 277.

256 BA/MA RM 6/48 Bl. 105f, 113ff, 150ff.

257 BA/MA RM 6/48 Bl. 161ff.

258 BA/MA RM 6/48 Bl. 215ff; BA/MA RM 21/196 Bl. 81f.

Die Mercator war Lohmann schon Anfang der 20er Jahre dadurch von Nutzen gewesen, daß sie z.B. seinen Agenten Seuffert und seine später offizielle Sekretärin und Dolmetscherin Fausel vorübergehend beschäftigten; BA/MA RM 21/162 Bl. 170; BA/MA RM 21/170 Bl. 176.

Neben den für Lohmann interessanten russischen Geschäftsverbindungen war die Mercator auch im Waffengeschäft aktiv; BA/MA RM 21/181 Bl. 61.

259 BA/MA RM 6/48 Bl. 96ff.

BA/MA RM 21/166 Bl. 43, 46f; vgl. auch Akten zur deutschen auswärtigen Politik, Serie A Bd 9, Nr. 32.

verchartern<sup>261</sup>; und auch bei den Liegenschaften um die Yachtschule in Neutadt herum war Paul für Walter vertraulich tätig<sup>262</sup>.

Die Beziehungen zwischen den beiden zeigen noch einmal, wie eng gewebt Walter Lohmann seinen Konzern plante. So war Paul Lohmann mit der Patentverwertung des polnischen Huragan-Mühlenpatentes befaßt. Respektable Gutachter bescheinigten der neuartigen Mühle, die leicht transportabel und vielseitig einsetzbar war, die besten Aussichten für eine gewinnträchtige Verwertung. Die beiden Lohmanns gründeten im April 1927 zusammen mit den polnischen Eigentümern des Patents, sowie mit Stapelfeld von der Weser AG, die den Bau in Deutschland übernehmen sollte, und mit Gerber, der auch als Vorstand der deutschen Verwertungsgesellschaft fungierte, mehrere Gesellschaften zur gemeinsamen Ausbeutung der Erfindung<sup>263</sup>.

Die von Lohmann eingebrachten Reichsmittel in Höhe von 620.000 RM gingen allerdings verloren, da sich eine praktische Anwendung der Mühle nicht realisieren ließ<sup>264</sup>.

Neben der Verknüpfung seiner verschiedenen Wirtschaftsbeziehungen gab es für Walter Lohmann auch wieder eine Verknüpfung verschiedener Interessen bei seiner Beteiligung am Huragan-Mühlenpatent. Selbstverständlich spielten die finanzielle Erwartungen eine große Rolle; außerdem - so führte Lohmann selbst aus - "zeigte sich die Heeresleitung ganz besonders interessiert, weil durch diese Mühlen voraussichtlich die Möglichkeit besteht, auch den kleinsten Verband im Felde in die Lage zu versetzen, beschlagnahmtes oder vorgefundenes Korn sofort zu mahlen und zu Brot zu verbacken." Der erhoffte, technische Nutzen für die Marine hätte in einer verbesserten Ausnutzung der Kohlenstaubfeuerung auch für Kriegsschiffe bestanden. Der finanzielle Gewinn als solcher und das rein technische Interesse von Heer und Marine scheinen für Lohmann irgendetwas allerdings nur noch nebensächlich gewesen zu sein, denn er verfolgte mit der Patentverwertung - um es vorsichtig zu formulieren - groß angelegte marinepolitische Ziele. Fritze hatte er im Juli 1928 mitgeteilt, "dass er die Huragan-Kohlemühle als Anknüpfungspunkt für den Aufbau eines Auslandsapparates der Seetransportabteilung in den Vereinigten Staaten von Amerika in ähnlicher Weise für geeignet gehalten habe, wie ihm dies bei der Berliner Bacon-Compagnie für England - s.u. - vorgeschwebt habe. Amerika sei das Land der Patente; deshalb habe er dort unter dem Deckmantel einer Patentgesellschaft eindringen wollen, die möglichst mit Schiffspatenten und dergleichen zu tun hätte. Da die Mühle von bedeutenden Spezialisten als gut bezeichnet worden sei, habe er vermöge ihrer Verwendbarkeit im Dienste der Kohlenstaubfeuerung auf grossen Anklang bei den Gegnern des Oeltrustes in Amerika gerechnet<sup>265</sup>."

Noch im Sommer 1927 fand Paul Lohmann beim Chef der Seetransportabteilung finanzielle Unterstützung für eine weitere Patentauswertung. Walter Lohmann beteiligte sich mit 10.000 RM an der Brennstoffversuchs-Studiengesellschaft, die mit einer als Kraftstoff verwertbaren Mischung aus Spiritus, Wasser und "einer geheimen chemischen

---

BA/MA RM 21/195 Bl. 20f.

262BS 702Pr, Lohmann an Niemann, 5.9.1927, BA/MA RM 21/200 Bl.42f.

263Fritze (wie Anm. 46), Bl. 137-141.

264Ebd. Bl. 139.

Schüssler begründet das Ausbleiben des geschäftlichen Erfolges damit, daß das Patent "sich in polnischen Händen befand"; Schüssler, Marine gegen Versailles (wie Anm. 1), S. 563f.

265Fritze (wie Anm. 46), Bl. 140.

Ingredienz" experimentierte, und verschaffte ihr einen Kredit über 200.000 RM. An den auch noch nach Lohmanns Abgang durchgeführten Versuchen waren auch die Hauptwerkstatt für Postkraftwagen, die Versuchsanstalt für Luftschiffahrt und die Konstruktionsabteilung der Marine beteiligt. Außer den wirtschaftlichen und militärischen Vorteilen durch eine geringere Abhängigkeit von Brennstoffimporten sprach das vom Reichsernährungsministerium vorgebrachte Argument für dieses Verfahren; der deutsche Kartoffelanbau sollte dadurch wieder rentabel werden. Auch in diesem Fall wurden die Hoffnungen nicht erfüllt, da das Gemisch nicht bis zu einer entsprechenden praktischen Verwertbarkeit entwickelt werden konnte<sup>266</sup>.

Auch bei dieser Gesellschaft wurden von Lohmann marinepolitische Sonderinteressen geltend gemacht; etwas unklar faßt Fritze zusammen, daß Lohmann "sich von der Einschränkung der Brennstoffeinfuhr eine Entlastung der ihm unterstehenden Seetransportorganisation versprochen und ausserdem an die Verwendung der zukünftigen Auslandsvertreter der Patentgesellschaft für seine marinepolitischen Zwecke (Einfuhr aus neutralen Ländern im Kriegsfall) gedacht habe"<sup>267</sup>.

#### Reichenbach

Lohmann arbeitete bei seinen Immobiliengeschäften meist mit dem Makler Karl Reichenbach zusammen. Dieser war im Herbst 1924 der Phoebus beim Abschluß des Pachtvertrages für das berühmte Marmorhaus in Berlin behilflich und bezog dafür auch eine stattliche Provision von 40.000 RM jährlich; auch für den Erwerb weiterer Filmtheater sollte Reichenbach mit seinen Erfahrung dienlich sein<sup>268</sup>.

Im Februar 1925 betrieb er aber zuerst einmal für Lohmann, d.h. offiziell für die Navis und mit Wissen des Chefs des Allgemeinen Marineamtes Kahlert, den Kauf des Anwesens Lützowufer 3, also in unmittelbarer Nähe des Reichswehrministeriums. In diesem Haus war dann neben der Navis und der Tebeg auch der Hochseesportverband 'Hansa' untergebracht<sup>269</sup>.

Fritze schildert das etwas zweifelhafte Finanzgebaren beim Kauf folgendermaßen: "Für den Ankauf des Hauses Lützowufer 3 hat Lohmann neben dem vertragsmässigen Kaufpreis von RM 325.000 noch an die Firma Reichenbach & Co. den Betrag von RM 263.000 für Vermittlergebühren, Mietabstandsgelder und dergl. mehr gezahlt. Lohmanns Finanzberater Schneider, der die Berechnung der Firma Reichenbach & Co. nachzuprüfen hatte, erklärt deren Nichtbeanstandung damit, dass zu jener Zeit Ankäufe von Häusern mit Bereitstellung von Wohnungen für Bürozwwecke ohne »Schwarzgelder«

---

266Ebd. Bl. 142-144.

267Ebd. Bl. 143.

268Ebd. Bl. 115.

269Zeitweise bewohnte auch Lohmanns russische Bekannte Else Ekimoff eine Reihe von Zimmern, die sie außer zum Wohnen auch für Repräsentationszwecke der Phoebus nutzte. Sie war die Witwe eines russischen Generals und mit Krifa-Angelegenheiten beschäftigt, wodurch sie Lohmann bei dessen Reisen in die RSFSR kennengelernt hat; sie war vermutlich darauf angesetzt, ihn auszuspionieren, was sie Lohmann allerdings mitgeteilt haben soll; Nachlaß Saemisch Bd 175 Bl. 34. Nachdem sie Anfang 1923 nach Berlin gekommen war, verschaffte Lohmann ihr eine Stelle bei der Phoebus, für die sie durch ihre Russisch-Kenntnisse ja durchaus nützlich sein konnte; BS 188Pr, Lohmann an Ekimoff, 28.2.1927, BA/MA RM 21/174 Bl. 316. Über die Finanzierung dieser Stelle bleiben jedoch gewisse Unklarheiten bestehen; ebenso darüber, inwiefern Lohmann Ekimoff und ihre Räume auch für Repräsentationszwecke im Rahmen anderer Projekte genutzt hat.

überhaupt nicht zu erzielen gewesen seien". Allerdings wurde Reichenbach mit Auftragserteilung auch der Rechnungslegungspflicht enthoben. Da Fritze den Verkehrswert des Anwesens mit 800.000 RM veranschlagt, sieht er trotz des eigentümlichen Vorgehens keinen Bedarf nach einer "weiteren Erörterung der Frage, ob dem Makler Reichenbach in diesem Falle eine arglistige Schädigung der Reichskasse zur Last fällt"<sup>270</sup>.

Auch beim kurz darauf folgendem Ankauf des Geländes Tiergartenstr. 16 für 1,9 Mill. RM sieht er in Anbetracht eines geschätzten Wertes von 3,9 Mill. RM keinen Grund zur Beanstandung. Das Grundstück grenzt rückseitig an das Reichswehrministerium, so daß Lohmann, als er davon erfuhr, daß es verkäuflich sei, einerseits an eine mögliche Erweiterung des Ministeriums und angeblich auch andererseits an die Vermeidung eines Ankaufs durch die amerikanische Botschaft dachte, da er darin nachrichtendienstliche Probleme sah<sup>271</sup>.

Als "grotesk" betrachtet Fritze allerdings die Finanzkonstruktion, die Reichenbach zwischen Lohmann, dem er im April 1926 eine profitable Kapitalanlage vorschlug, und der Bankfirma Gebr. Schneider, die einen Teil des Geldverkehrs am Berliner Schlacht- und Viehhof abwickelten, bastelte. Diese Konstruktion hätte Reichenbach bei einem Eigenkapitalanteil von 15.000 RM als Treuhänder für Lohmanns 485.000 RM eine Rendite von 199.000 RM eingebracht, während Lohmann nur 131.000 RM bekommen hätte. Vor einer entsprechenden Ausschüttung kam es allerdings zu einer Erweiterung des Geschäfts; die Ausschüttung hätte aber wohl ohnehin nicht stattgefunden, da das von Schneider betriebene Geschäft Verluste gemacht hatte. Um diese Verluste auszugleichen sollte dann expandiert werden; mit Lohmann, "den ein unglücklicher Stern in Reichenbachs Arme getrieben" hatte, als Geldgeber. Im September 1926 machte Reichenbach den Vorschlag, "die bei Schneider angelegten Beträge zum Vertriebe von gepökeltem und geräuchertem Schweinefleisch (Bacon) nach England zu verwenden". Bei den bereits angelgten Beträgen sollte es allerdings nicht bleiben, vielmehr wurden von Lohmann weitere 750.000 RM in Raten vom Februar bis zum Juli 1927 an die Berliner Bacon Company übertragen. Die fallenden Preise für Schweinefleisch zwangen die Abwicklungsgruppe zur Liquidierung der Berbacko, woraus sich ein Gesamtverlust für die Reichskasse in Höhe von 1,25 Mill. RM ergab<sup>272</sup>.

Neben dem ursprünglich erhofften Ziel von Kapitalzuflüssen für seine Fonds erwartete Lohmann von dem Bacon-Geschäft auch positive wirtschaftliche Effekte, insbesondere für die deutsche Landwirtschaft. Das Unternehmen entwickelte aber auch einen militärpolitischen Reiz für Lohmann; er hoffte, "der Massenexport nach England werde den Bau schnell laufender Transportschiffe zur Folge haben; die Vermehrung des bisher geringen Besandes der deutschen Handelsflotte an solchen Schiffen sei aber für den Landesverteidigungsfall ebenso von grosser Bedeutung wie die Möglichkeit, in den örtlichen Vertretungen einer deutschen Gesellschaft mit zahlreichen Auslandsstellen Vertrauensleute unterzubringen, die der Frage der Organisation der Zufuhr aus dem neutralen Auslande nach Deutschland in sachkundiger Weise eine vorbereitende Fürsorge

---

270Fritze (wie Anm. 46), Bl. 115f.

271Ebd. Bl. 116ff.

272Ebd. Bl. 118-128.

zuzuwenden imstande seien." Diesen Gedanken eines entsprechenden Zufuhrprogramms hatte Lohmann auch dem Chef der Marineleitung Zenker vorgetragen, der diese Pläne allerdings für "nicht spruchreif" hielt; was Lohmann wiederum nicht davon abhielt, daran weiterzuarbeiten<sup>273</sup>.

Ein "unglücklicher Stern" leuchtete auch über einem weiteren Geschäft, das Reichenbach im Auftrag Lohmanns betrieb. Im Herbst 1926 sollte Reichenbach ein für den Aufbau eines Seeflughafen günstiges Gelände an der Südostseite der Lübecker Bucht, also ganz in der Nähe von Lohmanns eigener Flugzeugproduktion bei den Caspar-Werken, für die Navis erwerben. Wieder entband ihn Lohmann der Rechnungslegungspflicht, was Reichenbach dazu verführte, bei einem offiziellen Kaufpreis von 175.000 RM Lohmann 820.000 RM in Rechnung zu stellen. In einem von der Abwicklungsgruppe für den Reichsfiskus geführten Prozeß gegen Reichenbach wurde dieser zur Rückzahlung von 520.000 RM verurteilt, da seine Beteuerungen wenig überzeugten, daß er neben dem aus steuerlichen Gründen so niedrigen Kaufbetrag noch erhebliche Mittel schwarz an den Verkäufer bezahlt hatte, und daß auch Schmiergelder in großem Umfang nötig waren, um das Geschäft zum Abschluß zu bringen. Da sich Reichenbach aber vor einer möglichen Vollstreckung des Urteils ins Ausland abgesetzt hatte, blieb der Reichskasse auch hier ein erheblicher Verlust<sup>274</sup>. "Der Landstreifen gehört noch heute [1937] dem Reichsfiskus und wird vom R.L.M. für die Anlage eines Luftzeugamtes verwendet<sup>275</sup>."

Ein letztes für Fritze "bezeichnendes Beispiel für Lohmanns Optimismus gegenüber den von Karl Reichenbach an ihn herangebrachten Projekten bietet schließlich noch seine Beteiligung an der Deutschen Erzgewinnungs-A.G. in Berlin." Auf Grund von Gutachten, die vielversprechende Aussichten auf gute Gewinne durch Erschließung eines Erzvorkommens im Erzgebirge vorhersagten, beteiligte sich Lohmann im Mai 1927 mit 340.000 RM an der Gesellschaft, die Reichenbach mit dem Eigentümer der Schürfrechte kurz zuvor gegründet hatte. Im Laufe des Jahres 1928 stellte sich heraus, daß auch mit der Erzgewinnungs-AG keine Profite zu machen waren, so daß die Abwicklungsgruppe auch hier den vollen Betrag abzuschreiben hatte. Neben der Sicherung der Erzversorgung des Deutschen Reiches war Lohmanns Beteiligung - wie Fritze resümiert - "eine Folge seines [...] verhängnisvollen Irrtums, dass er berufen sei, für Rechnung des Reichs spekulative Geschäfte einzugehen, um auf diesem Wege die Geldmittel für seine sachlichen Aufgaben zu verstärken"<sup>276</sup>.

Der Berliner Bankverein

Zum Schluß der Aufstellung kehren wir noch einmal zu Lohmanns Finanzgebaren zurück. Da er weder von der zu großen Deutschen Bank, auf die er aber insbesondere zur Gewährung von größeren Krediten immer wieder zurückgriff, noch von der etwas abgelegenen Schröder Bank, mit der er hauptsächlich seine Bremer Geschäfte abwickelte, eine ausreichend individuelle Verwaltung seiner Beteiligungen und Auslandstransaktionen

---

273Ebd. Bl. 123.

274Ebd. Bl. 128-135; BA/MA RM 21/53 Bl. 163ff.

275Schüssler, Marine gegen Versailles (wie Anm. 1), S. 558.

276Fritze (wie Anm. 46), Bl. 136f.

bei gleichzeitig ausreichender Geheimhaltung erwarten konnte, griff er auf sein Allheilrezept zurück: er kaufte sich in ein passendes Unternehmen ein. Als eine Bank, die seinen Anforderungen entsprach, stellte sich der Berliner Bankverein dar.

Lohmann machte die Bekanntschaft mit dem Vorstand des Berliner Bankvereins Saalfeld in dessen Funktion als Aufsichtsratsmitglied der Phoebus. Saalfeld scheint an Lohmanns finanzieller Flexibilität Interesse gehabt zu haben. Anfang Januar 1924 sandte er Lohmann ein Exposé über den Berliner Bankverein<sup>277</sup>. Im Februar fragte Lohmann seinen späteren Vertreter im Aufsichtsrat des BBV, Gerber, nach dessen Meinung: "An sich würde ich sehr gern einige Aktien der Gesellschaft zeichnen, möchte jedoch vorher von Ihnen hören, ob Sie die Sache als gut betrachten"<sup>278</sup>."

1924 wurde aus der Beteiligung aber noch nichts; dem Fritze-Bericht nach investierte Lohmann erst Anfang 1925 die Summe von 1,5 Mill. RM in eine Kapitalaufstockung des BBV auf 4 Mill. RM. Lohmann war von Saalfeld eine feste Verzinsung seiner Einlage zugesichert worden. Die Hoffnungen Lohmanns, daß der BBV dazu auch in der Lage wäre, gründeten sich auf eine geschönte Bilanz für das Jahr 1924, in dem Lohmann noch nicht beteiligt war. Von der Deutschen Revisions- und Treuhandgesellschaft wurde nachträglich festgestellt, daß anstatt eines Verlustes von 200.000 RM fälschlicherweise ein Gewinn von 54.000 RM ausgewiesen worden war. Lohmanns eigentliches Ziel, das ihn bewegte sich an dem BBV zu beteiligen, war aber nicht, Zinserträge einzustreichen, sondern er empfand "mit dem steigenden Ausbau [!] seines »Gesamtunternehmens«, wie er es sich vorstellte, das Bedürfnis [...], sich für die Lösung von geheimen Aufgaben, auf die sich Grossbanken mit Rücksicht auf ihr Auslandsgeschäft nicht einliessen, einer zuverlässigen kleineren Bank zu bedienen"<sup>279</sup>.

Lohmann wurde aber nicht nur mit der Bilanz getäuscht, sondern auch bei der Kapitalerhöhung, bei der er sich ursprünglich beteiligt hatte. Beträge in Höhe von 1,45 Mill. RM, die von anderer Seite hätten eingebracht werden sollen, flossen dem BBV nicht zu. Das Betriebsergebnis für 1926 war trotz eines Kredites Lohmanns für den BBV über 500.000 RM so schlecht, daß im Januar 1927 eine Kapitalherabsetzung durchgeführt werden mußte. Das Grundkapital betrug nun 1,5 Mill.; Lohmanns Anteil wurde auf 675.000 RM abgewertet.

Zusammen mit den Kosten für die stille Liquidation des BBV durch die Abwicklungsgruppe entstand ein rechnerischer Schaden für die Reichskasse von 2 Mill. Mark durch Lohmanns Versuch, eine eigene Bank für seine einer speziellen Tarnung bedürftigen Geschäfte aufzubauen<sup>280</sup>.

Im Rahmen der Kapitalherabsetzung nahm Saalfeld, der durch einen "Vertrauensmann der Großaktionäre" ersetzt wurde, seinen Hut; "auf den durch Gerber im Aufsichtsrat vorgetragenen Wunsch Lohmanns unter Belassung seines vollen Gehalts von RM 2.500 monatlich für die 2 1/4 jährige Restdauer seines Vertrages"<sup>281</sup>. Saalfeld, der sich neben

---

277BA/MA RM 21/180 Bl. 324.

Diese undatierte, aber sehr individuelle Werbeschrift des BBV an Lohmann verpackte ihre Kauf-mich-Aufforderung folgendermaßen: "Eine Bank wird derartig weitgehende treuhänderische Funktionen nur dann übernehmen, wenn Sie, wie als Großaktionär, einen unmittelbaren Einfluß auf die Bank auszunützen in der Lage sind." Anlage 23 zum Fritze-Bericht (wie Anm. 46), Bl. 204f.

278BS 90Pr, Lohmann an Gerber, 9.2.1924, ebd. Bl. 196.

Fritze (wie Anm. 46), Bl. 106-114.

280Ebd. Bl. 106-114.

281Ebd. Bl. 109.

seinem Engagement bei der Phoebus z.B. auch als Aufsichtsratsmitglied der Trayag und der Caspar-Werke für Lohman mit deren Fusion beschäftigte<sup>282</sup>, wußte wahrscheinlich einfach zu viel, als daß Lohmann es hätte wagen können, ihn einfach auf die Straße zu setzen.

## V. Resümee

Die Lohmann-Affäre markiert einen Wendepunkt in der Organisation der geheimen Rüstungsmaßnahmen der ganzen Reichswehr. Die wesentliche Veränderung, die sich aus den Erfahrungen mit der Abwicklung der Lohmann-Unternehmungen ergab, lag konsequenterweise auf dem Gebiet der Finanzierung und der damit einhergehenden Rechnungsprüfung.

Es ist nicht verwunderlich, daß die vom Chef der Heeresleitung Heye schon im Februar 1926 vorgebrachten Gedanken für eine verstärkte politische Rückendeckung und entsprechend bessere Finanzplanung und -kontrolle nun gerade von Friedrich Saemisch wieder aufgenommen wurden<sup>283</sup>. Saemisch bestand schon, bevor er sich als Rechnungshofpräsident auf die Untersuchung des Lohmann-Komplexes einließ, darauf, daß er und seine Mitarbeiter "gegebenen Falles von der Amtsverschwiegenheit über das Ergebnis des Ermittlungsverfahrens nicht entbunden werden, es sei denn, daß wir selber damit einverstanden sein würden"<sup>284</sup>. Am 25. November 1927 kam er dann in einer Ministerbesprechung, in der er einen Teil seines Berichtes vorgetragen hatte, auf dieses Problem zurück; wegen der Gewissenskonflikte, in die Mitarbeiter des Rechnungshofes, die mit der Prüfung geheimer Rüstungsmaßnahmen betraut sind, bei parlamentarischen Rückfragen kommen könnten, forderte er,

"daß in Zukunft ein geheimer Etat für die geheimen Ausgaben der Wehrmacht aufgestellt wird. Dieser Etat und seine Verwendung solle, um Mißwirtschaft zu verhüten, von je einem Vertreter des Reichswehrministers, des Reichsfinanzministers und des Rechnungshofes überwacht werden. Ein kleiner Parteiführerausschuß würde in Kenntnis zu setzen und hierdurch die Verbindung mit dem Parlament herzustellen sein"<sup>285</sup>.

Das Kabinett stand dem Gedanken an ein solches interministerielles Gremium positiv gegenüber; allerdings "gegen die ständige Beteiligung eines Parteiführerausschusses an diesen Fragen wurden Bedenken erhoben. Es wurde vielmehr der Weg vorgeschlagen, durch Fühlungnahme mit dem jeweiligen Berichterstatter in den Ausschüssen unbequeme Fragen zu verhindern." Einen Monat später legte Saemisch dann den "Entwurf einer Regelung der Kontrolle geheimer Ausgaben der Ressorts" vor, der vom Kabinett in folgende Form gebracht wurde: die entsprechenden Ausgaben

"werden bei der Aufstellung des Reichshaushaltsplans von der Gesamtverantwortung des Reichskabinetts gedeckt und bedürfen seiner ausdrücklichen Zustimmung. Um den Reichsministern die Verantwortung dafür, daß derartige Ausgaben dem so beschlossenen Zweck entsprechend verwendet werden, zu erleichtern, wird ein Ausschuß gebildet, dem die fortlaufende Überwachung der Verwendung der in Betracht kommenden Mittel

---

282BA/MA RM 21/185 Bl. 36.

283Vgl. Anm.

284Saemisch an Hagenow, 12.8.1927, BA R 43 I/603 Bl. 70.

285Ministerbesprechung 25.11.1927, ebd. Bl. 103ff.

286Ebd..

übertragen wird. Der Ausschuß wird paritätisch aus Angehörigen des Ressorts des verantwortlichen Ministers, dem Reichsfinanzministeriums und des Rechnungshofs zusammengesetzt<sup>287</sup>."

Die parlamentarische Beteiligung wurde unter besonderer Geheimhaltung folgendermaßen geregelt:

"Der Rechnungshof wird unter Beteiligung des Reichsministers der Finanzen und des jeweils zuständigen Reichsministers [...] solchen dem Rechnungsausschuß angehörenden Abgeordneten mit deren Fraktionen Besprechungen seitens der Reichsregierungen abgehalten zu werden pflegen, zu gegebener Zeit den notwendigen Aufschluß in zweckentsprechendem Umfange geben<sup>288</sup>."

Diese "Aushöhlung des parlamentarischen Systems auf dem Verordnungswege"<sup>289</sup> zeigt sich auch darin, daß Heinrich Köhler (Zentrum), der als Finanzminister im Kabinett Marx maßgeblich an diesen Entscheidungen beteiligt war, seine spätere Aufgabe als "Berichterstatter" von 1928 bis 1932 neben der Finanzaufsicht hauptsächlich in der Verhinderung eines informierten Reichstages gehabt zu haben scheint<sup>290</sup>.

In der Bildung dieses "Staatssekretär-Ausschusses" sieht Geyer letztlich die Schlüsselstelle für das Übergreifen der Militärbürokratie auf die politische Ebene des Reichskabinetts; es war "die militärische Stabilisierung selbst, der Neuaufbau einer langfristigen personellen und materiellen Rüstungskonzeption, welche die Reichswehr zu einer Nutzung staatlicher Macht- und Finanzmittel führten"<sup>291</sup>.

---

287Ministerbesprechung 22.12.1927, Ebd. Bl. 168f. Gleichzeitig wurde beschlossen, alle solche Ausgaben, "deren tatsächlicher Verwendungszweck nicht ohne weiteres aus den Haushaltsansätzen ersichtlich ist", in den entsprechenden Ressorts vom Jahr 1924 ab zur Rechnungsprüfung zu bringen.

So wurden im Mai 1928 dann alle Marinedienststellen von Zenker in sehr deutlicher Weise aufgefordert, alle geheimen, auch "mit den sogenannten Lohmann-Unternehmungen nicht unmittelbar im Zusammenhang stehenden" Fonds zwischen 1924 und 1927 zur Prüfung zu bringen, "um dem Rechnungshof keine Gelegenheit zu bieten, seinerseits noch weitere solche Fonds zu ermitteln, die zweifellos zu einem ernsten Eingreifen der Minister führen würde"; E II 41 G.Kds., 22.5.1928, BA/MA RM 20/1028 Bl. 73.

288BA R 43 I/1426 Bl. 192ff; Akten der Reichskanzlei. Die Kabinette Marx III und IV, Bd 2 Nr. 384.

Auch die Akten des Rechnungshofes deuten auf eine geplante Beteiligung von Abgeordneten hin; denn "der Präsident des Rechnungshofes bemerkte auf einer Kollegiumssitzung am 29. Dezember 1927, die Festlegung über die Mitarbeit von Abgeordneten im Mitprüfungsausschuß sei besonders geheimzuhalten." Karl Nuß, Militär und Wiederaufrüstung in der Weimarer Republik, Berlin (Ost) 1977, S. 205 und Anmerkung 170.

Hansen - Reichswehr und Industrie (wie Anm. 57), S. 200 - bestreitet allerdings die Beteiligung von Parlamentariern ebenso wie Schüssler - Marine gegen Versailles (wie Anm. 1), S. 598ff - in seinem Kapitel 'Planmäßige Rüstungsarbeiten mit Duldung der Reichsregierung, aber hinter dem Rücken der gesetzgebenden Körperschaften'.

289Wilhelm Deist, Die Aufrüstung der Wehrmacht, in: Ursachen und Voraussetzungen der deutschen Kriegspolitik, Stuttgart 1979, S. 378.

290Köhler, Lebenserinnerungen (wie Anm. 70), S. 236ff. Der 'Berichterstatter' der SPD zu dieser Zeit war Kurt Heinig.

Hin und wieder mußte auch Reichskanzler Müller auf Bitten Groeners peinliche Nachfragen zu unklaren Posten im Reichswehrhaushalt, auf deren Klärung Mitglieder der SPD-Fraktion beharrten, unterbinden; vgl. Hürter, Wilhelm Groener (wie Anm. 30), S. 120f.

291Geyer, Aufrüstung (wie Anm. 3), S. 109f.

Zur Aufteilung der Kompetenzen in den niederrangigeren 'Mitprüfungsausschuß' und den 'Staatssekretärsausschuß' vgl. Hürter, Wilhelm Groener (wie Anm. 30), S. 114. Hürter betont, daß zumindest unter der Ägide Groeners bei der Integration der Militärpolitik "in den allgemeinen staatlichen und bürokratischen Geschäftsbetrieb" ein Primat der Politik herrschte; allerdings ist auch ihm bewußt, daß die Festlegung der Regierung auf das langfristige Wehrwirtschaftsprogramm deren Entscheidungsmöglichkeiten erheblich einschränkte; ebd. 121ff.

Diese Vorgänge zeigen deutlich die Bereitschaft der verschiedenen Kabinette, auch des von Hermann Müller geführten, sich - nicht nur trotz sondern auch wegen der Lohmann-Affäre - politisch in das System der Geheimrüstung einbinden zu lassen<sup>292</sup>.

Die durch den Staatssekretär-Ausschuß nun mögliche einheitliche Haushaltsplanung für Geheimprojekte hatte zum Ziel, Alleingänge auf Ressortebene, was die Bildung von entsprechenden Fonds und die Tarnung entsprechender Objekte betrifft, zu vermeiden. Es stellt sich hier deshalb zur Bewertung der Alleingänge Lohmanns - so es welche waren - die Frage, welche konkreten Maßnahmen nach seinem Abgang das allgemeine Placet erhielten.

Die Marine steckte den Großteil ihrer geheimen Mittel auch weiterhin in den Aufbau einer eigenen Luftwaffe, der wie zuvor von Lohmanns Haupterben Kapt. z.S. Lahs organisiert wurde. Aber auch bei den von Lohmann mit besonderer Energie betriebenen Bereichen änderte sich außer den Namen von verschiedenen Firmen und Gesellschaften wenig. Wie schon angedeutet, lief die U-Bootentwicklung und die mit ihr eng verbundenen Mobilmachungsvorbereitungen ungestört und auf einer so sicheren Finanzgrundlage weiter, daß auch die Verluste durch das spanische Schaufensterboot aufgefangen werden konnten.

Bis zu den politischen Umwälzungen in Spanien liefen auch dort die von der Marineleitung geförderte militärisch-industrielle Kooperation problemlos weiter; die Hochphase der deutsch-italienischen Beziehungen auf maritimem und politischem Gebiet sollte Lohmann nicht mehr erleben. Selbst die deutsch-sowjetischen Marinebeziehungen sollten trotz der ideologischen und strategischen Widerstände eine gewisse Offenheit bewahren.

Lohmanns direkte Nachkommen, die Schnellboote, wurden - um im Bild zu bleiben - von der Marineleitung legitimiert und in reguläre Verbände eingegliedert. Die Ausbildung der Besatzungen wurde nach Lohmanns Modell weitergeführt, so daß auch weiterhin die entsprechenden Aufwandsentschädigungen für die Neustädter Schule im Geheimhaushalt auftauchen<sup>293</sup>. Und selbstverständlich liefen Lohmanns Tanker ebenso weiter wie die DoX<sup>294</sup>.

---

292Ebd. S. 117; Carsten, Reichswehr (wie Anm. 13), S. 317.

Die Integration der Reichswehr in den Weimarer Herrschaftskompromiß von 1924 "wurde 1928/29 besiegelt, als die Regierung Müller die geheimen und illegalen Rüstungsarbeiten auf personellem und materiellem Gebiet offiziell durch Kabinettsbeschluß genehmigte." Michael Geyer, Deutsche Rüstungspolitik. 1860-1980, Frankfurt/M. 1984, S. 131.

Hürter sieht sogar schon in den Parteiführergesprächen von Reichskanzler Marx u.a. mit Hermann Müller "im Dezember 1927 die Ansätze einer heimlichen Großen Koalition zur unspektakulären Überwindung der Lohmann-Affäre"; Hürter, Wilhelm Groener (wie Anm. 30), S. 56.

293Zum ersten nach einer Übergangsphase voll durchetatisierten Geheimhaushalt der Marine für 1929 vgl. BA/MA RM 29/1028 Bl. 244-264.

294Hier muß der These Geyers widersprochen werden, daß Lohmanns geplanter 'Reichsverteidigungskonzern' wegen seines privatwirtschaftlichen Aufbau, der der Stabilisierungskrise nicht gewachsen war, scheiterte, denn erstens blieb die privatwirtschaftliche Organisationsform als Lösung des Geheimhaltungsproblems und als Teilfinanzierung, aber eben nur Teilfinanzierung, im Kern erhalten, und zweitens brach Lohmann System nicht aus innerer Logik oder akuten Finanzproblemen zusammen, sondern es brach an einer Stelle auseinander, an der von ihm beschaffte staatliche Subventionen einem Wettbewerber so große Vorteile verschafft hatten, daß dessen Konkurrent eine Situation herbeiführen wollte, die es ihm erlaubt hätte, diese Subventionsobjekte günstig zu erwerben. Daß es sich dabei um für die damalige Medienpolitik

Lohmann war offensichtlich nicht unersetzlich, denn auch seine Funktionen konnten innerhalb der Berliner Bürokratie, in die er fest eingebunden war, umgeschichtet werden. Diese Einbindung zeigt sich z.B. darin, daß die Flugzeug- und U-Bootrüstung auch schon vor 1928 im Fonds für "Versuchs- und Belehrungszwecke" zentral organisiert wurde; die Navis kassierte Miete für die Übungen mit ihren Schnellbooten, und die Marineleitung stellte aktive Offiziere als Besatzung ab; das Auswärtige Amt war über die Auslandsaktivitäten der Marineleitung, an denen Lohmann beteiligt war, bestens informiert; das Wirtschafts- und Verkehrsministerium stellten umfangreiche Kredite für Projekte, an denen die Marineleitung interessiert war, zur Verfügung; etc.

Verblüffend ist, daß er selbst dort, wo er weitgehend eigenständig handelte, keinen allzu großen Wert auf Geheimniskrämerei gelegt zu haben scheint; bei der Phoebe wurde das Tarnen von Lohmann alles andere als übertrieben, so daß seine Beteiligung allgemein bekannt war<sup>295</sup>; nur hin und wieder wehrte er sich dagegen, daß seine guten persönlichen Beziehungen zu Direktor Correll "fälschlich immer [!] dahin ausgelegt werden, dass ich finanziell an der Phoebe interessiert bin"<sup>296</sup>; ebensowenig können Lohmanns Beziehungen zum Berliner Bankverein unbekannt geblieben sein, insofern dessen Direktor Saalfeld eine wichtige Rolle bei der Verwaltung der Travemünder Einrichtungen spielte; etc.

Auch wenn der Grad der Verfilzung nicht eindeutig zu bestimmen ist, so zeigen diese Zusammenhänge ebenso wie die Art der Abwicklung der Lohmann-Affäre, daß innerhalb der verzweigten Berliner Bürokratie viele mehr wußten, als sie hätten wissen müssen, und darüberhinaus das, worüber sie nur Vermutungen anstellen konnten, in Anbetracht der allgemeinen Gegnerschaft gegen den Versailler Vertrag billigten. Auch wenn wahrscheinlich nicht alle so erpicht darauf waren, sich die Hände so schmutzig zu machen, wie Lohmann, oder vielleicht gerade deshalb, fällt Lohmann nicht aus dem Rahmen seiner Zeit.

---

äußerst bedeutende Objekte, die Erstaufführungstheater der Phoebe, handelte, unterstreicht dabei nur das strategische Gespür Lohmanns; vgl. Geyer, Aufrüstung (wie Anm. 3), S. 108ff.

<sup>295</sup>So holte er persönlich einen der Stars der Phoebe mit dem Flugzeug aus Bremen nach dessen Amerikareise ab - mit Wissen der Reederei, der Fluggesellschaft etc.; er bat nur bei der Pressemitteilung, "unter allen Umständen meinen Namen fortzulassen, da ich mich ungern gedruckt sehe". BA/MA RM 21/180 Bl. 50ff, BA/MA RM 21/182 Bl. 120.

Nachlaß Geßler Bd 59 Bl. 55.

BS 1032Pr, Lohmann an Stauss, 22.12.1926, BA/MA RM 21/191 Bl. 48ff.

Insbesondere die Verantwortlichen in der Marineleitung waren auf Grund der Filme, die für sie und nahestehende Organisationen von der Phoebe gedreht wurden, über den Einfluß Lohmanns auf diese Gesellschaft informiert; sie mögen sich bestenfalls darüber getäuscht haben, daß eine solche Einflußnahme auch ohne finanzielle Interessiertheit möglich sei.

Subscribed and sworn to before me  
this 13<sup>th</sup> day of May, 1946.

Fred Steele

My Commission Expires Jan. 7, 1949.

DOKUMENT 3993-PS

BRIEF DES STABSCHIEFS DER SA LUTZE AN ROSENBERG VOM  
30. JANUAR 1939: DANK FÜR DESSEN GLÜCKWUNSCH ZUR ÜBER-  
TRAGUNG DER GESAMTEN VOR- UND NACHMILITÄRISCHEN  
AUSBILDUNG AN DIE SA (BEWEISSTÜCK GB-612)

BESCHREIBUNG:

viereitiger Briefbogen, Bk „Der Stabschef“ gedr (braun), darüber bei \*  
Hoheitszeichen geprägt | U Grün | Datum-Stp rot | hinter „Heil Hitler!“ P  
unl (Blei) | l n U Stp: „Kanzlei Rosenberg, Eing.Nr. 6009 am 31.JAN.39, abl.  
„L“ („6009“ und „L“ Ti, „abl.“ Blei); unter Stp: „Rl. (?) am 31/1 vorgelegt“  
(Blei)

\*  
Der Stabschef

Berlin W 8, am 30. Jan. 1939  
Voss Str. 1

An

Reichsleiter Alfred Rosenberg,

Berlin W 35

Margarethenstr. 17

Lieber Parteigenosse Rosenberg!

Für die mir zu dem Erlass des Führers, durch den die gesamte  
vor- und nachmilitärische Ausbildung der SA übertragen wurde,  
ausgesprochenen Glückwünsche sage ich Ihnen meinen besten  
Dank.

Weiterhin in alter Kampfverbundenheit und Kameradschaft

Heil Hitler!  
Ihr  
Lutze

DER PROZESS  
GEGEN DIE  
HAUPTKRIEGSVERBRECHER  
VOR DEM  
INTERNATIONALEN  
MILITÄRGERICHTSHOF

NÜRNBERG

14. NOVEMBER 1945 — 1. OKTOBER 1946



VERÖFFENTLICHT IN NÜRNBERG, DEUTSCHLAND

1949

Dieser Band ist gemäß den Weisungen des  
Internationalen Militärgerichtshofs vom  
Sekretariat des Gerichtshofs unter der  
Autorität des Obersten Kontrollrats für  
Deutschland veröffentlicht.

BAND XXXIV

---

AMTLICHER TEXT

DEUTSCHE AUSGABE

---

URKUNDEN

UND ANDERES BEWEISMATERIAL

NUMMER 4004-PS BIS NUMMER 195-C

Diese meine Auffassung ist allen Offizieren, Beamten und, soweit erforderlich erscheint, den Unterführern in geeigneter Form durch ihre Vorgesetzten bekannt zu geben. Ich verweise dabei nochmals auf meine Verfügung M Wehr 120/40 G.Kdos vom 5.2.1940.

Raeder.

**DOKUMENT 156-C**

GEDRUCKTE DENKSCHRIFT — BEARBEITET VON KAPITÄN SCHÜSSLER, HERAUSGEGEBEN VOM OBERKOMMANDO DER KRIEGSMARINE IM JAHRE 1937: DER KAMPF DER MARINE GEGEN VERSAILLES 1919 BIS 1935 (BEWEISSTÜCK US-41)

**BESCHREIBUNG:**

begl Phot I die ganze Urk dr

Dienstschrift Nr. 15

Prüf-Nr. 274<sup>1)</sup>

Geheim!

Der Kampf der Marine  
gegen Versailles  
1919—1935

Bearbeitet von  
Kapitän zur See Schüssler<sup>2)</sup>

Herausgegeben  
vom Oberkommando der Kriegsmarine  
Berlin 1937

M. Dv. Nr. 352

**Vorwort.**

Zweck und Ziel dieser Denkschrift ist, auf Grund von aktuariellen Unterlagen und Bekundungen der beteiligten Persönlichkeiten ein sachlich einwandfreies Bild von dem Kampf der Marine

<sup>1)</sup> über „Prüf-Nr. 274“ hs: „Min Rat...“ (Name unl)  
<sup>2)</sup> unter „Kapitän zur See Schüssler“: Hoheitszeichen I darunter Sip: „Vonnahme bei der Druckschriftenverwaltung des Oberkommandos der Kriegsmarine“

gegen die unerträglichen Bestimmungen des Friedensvertrages von Versailles zu entwerfen.

Sie zeigt, daß die Reichsmarine nach den befreienden Taten der Freikorps und von Scapa Flow nicht geruht, sondern mit unverwüthlichem Lebenswillen neben dem Aufbau der 15 000-Mann-Marine Mittel und Wege gefunden hat, die Keime für eine zukünftige größere Entwicklung zu legen und so durch die Arbeit des Soldaten und Fachmannes die erste Vorbedingung für eine spätere Aufrüstung zu schaffen.

Sie soll ferner die Verdienste jener Männer in helleres Licht rücken, die sich — ohne in größerem Kreise immer bekannt zu sein — mit außerordentlicher Verantwortungsfreudigkeit in den Dienst des Kampfes gegen den Friedensvertrag gestellt haben; sie haben dabei, getragen von höchstem Pflichtgefühl, besonders in den Anfängen dieses Kampfes ihre Person und Stellung für die teilweise sich selbst gestellten Aufgaben voll in die Waagschale geworfen.

Diese Ausarbeitung führt aber weiter vor Augen, daß auch noch so ideale und hochfliegende Pläne sich nur zum kleinen Teil verwirklichen lassen, wenn nicht hinter der wagemutigen Tat des Soldaten die geballte, einheitliche Kraft des ganzen Volkes steht. Erst als in der Zusammenfassung der gesamten Nation durch den Führer und im Zusammenklingen der politischen, finanziellen und seelischen Kräfte die zweite noch wichtigere Vorbedingung für eine wirkungsvolle Aufrüstung geschaffen war, dann erst konnte die Arbeit des Soldaten ihre Erfüllung finden.

Unter der Stoßkraft dieses einheitlichen Willens brach das Gebäude dieses schändlichsten Friedensvertrages, den die Weltgeschichte kennt, zusammen.

Pillau, 20. April 1937.

Der Bearbeiter.

— Seite 5 —

**Inhaltsübersicht.**

- I. Erste Abwehrhandlungen gegen die Durchführung des Vertrages von Versailles
- (Vom Kriegsende bis zum Ruhreinbruch 1923)
1. Rettung von Küstengeschützen vor der Zerstörung.... 7
  2. Verschiebung von Artillerie-Geräten und Munition, von Hand- und Maschinenwaffen..... 12
  3. Einschränkung der Zerstörungsarbeiten auf Helgoland 18

3 Kasernen mit großen Exerzierschuppen, das Offizierkasino, die Offizier-, Deckoffizier- und Unteroffizier-Wohnhäuser sowie das Lazarett.

Durch diese Zugeständnisse ist bei den jetzt in Angriff genommenen Ausbauarbeiten auf dem Oberland eine Ersparnis von rd. 1 1/2 Millionen *R.M.* eingetreten.

Plan

Auf dem beigefügten Plan<sup>3)</sup> ist alles, was zerstört worden ist, schwarz schraffiert; schwarz ausgefüllte Bauten sind stehen geblieben. Beim Hafengelände ist gegenüber der ursprünglichen Forderung, seewärts der Linie a-b alles zu zerstören, das Gebiet zwischen dieser Linie und der blauen Umrandung erhalten geblieben.

Wenn die einschneidenden Bestimmungen des Artikels 113 des VV im Laufe der Verhandlungen eine erhebliche Abschwächung erfahren haben, wenn eine schwere Gefahr für unser Felseneiland abgewendet worden ist und ein Wiederausbau des Hafens auf vorhandenen Grundlagen beginnen konnte, so ist das dem Geschick unserer deutschen Vertreter bei dem Kampf der beiden Ausschüsse zu verdanken.

— Seite 22 —

## II. Selbständige Rüstungsmaßnahmen hinter dem Rücken der Reichsregierung und der gesetzgebenden Körperschaften.

(Von 1923 bis zum Lohmann-Fall 1927)

In Befolgung einer „Politik der produktiven Pfänderei“ schritt die Regierung Poincaré am 11. Januar 1923 zur Besetzung des Ruhrgebietes mit der Begründung, daß Deutschland vorsätzlich seine Reparationspflichten nicht erfüllt habe.

Dieser Rechtsbruch rüttelte nicht allein die betroffene Bevölkerung auf und rief ihren heldenhaften passiven, später in Einzelaktionen recht aktiv gewordenen Widerstand hervor, er durchwühlte auch das ganze übrige Deutschland. In Flammenschrift leuchtete die Mahnung, aus dem jetzigen Zustand der Wehrlosigkeit nicht durch weitere Untätigkeit einen Zustand der Ehrlosigkeit werden zu lassen.

Wenn bei der Marine bis dahin die Losung: „Rettung vor Zerstörung“ gelautet hatte, so verbanden sich jetzt Kopf und Hand zum „Kampf gegen den Friedensvertrag“ und versuchten, unter Umgehung oder Nichtbefolgung seiner Vorschriften, den Grund zur Stärkung unserer Kampfmittel zu legen.

<sup>3)</sup> der — ganzseitige — Plan von Helgoland ist hier nicht abgedruckt

Nach Lage der Dinge konnte es sich hierbei immer nur um Maßnahmen begrenzten Ausmaßes handeln; ihr Wert lag außer der Bedeutung auf seelischem Gebiet vor allem in der Erhaltung der Kriegserfahrungen, Schulung von Personal und einer industriellen Vorbereitung für den Ernstfall.

## I. Versuch einer personellen Stärkung der Reichsmarine.

Beim Kommando der Marinestation der Nordsee entstand im Herbst 1923 der Gedanke, die Verteidigungskraft der Reichsmarine durch Einstellen von Soldaten über den VV hinaus zu stärken. Diese Maßnahme war so gedacht, daß eine behelfsmäßige Ausbildung von etwa 3 Monaten Dauer durchgeführt werden sollte; dann sollten die Freiwilligen entlassen und durch neue ersetzt werden.

— Seite 23 —

Der Gedanke stammte vom Chef der Marinestation der Nordsee Konteradmiral Bauer, seine Durchführung erfolgte durch Werbemaßnahmen des Stationskommandos. Dazu reisten der Chef des Stabes, Korvettenkapitän Lützw, und andere Offiziere und Persönlichkeiten in Ostfriesland, Oldenburg, im Regierungsbezirk Stade und im Staat Bremen umher, hielten Vorträge, sammelten Geldmittel und warben Freiwillige. Der Zustrom war erfreulich, die Geheimhaltung gelang in höherem Maße als in damaligen Zeiten erwartet werden konnte. Neben K. Kapt. Lützw erwarben sich damals besondere Verdienste Hauptmann im Generalstabe von Sodenstern und Marinepfarrer Ludwig Müller.

Erst als die Lage in Deutschland stabiler geworden war und die an sich bewährten Vorsichtsmaßnahmen unvorsichtiger gehandhabt wurden, gelangten Nachrichten an die Sozialdemokratische Partei, die ihrerseits durch den Abgeordneten Hünlich den Einsatz eines Reichskommissars forderte. Obwohl die Freiwilligen aus privat aufgebrauchten Mitteln regelmäßig bezahlt und bekleidet wurden, gelang es, dem Reichskommissar zu beweisen, daß eine solche Maßnahme, wie sie von der Sozialdemokratischen Partei angenommen war, gar nicht durchgeführt wurde. Dazu mußten jedoch weitgehend neue Stammrollen, Personalhefte, Führungsbücher, Verpflichtungsscheine usw. aufgestellt werden, mit denen der Tatbestand verschleiert werden konnte. Hierbei machten sich

besonders Korvettenkapitän Wilhelm R ü m a n n, Oberleutnant zur See Girke und Leutnant der Marine Gronemeyer verdient, letztere beiden stellten in Tag- und Nacharbeit die neuen Papiere auf. Die Verpflichtungsscheine und sonstigen Unterschriftsleistungen der damals dienenden Freiwilligen wurden von diesen mit gefälschten, häufig vorkommenden Namen selbst freiwillig geleistet, sie wollten damit beweisen, daß sie nichts verraten würden, da sie sich selbst wegen Urkundenfälschung strafbar gemacht hatten.

Es blieb dann jedoch nichts anderes übrig, als die letzte eingestellte Gruppe tatsächlich als Berufssoldaten in die Reichsmarine zu übernehmen. Auf diese Weise wurde eine Anzahl von Freiwilligen, die gar nicht Berufssoldaten werden wollten, gezwungen, 12 Jahre zu dienen; auch die Tat dieser Soldaten verdient anerkannt zu werden.

Insgesamt sind in den Jahren 1924 und 1925 etwa 600 Freiwillige kurzfristig zu Soldaten ausgebildet worden, deren Heranbildung in Gruppen zu etwa 30 durchgeführt wurde.

## 2. Beitrag zur Stärkung des vaterländischen Gedankens im Volk.

Die beim Kommando der Marinestation der Ostsee ebenfalls betriebenen Aufbauarbeiten in personeller Hinsicht zielten mehr allgemein auf eine Stärkung des vaterländischen Gedankens im Volke hin. Es galt in den Wirren der Zeit diejenigen Männer zu unterstützen, die noch soldatisches Denken außerhalb ihres eigenen Pflichtenkreises betätigten, und somit dazu beizutragen, daß der Gedanke der Wehrhaftmachung und des Sichauflehns gegen alle Mächte der Innenpolitik und der Versklavung durch den Feindbund nicht nur am Leben erhalten, sondern auch gestärkt wurde.

Vaterländische Verbände.

Die von dem verstorbenen Vizeadmiral a. D. Dominik erfolgte Zusammenfassung der vaterländischen Verbände in Kiel, die zum Teil zu jener Zeit erst aufgezogen wurden (Ehrhardt, Studentischer Waffenring, Stahlhelm) fand daher die volle Unterstützung des Stationskommandos, wo die Betreuung in den Händen des 1. Admiralstabsoffiziers Korvettenkapitän Schuster lag. Die nötigen Mittel standen aus dem unter Teil I Ziffer 2b erwähnten Waffenverkauf zur Verfügung.

Vaterländische Arbeitervereine.

Die gleiche Unterstützung erfuhren die vaterländischen Arbeitervereine, die damals zunächst auf dem Marinearsenal,

dann auf der Germaniawerft und anderen technischen Instituten in Kiel entstanden. Hier waren Männer tätig, die unter Einsatz ihrer Person — auch in wirtschaftlicher Beziehung — an die Arbeit gingen und entgegen dem Zeitgeist und den praktischen politischen Strömungen in der deutschen Arbeiterschaft neben dem nationalen und sozialen Gedanken auch den der Wehrhaftigkeit pflegten.

Anfang 1925 gründete K.-Kapt. Schuster, geleitet von dem Gedanken, die Idee der Wehrhaftmachung und der Selbsthilfe auch in möglichst weite Kreise des noch gesund empfindenden Bürgertums hineinzuleiten bzw. sie zu kräftigen, wo sie noch bestand, die sogenannte Nordmarkhilfe. Er wurde dabei unterstützt von Marinepfarrer Müller, dem verstorbenen Handelskammerpräsidenten Andersen und dem Direktor der Kieler Bank, Glahn.

Nordmarkhilfe.

Die Nordmarkhilfe war eine Vereinigung vaterländisch und wehrpolitisch denkender Männer aus allen Ständen und Berufskreisen Kiels, die nur durch das Wort geworben wurden. Es war zunächst in der Handelskammer unter irgend-einer Deckbezeichnung

— Seite 25 —

eine Versammlung von je einem Vertreter der verschiedenen Berufe aufgebildet, in der Marinepfarrer Müller die mehr geistig-seelische Bearbeitung der Gemüter vornahm, worauf K.-Kapt. Schuster dann die praktischen Ziele der Nordmarkhilfe auseinandersetzte. Durch Werbung der einzelnen Vertreter wuchs die Zahl der Mitglieder in den nächsten Wochen auf rund 200, von denen jeder sich verpflichtete, monatlich einen bestimmten Beitrag an die Nordmarkhilfe zu zahlen. Auf diese Weise gewann das Stationskommando weitere Mittel zur Durchführung seiner besonderen Aufgaben.

Von der Tatsache des Bestehens dieser Organisation wurden von Schuster sowohl der Chef des Stabes, der verstorbene Korvettenkapitän Meusel, wie auch der Stationschef, Konteradmiral Frhr. von Gagern, in großen Zügen unterrichtet, beide hielten sich jedoch auf seine Bitte frei von irgendeiner genaueren Kenntnis, weil sie bei der damaligen politischen Lage jederzeit imstande sein mußten, offiziell jede Mitarbeit an der unerlaubten politischen Tätigkeit des K.-Kapt. Schuster abzuleugnen.

Die Nordmarkhilfe wurde 1928 durch Eingriff von Berlin aufgehoben, nachdem von sozialdemokratischen Spitzeln eine

gewisse Kenntnis der Dinge an Reichstagsabgeordnete übermittelt worden war.

### 3. Unternehmungen des Kapitäns zur See Lohmann.

Im Herbst 1927 hörte die Öffentlichkeit zum ersten Male von einem Seeoffizier, der sich als Leiter einer wichtigen Abteilung der Marineleitung in allerlei nicht zu seinem Amtsbereich gehörende Geschäfte eingelassen und dabei Schiffbruch erlitten habe.

Die Diskussion in Presse und Reichstag über den Lohmann-Fall nahm den damaligen Gewohnheiten entsprechend breitesten Raum in der Öffentlichkeit ein und kannte in der Verurteilung dieses vielgeschmähten Offiziers keine Grenzen.

Jetzt ist der Zeitpunkt gekommen, allein vom soldatisch-militärischen Standpunkt aus das Werk des Kapitäns zur See Lohmann kritisch zu prüfen, seine Absichten, Beweggründe und Erfolge nur unter diesem Gesichtskreis zu betrachten und ans Licht zu rücken, was unberechtigt dem Dunkel der Vergessenheit zu verfallen drohte.

Die Gerechtigkeit verlangt, daß, wo früher der Behandlung dieses Falles breiter Raum gewidmet war, auch jetzt ausführlicher auf jene Vorgänge eingegangen wird.

— Seite 26 —

Sondermittel  
der Marine.

Der Marine standen aus der Abwicklung des Krieges und seiner Folgeerscheinungen gewisse, aus dem Ruhrfonds später noch verstärkte Sondermittel zur Verfügung, deren Verwaltung dem Kapt. z. S. Lohmann, bei Kriegsende Dezernent im Reichsmarineamt, ab Oktober 1920 Chef der damaligen Seetransportabteilung der Marineleitung (BS genannt) übertragen wurde. Diese Persönlichkeit erschien dem damaligen Chef der Admiralität, Admiral Behnke, alle Gewähr dafür zu bieten, daß die Sonderfonds zweckentsprechend und wirtschaftlich verwandt würden.

Zur Persönlichkeit des Kapt. z. S. Lohmann ist folgendes zu sagen:

Als Sohn des früheren Generaldirektors des Norddeutschen Lloyd hatte er manches von dem Weitblick mitgebracht, der den Hanseatengeist so wertvoll macht, und dieser Weitblick gibt allen seinen Unternehmungen das Gepräge.

Beim Umsturz wirkte er auf Grund seiner persönlichen Kenntnisse und Beziehungen bei der Demobilisierung der

Kapt. z. S.  
Lohmann

rund 2700 Hilfsschiffe mit und war behilflich finanzielle Schädigungen des Reiches nach Möglichkeit zu verhüten. Zum großen Teil seiner direkten und indirekten Arbeit war es zu verdanken, daß dem Reiche ohne Führung langwieriger und teurer Prozesse viele Millionen erspart wurden.

Auf Grund seiner Dienstaufgabe nahm er auch an den Waffenstillstandsverhandlungen teil, seiner geschickten Verhandlungsart auf dem englischen Linienschiff „Herkules“ am 8. Dezember 1918 gelang es, die Auswirkungen der Waffenstillstandsbedingungen für die deutschen Reedereien möglichst erträglich zu gestalten. Hier lernte er die ganze Brutalität und Niedertracht unserer Gegner kennen, und unter dem Eindruck dieses Tages gab er dem früheren „Emden“-Kommandanten, Kapitän zur See von Müller, in einer Aussprache sein Wort, mit allen ihm zu Gebote stehenden Mitteln und Fähigkeiten die Entente-Bedingungen zu bekämpfen und zu mildern sowie an der Erneuerung und Befreiung unseres Vaterlandes mitzuarbeiten.

Im Einvernehmen mit der Waffenstillstandskommission richtete Lohmann 1919 den sogenannten Panac-Verkehr ein, der es den deutschen Reedereien ermöglichte, trotz der immer noch bestehenden Seesperre einen für Deutschlands Erneuerung lebensnotwendigen Überseeverkehr aufzunehmen. Nicht weniger als 1000 Erlaubnisscheine zum Passieren der Blockade sind durch seine Hände gegangen, dem Reich sind dadurch die ersten unbedingt nötigen Zufuhren, den Reedern die ersten Verdienstmöglichkeiten zu damals sehr günstigen

— Seite 27 —

Frachten, den Besatzungen und Hafendarbeitern Arbeitsmöglichkeit gegeben worden.

Auch den Kriegsgefangenen austausch über See organisierte Lohmann auf 18 Schiffen mit 150 Reisen; nach Beendigung dieser Transporte gelang es ihm, die hierfür benutzten ehemaligen deutschen Schiffe mit schriftlicher Zustimmung des Königs von England zurückzukaufen, ein Unternehmen, daß den Reedern zuerst unmöglich erschien, als Ausgeburt der Fantasie und undurchführbar bezeichnet, dafür um so höher anerkannt wurde, als die ersten Schiffe tatsächlich in Deutschland eintrafen.

An der Rückgabe der Prisen- und Embargoschiffe nahm Lohmann tätigen Anteil, mit großen Schwierigkeiten holte er den Reedern ihre Schiffe aus Rußland zurück und schloß dazu mit

den Bolschewiken einen Vertrag, den diese noch später als für Deutschland überaus günstig und für sie ebenso ungünstig bezeichneten.

Folgende Unternehmungen hat Kapt. z.S. Lohmann geschaffen bzw. mitfinanziert, die ihm geeignet erschienen, die Wehrfähigkeit des deutschen Reiches und insbesondere die Kampfmittel der Reichsmarine direkt oder indirekt zu stärken.

#### a. Erste Gruppe.

Entsprechend dem vom Reichswehrminister Groener am 10. 3. 28 dem Reichstag vorgelegten Bericht über Art, Umfang und Abwicklung der sogenannten Lohmann-Unternehmungen seien hier als erste Gruppe diejenigen Maßnahmen behandelt, die L. auf Grund und im Rahmen der ihm bei Zuweisung der Ruhrgelder von dem damaligen Chef der Marineleitung erteilten Generalermächtigung zur zweckentsprechenden Bewirtschaftung und Verausgabung dieser Sondermittel getroffen hat.

Navis G. m. b. H.

Um eine Mittelperson zu den von ihm finanzierten Unternehmungen zu haben, gründete L., der als Geldgeber aus naheliegenden Gründen nicht in Erscheinung treten durfte, als erstes die Navis G. m. b. H., die später in dem von L. erworbenen Haus Lützwow-Ufer 3 (s. auch unter c, Grundstückspolitik) untergebracht war. Diese Gesellschaft hat in der Folge als Tarn- und Verwaltungsstelle für die Mehrzahl seiner Vorhaben gedient.

Motor-  
schnellboote

Frühzeitig erkannte L. den Wert von leistungsfähigen kleinen, mit Torpedos bewaffneten Motorschnellbooten für eine an Schiffszahl und Kampfkraft beschränkte Marine. Da jedoch in dem Bau derartiger Fahrzeuge ein Verstoß gegen den VV. gesehen wurde,

— Seite 28 —

Trayag.

modernisierte L. aus Sondermitteln alte, aus dem Kriege stammende Motorboote und rief 1924 die Trayag (Travelmünder Yachthafen A. G.) auf dem Priwall und auf der Landseite mit dem Zweck ins Leben, große Motorboote zu bauen und damit gleichzeitig einen Liegeplatz während der Travelmünder Woche zu erhalten; hierdurch sollten Interessenten angereizt werden, dieser Gesellschaft Bauaufträge zu geben. L. hat hier die Motoryacht „Hansa“ als Typboot eines schnellen Minensuchbootes bauen lassen, das zugleich als U-Bootsjäger und Wachboot geeignet war. Er hoffte, daß nach

Vorführung des Bootes vor Motor-Yacht-Interessenten zuverlässige Personen zum Bau gleicher Boote veranlaßt würden.

Die mit diesen schnellen Motorbooten ausgeführten Versuche rechtfertigen die in diesen Bootstyp gesetzten Erwartungen und haben die spätere Schnellbootentwicklung wesentlich erleichtert.

Die Trayag ist bei der Abwicklung der Lohmann-Unternehmungen verkauft worden. Neuerdings schweben Erwägungen über einen Erwerb der Anlagen durch das R. L. M.

Spanisches  
Interesse.

Die Fortschritte im Schnellbootswesen hatten zur Folge, daß L. bei einem Besuch in Spanien den König für diese Frage interessieren konnte, so daß er um Aufstellung einer Denkschrift über die praktische Verwendung von Schnellbooten in Spanien gebeten wurde. Diese wurde auf Veranlassung und nach den Richtlinien von L. durch K. Kapt. Canaris verfaßt mit dem Erfolge, daß die spanische Marine eine größere Anzahl von Schnellbooten in Deutschland bestellen wollte. Durch diesen Auftrag sollte erreicht werden, daß unsere Beziehungen zu diesem befreundeten Staat gestärkt, seine Kampfmittel vermehrt würden und unsere Bootsbau- und Motorenindustrie neue Aufträge erhielt, die gleichzeitig eine Stärkung der Handelsbilanz bedeuteten; bei dem Bau und den Probefahrten wollten wir zugleich Erfahrungen für unsere eigenen Neubauten sammeln. Der Umsturz in Spanien hat diese Pläne leider nicht zur Durchführung kommen lassen.

In dieses Gebiet fällt auch die auf Veranlassung von Kapt. z.S. Lohmann und K. Kapt. Canaris mit Reichsmitteln finanzierte und von dem spanischen Großindustriellen Echevarrieta durchgeführte Errichtung einer Torpedofabrik in Cadix, in welcher der Bau von 1000 spanischen Torpedos vertragsgemäß vorgesehen war. Da sich die Leitung in Händen deutscher Konstrukteure befand, bestand für die deutsche Marine die Möglichkeit, in die Fortentwicklung der Torpedowaffe laufend Einblick zu nehmen.

Zugleich sollte der zum Bau der Fabrik gegebene Kredit der Förderung der deutschen Exportindustrie dienen, und zwar einer-

— Seite 29 —

seits durch die Einrichtung der Fabrik seitens deutscher Firmen, andererseits u. a. dadurch, daß die auf diese Weise gewonnenen und von dem spanischen Chef der Marineleitung

Salas sehr geförderten Verbindungen die Einführung deutscher Feuerleitungsanlagen auf spanischen Schiffen ermöglichen.

Die Fabrik ist 1933 in unfertigem Zustand vom spanischen Staat übernommen worden. Der dabei zum Teil und zwar in Devisen zurückgezahlte Kredit in Höhe von 17 700 engl. Pfund ist der Marine zugeflossen und kam ihr für die Finanzierung ihrer Kreuzer-Auslandsreisen sehr zu statten. Einen weiteren Betrag von Millionen Peseten erhielt die deutsche Botschaft zur Verwendung für dienstliche Zwecke, wodurch ebenfalls eine Erleichterung der deutschen Devisenlage eintrat.

Daß die recht schwierige finanzielle Liquidierung dieses Unternehmens gelang, ist neben der Tätigkeit der Vertreter des Reichs-Rechnungshofes, Geh. Reg. Rat Dr. Müller und Min.-Amtm. Ahrens, vor allem dem tatkräftigen Sicheinsetzen des von der Marine mit der Abwicklung der Lohmann-Unternehmungen mitbetrauten Ob. Reg. Rates Dr. Eckhardt zu verdanken.

Hochseesport-  
verband Hansa.

Um die Schnellboote im Ernstfall auch bemannen zu können, wurde 1925 mit Hilfe von L. der Hochseesportverband Hansa, Präsident Vizeadmiral a. D. von Trotha, mit dem Sitz in Berlin gegründet; eine Schule, die Hanseatische Yachtschule, wurde in Neustadt an der Lübecker Bucht in einem umgebauten Hotel eingerichtet. Zweck dieser Gründung war, junge Leute auf Klein- und Motorbooten auszubilden und damit Lust und Liebe zur See zu erwecken, gleichzeitig erhielten die Schüler eine erste Funkausbildung.

In der Lohmann-Abwicklungszeit erfolgte die Abgabe der Anlagen an die Finanzverwaltung. Die Schule hat danach noch eine Reihe von Jahren mit einem Reichszuschuß aus Sondermitteln der Marine ihre Tätigkeit weiter betrieben und hunderten von jungen Leuten eine erste seemännische Ausbildung gegeben. Jetzt ist die Anlage wieder von der Kriegsmarine übernommen und wird zur U-Bootsschule ausgebaut.

Hypothek an den  
Motor-Yachtclub  
von Deutschland.

Um das Motorbootswesen weiter zu fördern gab L. 1926 eine Hypothek von 60 000,—RM an den Motor-Yachtclub von Deutschland, Präsident Admiral a. D. Hopmann, damit der Klub die von der Trayag gebauten Motorbootstypen seinen Mitgliedern zum Ankauf empfehlen sollte. L. hatte weiter die Hoffnung, daß dadurch Personal zum Minenräumen im Kriegsfall gewonnen würde.

Im Jahre 1925 beteiligte sich Lohmann finanziell an der Gründung der Baltischen Segelschiffs-Reederei in Lübeck mit dem Ziel, einen Bau von gut ausgerüsteten und für die Kriegsmarine verwendbaren Motorseglern zu fördern und um gleichzeitig die Ausbildung von Jungmannschaften zu betreiben.

Baltische  
Segelschiffs-  
Reederei.

Das Unternehmen ist bei der späteren Lohmann-Abwicklung aufgelöst worden.

Ferner beteiligte sich L. an der Gründung einer ausländischen Reederei, wobei er hoffte, sich der zahlreichen Vertretungen dieser Reederei im Ausland zur Vorbereitung von Etappenstationen und der Schiffe für Zufuhren bedienen zu können.

Ausländische  
Reederei-  
Beteiligung.

Wenn auch die geschäftlichen Verbindungen mit der Firma jetzt gelöst sind, so hat sich der Besitzer doch persönlich bereit erklärt, Beziehungen weiter zu pflegen, die für den Kriegsfall einmal von Bedeutung sein können. Die auf den Auseinandersetzungsbetrag vor Jahresfrist erfolgte weitere Teilzahlung von 3 000 englischen Pfund (Rückflüsse aus der Lohmann-Abwicklung stellte das R.F.M. der Marine zur Verfügung) kam uns für die Finanzierung der Reisen unserer Auslandskreuzer sehr gelegen.

Auch an der Gründung der Fischdampfer-Reederei Sirius in Bremerhaven, Geschäftsführer Kaplt. a. D. Seiffert, hat sich L. finanziell beteiligt. Zunächst wurde ein Fischdampfer gebaut, um einen Typ zu schaffen, der zugleich für den Krieg geeignet ist, andere wurden dazu gekauft. Sie alle erhielten Funkentelegraphie, so daß sie im Kriege für Marinezwecke sofort eingesetzt werden konnten.

Reederei Sirius.

Die Reederei ist später an die Stadt Bremerhaven verkauft worden.

1926 kaufte L. in Travemünde die Caspar-Werke, die damals aus Mangel an Aufträgen vor der Stilllegung standen. Die Fabrik wurde für Flugzeugerprobungszwecke eingerichtet und bildete später einen wichtigen Teil des Reichsverbandes der deutschen Luftfahrt-Industrie. Über die Bedeutung für die Luftfahrt siehe unter Teil II, Ziffer 5.

Caspar-Werke.

Bei einem weiteren Unternehmen, der Travemünder Flughafen-Gesellschaft, war L. die treibende Kraft, die den Lübecker und Hamburger Senat unter Hinweis auf einen

Travemünder  
Flughafen-  
gesellschaft.

Transoceanluftverkehr mit Travemünde als östlichen Endpunkt zur Gründung veranlaßte. Selbst nicht finanziell beteiligt, vermochte er das R. V. M. zu veranlassen, von Reichswegen dies Unternehmen zu unterstützen, das

— Seite 31 —

später beim Anlaufen der Luftwaffe diesen so günstig gelegenen und gut ausgestatteten Flughafen bereitstellen konnte. Die Gesellschaft ist jetzt vom R. L. M. übernommen.

Geländestreifen  
an der  
Lübecker Bucht.

Im Zusammenhang mit diesem Unternehmen steht der Erwerb eines an der Südostseite der Lübecker Bucht gelegenen Landstreifens für den Fiskus durch Lohmann mit dem Gedanken, ihn zur Vergrößerung des Flughafens in Travemünde zu benutzen. Auch für eine Flugzeugfabrik erschien L. die Lage günstig; er hat darüber mit den Dornier-Werken verhandelt.

Der Landstreifen gehört noch heute dem Reichsfiskus und wird vom R. L. M. für die Anlage eines Luftzeugamtes verwendet.

Interessen für  
Dornier und  
Maybach.

Erwähnt sei in diesem Zusammenhange die in die Jahreswende 1926/27 fallende ideelle Interessennahme von L. an den Dornier-Werken in Friedrichshafen. Als spiritus rector hat er bewirkt, daß diese Werke eine Zweigstelle auf Schweizer Gebiet anlegten und somit in der Lage waren, größere Aufträge, vor allem aus dem Ausland, hereinzunehmen und auf diese Weise reichere Erfahrungen zu gewinnen, die dem Unternehmen später außerordentlich zugute gekommen sind. Hierdurch ist überhaupt der Bau größerer Flugzeuge (z. B. Wale und Superwale) erst möglich geworden, die uns damals verboten waren. L. hat hierbei die Unterstützung der Werke durch das Reich (R. V. M.) betrieben und war die treibende Kraft in der Förderung ihrer Konstruktionen.

Auch den Maybach-Werken hat L. ein Reichsdarlehen vermittelt.

Auf diese Weise hat L. zum mindesten bewirkt, daß beide Werke leichter über die erste schwere Anlaufzeit hinweggekommen sind.

Tankschiffbau.

Besondere Beachtung verdienen seine Bemühungen um eine Erhöhung der deutschen Tankschiff-tonnage.

Von der Wichtigkeit und Notwendigkeit einer gesicherten Ölversorgung Deutschlands im Ernstfall durchdrungen und eingedenk des Ausspruches eines französischen Heerführers:

„Jeder Tropfen Öl ist ebenso viel wert wie ein Tropfen Menschenblut!“, strebte Lohmann eine wesentliche Erhöhung des geringen deutschen Anteils von 1927 nur 1% am Welt-tankschiffraum an. In der Erkenntnis, daß die Beschaffung von Tankschiffen zu Lasten des Marinehaushalts aus etatpolitischen Erwägungen unzweckmäßig, ihre Bewirtschaftung für Marinezwecke allein nicht wirtschaftlich erfolgen könne, suchte L. durch stille Interessennahme des Marinefiskus an einer besonders geeigneten Tankschiffsgesellschaft in Form einer Reichsgarantie sein Ziel zu erreichen. Ihm schwebte dabei

— Seite 32 —

als Beispiel die Anglo-Persian-Oil-Co. vor, die mit ihren 300 Fahrzeugen, darunter vielen Tankern, mit einer Transportfähigkeit von über 1 Million t damals als ölwirtschaftliche Abteilung der englischen Admiralität galt.

Einen unmittelbaren militärischen Nutzen versprach sich L. aus der Verwendung dieser Tankschiffe als Flugzeugträger und Mutterschiffe für einsetzbare Minenräumboote.

So kam es gegen 1925 zur Gründung der „Berliner“ und der „Bremer-Öltransport G. m. b. H.“ sowie des „Befrachtungskontors G. m. b. H.“, die sämtlich von dem jetzigen Staatsrat und Führer der Seeschifffahrt, K. Kapt. a. D. Eßberger, durch dessen eigne „Atlantic-Tank-Reederei“ bewirtschaftet wurden.

Die für den Ankauf von 3 alten und den Bau von 6 neuen Tankschiffen notwendigen Gelder wurden dadurch aufgebracht, daß L. den Bankgeldgebern eine Reichsgarantie zur Verfügung stellte. Diese Stellen gaben den Kredit nicht ungerne, weil auf diesem Wege gleichzeitig den um Arbeit sehr besorgten Werften, Weser-Werft in Bremen sowie der in deutschen Händen befindlichen Danziger Schichau-Werft insgesamt etwa 15 Millionen RM an Aufträgen zugeführt wurden. In Bremen erfuhren die Kreditverhandlungen eine ausdrückliche Förderung durch den Senat (Finanzsenator Böhmers).

Die aufgenommenen Bankkredite wurden nach Abwicklung der Lohmann-Unternehmungen teilweise zurückgezahlt, die fiskalischen Interessen an den genannten Tankgesellschaften sind 1935 durch eine einmalige Zahlung des Staatsrates Eßberger abgelöst worden.

Lohmann vermittelte damals ferner noch die Finanzierung eines weiteren bei Schichau Danzig gebauten Tankschiffes „Hansa“, das in der Abwicklungszeit von der Reichsmarine übernommen worden ist und heute noch im Marinedienst verwendet wird.

Als militärischer Erfolg dieser ganzen Aktion ist zu buchen, daß die Tankschiffe noch heute in Fahrt sind und — abgesehen von ihrer schon erwähnten besonderen militärischen Verwendung — für den Ernstfall als wertvoller Bestandteil unseres Tankschiffraumes zur Verfügung stehen. Sie geben nicht nur hunderten von Volksgenossen Arbeit und Brot, sondern tragen auch durch ihre Deviseneinnahmen, so weit sie für fremde Rechnung fahren, zur Stärkung unserer Handelsbilanz als unsichtbarer Export bei.

— Seite 33 —

#### b. Zweite Gruppe.

Die zweite Gruppe der Lohmann-Unternehmungen bildet die Phöbus-Film-Angelegenheit, bei der Kapt. z.S. Lohmann teilweise im Einverständnis mit seinen Vorgesetzten, teilweise ohne deren Wissen und Willen gehandelt hat. Es ist dies sein zweifellos am meisten hervorgetretenes Unternehmen, das auch den Anlaß zu der für die Marine damals so überaus peinlichen Aufdeckung seiner verschiedenen Beteiligungen gegeben hat.

Phöbus-Film-Ges.

Um die Jahreswende 1923/1924 nahm Lohmann Verbindung mit der Phöbus-Film-Gesellschaft auf, der namhafte Beträge aus seiner Hand, teils direkt, teils durch Vermittlung von Bankkrediten, zugeflossen sind, wobei L. die Bürgschaft selbst übernommen oder ihre Übernahme durch das Reich betrieben hat.

L. sah in dem national zuverlässigen Film ein besonders geeignetes Mittel für die Erneuerung des deutschen Geistes und eine werbende Verbreitung des vaterländischen Gedankens. Er erkannte weiter den Wert einer geheimen, im Dienste des Reiches stehenden und in rein deutschen Händen befindlichen Filmpropaganda, ihm schwebte dabei die Äußerung eines Entente-Heerführers aus dem Kriege vor, daß der Film mehrere Armeekorps ersetzt habe.

Lohmann beabsichtigte ferner, den Auslandsapparat der Phöbus-Film-Gesellschaft zu benutzen, um das militärische Nachrichtensystem gerade in denjenigen Orten des Auslandes auszubauen, an denen unauffällig Vertrauensleute nicht gehalten werden konnten, für die aber ein Nachrichten- und Agentendienst besonders in Frage kam.

Die Direktion ihrerseits hoffte mit Hilfe der von L. beschafften Mittel ihre darniederliegende Produktion wieder heben und dabei ihre Geschäfte auf Rußland ausdehnen zu können, wohin L. gerade eine Studienreise ausgeführt hatte.

Nach den Richtlinien, die Lohmann mit dem Geschäftsführer verabredet hatte, sollten die Filme, ohne eine ausgesprochene Tendenz zu zeigen, in unauffälliger Form dafür sorgen, daß das gesamte deutsche Volk, besonders in seinen widerstrebenden Teilen, allmählich wieder zu einer gesunden natürlichen und nationalen Auffassung zurückkehrte und die Kreise, die dem Internationalismus und dem Schmutz verfallen waren, sich auf sich selbst besinnen und wieder national empfinden lernen sollten. Daneben sollte das Volk auf die Notwendigkeit einer Landesverteidigung und Seegeltung hingewiesen werden.

Richtlinien der Zusammenarbeit.

— Seite 34 —

Ferner sollten die Filme geeignet sein, bei einem Verkauf ins Ausland Verständnis für wahres deutsches Wesen zu erwecken, das noch aus dem Kriege stammende Vorurteil gegen das Deutschtum zu beseitigen und deutscher Art wieder Anerkennung zu verschaffen. Sämtliche Phöbus-Theater sollten es ablehnen, antideutsche Filme zu spielen, und die Direktion sollte innerhalb der Filmverbände darauf hinwirken, daß auch die übrigen Filmgesellschaften sich diesen Forderungen anschließen. Außerdem war noch verabredet, daß für Fälle der Not (innere Unruhen, Kriegsgefahr) entsprechende Filme bereitgehalten würden, um auf Anweisung der Regierung entsprechend auf die Massen einzuwirken.

Soweit aus den Akten festzustellen ist, hat die Direktion, in deren Besitz sich u. a. das Berliner Capitol, das Marmorhaus und das große Kino im Europahaus befanden, es verstanden, sich an diese Richtlinien zu halten.

#### c. Dritte Gruppe.

Die dritte Gruppe der Lohmann-Unternehmungen umfaßt diejenigen Geschäfte kaufmännisch-wirtschaftlicher Art, die L. ganz auf eigene Verantwortung getätigt hat. Es handelt sich hierbei um Maßnahmen von finanziell untergeordneter Bedeutung, deren militärischer Wert zunächst auch noch nicht erkennbar war, von denen L. sich jedoch einen Vorteil für die Marine, jedenfalls aber für das Reich versprach. Daß L. hierbei niemals persönliche Vorteile erstrebt hat, soll, wie auch die ehrengerichtliche Untersuchung damals festgestellt hat, als selbstverständlich wiederholt werden; als er 1930 starb, hinterließ er so wenig, daß seine Witwe nicht einmal die Nachlaßverbindlichkeiten davon decken konnte.

Lohmann hat größten Wert auf eine ordnungsmäßige Buchführung gelegt, bei der er in dem Reg.-Oberinspektor Schneider eine wertvolle Stütze fand und die auch vom Reichsrechnungshof keine Beanstandung erfahren hat. Mag L. auch durch die Eigenart der Verhältnisse gezwungen gewesen sein, mit einem Deckapparat zu arbeiten, so war in Wirklichkeit seine Rechnungsführung und -legung einwandfrei. Dies hat auch die Anerkennung des für die Untersuchung des Lohmann-Falles eingesetzten Reichskommissars Staatssekretär i. R. Fritze gefunden, der meinte, wenn sich alle „Affären“ im Deutschen Reich auf so gute Buchführung stützen wie diese, so könnte man von Glück sagen.

Im Vordergrund stehen hier folgende 2 Unternehmungen, die Lohmanns großes Interesse für alle Fragen bekunden, die mit der Schifffahrt zusammenhängen.

— Seite 35 —

Bergungs-  
Studien-  
gesellschaft.

1924 beteiligte L. sich an einer Bergungs-Studiengesellschaft. Diese betrieb Versuche mit dem Kiwull'schen Eisbergungsverfahren, bei dem ein gesunkenes Schiff durch chemischen Vorgang vereist werden und durch den dadurch gewonnenen Auftrieb an die Wasseroberfläche kommen sollte. L. hielt eine solche Erprobung für wertvoll für die Marine; außerdem wollte er die ihm bekannten guten Beziehungen des durch die Erprobung des Schleppsegels bekanntgewordenen Erfinders Kiwull zu russischen Kreisen seinen marinepolitischen Plänen nutzbar machen. Das Projekt ist später nicht weiter verfolgt worden.

Neustädter  
Slip G. m. b. H.

Ende 1925 beteiligte sich L. an der Gründung der Neustädter-Slip-G. m. b. H., die aus der Wagria-Werft, Gebr. Klahn G. m. b. H., gebildet wurde und als Reparaturwerft für die Boote der Yachtschule sowie als Motorenlehrwerkstatt dienen sollte. Auch hat L. eine von der Trayag unabhängige zweite Reparaturwerkstatt für die Schnellboote der Marine sicherstellen wollen, was ihm mit Rücksicht auf die zu erwartende Luftgefahr im Ernstfall geboten schien.

Eine gesunde wirtschaftliche Grundlage für die Gesellschaft erblickte L. nach zweckmäßigem Ausbau ihrer Anlagen in dem Bau von Hochseefischerbooten und von Motoren für die Landwirtschaft.

Die in den Betrieb gesetzten Hoffnungen erfüllten sich jedoch nicht, so daß die Gesellschaft bei der Lohmann-Abwicklung liquidierte.

Neuerdings hat die Kriegsmarine die Anlagen erworben und baut sie als Reparaturwerft für die Boote der U-Bootschule aus (s. unter 3a, Hochseesportverband Hansa). So hat auch dieses Unternehmen im Endziel noch seine nutzbringende Verwendung gefunden.

Vorübergehend wandte L. mit Rücksicht auf die Betriebsstofflage in Deutschland sein Interesse der Finanzierung und Verwertung eines Spiritus-Betriebsstoff-Patentes zu, das den Zweck hatte, uns von ausländischen Betriebsstoffen unabhängig zu machen. Es handelte sich hierbei um die Verwendung eines Gemisches von Spiritus mit einer geheimen chemischen Ingredienz, welche eine enge Verbindung von Spiritus mit Wasser bewirken sollte, um so einen einheimischen, aus Kartoffeln gewonnenen Treibstoff zu erhalten.

Die Marine-Konstruktions-Abteilung hat später damit weitere Versuche zwecks Verwendung bei der Reichsmarine gemacht, die jedoch ergebnislos verlaufen sind.

— Seite 36 —

Das weitschauende Interesse von Lohmann für alle Fragen erwies sich in der Einleitung und Verfolgung einer klar erkannten Grundstücks politik. 2 Häuser in unmittelbarer Nähe des R. W. M. wurden als geeignete Objekte, sei es für seine eigenen Unternehmungen, sei es für spätere Zwecke der Marineleitung, von ihm erworben. Das eine Haus, Lützowufer 3, ist jetzt vom O. K. H. besetzt; das andere, Tiergartenstr. 16 (Haus der Presse), hat kürzlich sein Hintergelände für den Erweiterungsbau des R. K. M. hergegeben. L. tätigte den letzteren Kauf weil damals die Amerikanische Botschaft das Haus erwerben wollte und er diese unmittelbare Nachbarschaft zur Marineleitung nicht für tragbar hielt; zugleich beurteilte er die Lage für eine etwaige Erweiterung des R. W. M. günstig. Weitschauend hatte er hierbei den Gedanken, im Kriegsfall zum Schutz gegen Luftangriffe von diesem Haus aus unter den Tiergarten gehen zu können und dort ein unterirdisches R. W. M. einzurichten.

Zum Schluß sind noch einige andere Unternehmungen zu nennen. Lohmann glaubte einen Gewinn darin zu sehen, wenn er sich an der Ausbeutung des Huragan-Mühlen-Patents beteiligte, einer für die Kohlenstaubfeuerung wichtigen und in Reederei- und Werftkreisen sehr interessierenden Erfindung. L. hat in Amerika vermöge Verwendung des Patents im Dienst dieser Feuerungsart auf großen Anklang bei den Gegnern des Öltrustes gerechnet; auch die Entwicklung für den Gebrauch auf Kriegsschiffen beurteilte L. günstig.

Spiritus-  
Betriebsstoff-  
Patent.

Grundstücks-  
politik.

Huragan-  
Mühlen-Patent.

Die praktische Ausnutzung des Patent es entfiel jedoch, weil es sich in polnischen Händen befand.

Erzgewinnungs-  
gesellschaft.

Finanzielle Erfolge versprach sich L. von einer nicht allzu großen Beteiligung an einer Erzgewinnungsgesellschaft im Erzgebirge. Die Bedeutung eines solchen Unternehmens für die Volkswirtschaft allgemein und die Rüstungsindustrie im besonderen liegt auf der Hand; es wird auch jetzt noch als aussichtsreich beurteilt. Durch Mutungen ist erhebliches Erzvorkommen festgestellt worden; Vorstudien wurden finanziert und durchgeführt.

Damals ist das Vorhaben nicht weiter verfolgt worden, weil zu seiner Durchführung soviel Kapital gehörte, daß es nicht rentabel erschien; die bis dahin geleisteten Vorhaben wurden an das zuständige sächsische Ministerium abgegeben.

Berliner Bacon-  
Gesellschaft.

Bei seiner Beteiligung an der Berliner Bacon-Gesellschaft, die sich mit der Herstellung und Vertrieb von Bacon (gepökeltes und geräuchertes Schweinefleisch) befaßte, folgte Lohmann dem Einfluß von Ratgebern, die sich davon große finanzielle Erfolge zur

— Seite 37 —

Verwendung für militärische Zwecke versprochen. L. glaubte auch, daß der Massentransport von Bacon nach England, wie Dänemark ihn seinerzeit betrieb, ebenfalls von Deutschland geleistet werden könne und dann den Bau schnelllaufender Transportschiffe zur Folge haben würde; die dergestalt erfolgte Vermehrung der Handelsflotte sei für den Kriegsfall von großer Bedeutung.

Ferner hielt L. es für möglich, in den örtlichen Vertretungen der Gesellschaft im Auslande Vertrauensleute zu gewinnen, die für die Organisation der Zufuhr aus dem neutralen Ausland nach Deutschland wichtig wären. —

Rückblick.

Die militärische Würdigung der Lohmann-Unternehmungen ist zu Ende. Bei einem kritischen Rückblick wäre es verfehlt, ein einzelnes Unternehmen aus der Reihe seiner z. T. hochfliegenden Pläne herauszugreifen; man muß als Soldat und Kamerad dem Kapitän zur See Lohmann schon Glauben schenken, wenn er Ende 1927 erklärte:

„Eine ganz natürliche, einfache, im Fahneneid begründete und durch die Ereignisse seit 1918 bis aufs fanatische gesteigerte Vaterlandsliebe ist die alleinige Triebfeder und

Ursache meines Handelns. Unter diesem Gesichtspunkte allein müssen meine Handlungen von Dezember 1918 ab bis zum heutigen Tage als eine fortlaufende Kette innerlich zusammenhängender, geistig voneinander abhängiger Handlungen beurteilt werden, die als Einzelhandlung nicht voll verständlich sind.“

Es mag wohl ein Fehler sein, daß L. in seinem fanatischen Unternehmungsgeist zu viel angepackt hat und in seltener Verantwortungsfreudigkeit ganz allein hat durchführen wollen, und der Staatssekretär i. R. Fritze sagt sicher mit Recht in seiner Denkschrift über den Lohmann-Fall:

„Sein Beginnen ist revolutionär zu nennen. Wäre sein Plan geglückt, so wäre vielleicht einmal der Zeitpunkt eingetreten, an dem er auf seinem begrenzten Gebiet als Held des Tages dastehen konnte. Er hat zuviel Töpfe ans Feuer gestellt und merkte deshalb nicht, wenn es in einem der vielen Töpfe anbrannte oder überkochte.“

Bestehen bleibt, daß dem überwiegenden Teil seiner Unternehmungen ein beachtlicher militärischer Wert beizumessen ist, der noch jetzt und — wenn man seine Verdienste bei der später zu behandelnden U-Bootsfrage betrachtet — gerade jetzt als Grundstock der schnellen Aufbauarbeiten von besonderer Bedeutung ist.

— Seite 38 —

#### 4. Vorbereitung für das Wiedererstehen der deutschen U-Bootswaffe.

Auf dem Gebiete der U-Bootswaffe war nach Durchführung der Waffenstillstandsbedingungen und Unterzeichnung des VV jede praktische Weiterarbeit in Deutschland unmöglich. Trotzdem ist es gelungen, bereits 3½ Monate nach der am 16. März 1935 erklärten Wiederherstellung der Wehrhoheit des Reiches, und zwar am 29. Juni 1935 das erste U-Boot, und im ungefähren Abstand von je 8 Tagen laufend weitere U-Boote in Dienst zu stellen, so daß sich am 1. Oktober 1935 zwölf U-Boote mit ausgebildetem Personal in Dienst befanden.

Am 7. März 1936, dem kritischen Augenblick der militärischen Besetzung der demilitarisierten Zone an der Westgrenze, standen 18 in Dienst befindliche U-Boote zur Verfügung, von denen 17 bereits aus dem Erprobungsverhältnis entlassen waren und die im Bedarfsfalle ohne weiteres an der französischen Küste bis zur Gironde hätten eingesetzt werden können.

Die Erklärung für diese erstaunliche Tatsache ergibt sich aus folgender zusammenfassenden Schilderung.